

Beteiligungen des Kreises Euskirchen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, einer Anstalt des öffentlichen Rechts sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden



Beteiligungsbericht 2022

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 9 KomHVO.

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	5
2. Beteiligungsbericht 2022	6
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes.....	6
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	7
2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften	7
2.4 Sonstiges	7
3. Das Beteiligungsportfolio des Kreises Euskirchen	9
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio	10
3.2 Beteiligungsstruktur	17
3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen.....	20
3.4 Einzeldarstellung	24
3.4.1 Beteiligungen an Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts des Kreises Euskirchen zum 31. Dezember 2022	25
3.4.1.1 Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR.....	25
3.4.1.2 RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)	29
3.4.1.3 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	35
3.4.1.4 Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	43
3.4.1.5 Radio Euskirchen GmbH & Co. KG.....	53
3.4.1.6 Konzern - Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)	59
3.4.1.6.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH.....	76
3.4.1.6.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH	82
3.4.1.6.3 KKM Gebäudedienste GmbH	85
3.4.1.6.4 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH.....	87
3.4.1.7 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	90
3.4.1.8 Konzern e-regio GmbH & Co. KG.....	101
3.4.1.8.1 e-regio Netz GmbH.....	129
3.4.1.8.2 LOGO Energie GmbH.....	133
3.4.1.8.3 Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH	135
3.4.1.8.4 e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH)	139
3.4.1.8.5 ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH.....	142
3.4.1.8.6 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG.....	145
3.4.1.8.7 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	148
3.4.1.8.8 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	151
3.4.1.8.9 Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	159
3.4.1.8.10 Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH.....	163
3.4.1.8.11 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	167
3.4.1.8.12 EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH	171
3.4.1.8.13 EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG	174
3.4.1.8.14 EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG	177
3.4.1.9 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH	181
3.4.1.10 Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) ...	183
3.4.1.11 Vogelsang IP gGmbH	200

3.4.1.12 Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)	212
3.4.1.13 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)	238
3.4.2 Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Anstalten des öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2022.....	246
3.4.2.1 d-NRW AÖR	246
3.4.2.2 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR)	248
3.4.2.3 LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AÖR) ..	258
3.4.3 Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Zweckverbänden zum 31. Dezember 2022 ...	269
3.4.3.1 Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)	270
3.4.3.2 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)	286
3.4.3.3 Zweckverband Kronenburger See	295
3.4.3.4 Zweckverband Naturpark Rheinland	296
3.4.3.5 Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE).....	298
3.4.3.6 Zweckverband Region Aachen	310
3.4.3.7 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	315
3.4.3.8 Erftverband.....	326
3.4.3.9 Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	328
3.4.3.10 AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	330

1. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Nach § 53 der Kreisordnung NRW (KrO) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kreise, soweit in der KrO keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Gemäß § 107 Absatz 1 GO darf sich eine Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind (Nummer 2), Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Kommune abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Kommune auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2. Beteiligungsbericht 2022

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen und Kreise gemäß § 116 Absatz 1 GO in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen und Kreise gemäß § 116a Absatz 1 GO von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und einen Gesamtlagebericht befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei von drei im Gesetz genannten Merkmalen zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Kreistag gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat am 20. September 2023 gemäß § 116a Absatz 1 GO entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen (V 432/2023). Daher hat der Kreis Euskirchen gemäß § 116a Absatz 3 GO einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit dem Kreis Euskirchen.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO ein gesonderter Beschluss des Kreistages in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Kreistag des Kreis Euskirchen hat am 29. März 2023 den Beteiligungsbericht 2021 beschlossen (V 369/2023).

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Euskirchen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Euskirchen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Euskirchen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Euskirchen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Euskirchen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Euskirchen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Euskirchen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2023 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistags gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

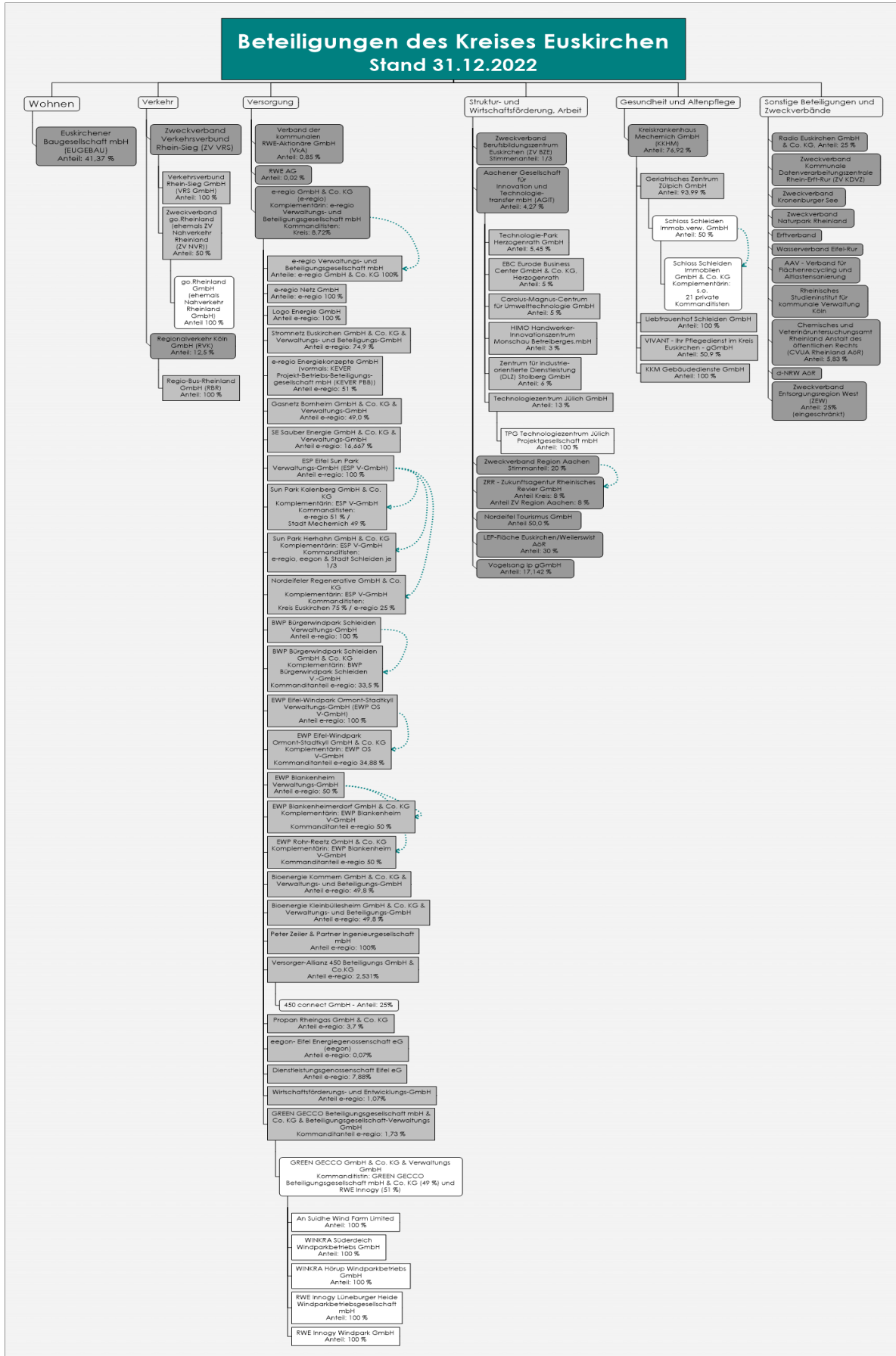
2.4 Sonstiges

Der Beteiligungsbericht dient u.a. der Information der Einwohnerinnen und Einwohnern. Er ist auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter <https://www.kreis-euskirchen.de/> abrufbar.

Zugleich ist der Beteiligungsbericht gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 9 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) Anlage zum Haushaltsplan.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts vom 06. Dezember 2016 änderte der Landtag NRW das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG); die Änderung ist am 15. Dezember 2016 in Kraft getreten. Die Neuregelung umfasste unter anderem Regelungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung (§ 12 LGG), nach denen bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen bzw. vertreten sein sollen. Gemäß § 12 Abs. 6 LGG ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dieser Berichtspflicht wird im Beteiligungsbericht des Kreises nachgekommen.

3. Das Beteiligungsportfolio des Kreises Euskirchen



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Berichtsjahr 2022 hat es folgende Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreis Euskirchen gegeben:

Zugänge

Im Berichtsjahr 2022 hat der Kreis Euskirchen folgende unmittelbaren Beteiligungen erworben bzw. ist an folgenden neuen mittelbaren Beteiligungen beteiligt:

Am 30. September 2020 wurde die **Versorger-Allianz 450 GmbH & Co.KG** gegründet. Die e-regio GmbH & Co.KG hat sich im 19. Januar 2022 mit einer Kommanditeinlage von 75.000 € an der Gesellschaft beteiligt. Dies entspricht einem Stimmanteil von 2,531%. Komplementärin ist die Versorger Allianz 450 Verwaltungsgesellschaft mbH. Die Versorger-Allianz 450 GmbH & Co.KG wiederum ist seit dem 3. August 2021 in Höhe von 25% am Stammkapital (1 Mio. €) der Gesellschaft 450 connect GmbH beteiligen. Der Kreis Euskirchen ist an der e-regio GmbH & Co.KG unmittelbar in Höhe von 8,72% beteiligt. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 130/2021 am 30. Juni 2021. Die Bezirksregierung Köln hat laut Schreiben vom 11. August 2021 keine Einwände.

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Kreistages vom 14. Dezember 2022 stimmte der Kreis Euskirchen der Beteiligung der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologie mbH (AGIT) an der **Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück GmbH (FAM)** (bisher: Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH) zu (Vorlage D 40/2022). Unter dem Vorbehalt, dass alle beteiligten Körperschaften korrespondierende Beschlüsse fassen und die Bezirksregierung Köln der Beteiligung zustimmt, wird die AGIT einen Stammkapitalanteil von 2.850 € (5%) an der FAM erwerben. Die Zustimmung der Bezirksregierung Köln erfolgte mit Schreiben vom 19. Dezember 2022. Das Stammkapital der FAM beträgt 57.000 € und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG (SEW)	17.100 €
StädteRegion Aachen	17.100 €
Stadt Aachen	11.400 €
Fluggemeinschaft Aachen e.V. (FGA)	2.850 €
RWTH Aachen University	2.850 €
Fachhochschule Aachen	2.850 €
AGIT mbH	2.850 €

Der Kreis Euskirchen ist ab dem 01. Januar 2023 an der FAM in Höhe von 0,21% (durchgerechnete Beteiligungsquote) mittelbar beteiligt.

In der Sitzung am 14. Dezember 2022 hat der Kreistag beschlossen, dass der Kreis Euskirchen, unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Aufsichtsbehörde gemäß § 115 GO NRW, 15 Anteile an der **PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD GmbH)** zum Preis von insgesamt 3.000,00 € zzgl. Nebenkosten erwerben soll (V 341/2022). Die Anzeige bei der Bezirksregierung Köln erfolgte am 28. Dezember 2022. Mit Schreiben vom 10. Januar 2023 teilte die Bezirksregierung Köln mit, dass keine kommunalaufsichtlichen Bedenken bei einer Beteiligung an der PD GmbH bestehen. Der Anteilskaufvertrag vom 2. Februar 2023 wurde von Seiten des Kreis Euskirchen am 14. Februar 2023 unterzeichnet. Die notarielle Beurkundung des Anteilskaufvertrages und der Gesellschaftervereinbarung erfolgte am 31. März 2023.

Zu den Schwerpunkten der PD GmbH gehören die strategische Verwaltungsmodernisierung sowie die Bau-, Infrastruktur- und Kommunalberatung. Der Kreis Euskirchen erwirbt an der Gesellschaft 15 Gesellschaftsanteile zu einem reduzierten Nominalwert. Bei dieser Beteiligungsvariante hat der Kreis Euskirchen kein Anrecht auf einen Gewinnbezug sowie keine Chance auf eine Wert-

steigerung. Jedoch trägt der Kreis Euskirchen auch kein Risiko eines Wertverlustes. Alle vermögensrechtlichen Ansprüche verbleiben beim Verkäufer der Anteile. Für die Anteile besteht eine Rückerwerbszusage des Verkäufers.

Mit der Vorlage V 417/2023 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 14. Juni 2023 beschlossen folgende vertretungsberechtigte Person sowie folgende stellvertretungsberechtigte Institution in die Gesellschafterversammlung der PD GmbH für die Dauer der Wahlperiode zu entsenden:

Vertretungsberechtigte Person:	Stellvertretungsberechtigte Institution:
Markus Ramers, Landrat	Deutscher Landkreistag

Mit Notartermin am 02. März 2023 ist der **Zweckverband kdvz** an der cogniport GmbH in Höhe von 20% beteiligt. In der Verbandsversammlung am 9. Dezember 2022 wurde der Vorstandsvorsteher beauftragt die Beteiligung umzusetzen.

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 2.150.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 452/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln.

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.650.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 451/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Im Berichtsjahr 2022 haben sich keine Veränderungen in den Beteiligungsquoten ergeben.

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Aufsichtsrats der e-regio GmbH & Co.KG am 07. Dezember 2022 haben die Mitglieder der Veräußerung von Kommanditanteilen der **EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG** in Höhe von nominal je 31.250 € an die Gemeinde Blankenheim sowie an die eegon – Eifel Energie Genossenschaft zugestimmt. Der Übergang der jeweiligen 10%igen Anteile erfolgt zum 01. Januar 2023. Nach der Anteilsveräußerung verteilt sich das Kommanditkapital der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG wie folgt:

e-regio GmbH & Co.KG	40%	250.000 €
CATH Windenergie GmbH & Co.KG	40%	250.000 €
Gemeinde Blankenheim	10%	62.500 €
eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG	10%	62.500 €

Der Kreis Euskirchen ist mittelbar über die e-regio GmbH & Co.KG an der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG beteiligt. Mit Beschluss V 548/2019 vom 10. Juli 2019 hat der Kreistag des Kreises Euskirchen einer Veräußerung von Kommanditanteilen der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG zugestimmt.

Im Rahmen der Umsetzung der Rheinlandkooperation hat die **Westenergie AG**, Essen, ihre Anteile in Höhe von 8,72% mit Wirkung zum 31. März 2023 an die rhenag Rheinische Energie AG, Köln, übertragen. Durch die Übertragung hält die Gesellschafterin rhenag Rheinische Energie AG zum 01. April 2023 40,46% Anteile an der e-regio GmbH & Co.KG.

Abgänge

Die unmittelbaren Beteiligungen des Kreis Euskirchen an der **Energie Rur-Erft GmbH&Co.KG** und der **Energie Rur-Erft Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH** wurden mit Wirkung zum 01. Januar 2022 an die Stadt Mechernich veräußert. Der Kreis Euskirchen hielt an beiden Gesellschaften jeweils einen Anteil von 0,1%. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 16. September 2022 (HRA 3413).

Sonstige Änderungen und Beschlüsse im Jahr 2022 zu den Beteiligungen des Kreis Euskirchens

Beschluss des Kreistages vom 06. April 2022

- Neubesetzung Gremien SPD (A81/2022)
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Gesellschafterversammlung:
Bisheriges ordentliches Mitglied: Frau Uschmann
Neues ordentliches Mitglied: Herr Rudan
- Umbesetzung CDU-Mitglieder in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen (A 83/2022):
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Tulbure
neues ordentliches Mitglied: Herr Manheller
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Manheller
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Tulbure
- Umbesetzung CDU-Mitglieder im Institutausschuss des Rheinischen Studieninstituts für Kommunale Verwaltung Köln GbR (A 85/2022):
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Tulbure
neues ordentliches Mitglied: Herr Steffen
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Steffen
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Stickeler
- Umbesetzung CDU-Mitglieder in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) (A 86/2022):
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Tulbure
neues ordentliches Mitglied: Herr Manheller
- Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK (V 235/2022). Absicherung der Gesellschafter im Fall eines „change of control“.
- Beitritt zum Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) (V 236/2022) vorbehaltlich der Prüfung durch die Kommunalaufsicht und der steuerlichen Prüfung.

Beschlüsse des Kreistages vom 28. September 2022

- Umbesetzung FDP-Mitglieder in der Gesellschafterversammlung des Kreiskrankenhauses Mechernich GmbH (A 115/2022):
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Dr. Wolter
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Reiff
- Wahl der folgenden politischen Vertreter|innen des Kreis Euskirchen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) (V 319/2022):
Vertretungsberechtigte Personen:
 1. Herr Ramers, LR
 2. Herr Wolter, CDU
 3. Herr Manheller, CDU
 4. Herr Rudan, SPD
 5. Herr Schmitz, SPD
 6. Herr Schallenberg, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 7. Herr Huth, FDPStellvertretungsberechtigte Personen:
 1. Herr Blindert, AV
 2. Herr Kolvenbach, CDU

3. Herr Jakobs, CDU
 4. Herr Lüdke, SPD
 5. Herr Heller, SPD
 6. Herr Gierden, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 7. Herr Schorn, FDP
- Umbesetzung SPD-Mitglieder in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen (A 114/2022):
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Lüdke
neues ordentliches Mitglied: Herr Mayer
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Mayer
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Lüdke
 - Der Kreistag beschließt einen Antrag auf Mitgliedschaft bei dem Verein wirfuerbio e.V. zu stellen und dem Verein beizutreten (V 314/2022).

Beschlüsse des Kreistages vom 14. Dezember 2022

- Neubesetzung Gremien SPD (A 121/2022)
 - LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts, Projektbeirat:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Pietrzyk
neues ordentliches Mitglied: Herr Rudan
 - Zweckverband Region Aachen, Verbandsversammlung:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Pietrzyk
neues ordentliches Mitglied: Herr Schleser
 - Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen, Verbandsversammlung:
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Pietrzyk
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Schleser
- Umbesetzung des stellvertretenden Mitglieds in der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG (V 363/2022). Der Kreistag entsendet mit sofortiger Wirkung den Allgemeinen Vertreter Herr Blindert als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung (bisher: Herr Hessenius, GBL I (ab 08/2023 GBL III)).
- Erhöhung des Strukturhilfebeitrages beim Verein Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. aufgrund der Neuausrichtung der Eifel Tourismus GmbH und der damit einhergehenden Erhöhung der Defizitbeteiligung im Jahr 2023 (V 354/2022).
- Beteiligung der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) an der Forschungsplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM) (D 40/2022).
- Erwerb von Anteilen an der PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH (V 341/2022) auf Grundlage des Antrages A 87/2022 der Fraktionen CDU, FDP und UWV.

Nachrichtlich:

Beschlüsse des Kreistages vom 29. März 2023

- Umbesetzung FDP-Mitglieder in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen (A 125/2023):
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr van Meeren
neues ordentliches Mitglied: Frau Kanzler
- Umbesetzung AfD-Mitglieder in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen (A 132/2023):
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Lübke
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Dr. Bleeker
- Der Kreistag entsendet Herrn Wolter (CDU) in die Delegiertenversammlung des Erftverbandes (D 42/2023).
- Der Kreistag beschließt den Beitritt des Kreises Euskirchen als reguläres Mitglied zum Verein Mine ReWir e.V. (V 391/2023).

- Der Kreis Euskirchen beschließt, bei der Entsendung der Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung auf einen Wahlvorschlag seitens des Kreises Euskirchen zu verzichten und den Wahlvorschlag des Kreises Heinsberg zu unterstützen.

Beschlüsse des Kreistages vom 14. Juni 2023

- Der Kreistag entsendet Herrn Landrat Ramers als ordentlichen Vertreter des Kreises Euskirchen in die Gesellschafterversammlung der PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH (V 417/2023). Bei Verhinderung von Herrn Landrat Ramers bevollmächtigt der Kreistag den kommunalen Spitzenverband „Deutscher Landkreistag“ die Vertretung des Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung zu übernehmen.

Beschlüsse des Kreistages vom 20. September 2023

- Neubesetzung Gremien CDU (A 139/2023)
 - Radio Euskirchen, Veranstaltergemeinschaft:
bisheriges ordentliches Mitglied: Frau Wallraff
neues ordentliches Mitglied: Frau Stolz
 - EUGEBAU, Aufsichtsrat:
bisheriges ordentliches Mitglied: Frau Wallraff
neues ordentliches Mitglied: Herr Kusserow
 - Zweckverband Region Aachen, Verbandsversammlung:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Weber
neues ordentliches Mitglied: Herr Wolter
 - LEP-Fläche AöR, Verwaltungsrat:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Weber
neues ordentliches Mitglied: Herr Kohlheyer
 - NeT GmbH, Gesellschafterversammlung:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Weber
neues ordentliches Mitglied: Herr Müller
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Müller
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Manheller
 - Metropolregion Rheinland e.V., Mitgliederversammlung:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Weber
neues ordentliches Mitglied: Herr Stickeler
 - AGIT mbH, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Herr Weber
neues stellvertretendes Mitglied: Herr Wolter
 - ZRR GmbH, Aufsichtsrat:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Weber
neues ordentliches Mitglied: Herr Kupp
 - RWE AG, Hauptversammlung:
bisheriges ordentliches Mitglied: Herr Müller
neues ordentliches Mitglied: Herr Jahr
- Der Kreistag entsendet mit sofortiger Wirkung für die restliche Dauer der Wahlperiode die Geschäftsbereichsleiterin Frau Baron als ordentliches Mitglied in den Institutsausschuss des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung Köln GbR (V 434/2023).
- Neubesetzung Mitglieder in der Mitgliederversammlung des Vereins „Biologische Station im Kreis Euskirchen e.V.“ (V 447/2023)
 - Ordentliche Mitglieder:
Herr Blindert, AV
Herr Steffen

- Stellvertretende Mitglieder:
Herr Fritze, AbtL 60
Herr Wolter

Beschlüsse des Kreistages vom 13. Dezember 2023

- Stimmführerschaften in Gremien, Antrag CDU (A 151/2023)
 - LEP-Fläche AÖR Verwaltungsrat: Herr Kohlheyer
 - NeT GmbH, Gesellschafterversammlung: Herr Müller
 - Metropolregion Rheinland e.V., Mitgliederversammlung: Herr Stickeler

3.2 Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	(durchgerechneter) Anteil des Kreis Euskirchen am Stammkapital		Beteiligungsart
		EURO	EURO	%	
3.4.1.1	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR	617.580	31.222	5,06	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-663.310			
3.4.1.2	RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)	27.576.000.000	3.584.880	0,013	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	1.334.592.559			
3.4.1.3	Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (Vka) zum 30.06.2022	127.823	1.084	0,848	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-255.950			
3.4.1.4	Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	2.610.500	1.079.850	41,37	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	204.508			
3.4.1.5	Radio Euskirchen GmbH & Co.KG	511.292	127.823	25,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	51.345			
3.4.1.6	Konzern - Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)	665.000	511.500	76,92	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-3.852.695			
3.4.1.6.1	Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	5.704.000	4.123.827	72,30	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	-189.289			
3.4.1.6.2	Liebfrauenhof Schleiden GmbH	100.000	76.920	76,92	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	-227.794			
3.4.1.6.3	KKM Gebäudedienst GmbH	25.000	19.230	76,92	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	203.803			
3.4.1.6.4	VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	25.050	9.808	39,15	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	477.668			
3.4.1.7	Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	3.579.200	447.400	12,50	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	255.555			
3.4.1.8	Konzern - e-regio GmbH & Co.KG	11.250.000	981.000	8,72	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	23.359.081			
3.4.1.8.1	e-regio Netz GmbH	3.100.000	270.320	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022 (vor GAV)	2.105.044			
3.4.1.8.2	LOGO Energie GmbH	25.000	2.180	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022 (vor GAV)	4.951.770			
3.4.1.8.3	Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG	3.791.224	247.567	6,53	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	627.736			
3.4.1.8.4	e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH)	25.000	1.110	4,44	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	14.087			
3.4.1.8.5	ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH	25.000	2.180	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	6.883			
3.4.1.8.6	Sun Park Kalenberg GmbH & Co.KG	310.000	13.764	4,44	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	305.064			
3.4.1.8.7	Sun Park Herhahn GmbH & Co.KG	360.000	10.476	2,91	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	179.215			
3.4.1.8.8	Nordeifeler Regenerative GmbH & Co.KG	200.000	150.000	75,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	101.797	4.360	2,18	
3.4.1.8.9	Bioenergie Kommern GmbH & Co.KG	300.000	13.028	4,34	Mittelbar
	Jahresergebnis 2021; der Jahresabschluss 2022 befindet sich noch in der Bearbeitung	-32.540			
	Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	25.000	1.086	4,34	
3.4.1.8.10	Jahresergebnis 2021; der Jahresabschluss 2022 befindet sich noch in der Bearbeitung	1.053			
	Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co.KG	526.000	22.842	4,34	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	473.545			
Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	25.000	1.086	4,34		
3.4.1.8.11	Jahresergebnis 2022	1.034			
	BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co.KG	5.620.000	164.171	2,92	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	2.443.624			
BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	25.000	2.180	8,72		
3.4.1.8.12	Jahresergebnis 2022	1.831			
	EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH	25.000	1.090	4,36	Mittelbar
Jahresergebnis 2022	4.272				
3.4.1.8.13	EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co.KG	315.000	13.734	4,36	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	955.212			
3.4.1.8.14	EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG	625.000	27.250	4,36	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	2.772.463			
3.4.1.8.15	EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co.KG	4.300.000	130.786	3,04	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	4.408.204			
	EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH	25.000	2.180	8,72	
Jahresergebnis 2022	2.105				

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2022	(durchgerechneter) Anteil des Kreis Euskirchen am Stammkapital		Beteiligungsart
		EURO	EURO	%	
	Gasnetz Bornheim GmbH & Co.KG	13.219.332			
	Jahresergebnis 2022	875.648	564.836	4,27	Mittelbar
	Peter Zeiler & Partner Ingenieurgesellschaft mbH; Beteiligung ab 27.12.2021	153.500			
	Jahresergebnis 2022	38.283	13.385	8,72	Mittelbar
3.4.1.9	Energie Rur-Erft GmbH & Co.KG (ere KG) - mit Wirkung 01. Januar 2022	-	-	-	-
	Veräußerung Anteile	-	-	-	-
	Jahresergebnis 2022	-	-	-	-
3.4.1.10	Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	3.253.000			
	Jahresergebnis 2022	-702.738	138.934	4,271	Unmittelbar
3.4.1.11	Vogelsang IP gGmbH	100.000			
	Jahresergebnis 2022	221.491	17.142	17,142	Unmittelbar
3.4.1.12	Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)	26.400			
	Jahresergebnis 2022	-593.112	13.200	50,00	Unmittelbar
3.4.1.13	Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)	25.000			
	Jahresergebnis 2022	5.971	2.000	8,00	Unmittelbar
3.4.2.1	d-NRW AöR	1.368.000			
	Jahresergebnis 2022	0	1.000	0,073	Unmittelbar
3.4.2.2	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)	300.000			
	Jahresergebnis 2022	897.452	17.500	5,83	Unmittelbar
3.4.2.3	LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)	10.000			
	Jahresergebnis 2022	0	3.000	30,00	Unmittelbar
3.4.3.1	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)	0			
	Jahresergebnis 2022	0	0	3,03	
3.4.3.2	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)	0			
	Jahresergebnis 2022	0	0	11,11	
3.4.3.3	Zweckverband Kronenburger See	0			
	Jahresergebnis 2022	-29.659	0	11,11	
3.4.3.4	Zweckverband Naturpark Rheinland	0			
	Jahresergebnis 2022	-26.890	0	16,67	
3.4.3.5	Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)	825.225			
	Jahresergebnis 2022	350.790	275.048	33,33	
3.4.3.6	Zweckverband Region Aachen	0			
	Jahresergebnis 2022	70.511	0	20,00	
3.4.3.7	Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) ab 07. November 2022	34.000			
	Jahresergebnis 2022	-3.882	8.500	25,00	
3.4.3.8	Erftverband	0			
	Jahresergebnis 2022	6.471.286	0		
3.4.3.9	Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	0			
	Jahresergebnis 2022	1.489.147	0		
3.4.3.10	AAV - Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	0			
	Jahresergebnis 2022	liegt nicht vor	0		

Nachrichtlich:

Im Anlagevermögen des Kreis Euskirchen wird unter dem Posten „Wertpapiere“ folgendes ausgewiesen:

- RWE Stammaktien, Anzahl: 93.850 Stück
- Anteile am Kommunalen Versorgungsrücklagen-Fonds (KVR-Fonds)

Im Anlagevermögen des Kreis Euskirchen wird unter dem Posten „Ausleihungen an Beteiligungen“ folgendes ausgewiesen:

- Forderungen aus dem Jahr 2012 gegenüber der Nordeifeler-Regenerative GmbH & Co.KG

Im Anlagevermögen des Kreis Euskirchen wird unter dem Posten „Sonstige Ausleihungen“ folgendes ausgewiesen:

- Schuldscheindarlehen Kreditinstitute

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Euskirchen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn der Kreis Euskirchen mehr als 50 % der Anteile hält.
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreis Euskirchen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung des Kreis Euskirchen zum Unternehmen hergestellt werden soll.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Euskirchen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Euskirchen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO.

Erläuterungen zu den wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen:

Die Abweichungen bei den Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Euskirchen sind hauptsächlich auf unterschiedliche Abgrenzungsmethoden, die die Gesellschaften im Jahresabschluss anwenden, zurückzuführen. Des Weiteren sind einige Beteiligungsgesellschaften nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt, was ebenfalls zu abweichenden Darstellungen der Posten Forderungen, Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen führt. Eine Erläuterung von allen Positionen würde den Rahmen des Berichts sprengen. Aus diesem Grund erfolgt lediglich eine Erläuterung der wesentlichen Abweichungen.

Die von der e-regio GmbH & Co.KG gemeldeten Forderungen, Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen gegenüber den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Euskirchen enthalten lediglich den Strombezug. Weitere Leistungsbeziehungen sind aufgrund der Menge an Daten nicht darstellbar.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der EUGEBAU GmbH und der e-regio GmbH & Co.KG:

Position	Erläuterung
Aufwendungen EUGEBAU GmbH/ Erträge e-regio KG	Die EUGEBAU GmbH weist einen Aufwand von 669.516,29 € und die e-regio KG einen Ertrag von 657.187,76 € aus. Die Abweichung von 12.328,53 resultiert aus der Anwendung unterschiedlicher Abgrenzungsmethoden.
Forderungen/Verbindlichkeiten	Die Differenzen resultieren aus der Anwendung unterschiedlicher Bilanzierungsmethoden.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Regionalverkehr Köln GmbH und der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH):

Position	Erläuterung
Erträge Regionalverkehr Köln GmbH/ Aufwendungen NeT GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz) und unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.
Aufwendungen Regionalverkehr Köln GmbH/ Erträge NeT GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz).

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Regionalverkehr Köln GmbH und dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg:

Position	Erläuterung
Forderungen Regionalverkehr Köln GmbH/ Verbindlichkeiten ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Die Differenz von 1.042,82 € resultiert aus unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.
Erträge Regionalverkehr Köln GmbH/ Aufwendungen ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Die Differenz von 147.718,22 € resultiert aus unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften, hauptsächlich aus Abrechnungen des Mobilpass Tickets.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der e-regio GmbH & Co.KG und der Vogelsang IP gGmbH:

Position	Erläuterung
Aufwendungen Vogelsang IP gGmbH/ Erträge e-regio KG	Die Vogelsang IP gGmbH weist Aufwendungen von 29.538,59 € und die e-regio KG Erträge von 28.880,15 € aus. Die Abweichung resultiert aus dem nur anteiligen Abzug der Vorsteuer aus den Aufwendungen bei der Vogelsang IP gGmbH.
Forderungen e-regio KG/ Verbindlichkeiten Vogelsang IP gGmbH	Die Differenz resultiert aus der Anwendung unterschiedlicher Bilanzierungsmethoden.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) und dem Zweckverband Region Aachen:

Position	Erläuterung
Erträge Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)/ Aufwendungen ZV Region Aachen	Bei den von der AGIT gegenüber dem ZV ausgewiesenen Erträge von 20.033,08 € handelt es sich um EFRE Fördermittel vom Land. Der ZV Region Aachen erhält die Fördermittel vom Land und leitet diese an Gesellschaften mit förderfähigen Projekten weiter. Aus diesem Grund ist der Betrag von 20.033,08 € beim ZV als durchlaufender Posten erfasst und nicht als Aufwand.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Vogelsang IP gGmbH und der Nordeifel Tourismus GmbH:

Position	Erläuterung
Aufwendungen Vogelsang IP gGmbH/ Erträge Nordeifel Tourismus GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz).
Aufwendungen Nordeifel Tourismus GmbH/ Erträge Vogelsang IP gGmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz).

3.4 Einzeldarstellung

Nachfolgend erfolgt die Einzeldarstellung der wesentlichen Beteiligungen des Kreis Euskirchen. Die Sortierung bzw. Gliederung der nachfolgend aufgeführten Beteiligungen obliegt der kommunalen Gebietskörperschaft. Als wesentlich gelten Beteiligungen, wenn diese die Voraussetzungen des § 51 KomHVO erfüllen oder eine strategische Relevanz haben bzw. an der deren Berichterstattung ein besonderes Interesse besteht. Die Entscheidung der Wesentlichkeit ist von der Kommune unter Einbeziehung und Abwägung der örtlichen Kenntnisse und Gegebenheiten zu treffen und zu erläutern.

Um die Übersichtlichkeit zu wahren hat der Kreis Euskirchen sich für folgende Darstellungsreihenfolge entschieden:

- 3.4.1 Beteiligungen an Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts
- 3.4.2 Beteiligungen an Anstalten des öffentlichen Rechts
- 3.4.3 Beteiligungen an Zweckverbänden

Der Beteiligungsstruktur unter Punkt 3.2 ist zu entnehmen an welchen Gesellschaften der Kreis Euskirchen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

3.4.1 Beteiligungen an Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts des Kreises Euskirchen zum 31. Dezember 2022

3.4.1.1 Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Basisdaten

Anschrift: Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln
Internet: <http://www.rheinstud.de>
Gründungsjahr: 01.12.1998

Zweck der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die gesetzlich vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

Ziele der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31. Oktober 2008 die Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt. Die Fortschreibung des Eigenkapitals richtet sich jeweils nach dem Anteil an der jährlichen Gesellschafterumlage. Zum 31. Dezember 2022 stellt sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	31.221,69	5,06
Rhein-Erft-Kreis	85.291,19	13,81
Landschaftsverband Rheinland	51.878,06	8,40
Oberbergischer Kreis	39.614,07	6,41
Rheinisch Bergischer Kreis	47.957,16	7,77
Rhein-Sieg-Kreis	101.626,12	16,46
Stadt Bonn	64.553,90	10,45
Stadt Köln	195.438,00	31,65
Gesamtsumme	617.580,20	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Gesellschafterbeiträge erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

Im Jahr 2022 hat der Kreis Euskirchen einen Betrag von 21.300,75 € zum Ausgleich des Verlustes 2022 an das Rheinische Studieninstitut gezahlt. Des Weiteren hat der Kreis Euskirchen im Jahr 2022 eine Rückzahlung von 2.383,74 € vom Rheinischen Studieninstitut zum Verlustausgleich 2021 erhalten (Überzahlung).

Entwicklung der Bilanzen

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.177	9.539	7.697	-2.362
Sachanlagen	13.504	17.047	21.724	-3.543
	20.681	26.586	29.421	-5.905
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	556.223	490.294	1.291.458	65.929
Liquide Mittel	866.555	847.281	464.217	19.274
	1.422.778	1.337.575	1.755.675	85.203
Summe Aktiva	1.443.459	1.364.161	1.785.096	79.298
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Anfangskapital	617.580	617.580	617.580	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	617.580	617.580	617.580	0
B Rückstellungen	766.937	639.352	722.171	127.585
C Verbindlichkeiten	57.601	107.229	445.344	-49.627
D Rechnungsabgrenzungsposten	1.340	0	0	1.340
Summe Passiva	1.443.459	1.364.161	1.785.096	79.298

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.459.647	3.133.724	2.642.495	325.923
2	Sonstige betriebliche Erträge	36.268	143.208	91.076	-106.939
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.797.885	1.776.284	1.552.114	21.600
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.667	9.346	7.669	-1.679
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.790.217	1.766.938	1.544.445	23.279
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	798.581	796.180	824.515	2.401
a)	Löhne und Gehälter	617.330	626.229	589.243	-8.898
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	181.250	169.952	235.272	11.299
5	Abschreibungen	14.322	15.746	26.269	-1.424
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.548.438	1.338.693	1.613.809	209.746
7	Ergebnis nach Steuern	-663.310	-649.971	-1.283.137	-13.339
8	Sonstige Steuern	-1	98	98	-99
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-663.309	-650.069	-1.283.235	-13.240

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	42,78	45,27	-2,49
Eigenkapitalrentabilität	-107,40	-105,26	-2,14
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	133,51	120,89	12,62
Umsatzrentabilität	-19,17	-20,74	./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	18	15	14	

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied

Markus Ramers, Landrat

Stellvertretendes Mitglied

Achim Blindert, AV

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Der Gesellschafterversammlung des Rheinischen Studieninstituts gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 11,11 %).

Institutsausschuss:

Vertreter des Kreises im Institutsausschuss:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Ingo Hessenius, GBL I (ab 08/2023 GBL III)	Rolf Kastenholz, AbtL 10
2. George Tulbure, CDU (bis 5. April 2022)	Manfred Steffen, CDU (bis 5. April 2022)
Manfred Steffen, CDU (ab 6. April 2022)	Karsten Stickeler, CDU (ab 5. April 2022)

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Kreistages am 20. September 2023 wurde folgende Umbesetzung im Institutsausschuss beschlossen:

Bisheriges ordentliches Mitglied: Ingo Hessenius

Neues ordentliches Mitglied: Julia Baron

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Institutsausschuss zu entnehmen.

Dem Institutsausschuss des Rheinischen Studieninstituts gehören von den insgesamt 24 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 20,83 %).

Institutsvorsteher:

Markus Ramers, Landrat des Kreis Euskirchen

Am 14. Oktober 2022 hat Frau Patricia Florack ihr Amt als Studienleiterin niedergelegt. Frau Anna van de Sand hat zum 15. Oktober 2022 die Aufgabe der stellvertretenden Geschäftsführerin und Herr Theo Hüffel die Aufgabe des Studienleiters übernommen.

Nachrichtlich:

Ab dem 01. Januar 2023 ist Herr Wolfgang Fuchs, Stadtdirektor der Bundesstadt Bonn, Institutsvorsteher des Rheinischen Studieninstituts.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Beim Rheinischen Studieninstitut handelt es sich um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich darauf, die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

3.4.1.2 RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

Basisdaten

Anschrift: RWE Platz 1, 45141 Essen
Internet: <https://www.rwe.com/>
Gründungsjahr: April 1898

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind.

Der RWE-Konzern war seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgte durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Das Vorhaben wurde 2016 umgesetzt. Am 01. April 2016 nahm die neue Gesellschaft – zunächst als „RWE International SE“ und ab September als „innogy SE“ – ihre Geschäftstätigkeit auf. Anfang Oktober folgte der Börsengang des Unternehmens. Dabei wurden 73,4 Millionen innogy-Aktien aus dem Bestand der RWE AG und weitere 55,6 Millionen im Zuge einer Kapitalerhöhung der innogy SE breit gestreut bei neuen Investoren platziert. Der Anteil der RWE AG an innogy hat sich dadurch auf 76,8 % verringert. Die bei der RWE AG verbliebenen Bereiche Konventionelle Stromerzeugung und Trading/Gas Midstream profitieren durch finanzielle Flexibilität ebenfalls von der Reorganisation. Die Erlöse von 2,6 Mrd. € aus dem Verkauf von innogy-Aktien aus dem Eigenbestand wird die RWE AG für die Dotierung des neuen Kernenergiefonds verwenden.

Durch die Reorganisation ist RWE ein Energieversorger mit vier Standbeinen geworden:

- Braunkohle & Kernenergie
- Europäische Stromerzeugung
- Energiehandel
- innogy-Beteiligung

Die drei erstgenannten Tätigkeitsfelder bilden das operative Kerngeschäft. Dagegen hat innogy den Status einer Finanzbeteiligung. Eine Grundlagenvereinbarung garantierte der neuen Konzerngesellschaft, dass sie unternehmerisch eigenständig agieren kann und die RWE AG ihren Einfluss als Mehrheitseigentümerin ausschließlich über die gesetzlichen Organe Aufsichtsrat und Hauptversammlung ausübt. Auch über ihre Strategie bestimmt innogy selbst.

Die im März 2018 mit der E.ON SE vereinbarte Transaktion wurde im Geschäftsjahr 2020 abschließend umgesetzt. Bereits im Vorjahr wurde im Rahmen dieser Transaktion die Beteiligung der GBV

Vierunddreißigste Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH, Essen, einer 100%igen Tochtergesellschaft der RWE AG, an der innogy SE, Essen, veräußert. Im Gegenzug wurde nahezu das gesamte Geschäft mit erneuerbaren Energien der E.ON SE und innogy SE sowie das Gasspeichergeschäft und die Beteiligung am österreichischen Energieversorger Kelag von verbundenen Unternehmen der RWE AG erworben.

Der RWE-Konzern wird nunmehr in die fünf folgenden Segmente untergliedert:

- Kohle & Kernenergie
- Energiehandel
- Offshore Wind
- Onshore Wind/Solar
- Wasser/Biomasse/Gas

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	3.584.880 €	0,02 %
Übrige Aktionäre	676.126.198	27.572.415.120 €	99,98 %
Summe Stammaktien	676.220.048	27.576.000.000 €	100,00 %

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. April 2018 wurde der Vorstand ursprünglich ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 25. April 2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrates um bis zu 314.749.693,44 € durch Ausgabe von 122.949.099 auf Inhaber lautende Stammaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Am 18. August 2020 hat die RWE AG von dem vorgenannten Beschluss der Hauptversammlung Gebrauch gemacht und eine Kapitalerhöhung beschlossen, die bei einem Ausgabebetrag von 32,55 € je Aktie zu einem Emissionserlös von 2.000.996.569,95 € führte. Das Grundkapital der RWE AG wurde durch Ausgabe von 61.474.549 neuen Stückaktien um 10% erhöht. Nachdem das genehmigte Kapital im Rahmen dieser Kapitalerhöhung teilweise ausgenutzt wurde, hat die Hauptversammlung vom 28. April 2021 beschlossen, die verbleibende Ermächtigung durch neues genehmigtes Kapital zu ersetzen. Danach ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 27. April 2026 mit Zustimmung des Aufsichtsrates um bis zu 346.224.663,04 € - entsprechend ca. 20% des derzeitigen Grundkapitals - durch Ausgabe von bis zu 135.244.009 auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen.

Außerdem hat die Hauptversammlung vom 28. April 2023 eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 173.112.330,24 €, eingeteilt in bis zu 67.622.004 auf den Inhaber lautende Stückaktien, beschlossen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen.

Der Vorstand hat am 01. Oktober 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossen, unter teilweiser Ausnutzung der Ermächtigung vom 28. April 2021 über eine Tochtergesellschaft eine Pflichtwandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 2.427.600.000,00 € gegen Bareinlage an Qatar Holding LLC, eine Tochtergesellschaft der Qatar Investment Authority, zu begeben. Dies erfolgte am 10. Oktober 2022.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert betrug 4.608.035 €.

Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2012, 2014 und 2015 erfolgten außerplanmäßige Abschreibungen gem. § 35 Abs. 5 GemHVO aufgrund von Wertminderungen, welche als dauerhaft eingestuft wurden, bis auf einen Kurswert von 11,285 € je Aktie. Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2017 bis 2022 stellte sich heraus, dass die Gründe für die Wertminderung nicht mehr in vollem Umfang bestehen, so dass Zuschreibungen auf die zum Abschlussstichtag beizulegenden Werte gem. § 35 Abs. 8 GemHVO bzw. § 36 Abs. 9 KomHVO erfolgen konnten. Zum 31.12.2022 erfolgte die Zuschreibung auf den Kurswert von 39,878 € je Aktie. Der beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 3.742.550,30 € wieder.

ENTWICKLUNG DER RWE-AKTIEN



Nachrichtlich

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. April 2018 ist die Gesellschaft ermächtigt bis zum 25. April 2023 Aktien der Gesellschaft im Umfang von bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Am 31. Dezember 2022 befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2022	2021	2020
Kreis Euskirchen				
Dividende (nach Steuern)	010 11114	71.098 €	67.148 €	63.198 €

Entwicklung der Bilanzen

RWE AG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2020	2019	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	19.174	17.866	20.524	1.308
	19.174	17.866	20.524	1.308
B Umlaufvermögen				
Wertpapiere	10.633	6.941	2.879	3.692
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.339	8.530	2.612	15.809
Liquide Mittel	5.080	4.768	3.785	312
	40.052	20.239	9.276	19.813
C Rechnungsabgrenzungsposten	19	8	1	11
D Aktive latente Steuern	0	0	0	0
Summe Aktiva	59.245	38.113	29.801	21.132
Passiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.731	1.731	1.731	0
Kapitalrücklage	4.234	4.228	4.228	6
Gewinnrücklagen	2.456	1.791	1.292	665
Bilanzgewinn	670	609	575	61
	9.091	8.359	7.826	732
B Rückstellungen	3.067	2.245	1.996	822
C Verbindlichkeiten	47.087	27.509	19.979	19.578
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Passiva	59.245	38.113	29.801	21.132

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

RWE AG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	Ergebnis aus Finanzanlagen	1.202	378	1.114	824
2	Zinsergebnis	-803	318	-72	-1.121
3	Sonstige betriebliche Erträge	1.941	787	320	1.154
4	Personalaufwand	132	93	78	39
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	991	562	954	429
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-118	-280	-250	162
7	Ergebnis nach Steuern	1.335	1.108	580	227
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.335	1.108	580	227
9	Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	-665	-499	-5	-166
10	Bilanzgewinn	670	609	575	61

Kennzahlen

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Stromerzeugung	156,8	160,7	141,2*	Mrd. kWh
Zahl der Umlauf befindlichen Aktien	691.247**	676.220	637.286	In Tsd. Stück
Ergebnis je Aktie	3,93 €	1,07 €	1,65 €	
Dividende je Stammaktie	0,90 €	0,90 €	0,85 €	

* angepasster Wert, da Strombezüge aus Erzeugungsanlagen in Fremdbesitz, über die die RWE aufgrund langfristiger Nutzungsverträge mitverfügen kann, nicht mehr berücksichtigt sind.

**Die neuen Aktien aus der Wandlung der an die Oatar Holding LLC begebenen Pflichtwandelanleihe werden seit der Begebung der Anleihe am 10. Oktober 2022 mitberücksichtigt. Sie sind damit zeitanteilig in der Aktienzahl enthalten.

Personalbestand - Konzern

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	18.310	18.246	19.498	Umgerechnet in Vollzeitstellen

Geschäftsentwicklung

Im Internet unter www.rwe.com ist ein umfangreicher Geschäftsbericht für das Jahr 2022 des RWE Konzerns zu finden. Der Geschäftsbericht ist für einen Abdruck zu umfangreich.

Organe und deren Zusammensetzung

Hauptversammlung:

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung:

Herrn Dirk Jahr, CDU

Der in die Hauptversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Aufsichtsrat:

Der Kreis ist nicht im Aufsichtsrat der RWE AG vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

Vorstand:

Der Kreis ist nicht im Vorstand der RWE AG vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

Beirat:

Der Kreis Euskirchen wird im Beirat der RWE AG durch Herrn Landrat Markus Ramers vertreten.

Die Vergütungsstruktur des RWE Beirats stellt sich wie folgt dar:

Grundvergütung: 3.000 €/Jahr
Sitzungsgeld: 1.000 €/Sitzung
Auslagenersatzpauschale: 100 €/Sitzung

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Bei der RWE AG handelt es sich um eine Gesellschaft, die nicht in den Anwendungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) fällt.

3.4.1.3 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Basisdaten

Anschrift: Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Internet: <http://www.vka-rwe.de/>
Gründungsjahr: 1929

Zweck der Beteiligung

Der bisherige Gegenstand der Gesellschaft war die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

In der Gesellschafterversammlung am 24. November 2020 erfolgte eine Änderung des Gesellschaftsvertrages. Gegenstand der Gesellschaft ist nun die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NRW.

Die Beteiligung an der Gesellschaft steht im engen Zusammenhang mit der Eigenschaft des Kreises Euskirchen als Aktionär der RWE AG.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter (Stand 30.06.2022)	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	1.083,94	0,848
58 Städte/Gemeinden/Kreise 4 kommunale Verbände 14 weitere Gesellschafter	126.739,03	99,152
Summe	127.822,97	100,00

Am 15. Juni 2021 und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Juli 2021 sind die vom Vka selbst gehaltenen Geschäftsanteile mit einem Gesamtvolumen von 38.981,03 € an Gesellschafter der Vka Westfalen verkauft worden. Außerdem sind an diesem Tag weitere fünf Geschäftsanteile im Gesamtnennwert von 3.149,58 € von „Altgesellschaftern“ an Gesellschafter der Vka Westfalen mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Juli 2021 verkauft worden. Dies entspricht einem Anteil von 32,96 % am Stammkapital. Zum 01. Juli 2021 hat der Vka damit insgesamt 78 Gesellschafter.

Im Geschäftsjahr 2021/2022 ist die Kreissparkasse Köln aus dem Gesellschafterkreis ausgeschieden. Die Geschäftsanteile wurden vom Hochsauerlandkreis übernommen. Zum 30. Juni 2022 hat der Vka somit insgesamt 77 Gesellschafter.

Nachrichtlich

Im Geschäftsjahr 2022/2023 hat die Sparkasse Gelsenkirchen ihre Vka Anteile von 511,29 € an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe veräußert.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft verpflichtet. Die Gesellschafter haben Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2 und 3 GmbHG).

Im Jahr 2022 hat der Kreis Euskirchen Gesellschafterzuschüsse von 1.536 € an den Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH gezahlt.

Entwicklung der Bilanzen

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum	30.06.2022	30.06.2021	30.06.2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.152	978	1.215	173
Finanzanlagen	76.206	100.596	144.942	-24.390
	77.358	101.574	146.157	-24.217
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.121	8.827	10.736	-1.706
Liquide Mittel	290.282	78.174	110.930	212.108
	297.403	87.001	121.666	210.402
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.455	2.455	2.440	0
Summe Aktiva	377.216	191.030	270.263	186.185
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	127.823	127.823	127.823	0
Eigene Anteile	0	-38.981	-26.623	38.981
Kapitalrücklage	255.547	185.808	2.288.085	69.739
Gewinnrücklagen	0	0	400.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-255.950	-170.269	-2.670.365	-85.680
	127.420	104.380	118.919	23.040
B Rückstellungen	10.400	10.400	9.900	0
C Verbindlichkeiten	239.396	76.250	141.444	163.146
Summe Passiva	377.216	191.030	270.263	186.186

Mit Beschluss der Gesellschafter vom 24. November 2020 wurden im Geschäftsjahr 2020/2021 2.288 T€ der Kapitalrücklage sowie 400 T€ der Ausgleichsrücklage entnommen.

Auf Grundlage des Beschlusses der Gesellschafter am 02. Dezember 2021 wurden im Geschäftsjahr 2021/2022 170 T€ der Kapitalrücklage entnommen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		01.07.2021 bis 30.06.2022	01.07.2020 bis 30.06.2021	01.07.2019 bis 30.06.2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	61.470	80.674	40.659	-19.204
2	Personalaufwand, <u>davon:</u>	239.391	222.760	222.216	16.631
a)	Löhne und Gehälter	206.392	196.908	196.221	9.484
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	32.998	25.852	25.994	7.147
3	Abschreibungen	324	236	488	88
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	91.990	58.382	60.024	33.608
5	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	14.285	12.715	18.470	1.570
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	44	
7	Zinsen und ähnlicher Aufwand	0	0	-397	
8	Ergebnis nach Steuern	-255.950	-187.989	-223.951	-67.961
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-255.950	-187.989	-223.951	-67.961
10	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-170.269	-2.670.365	-2.446.414	2.500.096
11	Entnahme aus der Kapitalrücklage	170.269	2.288.085	0	0
12	Entnahme aus Gewinnrücklagen	0	400.000	0	0
13	Bilanzverlust	-255.950	-170.269	-2.670.365	2.432.135

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	33,78	54,64	-20,86
Eigenkapitalrentabilität	-200,87	-180,10	-20,77
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	187,88	73,05	114,83
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	3	3	4	ohne beide Geschäftsführer

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021/2022

1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Seit dem 1. Juli 2021 (Beginn des Geschäftsjahres) sind die beiden ehemaligen Vka-Verbände Essen (Rheinland) und Dortmund (Westfalen) in der Vka GmbH zusammengeführt. Gegenstand der Gesellschaft ist nach dem Gesellschaftsvertrag vom 24. November 2020 die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr einzelne Gesellschafter in energiewirtschaftlichen Fragen ihrer Gebiete beraten und insgesamt den Informationsaustausch zur Energiewende, Versorgungssicherheit und Energiepolitik gewährleistet. Verbandspositionen wurden gegenüber staatlichen Stellen, der RWE AG, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die durch Vor- und Nachschüsse der Gesellschafter gedeckt werden. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führte die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital minderten. Die Fehlbeträge wurden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt worden sind, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen.

In der Vereinbarung zwischen dem Vka Essen (Rheinland) und der Vka Dortmund (Westfalen) vom 24.11.2020 ist als Ziel die paritätische Finanzierung des Vka durch die „Alt- und Neugesellschafter“ formuliert worden. Die Kosten der Geschäftsstelle werden ab dem 01.07.2021 je zur Hälfte getragen, wobei der Kostenanteil für die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund auf maximal 120.000 € jährlich gedeckelt ist. Spätestens für das Geschäftsjahr 2024/2025 soll der Fehlbetrag nicht höher als 240.000 € sein. Bis dahin werden nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung des Vka Essen vom 27.04.2021 auftretende Liquiditätslücken durch die „Altgesellschafter“ und über den Verkauf von Allianz-Aktien geschlossen. So soll nun auch für den Ausgleich des Verlustvortrags aus dem Geschäftsjahr 2020/2021 (170.269,45 €), des Fehlbetrages im Geschäftsjahr 2021/2022 (170.269,45 €) und zur weiteren Liquiditätssicherung verfahren werden.

Die Geschäftsführung wurde zudem beauftragt, auf der Grundlage einer Kostenanalyse Empfehlungen zur Senkung der Gesamtkosten der Geschäftsstelle bei der personellen und sächlichen Ausstattung zu erarbeiten. In der Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 wurden die Ergebnisse der Kostenanalyse vorgestellt. Danach entfallen bezogen auf das Geschäftsjahr 2020/2021 rd. 88 % der Gesamtkosten auf das Personal und die Miete einschließlich Nebenkosten, so dass signifikante Aufwandsreduzierungen sich auch nur bei diesen Kostenpositionen erzielen lassen können. Die Erarbeitung von Handlungsoptionen war in den vergangenen Monaten darauf ausgerichtet.

In dieser Zeit ist es der Geschäftsführung gelungen, einen Restrukturierungsprozess einzuleiten, dessen Ergebnisse zu einer deutlichen Aufwandsreduzierung führen werden. Und dies nicht erst ab dem Geschäftsjahr 2024/2025, sondern bereits ab 2022/2023, also zwei Jahre früher. Insgesamt ergibt sich eine Aufwandsreduzierung von rd. 31 T€.

Unter Berücksichtigung der übrigen Erlös- und Aufwandspositionen reduzieren sich die Aufwendungen im Wirtschaftsplan 2022/2023 damit auf 258.500 €. Damit ist das Kostensenkungspotenzial bis auf weiteres ausgeschöpft. Mit Blick auf die aktuelle Inflationsrate, zu erwartende Tarifabschlüsse, steigende Energiepreise und die allgemeine Kostenentwicklung werden künftige Wirtschaftspläne auf dem jetzt erreichten Niveau vermutlich sogar wieder Aufwandssteigerungen verkraften müssen. Da das Stammkapital der Gesellschaft zu schützen ist, wird nach dem dadurch begrenzten Verkauf von Allianz-Aktien dann auch kein Weg an einer Erhöhung der Vorschüsse vorbeiführen.

Mit dem Zusammenschluss der Vka-Verbände Essen und Dortmund ist die Anzahl der Geschäftsführer von vier auf zwei reduziert worden. Zumindest bis zum 30.06.2024 wird das nach den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung auch so bleiben. Ob es dann zum 01.07.2024 unter strategischen und finanziellen Gesichtspunkten Veränderungen geben soll, bedarf vorbereiteter Entscheidungen der Gesellschafter. Diese sollen in der Herbstsitzung 2023 getroffen werden, um einen hinreichenden Umsetzungszeitraum nutzen zu können. Die Geschäftsführung wird in Abstimmung mit den Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung rechtzeitig Handlungsalternativen erarbeiten.

Als weitere Konsequenz der Fusion hat die Gesellschafterversammlung am 27.04.2021 personelle Veränderungen in der Geschäftsführung beschlossen. Der bisherige Geschäftsführer Ernst Gerlach ist mit Ablauf des 30.06.2021 ausgeschieden, als Nachfolger wurde zum 01.07.2021 Herr Udo Mager zum Geschäftsführer bestellt. Ferner ist Herr Peter Ottmann mit Ablauf des 31.12.2021 aus der Geschäftsführung ausgeschieden; Herr Ingolf Graul wurde durch die Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 zum 01.01.2022 als weiterer Geschäftsführer bestellt.

Am 15.06.2021 und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 sind die vom Vka selbst gehaltenen Geschäftsanteile mit einem Gesamtvolumen von 38.981,03 € an Gesellschafter der Vka Westfalen verkauft worden. Außerdem sind an diesem Tag weitere fünf Geschäftsanteile im Gesamtnennwert von 3.149,58 € von „Altgesellschaftern“ an Gesellschafter der Vka Westfalen mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 verkauft worden. Diese insgesamt 42.130,61 € entsprechen einem Anteil von 32,96 % am Stammkapital von 127.822,97 €. Zum 01.07.2021 hatte der Vka damit insgesamt 78 Gesellschafter.

Im laufenden Geschäftsjahr ist die Kreissparkasse Köln aus dem Gesellschafterkreis ausgeschieden. Die Geschäftsanteile wurden von Hochsauerlandkreis übernommen, so dass der Vka zum 30.06.2022 insgesamt 77 Gesellschafter hat.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von 101 T€ auf 76 T€ (Buchwert). Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen 290 T€ bereits für das Geschäftsjahr 2022/2023 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von 226 T€ (Vorjahr 43 T€) enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um 163 T€ auf 239 T€ bei gleichzeitiger Erhöhung des Eigenkapitals um 23 T€ auf 127 T€ auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 970 Allianz-Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Die letzteren wurden ursprünglich erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die kommunalen Interessen vertreten zu können.

Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30. Juni 2022 mit 76 T€ in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2022 auf 127 T€ (30. Juni 2021: 104 T€). Es wurde durch Vorschüsse/Nachsüsse der Gesellschafter i.H.v. 240 T€ (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 33,8 % (30. Juni 2021: 54,6 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2021/2022 ein Jahresfehlbetrag von 256 T€, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Eigenkapitalerhöhend hat sich der mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 an Gesellschafter der Vka Westfalen erfolgte Verkauf der zuvor selbst gehaltenen Geschäftsanteile in Höhe von insgesamt 39 T€ ausgewirkt. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter vom 02.12.2021 wurde der Bilanzverlust aus dem Geschäftsjahr 2020/2021 i.H.v. 170.269,45 € mit der zum 30.06.2021 vorhandenen Kapitalrücklage (185.808 €) verrechnet.

Die Ertragslage der Gesellschaft unterlag im Vergleich zum Vorjahr besonderen Einflüssen. Maßgebend dafür waren geringere Buchgewinne aus dem Verkauf von Allianz-Aktien (-45 T€) sowie einmalig gestiegene Personalkosten (+17 T€) für Urlaubsabgeltungen ausgeschiedener Mitarbeiter. Hinzu kommt, dass für die bis zum Geschäftsjahresende angefallenen Aufwendungen anlässlich einer kapitalmarktrechtlichen Beratung i.H.v. 35 T€ zunächst nur Erstattungen der Gesellschafter in Höhe von 25 T€ in Anspruch genommen wurden. Im Folge-Geschäftsjahr 2022/23 erfolgt die vollständige Kostenerstattung analog zu der finalen Honorarnote für restliche Beratungsleistungen.

Über die mit der Fusion der beiden Vka-Verbände getroffene Finanzierungsvereinbarung stehen dem Jahresfehlbetrag von 256 T€ Nachschüsse der Gesellschafter von 240 T€ und ein Bestand der Kapitalrücklage zum 30.06.2022 von 16 T€ gegenüber. Im Rahmen der Beschlüsse über die Ergebnisverwendung im Geschäftsjahr 2022/2023 wird damit ein vollständiger Ausgleich erzielt.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen 14 T€. (2020/2021: 13 T€) und resultieren aus Dividendenzahlungen der Allianz-Versicherung sowie der E.ON SE.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021/22 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die vollständige Finanzierung durch die Gesellschafter auch bei steigenden Kosten für den Geschäftsbetrieb getragen wird. Die Weichen für eine auskömmliche Finanzierung sind durch die zuvor beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen gestellt.

In 2022 hat die RWE AG eine Dividende für 2021 in Höhe von 0,90 € pro Aktie gezahlt.

In Zukunft soll die RWE-Dividende zunächst auf diesem Niveau gehalten und weiteres Ergebniswachstum den Investitionen in den Transformationsprozess zugeführt werden. Gegenüber der Dividende für 2020 ergibt das ein Plus von 0,05 €. In Zukunft soll die RWE-Dividende zunächst auf diesem Niveau gehalten und weiteres Ergebniswachstum den Investitionen in den Transformationsprozess zugeführt werden.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert fortbesteht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch künftig Gesellschafter ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka ausscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein. Zu beachten ist allerdings auch, dass die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund erklärt haben, in diesem Fall ihre Gesellschaftsanteile auf bis zu 50 v. H. aufstocken zu wollen.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass für die 77 Gesellschafter und RWE-Aktionäre eine noch stärkere Verwirklichung des Gesellschaftszwecks verbunden werden kann. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit profilieren. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter kontinuierlich über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns und relevante energiewirtschaftliche Entwicklungen informiert.

Mit Schreiben vom 25.4.2022 hat die Enkraft Impactive GmbH & KG (Enkraft) wenige Tage vor der Hauptversammlung der RWE AG 2022 gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geltend gemacht, dass sowohl den kommunalen-RWE Aktionären als auch dem Vka wegen der Verletzung von kapitalmarktrechtlichen Mitteilungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz ein Stimmrecht in der Hauptversammlung nicht zustehe und zudem die Ausschüttung von Dividenden zurückzustellen sei. Die Geschäftsführung des Vka ist diesem Ansinnen vor der Hauptversammlung unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe mit einer umfassenden Stellungnahme gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der RWE AG als auch gegenüber der BaFin entgegengetreten. Die in der Eingabe von Enkraft enthaltenen Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die BaFin den Vorgang nicht weiter untersuchen wird. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Aufwendungen wurden von den Gesellschaftern auf der Grundlage von Beschlüssen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung vom 27.04.2022 zusätzlich übernommen.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

5. Ausblick

Die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Verzicht auf fossile Energieträger sind bereits gewaltige Herausforderungen, die durch die geopolitischen Entwicklungen seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 eine neue Dimension erfahren haben. Aktuell stehen die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiekosten im Vordergrund, ohne die klimapolitischen Ziele aufzugeben. Die Folgen für die Unternehmen der Energiewirtschaft und die Gesellschaft insgesamt lassen sich derzeit kaum seriös einschätzen. Um so wichtiger ist die Bündelung energiewirtschaftlicher Interessen der Kommunen über den Vka, denn in den Kommunen werden die Konsequenzen in erster Linie und unmittelbar spürbar.

Für das Geschäftsjahr 2022/2023 geht die Geschäftsführung nach dem Wirtschaftsplan, der in der Gesellschafterversammlung am 27.04.2022 vorgelegt wurde, von einem Jahresfehlbetrag auf Vorjahreshöhe aus, dessen Ausgleich durch die Nachschüsse der Gesellschafter erfolgt. Wesentliche Erträge sind gegenüber dem Vorjahr geringeren Aktienverkäufen nicht zu erwarten. Die sonstigen Aufwendungen werden sich jenseits der Sondereffekte für die kapitalmarktrechtliche Beratung um rd. 30 T€ reduzieren. Auf Basis der integrierten Liquiditätsplanung, mit der die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende Oktober 2023 abgebildet wird, ist mit einer auskömmlichen Liquidität zu rechnen.

Essen, den 23. September 2022

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Die Geschäftsführer

Udo Mager

Ingolf Graul

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Bernd Müller, CDU

Der Gesellschafterversammlung der Vka gehören von den insgesamt 77 Gesellschaftern 12 Frauen an (Frauenanteil: 15,6 %).

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Um-
setzung in der Gesellschafterversammlung beschlossen:*

Bisheriges ordentliches Mitglied: Bernd Müller

Neues ordentliches Mitglied: Dirk Jahr

Verwaltungsrat:

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

Dem Verwaltungsrat der Vka gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 8,33 %).

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates erhielt von der Gesellschaft eine Aufwandsentschädigung von 3.072,00 €.

Geschäftsführung:

Staatssekretär a. D. Ernst Gerlach, Oberhausen (bis 30. Juni 2021)

Dipl.-Verwaltungswirt Udo Mager, Dortmund (ab 01. Juli 2021)

Landrat a. D. Peter Ottmann, Nettetal (bis 31. Dezember 2021)

Kämmerer a. D. Ingolf Joachim Graul, Neuss (ab 01. Januar 2022)

Die Bezüge der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2021/2022 betragen insgesamt 118.441,69 €. Von dem Gesamtbetrag der Bezüge entfielen 31.653,69 € auf Herrn Ottmann, 59.292,19 € auf Herrn Mager und 27.495,71 € auf Herrn Graul.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Es handelt sich bei der Gesellschaft Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

3.4.1.4 Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Basisdaten

Anschrift: Kirchstr. 5
53879 Euskirchen
Internet: <http://www.eugebau.de/>
Gründungsjahr: 28. April 1907

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sogenannte nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wohnraumförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht Stellung.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	1.079.850	41,37
Stadt Euskirchen	1.507.420	57,74
Stadt Mechernich	2.070	0,08
Stadt Zülpich	6.210	0,24
Gemeinde Weilerswist	2.070	0,08
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290	0,20
Volksbank Euskirchen	2.530	0,10
Eigene Anteile	3.450	0,13
2 private Gesellschafter	1.610	0,06
Summe	2.610.500	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4 % der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

Für die Jahre 2021 und 2022 hat die Gesellschafterversammlung entschieden, keine Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter der EUGEBAU mbH vorzunehmen. Der Jahresüberschuss 2022 von 204.508,40 € wurde in voller Höhe der Bauerneuerungsrücklage zugeführt.

Entwicklung der Bilanzen

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.140	16.498	25.501	3.642
Sachanlagen	87.240.398	81.105.224	73.881.615	6.135.175
Finanzanlagen	14.173	14.370	14.586	-198
	87.274.711	81.136.092	73.921.702	6.138.619
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.754.940	2.544.763	2.424.958	210.177
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	340.735	469.422	170.235	-128.687
Liquide Mittel	719.063	685.477	1.287.859	33.586
	3.814.738	3.699.662	3.883.053	115.076
C Rechnungsabgrenzungsposten	80.716	81.796	62.592	-1.080
Summe Aktiva	91.170.165	84.917.550	77.867.347	6.252.616
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.610.500	2.610.500	2.610.500	0
Eigene Anteile	-3.450	-3.450	-3.450	0
Gewinnrücklagen	14.365.719	13.951.109	13.222.626	414.610
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	204.508	414.610	728.484	-210.101
	17.177.277	16.972.769	16.558.159	204.508
B Rückstellungen	132.169	275.799	171.962	-143.630
C Verbindlichkeiten	71.412.317	65.297.254	58.867.446	6.115.064
D Rechnungsabgrenzungsposten	2.448.402	2.371.728	2.269.779	76.674
Summe Passiva	91.170.165	84.917.550	77.867.347	6.252.616

Es besteht eine Avalbürgschaft zwischen der EUGEBAU mbH und der Kreissparkasse Euskirchen in Höhe von 117 T€ für die Erschließung des Quartier Weiße Erde gegenüber der Stadt Euskirchen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.984.616	9.356.086	9.223.315	628.530
2	Bestandsveränderungen	209.675	99.940	83.712	109.736
3	Anderer aktivierte Eigenleistungen	123.000	91.000	99.561	32.000
4	Sonstige betriebliche Erträge	5.017.463	3.591.454	543.721	1.426.009
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	9.280.474	7.303.552	4.058.123	1.976.922
a)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.280.474	7.303.552	4.058.123	1.976.922
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.068.337	1.820.659	1.698.893	247.678
a)	Löhne und Gehälter	1.636.721	1.419.482	1.338.566	217.239
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	431.616	401.177	360.326	30.439
7	Abschreibungen	2.080.259	2.060.364	1.753.243	19.895
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	733.472	503.933	712.289	229.539
9	Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen davon aus verbundenen Unternehmen	6 0	7 0	6 0	-1
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	1.944 0	1.871 0	4.967 0	74
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	704.219 0	736.094 0	781.175 0	-31.875
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	28.740	-38.554	-28.736
13	Ergebnis nach Steuern	469.940	687.015	990.113	-217.076
14	Sonstige Steuern	265.431	272.406	261.629	-6.974
15	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	204.508	414.610	728.484	-210.101

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	18,84	19,99	-1,15
Eigenkapitalrentabilität	1,19	2,44	-1,25
Anlagendeckungsgrad	91,46	92,16	-0,71
Verschuldungsgrad 2	416,51	386,34	30,16
Umsatzrentabilität	2,05	4,43	-2,38

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020
Insgesamt	29	26	25
davon Teilzeitkräfte und Auszubildende	5	7	7

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

Rahmenbedingungen - Allgemeine Angaben

Die Euskirchener Baugesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft

ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Die Gesellschaft firmierte bis zum 27. Januar 2016 unter dem Namen Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 28. Januar 2016 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben – der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung – nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 vor allem geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine, zu denen extreme Energiepreiserhöhungen zählten. Hinzu kamen dadurch verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise für weitere Güter wie beispielsweise Nahrungsmittel und Baustoffe sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 um 1,8 % höher als im Jahr 2021 (Vorjahr 2,6 %). Das Staatsdefizit betrug dabei 101,3 Milliarden Euro. Die Dynamik der deutschen Wirtschaft hat sich zum Jahresende deutlich abgeschwächt. So ist das Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal 2022 gegenüber dem 3. Quartal 2022 – preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,4 % gesunken. Die Jahresteuersatzrate in Deutschland stieg von 3,1 % in 2021 auf 7,9 % in 2022 an. Die Preise für Neubauwohnungen in 2022 verteuerten sich im Durchschnitt um 16,4 %.

Zwar wurde im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ein Neubau von jährlich 400.000 Wohnungen für Deutschland vereinbart, jedoch wurden tatsächlich nur rund 295.000 fertiggestellt. Durch den Zuzug Asylsuchender infolge des Krieges in der Ukraine nach Deutschland hat sich die Nachfrage am Wohnungsmarkt erhöht.

Branchenspezifische Entwicklung

Im Kreis Euskirchen wurden im Jahr 2022 rund 1.054 Wohnungen fertiggestellt (Vorjahr: 833). Die Fertigstellungen sind somit im Vergleich zum Vorjahr um 26,5 % gestiegen.

Weiterhin wurden im Jahr 2022 im Kreis Euskirchen für 1.290 Wohnungen Baugenehmigungen beantragt (Vorjahr: 1.359). Im Vergleich sind das 5,1 % weniger Anträge.

Aufgrund der stark gestiegenen Baupreise, höherer Abgaben wie der CO₂ Besteuerung, der allgemeinen Inflationsrate, der gestiegenen Zinsen, der Lieferengpässe, dem Fachkräftemangel und des Liquiditätsabflusses von Bestandhaltern für Energiekosten ist es fraglich, ob die genehmigten Wohnungen auch kurzfristig gebaut werden.

Entgegen dem Landestrend ist bis zum Jahr 2050 im Kreis Euskirchen mit einem Bevölkerungswachstum um 4 % zu rechnen, in der Stadt Euskirchen sogar um 5 %. Die demografische Alterung wird sich in den nächsten drei Jahrzehnten auch im Kreis Euskirchen bemerkbar machen. Das Durchschnittsalter im Kreis Euskirchen wird bis 2050 um 2,9 Jahre steigen. Die größte Verschiebung in der Altersstruktur im Kreis Euskirchen wird es bei den über 65-jährigen geben. Hier werden sich

die Anteile von 22,2 % im Jahr 2021 auf 29,30 % im Jahr 2050 verschieben. Das bedeutet, dass zukünftig knapp unter einem Drittel der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Euskirchen zu dieser Altersgruppe der über 65-jährigen zählen. Diese Entwicklungen werden weiterhin den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern. Die demografischen Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 und der Corona-Pandemie sowie den Zuzügen von Schutzsuchenden aus der Ukraine werden für den Kreis Euskirchen wohl erst mit einer verzögerten Wirkung deutlich.

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein „Vermietermarkt“. Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungs- und andere Neubauten

Das im Jahr 2020 begonnenen öffentlich geförderten Mehrfamilienhaus In den Herrenbenden 28 in Euskirchen mit insgesamt 8 Wohnungen war stark von der Hochwasserkatastrophe betroffen und wurde daher erst zum 01.05.2022 an die Mieterinnen und Mieter übergeben.

Anfang 2021 wurde mit dem Bau von 9 freifinanzierten Wohnungen Weiße Erde 10 in Euskirchen und im öffentlich geförderten Wohnungsbau von 25 Wohnungen und einem Gemeinschaftsraum in der Elbinger Straße 12-14 in Euskirchen und von 24 Wohnungen und Gemeinschaftsräumen in der Urftseestraße 26 in Schleiden-Gemünd begonnen. Die Wohnungen Weiße Erde 10 wurden zum 01.02.2022 an die Mieterinnen und Mieter übergeben. Bei den beiden anderen Objekten erfolgte die Bezugsfertigkeit zum 31.10.2022 bzw. zum 19.12.2022.

Des Weiteren wurde im Frühjahr 2022 mit dem Neubau von 9 öffentlich geförderten und 2 freifinanzierten Wohnungen in der Erftbleiche 17a in Euskirchen begonnen.

Für das geplante Mietbauvorhaben Veybachstraße 60 in Euskirchen wurde im September 2022 die Baugenehmigung und im Dezember 2022 die Förderzusage Mietwohnungen für Schutzsuchende aus der Ukraine erteilt. Der Baubeginn erfolgt somit im Juni 2023.

Außerdem wurden Bauanträge für Kindergärten in der P.-C.-Ettighoffer-Straße 44 in Euskirchen-Wüschheim und Am Hallenbad 24 in Kall. Ende 2021 und in der Hochstraße 45 in Dahlem-Schmidtheim Anfang 2023 gestellt. Mit dem Baubeginn ist im 2.Halbjahr 2023 zu rechnen.

Instandhaltung/Instandsetzung

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2022 betragen TEUR 6.682 (Vorjahr TEUR 4.930). Diesen stehen Erträge aus Versicherungsschäden von TEUR 4.796 gegenüber (Vorjahr TEUR 3.291).

Modernisierung

Aktivierete Aufwendungen für die Modernisierungen beliefen sich auf TEUR 588 (Vorjahr TEUR 616). Die in 2019 bzw. in 2020 begonnene Modernisierung des Hauses Unitasstraße 139 und die Sanierungsarbeiten an dem in 2017 erworbenen ehemaligen und unter Denkmalschutz stehenden Schlachthof Erftstraße 68 in Euskirchen wurden in 2022 abgeschlossen. Die in 2020 begonnene öffentlich geförderte Modernisierung von 9 Wohnungen in der Erftbleiche 1-3 in Euskirchen wurde in 2022 fortgeführt und in 2023 abgeschlossen.

Im Jahr 2021 wurde mit der energetischen Modernisierung des Einfamilienhauses in der Carl-Schurz-Straße 2 in Euskirchen begonnen. In diesem Gebäude soll erstmals eine innovative Wasserstofftechnik verbaut werden. Das Projekt stellt einen Prototyp dar, welcher bei zukünftigen Bauvorhaben Berücksichtigung finden soll.

Bauträrgeschäft

In 2022 wurde kein Bauträrgeschäft begonnen oder umgesetzt.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2022 insgesamt 1.591 Wohnungen, 19 gewerbliche Einheiten, 447 Garagen und 711 Einstellplätze. Von den Wohnungen waren 928 freifinanziert, die übrigen unterlagen der öffentlich-rechtlichen Zweckbindung.

Die Zugänge im Immobilienvermögen in 2022 resultieren aus der o.g. Neubautätigkeit von 5 Häusern mit 68 Wohnungen und einer gewerblichen Einheit. Des Weiteren wurde das gewerbliche Objekt Wilhelmstraße 16 in Euskirchen erworben.

Fremdverwaltung

Ende 2022 verwaltete die Gesellschaft 33 Mietwohnungen, 66 Wohneinheiten in Gemeinschaftsunterkünften, 2 gewerbliche Einheiten, 3 Garagen und 45 Stellplätze für Dritte.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war die Gesellschaft in 2022 für die Wohnungseigentümergeinschaft Euskirchen, Thüringer Straße 11a mit 11 Wohnungen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über zwölf baureife Grundstücke mit 9.664 m², sechs Ackerlandflächen mit 51.640 m², eine Gartenparzelle von 663 m² sowie drei Freiflächen von 248 m².

Das im Vorjahr aufgeführte Gelände rund um den denkmalgeschützten Alten Schlachthof in der Ertfstraße in Euskirchen wurde geteilt und ist nunmehr anteilig in den o.g. baureifen Grundstücken enthalten.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von 205 TEUR (Vorjahr: 415 TEUR) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2022 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	2.621	2.490	131
- Bauträgertätigkeit	0	0	0
- Betreuungstätigkeit	25	22	3
- Sonstigem	105	125	-20
	2.751	2.637	114
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	2.674	2.381	293
Betriebsergebnis	77	256	-179
Ergebnis der Finanzrechnung	2	2	0
Ergebnis der neutralen Rechnung	126	186	-60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	29	-29
Jahresergebnis	205	415	-210

Die Mietausfälle von TEUR 354 betragen 3,4 % (Vorjahr: 3,1 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,5 % (Vorjahr: 2,3 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2022.

Der Anstieg des Deckungsbeitrages aus der Hausbewirtschaftung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus gestiegenen Sollmieten und Erlösen aus den Umlageabrechnungen bei aber höheren Instandhaltungskosten. Der gestiegene Deckungsbeitrag aus der Betreuungstätigkeit beruht auf einen Zugang bei der Fremdverwaltungen. Der Deckungsbeitrag aus der sonstigen Tätigkeit sinkt aufgrund von geringeren Erträgen aus in früheren Jahren abgeschriebenen Forderungen.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen und fremden Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2023 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2022 um TEUR 6.253 auf TEUR 91.170 erhöht.

Es wurden für die durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen in erheblichem Maße Eigenkapital und für die Neubautätigkeiten überwiegend Fremdkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 95,7 % (Vorjahr: 95,5 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote 18,8 % (Vorjahr: 20,0 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs.1 HGB

Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit TEUR 205 (Vorjahr: TEUR 415), die Eigenkapitalquote mit 18,8 % (Vorjahr: 20,0 %), Gesamtkapitalrentabilität mit 1,00 % (Vorjahr: 1,36 %) und der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit TEUR 3.661 (Vorjahr: TEUR 3.511).

Im Berichtsjahr konnten die im Vorjahr abgegebenen Prognosen der bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren mit Ausnahme der Einflüsse der Flutkatastrophe größtenteils erfüllt werden. Die Prognose des Jahresergebnisses in Höhe von TEUR 519 wurde auf Grund von höheren Instandhaltungsaufwendungen unterschritten. Daher ist einhergehend mit dem niedrigeren Jahresergebnis und der höheren Bilanzsumme die Gesamtkapitalrentabilität unter das Vorjahresniveau gesunken. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen und entspricht der Prognose. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen im Anlagevermögen und den damit verbundenen Darlehensvaluierungen. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Diese Entwicklung ist auf die Abnahme der Forderungen, der Unfertigen Leistungen nach Verrechnung der erhaltenen Anzahlungen und den Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit sowie der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Vermietung, aus Lieferungen und Leistungen und Kapitaldienst zurückzuführen.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind 2022 die Fluktuationsquote mit 7,7 % (Vorjahr 9,0 %) und die Leerstandsquote mit 1,5 % (Vorjahr 2,3 %).

Die Leerstandsquote liegt mit 1,5 % unter dem Vorjahresniveau. Die Fluktuationsquote ist auf 7,7 % gesunken und liegt ebenfalls unter dem Vorjahresniveau sowie unterhalb der Prognosen.

Risikobericht und Risikomanagement /Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes mit eigener Mietbautätigkeit, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Überschreitung der Plankosten durch Baukostensteigerungen bei Neubauten und Modernisierungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Von 2011 bis 2022 erhöhte sich die bewirtschaftete Wohn- und Nutzfläche der Gesellschaft von 87.139 m² auf 107.997 m². Dieses Wachstum von rund 24 % geht grundsätzlich mit dem Risiko künftiger Leerstände einher. Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH von der Gesellschaft beauftragt, eine Wohnungsbedarfsprognose und ein Handlungskonzept für den öffentlich geförderten Wohnungsbau jeweils für die Kreisstadt Euskirchen bis zum Jahr 2040 zu erarbeiten. Bis zum Jahr 2040 weist das Handlungskonzept einen Wohnungsbedarf im Mehrfamilienhausbau von rund 1.600 Wohnungen aus. Der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen wird für die nächsten 10 Jahre auf 400 geschätzt. Die Bestandszuwächse der Gesellschaft und das damit verbundene expansive Neubauprogramm erscheinen aufgrund des testierten Wohnungsbedarfes des Handlungskonzeptes als nunmehr richtig. Weitere Neubauprojekte können unter Berücksichtigung der Eigenkapitalquote der Gesellschaft folgen. Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Die Fortschreibung der Wohnungsbedarfsprognose aus 2018 dient dazu, eine Zwischenbilanz zu ziehen und die Datenbasis sowie die festgesetzten Größenordnungen des Jahres 2018 auf die aktuelle, demografische Entwicklung und den aktuellen Bedarf anzupassen. Auch ein möglicher Zusatzbedarf aufgrund der Flutkatastrophe im Juli 2021 soll im fortgeschriebenen Konzept untersucht werden. Die Fortschreibung des Handlungskonzeptes wurde der Euskirchener Baugesellschaft mbH im Mai 2023 vorgelegt. Auf Grund bereits durchgeführter Maßnahmen war eine Überarbeitung des Handlungskonzeptes notwendig. Es wurde zusätzlich festgestellt, dass die Nachfrage auf einem immer enger werdenden Wohnungsmarkt steigt.

Auf Grund des Krieges in der Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen gegen die Russische Föderation, sind die Herstellungskosten für Bauprojekte weiter gestiegen und werden auch zukünftig steigen. Ein weiterer Preistreiber ist die anhaltende Inflation. Zudem haben sich die Förderbedingungen für die energetische Gebäudeausstattung verschlechtert und es muss mit Insolvenzen von Auftragnehmern gerechnet werden. Durch den Fachkräftemangel wird es zu Verzögerungen in der Bauausführung kommen. Die noch nicht begonnenen Bauvorhaben werden vor diesem Hintergrund laufend im Hinblick auf die Gesamtkosten überprüft. Der Bau des Mehrfamilienhauses Veybachstraße 60 in Euskirchen ist nicht mehr wirtschaftlich. Der Aufsichtsrat der Euskirchener Baugesellschaft mbH bewilligte gleichwohl die Umsetzung des Projektes.

Die stark gestiegenen Energiepreise und die auch weiterhin steigenden restlichen Betriebskosten erhöhen das Mietausfallrisiko. Durch den Einsatz externer Einkaufsspezialisten, soll der Anstieg der Nebenkosten eingrenzt werden. So konnte bereits Mitte 2020 Erdgas für die Jahre 2022 bis 2024 zum Fixpreis zzgl. Abgaben, Steuern und Umlagen eingekauft werden. In Verbindung mit angepassten Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter werden somit auftretende Ausfallrisiken minimiert.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierefrei zu erstellen.

Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelm-

straße und das 9.479 m² große Grundstücksareal rund um den „Alten Schlachthof“ an der Erftstraße in Euskirchen. Für die zukünftige Bebauung des Quartiers „Alter Schlachthof“ wurden planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen. Die Stadt Euskirchen, die Euskirchener Baugesellschaft mbH und ein weiterer Anrainer müssen hierzu noch Vereinbarungen über die Erschließung treffen. Hierfür wurde die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans notwendig. Der Bebauungsplan wurde Ende 2022 rechtskräftig.

Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Prognosebericht

Nach den Erkenntnissen bis zur Aufstellung des Lageberichtes haben sich durch die Corona-Pandemie keine gravierenden negativen Auswirkungen ergeben. Vor dem Hintergrund sämtlicher Schutzmaßnahmen und Verordnungen sind auch keine negativen Auswirkungen mehr zu erwarten.

Auf Grund des anhaltenden Krieges in der Ukraine, den bestehenden und erweiterten Sanktionen gegen die Russische Föderation werden Lieferketten weiterhin bedroht. Es ist wahrscheinlich, dass es dadurch zu Produktionsausfällen und einer weiteren Verknappung von Produkten kommen wird, wenngleich alternative Ausweichmöglichkeiten vermehrt geschaffen werden. In Verbindung mit stark steigenden Energiepreisen wird dies einen weiteren starken Anstieg der Preise für Bau- und Instandhaltungsleistungen verursachen. Gleichzeitig werden die Auswirkungen des anhaltenden Fachkräftemangels die Ausführung von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen verzögern.

Die beschriebenen Kostensteigerungen in Verbindung mit den fehlenden Produkten und den für die Ausführung der Bauleistungen nötigen Kapazitäten, wird die Durchführung von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen weiterhin deutlich erschweren.

Die Flutwasserkatastrophe im Juli 2021 hat Schäden im Bestand von ca. 13,3 Mio. € verursacht. Durch die bestehende Elementarschadenversicherung ist der Hauptteil der Schäden abgesichert. Der zu tragende Eigenanteil ist je Versicherungsfall auf € 2.500 begrenzt, welcher über die Aufbauhilfe des Landes NRW abgedeckt werden konnte. Bis zum 31.12.2022 wurden rund 8,0 Mio. € für die Instandsetzungsarbeiten aufgewendet.

Ungeachtet dieser Umstände kann davon ausgegangen werden, dass das Jahresergebnis 2023 nach dem aktuellen Wirtschaftsplan von rund 1 Mio.€ zu erreichen ist. Es wird erwartet, dass andere Leistungsindikatoren wie Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Fluktuationsquote, Leerstandsquote und Gesamtkapitalrentabilität dem Niveau des Jahres 2021 entsprechen. Die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) aus 2022 in Höhe von 18,8 % (Vorjahr: 20,0 %) wird in 2023 voraussichtlich sinken. Grund hierfür sind die Investitionen in Neubauten und die Modernisierung des Gebäudebestandes, die überwiegend mit Fremdkapital finanziert werden. Diese Planung erfolgt aufgrund § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages. § 21 Abs. 5 wurde in den Gesellschaftsvertrag im Zuge der Umsetzung des § 108 Abs. 3 GO NRW durch die Gesellschafter aufgenommen. Der Wirtschaftsplan wurde deshalb in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, den 24. August 2023

Die Geschäftsführung

Knuth

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung (9 Mitglieder):

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied: Rudi Mießeler, CDU

Stellvertretendes Mitglied: Dominik Schmitz, CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Aufsichtsrat (12 Mitglieder):

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Geborenes Mitglied: Landrat Markus Ramers

Stellvertreter: Achim Blindert, AV

Vertretungsberechtigte Personen vom Kreis Euskirchen:

1. Bernd Kolvenbach, CDU
2. Silvia Wallraff, CDU
3. Thilo Waasem, SPD
4. Ellen Mende, B 90/DIE GRÜNEN

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen im Jahr 2022 17.748,77 €.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Um-
setzung im Aufsichtsrat beschlossen:*

Bisheriges ordentliches Mitglied: Silvia Wallraff, CDU

Neues ordentliches Mitglied: Heiko Kusserow, CDU

Geschäftsführer:

Oliver Knuth

Der Geschäftsführer hat im Jahr 2022 Gesamtbezüge von 133.917,32 € erhalten.

**Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten
Nach Geschlecht**

Dem Aufsichtsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 25 %).

Der Gesellschafterversammlung in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitglie-
dern 1 Frau an (Frauenanteil: 11,11 %).

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die EUGEBAU mbH hat die Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes durch den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. prüfen lassen. Nach Einschätzung des Verbandes gilt die EUGEBAU mbH als Bestandsunternehmen im Sinne des Landesgleichstellungsgesetzes. Des Weiteren sieht der Gesellschaftsvertrag der EUGEBAU mbH keine Anwendung des Gesetzes vor. Aus diesen Gründen geht die Gesellschaft davon aus, dass die Aufstellung eines Gleichstellungsplanes nicht verpflichtend ist. Trotz der Formalien beachtet die EUGEBAU mbH bei der Besetzung von Stellen das Landesgleichstellungsgesetz.

3.4.1.5 Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Rheinstraße 55
53881 Euskirchen
Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>
Gründungsjahr: 28. September 1989

Zweck der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NRW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der DuMont Mediengruppe GmbH & Co.KG, Köln (kurz: Mediengruppe), und damit mit allen Tochterunternehmen von der Mediengruppe verbunden. Der Jahresabschluss der Radio Euskirchen GmbH & Co.KG wird in den Konzernabschluss der Mediengruppe einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sogenannte nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der kulturellen Betreuung der Einwohner insbesondere auf den Gebieten der Bildung und der Kultur. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	127.822,97	25,00
DuMont Mediatainment GmbH & Co.KG, Köln)	383.468,91	75,00
Summe	511.291,88	100,00

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Tabelle unter Punkt 3.3 ist zu entnehmen, dass in der Bilanz zum 31.12.2022 der Radio Euskirchen GmbH & Co.KG Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis Euskirchen von 12.836,16 € ausgewiesen wurden. Hierbei handelt es sich um den Gewinnanteil des laufenden Jahres.

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvorkonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

Entwicklung der Bilanzen

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.988	11.721	8.785	-2.733
Sachanlagen	16.451	30.099	31.579	-13.648
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565	0
	51.003	67.384	65.928	-16.381
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.278.343	1.329.764	1.374.949	-51.421
Liquide Mittel	196	32	215	163
	1.278.539	1.329.797	1.375.164	-51.258
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.514	2.303	869	-789
Summe Aktiva	1.331.056	1.399.484	1.441.962	-68.428
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	511.292	511.292	511.292	0
Kapitalrücklage	488.708	488.708	488.708	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0	0
	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
B Rückstellungen	62.654	78.445	72.070	-15.791
C Verbindlichkeiten	268.403	321.039	369.892	-52.636
Summe Passiva	1.331.056	1.399.484	1.441.962	-68.428

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.122	2.592	3.199	-470
Liquide Mittel	18.322	17.070	13.583	1.252
	20.444	19.663	16.783	782
B Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Aktiva	20.444	19.663	16.783	782
Passiva	€	€	€	€
A Rückstellungen	5.171	5.113	4.989	58
B Verbindlichkeiten	15.273	14.550	11.793	724
Summe Passiva	20.444	19.663	16.783	782

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	778.384	789.918	805.435	-11.534
2	Sonstige betriebliche Erträge	15.894	31.809	7.597	-15.914
3	Materialaufwand	2.868	1.956	29	912
4	Abschreibungen	18.646	23.009	14.756	-4.363
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	712.046	696.029	687.656	16.017
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.769	0	0	2.769
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.340	8.050	4.449	-710
	davon an verbundene Unternehmen	7.340	8.050	4.136	-710
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.802	13.080	14.730	-8.278
9	Ergebnis nach Steuern	51.345	79.602	91.413	-28.258
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	51.345	79.602	91.413	-28.258
11	Gutschriften auf Gesellschafterkonten	51.345	79.602	91.413	-28.258
12	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	336.367	344.032	359.900	-7.665
2	Sonstige betriebliche Erträge	3.998	4.920	13.963	-921
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	103.155	105.568	121.929	-2.413
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	103.155	105.568	121.929	-2.413
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	224.271	232.785	238.376	-8.514
	a) Löhne und Gehälter	185.610	191.283	196.680	-5.673
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	38.661	41.503	41.696	-2.842
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.126	9.685	12.530	2.442
6	Ergebnis nach Steuern	813	915	1.027	-101
7	Sonstige Steuern	813	915	1.027	-101
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	75,13	71,45	3,67
Eigenkapitalrentabilität	5,13	7,96	-2,83
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	33,11	39,95	-6,84
Umsatzrentabilität	6,60	10,08	-3,48

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren keine Mitarbeitenden (Vorjahr: 0) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsbericht für das Jahr 2022

I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland schließt im Jahr 2022 -3,4 % unter Vorjahresniveau ab. Die Tageszeitungen weisen einen Umsatzrückgang von -4,2 % aus. TV-Werbeerlöse sinken zum Vorjahr um -5,5 %. Die Internetwerbeumsätze (Desktop) sinken zum Vorjahr um -7,6 %, im Bereich Mobile steigen diese leicht um +1,7 %. Die Gattung Radio erzielte 2022 bei den Bruttowerbeerlösen einen leichten Umsatzverlust von -0,6 %.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 51 ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 80 um TEUR 29 unterschritten (-35,5 %). Geplant waren TEUR -76.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 12 (1,5 %) auf TEUR 778 gesunken. Hiervon entfallen TEUR 444 (TEUR +6 bzw. +1,4 % zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen sowie nationalen Werbeumsätze und TEUR 305 (TEUR -24 bzw. -7,4 % zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 712 um 2,3 % (TEUR 16) leicht über dem Vorjahr.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2022 ein Eigenkapital (inkl. Kapitalrücklage) von TEUR 1.000 aus. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von TEUR 10.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 437 enthalten. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 318 geplant.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre waren die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Die Wettbewerbsintensität hat sich durch die Digitalisierung bzw. Überregionalisierung der Übertragungswege (DAB+) sowie die zunehmende Konkurrenz durch alternative Audio-Formate (Podcasts, Streaming) inkl. Paid Content-Modelle deutlich verschärft.

Durch neue DAB+ Anbieter im NRW- Hörfunkmarkt sowie eine weitere landesweite UKW-Kette entstand 2022 zusätzlicher Wettbewerb. Global Players setzen neue Standards bezüglich der Content-Distribution, die vor allem von jüngeren Zielgruppen nachgefragt und akzeptiert werden.

Insbesondere die personalisierte On-Demand-Bereitstellung sowie der mobile plattformübergreifende Zugriff haben an Bedeutung gewonnen.

Hierdurch schwanken die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzenden Hörer-Reichweiten aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres immer stärker und können zu Erlösrissen führen.

Im Wesentlichen kann das Radio sowohl im Web, aber auch im UKW-Bereich die große Reichweite verteidigen. In Zukunft steht aber die Ausweitung der digitalen Reichweite mehr denn je im Fokus. Deshalb hat die Geschäftsführung eine Reihe von strategischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Sendergruppe der Rheinland Kombi Köln aufgesetzt. Dazu zählen u. a. die Optimierung der Gestaltung, bzw. Verbesserung der Monetarisierung der digitalen Auftritte (Webseiten, APP etc.) sowie konkret, die Einführung der eigenen Digitalvermarktung (programmatische Vermarktung) unserer Webseiten. Eine harmonisierte Content-Erstellung, Synergien schaffen mit anderen Sendern, ist ebenfalls geplant um neue, vorrangig digitale Angebote, zur Erreichung jüngerer Zielgruppen auf den Markt zu bringen.

Rückenwind für diese Maßnahmen kommt aus dem landesweiten Strukturprozess: Zur langfristigen wirtschaftlichen Stabilisierung der Lokalradios sowie des gesamten Lokalradiosystems arbeiten die Vertreter der Betriebsgesellschaften und der Veranstaltergemeinschaften, in einem komplexen Strukturanalyseprozess, unter Federführung der Medienanstalt NRW, an verschiedenen Reform-Paketen in den Bereichen Strategie, Budgetstandards, Synergien und Organisation. Sollte dieser Prozess erfolgreich sein, steht im Ergebnis ein zukunftsfähiges Gesamtsystem, das neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch die größtmögliche journalistische Vielfalt bewahrt.

Euskirchen, 5. Mai 2023

Radio Euskirchen GmbH

Geschäftsführung

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung Radio Euskirchen GmbH & Co.KG:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied: Rolf Jaeck, CDU

Stellvertretendes Mitglied: Stefan Guhlke, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Geschäftsführung Radio Euskirchen GmbH & Co.KG:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Euskirchen GmbH, die durch ihren Geschäftsführer Dietmar Henkel, Leichlingen, vertreten wird.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft:

1. Wolfgang Andres, Stabstelle 12 (Zugriff LR § 26 Abs. 5 KrO NRW)
2. Silvia Wallraff, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Veranstaltergemeinschaft zu entnehmen.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Um-
setzung in der Gesellschafterversammlung beschlossen:*

Bisheriges ordentliches Mitglied: Silvia Wallraff, CDU

Neues ordentliches Mitglied: Ute Stolz, CDU

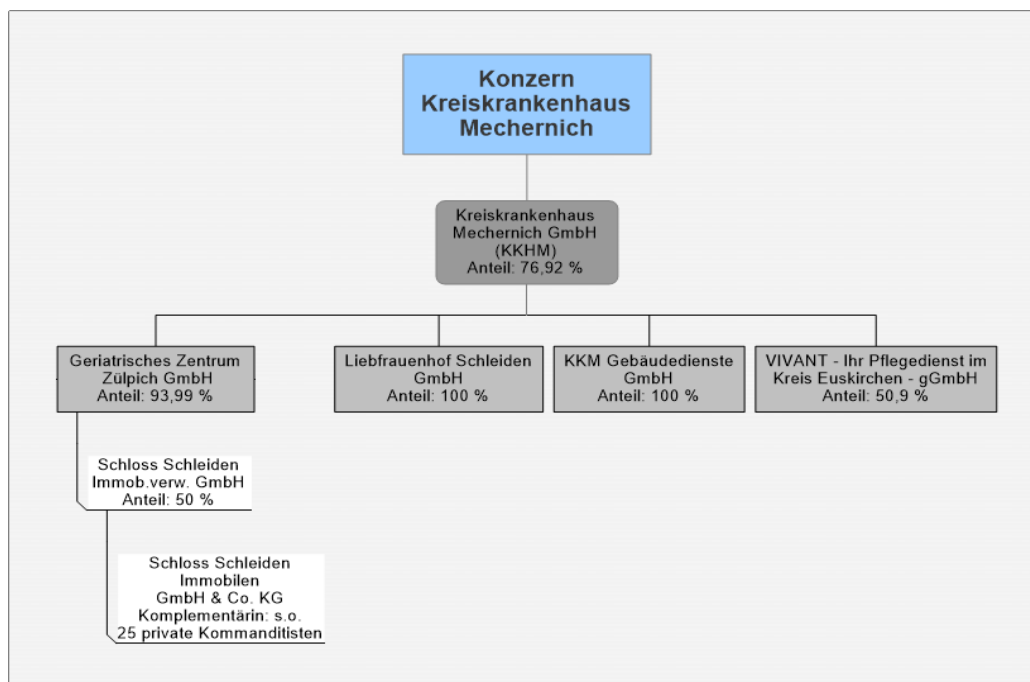
**Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten
nach Geschlecht/Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG**

Es handelt sich bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG um ein Unternehmen, welches mehrheitlich privatrechtlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist, so dass die Gesellschaft nicht in den Anwendungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG fällt.

3.4.1.6 Konzern - Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)

Basisdaten

Anschrift: St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich
Internet: <http://www.kkkm.de/>
Gründungsjahr: 10. April 1975



3.4.1.6. Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM) und Konzern

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der KKHM ist die Förderung der Gesundheitspflege sowie der Jugend- und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen, das Betreiben von Kindertagesstätten sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	511.500	76,92
Stadt Zülpich	153.500	23,08
Summe	665.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Lt. Gesellschaftsvertrag sind die Gesellschafter nicht verpflichtet, Jahresfehlbeträge zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	488.561	420.443	272.277	68.118
Sachanlagen	69.291.631	69.847.675	70.806.204	-556.044
Finanzanlagen	18.805	18.805	18.805	0
	69.798.997	70.286.923	71.097.286	-487.926
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.972.231	2.694.165	2.862.292	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.753.874	25.398.799	25.850.033	6.355.075
Liquide Mittel	5.607.647	16.597.923	13.748.605	-10.990.276
	40.333.752	44.690.887	42.460.931	-4.357.135
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	250.342	240.370	319.527	9.971
Summe Aktiva	113.873.165	118.708.255	117.367.818	-4.835.090
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.305.451	4.305.451	4.305.451	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	26.722.226	26.161.790	25.206.717	560.436
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	476.867	476.867	476.867	0
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	2.459.872	2.236.711	2.107.067	223.161
Konzerngewinn	-3.811.468	560.436	955.073	-4.371.905
	34.600.644	38.188.951	37.498.870	-3.588.307
B Sonderposten	21.553.306	21.057.894	20.441.724	495.413
C Rückstellungen	19.088.861	19.054.052	17.203.224	34.809
D Verbindlichkeiten	37.598.065	39.320.086	41.072.274	-1.722.021
E Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung	542.048	542.048	542.048	0
F Rechnungsabgrenzungsposten	490.241	545.224	609.677	-54.982
Summe Passiva	113.873.165	118.708.255	117.367.818	-4.835.090

Bürgschaften:

GZZ GmbH:

Ausfallbürgschaft von 14.192.354 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürge: Kreis Euskirchen (72,297%).

KKHM GmbH:

Ausfallbürgschaft (Parkhaus) von 2.200.000 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürgen: Kreis Euskirchen (76,92%) und Stadt Zülpich (23,08%)

Ausfallbürgschaft (Altenpflegeheim am Schloss Schleiden) von 4.100.000 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürgen: Kreis Euskirchen (76,92%) und Stadt Zülpich (23,08%)

Ausfallbürgschaft (Ärzte- und Apothekenhaus) von 4.000.000 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürgen: Kreis Euskirchen (76,92%) und Stadt Zülpich (23,08%)

Kreis Krankenhaus Mechernich GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	478.253	406.887	261.122	71.366
Sachanlagen	52.599.946	52.564.824	52.828.941	35.123
Finanzanlagen	6.420.280	6.445.896	6.471.068	-25.616
	59.498.479	59.417.606	59.561.131	80.873
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.914.526	2.638.012	2.810.251	276.514
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.496.200	24.585.854	24.896.504	5.910.346
Liquide Mittel	3.651.153	13.846.755	12.071.700	-10.195.603
	37.061.879	41.070.622	39.778.455	-4.008.743
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	147.004	75.997	97.653	71.007
Summe Aktiva	100.197.436	104.054.300	102.927.313	-3.856.864
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.304.594	4.304.594	4.304.594	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	22.334.323	21.797.268	21.292.299	537.055
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.852.695	537.055	504.969	-4.389.749
	27.233.919	31.086.613	30.549.558	-3.852.695
B Sonderposten	21.552.585	21.056.939	20.440.535	495.647
C Rückstellungen	15.693.057	15.381.930	14.539.816	311.128
D Verbindlichkeiten	34.768.321	35.543.488	36.378.045	-775.167
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	542.048	542.048	542.048	0
F Rechnungsabgrenzungsposten	407.506	443.282	477.310	-35.776
Summe Passiva	100.197.436	104.054.300	102.927.313	-3.856.864

		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	135.842.790	136.307.015	132.884.426	-464.225,33
2	Bestandsveränderungen	628.300	-284.000	-194.321	912.300,00
3	Sonstige betriebliche Erträge	6.227.332	7.962.162	10.072.867	-1.734.830,13
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	30.272.947	27.586.272	27.184.676	2.686.674,89
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16.814.647	16.214.444	14.478.828	600.202,87
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.458.300	11.371.828	12.705.847	2.086.472,02
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	95.600.773	93.609.236	89.236.386	1.991.537,50
	a) Löhne und Gehälter	77.191.187	75.781.568	72.369.502	1.409.618,87
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	18.409.586	17.827.667	16.866.884	581.918,63
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	6.002.392	2.622.736	2.627.103	3.379.655,70
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	4.541.292	3.879.526	3.777.371	661.766,18
8	Erträge aus Einstellung Ausgleichposten für Darlehnsförderung	0	0	0	
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	6.210.604	3.673.008	8.705.925	2.537.596,19
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	271.348	272.066	195.325	-718,40
11	Abschreibungen	5.872.202	5.589.342	5.483.030	282.860,05
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.991.331	18.141.526	16.359.976	-150.195,64
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.620	15.876	3.041	-7.255,73
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	545.067	781.802	751.999	-236.734,88
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.462	85.391	36.602	-61.928,90
16	Ergebnis nach Steuern	-3.537.008	764.672	1.216.568	-4.301.680,12
17	Sonstige Steuern	51.299	74.591	92.619	-23.292,04
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.588.307	690.081	1.123.949	-4.278.388,08
19	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-223.161	-129.644	-168.876	-93.516,42
20	Konzerngewinn	-3.811.468	560.436	955.073	-4.371.904,50

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	113.233.999	114.480.720	111.057.509	-1.246.721
2	Bestandsveränderungen	628.300	-284.000	-194.321	912.300
3	Sonstige betriebliche Erträge	3.870.451	6.203.821	8.185.470	-2.333.371
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	28.614.257	26.449.415	26.065.899	2.164.842
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	15.275.843	14.710.397	13.042.650	565.446
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.338.414	11.739.018	13.023.249	1.599.396
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	76.664.116	75.626.667	71.447.366	1.037.449
	a) Löhne und Gehälter	61.982.927	61.313.582	58.002.736	669.345
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.681.189	14.313.085	13.444.631	368.104
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	6.002.392	2.622.736	2.627.103	3.379.656
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	4.541.058	3.879.292	3.777.137	661.766
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0	0	0	
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	6.210.604	3.673.008	8.705.925	2.537.596
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	271.348	272.066	195.325	-718
11	Abschreibungen	5.156.810	4.856.998	4.737.266	299.812
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.815.292	14.844.766	13.223.762	-29.474
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38.355	40.301	20.524	-1.946
	davon aus verbundenen Unternehmen	30.109	25.842	17.839	4.267
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	379.854	593.472	546.958	-213.617
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.910	57.973	14.080	-34.063
16	Ergebnis nach Steuern	-3.821.638	568.505	536.842	-4.390.143
17	Sonstige Steuern	31.057	31.450	31.873	-393
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.852.695	537.055	504.969	-4.389.749

Kennzahlen

Kennzahlen - Konzern	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	30,39	32,17	-1,79
Eigenkapitalrentabilität	-11,02	1,47	-12,48
Anlagendeckungsgrad	65,96	78,22	-12,26
Verschuldungsgrad 2	163,83	152,86	10,98
Umsatzrentabilität	-2,81	0,41	-3,22

Kennzahlen - GmbH	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	27,18	29,88	-2,70
Eigenkapitalrentabilität	-14,15	1,73	-15,87
Anlagendeckungsgrad	71,63	81,36	-9,73
Verschuldungsgrad 2	185,29	163,82	21,47
Umsatzrentabilität	-3,40	0,47	-3,87

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
KKHM Konzern	1.753	1.755	1.750	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKHM GmbH	1.197	1.211	1.168,5	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Geschäftsentwicklung

Konzernlagebericht der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, für das Geschäftsjahr 2022

1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist ein Unternehmen des Kreises Euskirchen und der Stadt Zülpich und erbringt insbesondere vollstationäre, teilstationäre sowie ambulante medizinische und pflegerische Leistungen im Kreis Euskirchen. Darüber hinaus ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich.

Die Gesellschaft ist an folgenden Standorten vertreten:

- Kreiskrankenhaus Mechernich, Mechernich (418 Planbetten)
- Krankenhaus Schleiden, Schleiden (105 Planbetten)
- Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) an der Olefmündung, Gemünd

Die Gesellschaft hält Beteiligungen an den folgenden Gesellschaften:

- Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH (93,99%)
- Liebfrauenhof Schleiden GmbH (100,00%)
- VIVANT — Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH (50,90%)
- KKM Gebäudedienste GmbH (100,00%)

2. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene und rechtliche Rahmenbedingungen

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Das Jahr 2022 war wie die Vorjahre maßgeblich durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und deren Finanzierung geprägt. Darüber hinaus zeigen sich die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Materialbeschaffung und auf eine erhöhte Inflation mit der Folge eines deutlich steigenden Personal- und Materialaufwands.

Die deutsche Volkswirtschaft war bereits vor der Pandemie mit vielfältigen langfristigen Veränderungen konfrontiert. Der Strukturwandel, ausgelöst durch den technologischen Fortschritt, den demografischen Wandel und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, ist eine große Herausforderung, bietet aber zugleich Chancen. Die Wirtschaftspolitik ist gefordert, die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise zu bewältigen, die ökonomische Resilienz in Deutschland und Europa zu erhöhen und das Wachstumspotenzial zu stärken.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beschreibt in seinem Jahresgutachten 2022/2023: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Frühjahr 2022 und dessen Auswirkungen stellen Europa, und in besonderem Maße Deutschland, vor große wirtschaftliche Herausforderungen. Die Energiepreise sind seit Beginn des Krieges weiter kräftig gestiegen. Die deutliche Einschränkung russischer Erdgaslieferungen im Sommer 2022 hat die Energiekrise verschärft und die bereits im Jahr 2021 erhöhte Inflation weiter angeheizt. Dies belastet Haushalte und Unternehmen massiv und trübt den konjunkturellen Ausblick deutlich ein. Erschwerend hinzu kommt, dass die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht vollständig überwunden sind und Lieferkettenstörungen andauern. Zusammen mit spürbaren Fachkräfteengpässen verlangsamt dies die konjunkturelle Erholung.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im 3. Quartal 2022 knapp das Niveau aus dem 4. Quartal 2019 – vor der Corona-Krise – überschritten. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird durch die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine allerdings stark beeinträchtigt. Die massiv gestiegenen Energiepreise führen zu erheblichen Kaufkraftverlusten

und dämpfen die privaten Konsumausgaben. Gleichzeitig belasten sie die Produktion insbesondere in den energieintensiven Industriezweigen. Hohe wirtschaftliche Unsicherheit und ein schwaches außenwirtschaftliches Umfeld lassen in der kurzen Frist von Investitionen und Exporten kaum Wachstumsimpulse erwarten. Demgegenüber ist davon auszugehen, dass die Lieferkettenstörungen sukzessive zurückgehen. Dadurch könnte der hohe Auftragsbestand in der Industrie abgearbeitet werden. Überdies kann damit gerechnet werden, dass die privaten Haushalte einen größeren Anteil ihres Einkommens verausgaben oder Ersparnisse auflösen werden, um ihren Konsum zu glätten. Zusammen mit einem weiterhin robusten Arbeitsmarkt und den Impulsen durch die Entlastungspakete, insbesondere die Gaspreiskontrolle, dürfte dies den Abschwung dämpfen. Der Sachverständigenrat erwartet für Deutschland ein BIP-Wachstum von 1,7 % im Jahr 2022. Dabei resultiert das Wachstum im Jahr 2022 aus dem statistischen Überhang aus dem vergangenen Jahr und dem noch aufwärtsgerichteten 1. Halbjahr 2022, während im zweiten Halbjahr von einer Stagnation auszugehen ist. Im Jahr 2023 dürften die Abwärtskräfte überwiegen und das BIP um 0,2 % zurückgehen.

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen:

Für die beitragsfinanzierten Leistungsbereiche der bundesdeutschen Sozialsysteme stellen sich rückläufige Konjunkturerwartungen grundsätzlich problematisch dar. Im Ergebnis stehen dann steigende demografische und gesellschaftliche Leistungsanforderungen stagnierenden oder real sogar sinkenden Beitragsvolumina gegenüber. In der Folge steigt die Gefahr, dass sich der bereits seit Jahrzehnten bestehende Ökonomisierungsdruck mit der Grundproblematik einer sich weiter erhöhenden Arbeitsverdichtung fortsetzt.

Für den Bereich der Krankenhausleistungen stellen sich die wesentlichen Rahmenbedingungen wie folgt dar:

Nach einer Befragung des Deutschen Krankenhaus Instituts (DKI) einer repräsentativen Stichprobe von zugelassenen Allgemeinkrankenhäusern ab 100 Betten in Deutschland im Frühjahr 2022 erwarten die Krankenhäuser insgesamt eine deutliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage im Jahr 2022. Im Vergleich zum Jahr 2021 sollen demnach die Krankenhäuser mit einem positiven Jahresergebnis von 44% auf 20 % zurückgehen. Demgegenüber wird erwartet, dass der Anteil der Krankenhäuser mit einem negativen Jahresergebnis von 43 % auf 59 % steigen wird.

Entsprechend stufen nur noch 6 % der Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Lage als gut ein. Dagegen schätzten 58 % der Krankenhäuser ihr wirtschaftliche Lage als unbefriedigend ein, 36 % legten sich nicht fest. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die kritische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage auf hohem Ausgangsniveau noch weiter verschlechtert.

Für das Jahr 2023 erwartet zudem jedes zweite Krankenhaus eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Nur ca. ein Sechstel der Krankenhäuser geht von einer Verbesserung aus. Hinsichtlich der Auslastung gibt die Mehrzahl der Krankenhäuser an, dass die gesamte Auslastung des Krankenhauses zum Frühjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr coronabedingt weiterhin rückläufig ist. Dies zeigt sich besonders deutlich auf den Normalstationen. Intensivstationen hingegen weisen eine 38 % höhere Auslastung im Vergleich zum Vorjahr auf. Den stärksten Rückgang gab es bei den elektiven Fällen. Über 60 % der Krankenhäuser gehen davon aus, dass Patientinnen und Patienten aus Sorge vor Ansteckung mit dem COVID-19-Erreger auf elektive Operationen und Eingriffe verzichten werden. Des Weiteren bejahten über 80 % der Krankenhäuser, dass das elektive Programm aufgrund der bevorzugten Behandlung von Covid-Patienten eingeschränkt war. Ferner wird deutlich, dass in mehr als 70 % der Krankenhäuser im Jahr 2021 coronabedingte Personalausfälle zu Einschränkungen der Behandlungskapazitäten geführt haben.

Der Fachkräftemangel in der Pflege bleibt eine zentrale Herausforderung für die stationäre Krankenhausversorgung in Deutschland und hat sich seit 2021 noch einmal deutlich verstärkt. Dies

spiegelt sich in der oben genannten Umfrage wider. Auch die Stellenbesetzung im Ärztlichen Dienst ist für einen Großteil aller Krankenhäuser problematisch.

49 % der Krankenhäuser gaben an, dass sich die Einführung des Pflegebudgets positiv auf die Personalausstattung in der Pflege auswirkt. Nur 12 % der Häuser gaben an, negative Auswirkungen zu sehen. Positive finanzielle Auswirkungen sehen 40 % der befragten Häuser. Kritisch ist jedoch, die jeweiligen Pflegebudgets mit den Kostenträgern zu vereinbaren, so dass die entsprechende Refinanzierung der Personalausstattung in der Pflege auch tatsächlich refinanziert wird. Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in 2022 auch wegen mittelbarer und unmittelbarer Auswirkungen des Ukraine-Krieges weiter verschlechtert. Es gibt drei bewilligte Hilfspakete: Pädiatrie, Geburtshilfe sowie Energie, wobei die beiden ersten Bereiche durch die Normierung des DRG-Kataloges finanziert werden. Nicht abgedeckt von den Hilfspaketen sind die mit den rückläufigen Belegungszahlen in Zusammenhang stehenden Erlösverluste. Als belastend für die Liquidität wirken sich ferner die verzögerten Budgetverhandlungen und die weiterhin nicht ausreichende Erfüllung der Investitionsfinanzierung durch die Länder aus. Folglich wird sich die Liquidität vieler Häuser zum Ende des Jahres 2022 bereits knapp darstellen und sie werden auf eine schnelle Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel aus den Hilfspaketen angewiesen sein. In der zitierten Umfrage schätzen sich über 70 % der Krankenhäuser als nicht oder nur schwach investitionsfähig ein. Umso mehr besteht die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Krankenhausfinanzierung.

Für den Bereich der Pflegeleistungen und geriatrische Leistungen stellen sich die wesentlichen Rahmenbedingungen wie folgt dar:

Der Markt für Pflegeleistungen und für Angebote der geriatrischen Rehabilitation ist weiterhin ein Wachstumsmarkt. Gemäß den Angaben des Landesbetriebes Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) wird sich die Zahl der über 65-jährigen im Kreis Euskirchen weiterhin erhöhen.

Auf Grund des demografischen Wandels und der damit verbundenen steigenden Nachfrage nach Pflegeleistungen wurden in der Vergangenheit zahlreiche gesetzliche Regelungen zur Förderung der ambulanten und stationären Versorgung auf den Weg gebracht.

Um den wachsenden Bedarf nach zusätzlichen Altenpflegeleistungen zu decken, werden insbesondere auch zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt. Angesichts einer nahezu Vollbeschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt stellt die Gewinnung und Bindung von qualifizierten und geeigneten Pflegekräften eine große Herausforderung für die Branche dar. Auch wenn hier durch gesetzliche Regelungen wie dem Pflegepersonalstärkungsgesetz Anreize zur Schaffung von Stellen in der Pflege gesetzt werden, mangelt es an den für die Besetzung der Stellen notwendigen verfügbaren Arbeitskräften.

2.3 Rechtliche Rahmenbedingungen:

Das Geschäftsjahr 2022 war, wie bereits die beiden vorherigen Jahre, wesentlich beeinflusst durch die Fortsetzung der gesetzlichen Maßnahmen zur Entlastung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Diese stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Folgende gesetzliche Regelungen des Jahres 2021 zur Entlastung der Krankenhäuser von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wurden in 2022 modifiziert bzw. nicht fortgesetzt:

- **Freihaltepauschale:**
 - Falls Krankenhäuser zur Erhöhung der Verfügbarkeit von betriebsfähigen intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten planbare Aufnahmen, Operationen oder Eingriffe verschoben oder ausgesetzt hatten, erhielten sie für Ausfälle von Einnahmen, die bis zum 18. April 2022 dadurch entstanden waren, dass Betten aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie nicht so belegt werden konnten, wie es geplant war, Ausgleichszahlungen.

- Ein Krankenhaus qualifizierte sich für diese Freihaltepauschale nur, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt waren (u. a. Zuschlag für die Teilnahme an der Notfallversorgung vereinbart oder noch keine Zu- oder Abschläge vereinbart und grundsätzlich für die Basisnotfallversorgung geeignet). Eine Inzidenzbegrenzung gab es nicht.
- Das Pflegebudget befindet sich im dritten Jahr der Umsetzung. Während im Jahr 2020 im Fall einer Überdeckung des Pflegebudgets durch Abrechnung von vorläufigen Pflegeentgelten keine Rückerstattung an die Kostenträger erfolgen musste, ist diese Erleichterung in 2022 wie bereits in 2021 entfallen.
- Der vorläufige Pflegeentgeltwert wurde von 146,55 EUR auf 163,09 EUR ab dem 1. Januar 2021 angehoben. Ab dem 1. Juli 2022 erfolgte eine Erhöhung auf 200,00 EUR bis zum 31. Dezember 2022. Danach erhöht sich das Entgelt auf 230,00 EUR.
- Um die Verhandlungen zu vereinfachen, wurden Erlösausgleiche nach § 4 Absatz 3 KHEntgG oder § 3 Absatz 7 BPfIV für das Jahr 2022 wie bereits in den Vorjahren abgeschlossen.
- Eine Verkürzung der Zahlungsfrist der Krankenkassen auf 5 Tage war nach wiederholten Verlängerungen zunächst vorgesehen für Leistungen, die bis zum 31. Dezember 2022 erbracht wurden. Diese Verkürzung der Zahlungsfrist wurde kurz vor Jahresende 2022 bis zum 31. Dezember 2023 verlängert.
- Der Fixkostendegressionsabschlag für 2020 war ausgesetzt. Wie im Jahr 2021 wird der Fixkostendegressionsabschlag auch im Jahr 2022 wieder erhoben. Für den Fixkostendegressionsabschlag des Jahres 2022 gilt das Vergleichsjahr 2019.
- Für Mehrkosten, insbesondere bei persönlichen Schutzausrüstungen, erhielten Krankenhäuser bis zum 31. Dezember 2021 einen Zuschlag je Patient (nicht infizierter Patient: 20,00 EUR, infizierter Patient: 40,00 EUR). Die Regelung wurde für das Jahr 2022 nicht verlängert.

Als wesentliche Regelung zur Deckelung der finanziellen Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie wurde der sogenannte Corona-Ganzjahresausgleich fortgesetzt. Sollten die Erlöse aus Krankenhausleistungen des Jahres 2022 zzgl. 85 % der erhaltenen Freihaltepauschalen und/oder zzgl. 50 % des Versorgungsaufschlages 2022 einen aus dem Jahr 2019 errechneten Erlösreferenzwert über- oder unterschreiten, wird ein Ausgleich fällig.

Ferner wurde ab 1. November 2021 bis zum 19. März 2022, dann verlängert bis zum 30. Juni 2022, ein Versorgungsaufschlag für mit Corona infizierte Patienten eingeführt.

Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG)

Am 28. Oktober 2020 ist das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) in Kraft getreten. Es werden aus dem Bundeshaushalt 3 Mrd. EUR für eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur der Krankenhäuser zur Verfügung gestellt. Der Schwerpunkt liegt in der Digitalisierung der Ablauforganisation, der Dokumentation und Kommunikation sowie der Verbesserung der Telemedizin, Robotik und Hightechmedizin. Ebenso ist die Förderung von Investitionen in die technische und informationstechnische Ausstattung der Notaufnahmen inbegriffen. Integraler Bestandteil sind Investitionen in die Informationssicherheit. Anträge für die Förderung waren bis im Laufe des Jahres 2021 fällig. Maßnahmen konnten frühestens ab September 2020 umgesetzt werden. Die Projekte müssen bis Ende 2024 abgeschlossen sein. Fünf Fördervorhaben (Patientenportale, digitale Dokumentation, klinische Entscheidungsunterstützungssysteme, digitales Medikationsmanagement, digitaler Leistungsanforderungsprozess) werden bei Nichtumsetzung ab 2025 sanktioniert.

Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV)

Die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) war im Jahr 2022 grundsätzlich vollumfänglich in Kraft. Ausnahmeregelungen zur Einhaltung der Personaluntergrenzen wurden indes für Häuser mit Corona-Ausgleichszahlungen vorgesehen. Darüber hinaus wurden die einzuhaltenden Personaluntergrenzen für das Jahr 2022 auf vier weitere Geltungsbereiche erweitert (Orthopädie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Spezielle Pädiatrie und Neonatologische Pädiatrie).

Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfIEG)

Das im Wesentlichen am 29. Dezember 2022 in Kraft getretene Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfIEG) hat zum Ziel, die Situation der Pflege in den Krankenhäusern zu verbessern, indem Idealbesetzungen für die Stationen errechnet und durchgesetzt werden. Dazu soll ein Instrument zur Pflegepersonalbemessung (PPR 2.0) eingeführt werden. Die Erprobungsphase mittels Praxistest in einer repräsentativen Auswahl von Krankenhäusern ist am 1. Januar 2023 gestartet. Ab 2025 soll die Personalbeschaffung scharf gestellt und sanktioniert werden. Das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfIEG) enthält außerdem Regelungen zu den Budgetverhandlungen. Ziel ist eine Beschleunigung sowie bessere Strukturierung der Budgetverhandlungen. Dabei werden Fristen für verschiedene Verfahrensschritte eingeführt und es kommt zu einem automatischen Tätigwerden der Schiedsstelle, wenn die Vertragsparteien auf Ortsebene keine Einigung erzielen können.

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz

Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz ist weitgehend am 12. November 2022 in Kraft getreten und konkretisiert unter anderem die im Pflegebudget berücksichtigungsfähigen Berufsgruppen. Ziel ist es, die Unstimmigkeiten auf Ortsebene hinsichtlich der Anerkennung und Zuordnung der „sonstigen Berufe“ und „ohne Berufsabschluss“ zu klären, wodurch auch die Verhandlung des Pflegebudgets vereinfacht werden soll. Ab 2025 sollen demnach ausschließlich die Pflegepersonalkosten qualifizierter Pflegekräfte berücksichtigungsfähig sein, die in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen eingesetzt sind.

Hilfsprogramm zum Ausgleich gestiegener Energiekosten

Der Gesetzgeber unterstützte die Krankenhäuser zum Ausgleich der gestiegenen Energiekosten durch drei Maßnahmen (Gesetz zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung weiterer Vorschriften sowie Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen, Inkraftsetzung im Wesentlichen jeweils am 24. Dezember 2023 bzw. 26. Dezember 2023):

- Für mittelbar durch den Anstieg der Energiepreise verursachte Kostensteigerungen erhielten die Krankenhäuser individuelle Ausgleichszahlungen für einen pauschalen Ausgleich. Die Ausgleichszahlung bemisst sich nach der Bettenanzahl und wurde in drei gleichen Teilbeträgen am Ende der Monate Januar, Februar und März 2023 ausgezahlt.
- Für die gestiegenen Kosten für den Bezug von Erdgas, Fernwärme und Strom erhielten bzw. erhalten die Krankenhäuser individuelle Erstattungsbeträge getrennt für die Zeiträume Oktober bis Dezember 2022, das Jahr 2023 sowie für Januar bis April 2024.
- Krankenhäuser werden durch die Strom-, Wärmepreis- und Gaspreisbremse entlastet. Die Preisbremse trat am 1. März 2023 rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft. Sie deckelt die Bezugskosten für 70 % des Vorjahresverbrauchs (bzw. der September-Prognose 2022 des Erdgaslieferanten bei Abrechnung über ein Standardlastprofil) auf 7 Cent netto (Erdgas) bzw. 7,5 Cent (Fernwärme) netto je Kilowattstunde. Für die jeweils darüber liegenden Verbrauchsmengen sind die vertraglich vereinbarten Bezugspreise maßgeblich. Für den Bezug von Strom liegt die Entlastungsgrenze bei 13 Cent netto für 70 Prozent des bisherigen Verbrauchs (für Krankenhäuser mit einem bisherigen Stromverbrauch von mehr als 30 000 kWh pro Jahr).

Pflegebonus

Im Mai 2022 hatte der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz) beschlossen, demgemäß die Leistungen von Pflegekräften in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie honoriert werden sollen. Die zur Verfügung gestellten Mittel gehen nur an gesetzlich genauer bestimmte Krankenhäuser (darunter auch das Kreiskrankenhaus Mechernich) und gesetzlich genauer bestimmte Pflegekräfte.

Dritte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission

Die Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung legte am 6. Dezember 2022 ein neues Krankenhauskonzept vor, wonach die Behandlung von Patientinnen und Patienten künftig mehr nach medizinischen und weniger nach ökonomischen Kriterien erfolgen soll. Es soll eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung gewährleistet werden. Krankenhäuser sollen dazu nach drei neuen Kriterien honoriert werden: Vorhalteleistungen, Versorgungsstufen und Leistungsgruppen. Dabei soll das bisherige Fallpauschalen-System weiterentwickelt werden. Um den wirtschaftlichen Druck auf möglichst viele Behandlungsfälle zu reduzieren, soll erstens ein fester Betrag als Vorhaltekosten definiert werden und zweitens sollen Krankenhaus-Versorgungsstufen eingeführt werden, nach denen Krankenhäuser in drei Level eingeteilt und entsprechend dieser Level gefördert werden. Dazu zählen Grundversorgung, Regel- und Schwerpunktversorgung sowie Maximalversorgung. Als dritter Aspekt soll die bisherige grobe Zuweisung von Fachabteilungen zu Krankenhäusern von genauer definierten Leistungsgruppen abgelöst werden, die den definierten Level der Versorgung zugeordnet sind.

Krankenhausplanung Nordrhein-Westfalen

Die Neuausrichtung der Krankenhausplanung für das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) konkretisiert sich. Die Ende September 2021 veröffentlichten Rahmenvorgaben stellen die wesentliche Grundlage für die Erarbeitung des neuen Krankenhausplans dar, anhand dessen sich zukünftig die Krankenhausversorgung in NRW entscheiden wird.

Wesentliche Neuerung ist die Einführung einer neuen Planungssystematik. Statt der bisherigen 22 Fachabteilungen werden künftig 32 Leistungsbereiche mit 64 untergeordneten allgemeinen und speziellen Leistungsgruppen ausgewiesen. Damit werden in Zukunft detailliert medizinische Fachgebiete und spezifische medizinische Leistungen abgebildet. Für jede Leistungsgruppe finden sich konkrete strukturelle Qualitätsvorgaben in Form von Mindestmengen und personellen Anforderungen. Die Rahmenvorgaben werden in regionalen Planungskonzepten auf verschiedenen Planungsebenen je Regierungsbezirk durch Abstimmung zwischen den Krankenhäusern und den Kostenträgern umgesetzt. Dabei haben die Beteiligten unter Einbeziehung der Bezirksregierungen einen Spielraum, die Rahmenvorgaben den regionalen Versorgungsbedürfnissen folgend umzusetzen.

Mitte November 2022 haben die regionalen Planungskonferenzen begonnen, d. h. Krankenhausträger sind dann in Gespräche mit den Landesverbänden der Krankenkassen getreten, um sich aktiv in die Krankenhausplanung einzubringen. Die Verhandlungen sind grundsätzlich spätestens sechs Monate später abzuschließen. Feststellungsbescheide über konkrete Leistungsbe-
reiche bzw. -gruppen sollen im Laufe des Jahres 2023 versandt werden.

Für den Bereich der Dauer- und Kurzzeitpflege wurden gesetzliche Ausgleichsregelungen zur Finanzierung Corona-bedingter Mehrkosten und zum Ausgleich von Erlösausfällen durch Minder-
auslastung beschlossen. Diese wurden im Jahr 2022 durch die Einrichtungen in Anspruch genommen. Die gezahlten Ausgleichsbeträge gemäß § 150 Abs. 2 SGB XI sind vorbehaltlich einer endgültigen Bewilligung genehmigt und ausgezahlt worden.

3. Geschäftsverlauf

In der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit den beiden Krankenhausstandorten in Mechernich und Schleiden hat sich die Zahl der stationären Krankenhaufälle von 20.574 in 2021 auf 20.371 in 2022 verringert (- 1,0 %). Die durchschnittliche Verweildauer stellt sich mit 5,3 Tagen gegenüber 5,7 Tagen im Vorjahr leicht reduziert (-7,5 %) dar.

Die Zahl der Case-Mix-Punkte ist analog der gesunkenen Fallzahl von 15.864 Punkten im Jahr 2021 auf 15.858 Punkte im Jahr 2022 weiterhin leicht rückläufig.

Die Entgeltvereinbarungen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 nach § 11 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) konnten noch nicht geschlossen werden.

Der Landesbasisfallwert ist um 86,73 EUR bzw. 2,3 % gestiegen.

Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf nicht als zufriedenstellend dar.

Auch in den Einrichtungen der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH ist das Berichtsjahr erneut wesentlich geprägt durch die Auswirkungen der Corona Pandemie. Hier mussten zahlreiche Hygiene- und Schutzmaßnahmen ergriffen werden um eine Coronainfektion des Personals und auch der Bewohner und Patienten zu verhindern. Die Maßnahmen schlugen sich sowohl in den Kosten (z. B. persönliche Schutzausrüstung und Abstriche) als auch in einer nicht zufriedenstellenden Belegung nieder. Die Auslastung der geriatrischen Rehabilitationsklinik betrug im Jahr 2022 97,2 % (i. Vj. 89,9%). In der Kurzzeitpflege in Zülpich betrug die Belegung, im Wesentlichen bedingt durch die Corona-Pandemie, durchschnittlich 6,9 belegte Plätze (i. Vj. 6,8 Plätze). Die Belegung im Barbarahof Mechernich betrug im Berichtsjahr 95,7 % (i. Vj. 95,2%). Die Einrichtungen des betreuten Wohnens waren im Jahr 2022 durchschnittlich zu 95,4 % (i. Vj. 94,5%) belegt.

Die Auslastung der Einrichtungen der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** lag im Jahr 2022 trotz der Corona-Pandemie auf einem guten Niveau, wobei die Auslastung im Liebfrauenhof nicht zufriedenstellend war.

Die wirtschaftliche Entwicklung der **Vivant — Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist - wie in den Vorjahren - weiterhin als positiv zu bewerten. Dabei wurden die Tagespflegen zur Reduzierung der Infektionsgefahr zeitweise geschlossen bzw. planerisch nur zur Hälfte belegt.

Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf der Unternehmen im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nicht als zufriedenstellend dar.

4. Lage der Gesellschaft

4.1 Ertragslage

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Wirtschaftsjahr 2022 ein Jahresergebnis von -3.853 TEUR erwirtschaftet (i. Vj. 537 TEUR). Das Planergebnis in Höhe von -5.615 TEUR wurde damit im Jahr 2022 überschritten.

Die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresergebnis i. H. v. -189 TEUR (i. Vj. -146 TEUR) ab. Damit konnte das geplante Jahresergebnis für das Jahr 2022 nicht erreicht werden.

Die **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresergebnis i. H. v. -228 TEUR (i. Vj. -86 TEUR) ab. Damit konnte das geplante Jahresergebnis für das Jahr 2022 nicht erreicht werden.

Die **Vivant — Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte im Berichtsjahr, trotz Corona-Pandemie, ein Jahresergebnis in Höhe von 478 T€ (Vorjahr: 282 T€) erwirtschaften.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde im Berichtsjahr ein Jahresergebnis i. H. v. -3.811 TEUR (i. Vj. 560 TEUR) erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Jahr 2022 Gewinnanteile in Höhe von 223 TEUR (Vorjahr: 130 TEUR) zugewiesen. Insgesamt konnte damit das geplante Jahresergebnis im Berichtsjahr trotz der Corona-Pandemie überschritten werden. Die Summe aus der Gesamtleistung des Konzerns und der sonstigen betrieblichen Erträge liegt nahezu konstant bei 142.698 TEUR (Vorjahr: 143.985). Der Umsatz ist nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich um 1.312 TEUR reduziert. Die Personalkosten erhöhten sich um 1.992 TEUR (2,1 %) auf 95.601 TEUR und entsprechen damit einem Anteil von 68,3 % der Gesamtleistung (i. Vj. 66,6 %). In den Krankenhäusern konnten tarifliche und altersgruppenbedingte Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden.

Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 75 TEUR (i. Vj. 160 TEUR) belastet.

4.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat sich durch das Konzernergebnis verschlechtert. Das Eigenkapital reduzierte sich insgesamt um 3.588 TEUR (- 9,4 %)

auf 34.601 TEUR. Von dem Gesamtrückgang entfällt ein Betrag in Höhe von 3.811 TEUR auf den Konzernverlust und ein Betrag von 223 TEUR auf fremden Gesellschaftern zugewiesene Gewinnanteile. Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 27.234 TEUR (78,7 %) auf die Konzernmutter. Die Konzerneigenkapitalquote mit 30,4 % hat sich gegenüber der vorjährigen Quote per 31.12.2021 mit 32,2% reduziert.

Die Konzern-Bilanzsumme reduziert sich um 4.835 TEUR (4,1 %) von 118.708 TEUR auf 113.873 TEUR. Auf der Aktivseite steht dem Rückgang der liquiden Mittel um 10.990 TEUR insbesondere Erhöhungen der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um 6.355 TEUR gegenüber. Auf der Passivseite resultiert der Bilanzrückgang aus dem Eigenkapitalrückgang (-3.588 TEUR) aus der Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 1.268 TEUR) und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen (- 2.810 TEUR).

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 5.608 TEUR (i. Vj. 16.598 TEUR). Es bestanden zu jeder Zeit ausreichend finanzielle Mittel, um den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist nach wie vor als stabil zu bezeichnen. Die Liquidität des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

4.3 Investitionen

Die in der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Jahre 2022 umgesetzten Baumaßnahmen stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar:

- Sanierung und Erweiterung der OP-Säle im Zentral-OP am Krankenhausstandort Mechernich
- Etablierung eines zweiten Linksherzkathetermessplatzes am Standort Mechernich
- Sanierung und Renovierung verschiedener Stations- und Funktionsbereiche

4.4 Personal

In 2022 wurden 1.753 (i. Vj. 1.775) Mitarbeiter beschäftigt. Davon entfielen 72,2 % (i. Vj. 72,1%) auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienststellen.

Im Konzern werden insgesamt 120 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, in der Altenpflege und im Rahmen der OTA-Ausbildung (Operations-Technische Assistenz) vorgehalten.

5. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

5.1 Risiko- und Chancenbericht

Die wirtschaftliche Situation im Gesundheitswesen wird im nächsten Geschäftsjahr wesentlich durch die Nachwirkungen der Corona-Krise und die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Ukraine-Krieges negativ beeinflusst. Diese Krisen stellen daher weiterhin das bedeutsamste Risiko der weiteren Entwicklung der Gesellschaft dar. Die Freihaltepauschalen für Minderbelegungen durch die Corona-Pandemie im Krankenhausbereich sind am 18. April 2022 ausgelaufen, so dass Belegungsrückgänge ab diesem Zeitraum nicht mehr durch Ausgleichszahlungen abgemildert werden können. Die Einstellung der Patientinnen und Patienten gegenüber Krankenhausaufenthalten scheint aufgrund der Corona-Pandemie kritischer geworden zu sein. So sind die stationären Fallzahlen in den Krankenhäusern bundesweit um bis zu 15% im Vergleich zu 2019 zurückgegangen. Ob sich diese Einstellung wieder ändert, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend zu bewerten. Als mittelbare Auswirkung des Ukraine-Krieges zeigt sich eine Lieferkettenproblematik in der Materialbeschaffung, die zu Engpässen von wichtigen Beständen im Krankenhaus führen kann. Dies kann als wesentliches Risiko zukünftig das Ergebnis im Leistungsbereich beeinträchtigen. Die Gesellschaft wirkt dem Risiko durch eine bewusste Auswahl zuverlässiger Lieferanten und der Zusammenarbeit mit einer der führenden Einkaufsgenossenschaft für Krankenhäuser in Deutschland entgegen.

Als weitere sich aus dem Ukraine-Krieg ergebende Risiken ist eine erhöhte Inflation mit der Folge eines deutlich steigenden Materialaufwands, insbesondere im Bereich der Energieaufwendungen zu nennen. Der Gesetzgeber hat den Preissteigerungen im Bereich des Energiebezugs und den sich daraus ergebenden mittelbaren Preissteigerungen in anderen Bereichen mit einem Hilfspaket entgegengewirkt. Mögliche Energieengpässe im Winter 2023 werden derzeit für Deutschland nicht prognostiziert, sodass wir insoweit nicht von einem Risiko für unsere Geschäftstätigkeit ausgehen. Die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich wird sich auch zukünftig weiter verstärken. Die Gesellschaft wirkt dem Risiko entgegen durch die Etablierung bzw. Erweiterung ambulanter Behandlungsstrukturen entgegen.

Auch für die Einrichtungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultieren aus den Einschränkungen weitreichende Folgen, die zum einen die betrieblichen Abläufe und zum anderen den Leistungs- und Finanzbereich der Gesellschaft betreffen.

Der sich seit einigen Jahren abzeichnende Fachkräftemangel (insbesondere im Ärzte- und Pflegebereich) hat sich bei der Personalbesetzung im Berichtsjahr deutlicher als in den Vorjahren bemerkbar gemacht und könnte in den nächsten Jahren als wesentliches Risiko die Ertragspotenziale der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen. Die Gesellschaft wirkt diesem Risiko durch ein verbessertes Recruiting, den Aufbau eines Flexteams im Bereich der Pflege und der Rekrutierung ausländischer Pflegekräfte entgegen.

Soweit Fachkräfte nicht in ausreichender Anzahl bereitstehen, droht die Gefahr von Leistungseinschränkungen, da Versorgungskapazitäten nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Im Bereich des Pflegepersonals drohen bei der Unterschreitung von Pflegepersonaluntergrenzen nach der PpUGV Sanktionen in Form von Vergütungsabschlägen.

Die anhaltend rückläufige Entwicklung der Leistungszahlen bei gegenläufigen Kostenentwicklungen und dem Wegfall der Kompensationsmaßnahmen nach der Coronapandemie belasten die Ertragslage 2023. Auch perspektivisch ist nicht mit einer Rückkehr der Fallzahlen auf das Leistungsniveau des Jahres 2019 zu rechnen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für das Jahr 2023 per Saldo Zahlungsmittelabflüsse, die von der Gesellschaft nicht aus dem laufenden Cashflow realisiert werden können. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen von gesellschaftsrechtlichen Restrukturierungen folgende Maßnahmen eingeleitet.

- Im Jahr 2022 und zu Beginn 2023 hat die Geschäftsführung eine medizinische Strategie entwickelt, die den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen soll und zu einer Konsolidierung der Ertragslage führen soll.
- Da sich auf Basis der Liquiditätsplanung für die kommenden Jahre nach Inanspruchnahme der bestehenden Kontokorrentkreditlinie Liquiditätsengpässe ergeben können, hat ein Gesellschafter die zur Verfügung Stellung von Liquiditätsdarlehen im Umfang von bis zu 10 Mio. EUR schriftlich zugesagt.
- Die Gesellschafter haben die Bereitschaft signalisiert die perspektivischen Verluste der Gesellschaft wenigstens anteilig zu übernehmen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die tatsächliche Möglichkeit zur Umsetzung einer Verlustübernahme werden zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts durch die Gesellschafter geprüft.

Das Nichteintreten der in die Medizinstrategie und die Wirtschaftsplanung gesetzten Annahmen, insbesondere in die Leistungsentwicklung, stellt für die Gesellschaft ein erhöhtes Risiko dar. Von einer Bestandsgefährdung wird aber auf Basis der erstellten und laufend aktualisierten Liquiditätsplanung über einen 24 Monatszeitraum trotz des geplanten Jahresfehlbetrages 2023 und aufgrund der in Aussicht gestellten Gesellschafterzusagen nicht ausgegangen.

Die Entwicklung im Bereich der Krankenhausleistungen liegt in den ersten Monaten des Jahres 2023 oberhalb des Vorjahres und bestätigt die in die Wirtschaftsplanung gesetzten Annahmen und Prämissen. Die wesentliche Chance für die positive Entwicklung der Gesellschaft liegt in der zeitnahen Erarbeitung und Umsetzung neuer Standortkonzepte.

Eine positive Entwicklung wird durch die Fördermaßnahmen in die Infrastruktur des Krankenhauses erwartet. So werden beispielsweise verschiedene Projekte zur Digitalisierung eine deutliche Prozessverbesserung herbeiführen. Ebenso positiv wird sich die demographische Entwicklung auf die Fachabteilungen des Krankenhauses auswirken. Hier sind insbesondere die Geriatrie, die Innere Medizin und Wirbelsäulenchirurgie zu nennen.

Im Rahmen der Unternehmensplanung für das Jahr 2023 wurde ein Jahresergebnis in Höhe von -10.431 TEUR geplant.

Die getätigten und die weiterhin geplanten Investitionen werden ebenfalls einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft leisten.

Die geschilderten Risiken werden negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft haben, die durch die genannten Chancen jedoch nicht vollständig kompensiert werden können. Der Bestand der Gesellschaft ist jedoch weiterhin nicht gefährdet.

Im Bereich der Einrichtungen des Altenhilfesektors bewirken die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere durch das Pflegestärkungsgesetz II, primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote.

Wirtschaftliche Risiken können sich auch durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime in der Region ergeben. Hierdurch kann es schwieriger werden, Altenhilfeplätze in den Einrichtungen zeitnah wieder zu belegen und gleichzeitig kann sich auch die Gewinnung neuer Mitarbeiter problematischer darstellen.

5.2 Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -10.431 TEUR aus. Gegenüber dem Jahr 2022 wird insofern mit einem deutlich schlechteren Jahresergebnis gerechnet. In dieser Planung sind weitere prognostizierte unmittelbare und mittelbare Folgen des Ukraine-Krieges und der Energiekrise als auch des Fachkräftemangels und der reduzierten Nachfrage stationärer Krankenhausaufenthalte enthalten. Unberücksichtigt sind die Auswirkungen der Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für den Krankenhausbereich.

Bei den Umsatzerlösen insgesamt wird ein moderater Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen erwartet. Dieser Prognose liegen folgende wesentliche Annahmen zugrunde:

- Zunahme des Landesbasisfallwertes um 167,24 EUR auf 3.992.52 EUR
- Leistungssteigerungen im Krankenhaus und in den Pflegeeinrichtungen
- Gegenläufig wirken sich die entfallenden Corona-Hilfen aus.

Für den bedeutenden Aufwandsbereich Personal erwarten wir eine tarifbedingte Steigerung um 6 % für den Ärztlichen Dienst und + 6,5 % für die übrigen Dienstarbeiter. Für den Bereich des Materialaufwands erwarten wir + 3,65 %. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den prognostizierten Preiserhöhungen im Bereich der Strom- und Gasversorgung.

Aufgrund des prognostizierten Ergebnisses erwarten wir eine verschlechterte Liquiditätslage. Belastend für die Liquidität wirken sich die notwendige Vorfinanzierung der verspäteten Budgetverhandlungen aus. Ferner wird die Liquidität im folgenden Geschäftsjahr durch den vermehrt notwendigen Einsatz von Fremdpersonal im Ärztlichen Dienst und im Pflegedienst belastet.

Die geschilderten Risiken werden negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft haben, die durch die genannten Chancen jedoch nicht vollständig kompensiert werden können. Der Bestand der Gesellschaft ist im Rahmen der dargestellten Risiken derzeit noch nicht gefährdet. Auf Basis der Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2023 und aufgrund der von Seiten der Gesellschafter gewährten Unterstützungen gehen wir von der positiven Annahme der Unternehmensfortführung aus und sehen der Entwicklung des Jahres 2023 und darüber hinaus optimistisch entgegen.

Wir hoffen den geplanten Jahresfehlbetrag auf Basis der Prognose des ersten Quartals 2023 reduzieren zu können.

Die Entwicklung in den Einrichtungen der Gesellschaft liegt in den ersten Monaten des Jahres 2023 unter der Unternehmensplanung.

Mechernich, 1. Juni 2023

Martin Milde Thorsten Schütze
Geschäftsführer Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen):

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

1. Markus Ramers, Landrat (zugriff LR § 26 Abs. 5 KrO NRW)
2. Rudi Mießeler, CDU (stimmführende Person)
3. Manfred Steffen, CDU
4. Leo Wolter, CDU
5. Emmanuel Kunz, SPD
6. Hans Schmitz, SPD
7. Lydia Uschmann, SPD (bis 5. April 2022)
Daniel Rudan, SPD (ab 6. April 2022)
8. Peter Schallenberg, B 90/DIE GRÜNEN
9. Dr. Manfred Wolter (skB), FDP (bis 27. September 2022)
Hans Reiff, FDP (ab 28. September 2022)
10. Dr. Klaus-Peter Jeck, AfD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen):

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Ordentliche Mitglieder	Aufwandsentschädigung 2022
1. Markus Ramers, Landrat	900 €
2. Jochen Kupp, CDU	900 €
3. Rolf Jaeck, CDU	600 €
4. Karsten Stickeler, CDU	1.800 €
5. Karl Vermöhlen, SPD	1.200 €
6. Wolfgang Heller, SPD	1.200 €
7. Peter Schallenberg, B 90/DIE GRÜNEN	900 €
8. Dirk van Meenen, FDP	1.200 €

Stellvertretende Mitglieder (gebundene Vertretung)	Aufwandsentschädigung 2022
1. Achim Blindert, AV	0 €
2. Dirk Jahr, CDU	300 €
3. Birgit Braun-Näger, CDU	0 €
4. Hans-Erhard Schneider, CDU	0 €
5. Emmanuel Kunz, SPD	0 €
6. Hans Schmitz, SPD	0 €
7. Myriam Kemp, B 90/DIE GRÜNEN	0 €
8. Frederik Schorn, FDP	0 €

Geschäftsführung:

Mitglieder der Geschäftsführung	Bezüge 2022
Martin Milde	265,8 T€
Thorsten Schütze (bis 31. Dezember 2024)	230,0 T€

Aufgrund der Geschäftsordnung für die Zweiergeschäftsführung nehmen die Geschäftsführer Herr Milde und Herr Schütze die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen gemeinsam wahr. Dabei haben sie die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

Nachrichtlich:

Herr Thorsten Schütze ist im Oktober 2023 als Geschäftsführer des KKH Konzerns zurückgetreten. Zukünftig wird Herr Martin Milde als alleiniger Geschäftsführer des Konzerns fungieren.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung des KKH gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 7,69 %).

Dem Verwaltungsrat des KKH gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 9,09 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde nicht erstellt.

Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)

Die KKHM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Die nachstehenden Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

3.4.1.6.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Basisdaten

Anschrift: Kölnstrasse 12, 53909 Zülpich

Gründungsjahr: 5. Januar 1994

Zweck der Beteiligung

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000	93,99
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000	6,01
Summe	5.704.000	100,00

Beteiligungsgesellschaften der Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,87	50,00
3 private Gesellschafter	13.804,89	50,00
Summe	27.609,76	100,00

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital* - €	Anteil - %
21 private Kommanditisten, insgesamt:	1.266.623,38	100,00
Summe	1.266.623,38	100,00

*Bilanzwert 31.12.2020

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Beirats durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechnich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.308	9.496	138	812
Sachanlagen	16.676.599	17.267.091	17.957.809	-590.492
Finanzanlagen	13.805	13.805	13.805	0
	16.700.712	17.290.392	17.971.752	-589.680
B Umlaufvermögen				
Vorräte	42.820	42.820	35.900	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.351.584	770.107	981.569	581.477
Liquide Mittel	602.488	298.865	316.216	303.622
	1.996.892	1.111.792	1.333.686	885.100
C Rechnungsabgrenzungsposten	70.934	124.476	174.660	-53.543
Summe Aktiva	18.768.537	18.526.660	19.480.098	241.877
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	5.704.000	5.704.000	5.704.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.557.621	1.703.511	1.515.614	-145.890
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-189.289	-145.890	187.897	-43.399
	7.072.332	7.261.621	7.407.511	-189.289
B Rückstellungen	1.125.748	1.156.696	961.781	-30.948
C Verbindlichkeiten	10.499.211	10.027.315	10.999.599	471.896
D Rechnungsabgrenzungsposten	71.247	81.029	111.206	-9.782
Summe Passiva	18.768.537	18.526.660	19.480.098	241.877

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	13.355.357	12.698.698	12.923.426	656.660
2	Sonstige betriebliche Erträge	312.461	279.395	234.519	33.066
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	3.072.284	2.765.116	2.563.926	307.169
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	997.363	942.382	927.399	54.980
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.074.922	1.822.733	1.636.527	252.188
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	7.403.593	7.034.107	7.169.935	369.486
	a) Löhne und Gehälter	5.921.153	5.601.702	5.759.972	319.451
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.482.440	1.432.405	1.409.963	50.035
5	Abschreibungen	703.946	708.672	725.079	-4.727
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.438.248	2.364.426	2.252.392	73.822
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	179	94	134	86
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	224.770	237.310	246.638	-12.540
	davon an verbundene Unternehmen	68.246	61.642	60.634	6.604
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-174.843	-131.445	200.110	-43.399
11	Sonstige Steuern	14.446	14.446	12.213	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-189.289	-145.890	187.897	-43.399

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54.725	53.659	52.842	1.066
Liquide Mittel	1.810	1.713	1.362	97
	56.535	55.372	54.205	1.163
Summe Aktiva	56.535	55.372	54.205	1.163
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.610	27.610	27.610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	25.627	24.248	23.085	1.378
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.162	1.378	1.163	-216
	54.399	53.236	51.858	1.162
B Rückstellungen	1.717	1.975	1.717	-258
C Verbindlichkeiten	419	161	630	258
Summe Passiva	56.535	55.372	54.205	1.163

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	14.686	12.692	14.088	1.994
2	Personalaufwand, <u>davon:</u>	10.871	10.892	11.117	-21
	a) Löhne und Gehälter	8.536	8.536	8.536	
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.336	2.357	2.581	-21
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.814	1.544	2.971	2.270
4	Erträge aus Beteiligungen	1.380	1.380	1.380	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	218	258	217	-40
6	Ergebnis nach Steuern	1.162	1.378	1.163	
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.162	1.378	1.163	-216

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	3.140.872	3.308.394	3.499.367	-167.522
	3.140.873	3.308.395	3.499.368	-167.522
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.360	7.027	0	-4.667
Liquide Mittel	43.152	46.921	729	-3.769
	45.512	53.948	729	-8.436
Summe Aktiva	3.186.385	3.362.343	3.500.098	-175.958
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile der Kommanditisten	-635.262	-656.236	-711.181	20.974
Kapitalrücklage	1.977.804	1.977.804	1.977.804	0
	1.342.542	1.321.568	1.266.623	20.974
B Rückstellungen	8.200	7.600	7.600	600
C Verbindlichkeiten	1.835.644	2.033.175	2.225.874	-197.531
Summe Passiva	3.186.385	3.362.343	3.500.098	-175.958

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	505.245	515.082	507.216	-9.836
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	16.482	1.200	-16.482
3	Abschreibungen	192.508	190.973	190.973	1.535
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	104.761	94.516	165.303	10.245
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	40.670	44.797	73.029	-4.127
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Ergebnis nach Steuern	167.306	201.278	79.111	-33.971
7	Sonstige Steuern	18.233	18.233	18.233	0
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	149.074	183.045	60.878	-33.971
9	Gutschrift auf Kapitalkonto	-149.074	-183.045	-60.878	33.971
10	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

Kennzahlen

Kennzahlen - GZZ	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	37,68	39,20	-1,51
Eigenkapitalrentabilität	-2,68	-2,01	-0,67
Anlagendeckungsgrad	64,83	74,36	-9,53
Verschuldungsgrad 2	164,37	154,02	10,36
Umsatzrentabilität	-1,42	-1,15	-0,27

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
GZZ	168	167	176	durchschnittliche Mitarbeiter- denzahl
Schloß Schleiden Immobi- lien	1	1	1	

Organe und deren Zusammensetzung

Die Geschäftsführung der KKHG GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nehmen Herr Schütze und Herr Milde die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen zusammen wahr. Dabei haben sie die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Beirat:

Vertreter der KKHM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

Karsten Stickeler (Vorsitzender)

LR Markus Ramers

Ulf Hürtgen, Bürgermeister

André Heinrichs (stv. Vorsitzender)

Dirk Isenberg

Die Höhe der Beiratsbezüge beliefen sich im Geschäftsjahr 2022 auf 7,6 T€.

Geschäftsführung:

Thorsten Schütze

Martin Milde

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhalten die Geschäftsführer keine Vergütungen.

Nachrichtlich:

Herr Thorsten Schütze ist im Oktober 2023 als Geschäftsführer des KKHM Konzerns zurückgetreten.

Zukünftig wird Herr Martin Milde als alleiniger Geschäftsführer des Konzerns fungieren.

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Geschäftsführung:

Dipl. Ing. Joachim Stiller

Martin Milde

Die Vergütung je Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2022 rd. 3.068 €.

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Geschäftsführung:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Dem Jahresabschluss 2022 sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Geschäftsführung zu entnehmen.

3.4.1.6.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Basisdaten

Anschrift: Vorburg 16, 53937 Schleiden

Gründungsjahr: 29. März 2001

Zweck der Beteiligung

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie Förderung der Wohlfahrtspflege. Betrieb und Unterhaltung von Einrichtungen der Altenpflege auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000	100,00
Summe	100.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	721	955	1.189	-234
	721	955	1.189	-234
B Umlaufvermögen				0
Vorräte	14.885	13.333	16.142	1.552
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.466.166	2.313.264	2.164.464	152.902
Liquide Mittel	177.016	531.930	434.994	-354.915
	2.658.066	2.858.527	2.615.600	-200.460
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.533	1.391	2.520	142
Summe Aktiva	2.660.321	2.860.873	2.619.309	-200.552
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Gewinnrücklagen	1.070	1.070	1.070	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.320.444	1.406.409	1.382.756	-85.965
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-227.794	-85.965	23.653	-141.830
	1.193.720	1.421.514	1.507.479	-227.794
B Sonderposten	721	955	1.189	-234
C Rückstellungen	903.939	975.222	699.258	-71.284
D Verbindlichkeiten	550.453	442.268	390.222	108.185
E Rechnungsabgrenzungsposten	11.489	20.914	21.161	-9.425
Summe Passiva	2.660.321	2.860.873	2.619.309	-200.552

Liebfrauenhof Schleiden GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.283.221	9.212.325	9.012.914	70.896
2	Sonstige betriebliche Erträge	433.787	367.481	352.824	66.306
3	Materialaufwand, davon:	1.742.940	1.392.573	1.294.135	350.367
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	608.251	620.406	601.362	-12.154
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.134.688	772.167	692.773	362.521
4	Personalaufwand, davon:	5.917.864	5.740.572	5.634.187	177.292
a)	Löhne und Gehälter	4.673.292	4.573.958	4.507.604	99.334
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.244.572	1.166.614	1.126.583	77.958
5	Erträge aus Auflösung SoPo aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234	234	0	
6	Abschreibungen	428	234	0	194
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.299.515	2.545.136	2.425.536	-245.621
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.005	21.288	19.770	-1.283
	davon aus verbundenen Unternehmen	20.000	20.000	19.770	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.294	8.778	7.998	-4.484
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-227.794	-85.965	23.653	-141.830
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-227.794	-85.965	23.653	-141.830

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	44,87	49,69	-4,82
Eigenkapitalrentabilität	-19,08	-6,05	-13,04
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	121,84	99,72	22,12
Umsatzrentabilität	-2,45	-0,93	-1,52

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	149,25	160,75	161	Durschnittliche Mitarbeitenden- zahl

Organe und deren Zusammensetzung

Die Geschäftsführung der KKH M GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nehmen Herr Schütze und Herr Milde die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechnich GmbH verbundenen Unternehmen zusammen wahr. Dabei haben sie die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

Geschäftsführung:

Martin Milde
Thorsten Schütze

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhielten die Geschäftsführer im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Herr Thorsten Schütze ist im Oktober 2023 als Geschäftsführer des KKH M Konzerns zurückgetreten. Zukünftig wird Herr Martin Milde als alleiniger Geschäftsführer des Konzerns fungieren.

3.4.1.6.3 KKM Gebäudedienste GmbH

Basisdaten

Anschrift: St.-Elisabeth-Str. 2-6, 53894 Mechernich

Gründungsjahr: 22. Mai 2006

Zweck der Beteiligung

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen sowie Küchen- und Spüldienstleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KKM Gebäudedienste GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	309.401	186.291	200.318	123.111
Liquide Mittel	484.647	442.114	310.921	42.533
	794.048	628.405	511.239	165.644
Summe Aktiva	794.048	628.405	511.239	165.644
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	349.060	246.078	159.567	102.983
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	203.803	102.983	86.510	100.820
	577.863	374.060	271.078	203.803
B Rückstellungen	79.852	126.683	108.109	-46.830
C Verbindlichkeiten	136.333	127.662	132.052	8.671
Summe Passiva	794.048	628.405	511.239	165.644

KKM Gebäudedienste GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.205.318	2.064.585	2.067.452	140.733
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.685	52.194	8.410	-49.509
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.743.734	1.691.887	1.668.268	51.847
	a) Löhne und Gehälter	1.425.240	1.387.432	1.370.308	37.808
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	318.495	304.456	297.960	14.039
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	260.429	268.929	250.944	-8.499
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	485	417	2.830	68
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-448	52.564	67.310	-53.012
7	Ergebnis nach Steuern	203.803	102.983	86.510	
8	Sonstige Steuern	0	0	0	
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	203.803	102.983	86.510	100.820

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	72,77	59,53	13,25
Eigenkapitalrentabilität	35,27	27,53	7,74
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	37,41	68,00	-30,58
Umsatzrentabilität	9,24	4,99	4,25

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	105	105	110	durchschnittliche Mitarbeiter- denzahl

Organe und deren Zusammensetzung

Die Geschäftsführung der KKH GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nehmen Herr Schütze und Herr Milde die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Meckernich GmbH verbundenen Unternehmen zusammen wahr. Dabei haben sie die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

Geschäftsführung:

Martin Milde
Thorsten Schütze

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Nachrichtlich:

Herr Thorsten Schütze ist im Oktober 2023 als Geschäftsführer des KKH Konzerns zurückgetreten. Zukünftig wird Herr Martin Milde als alleiniger Geschäftsführer des Konzerns fungieren.

3.4.1.6.4 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Basisdaten

Anschrift: St. Elisabeth-Straße 2-6, 53894 Mechernich

Gründungsjahr: 26. Januar 2005

Zweck der Beteiligung

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750	50,90
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150	24,55
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150	24,55
Summe	25.050	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	4.060	11.017	-4.060
Sachanlagen	14.365	14.806	18.265	-441
	14.365	18.866	29.282	-4.501
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.896.446	3.904.955	3.916.167	991.491
Liquide Mittel	692.344	1.478.258	614.774	-785.914
	5.588.791	5.383.213	4.530.940	205.577
C Rechnungsabgrenzungsposten	30.871	38.506	44.695	-7.635
Summe Aktiva	5.634.026	5.440.585	4.604.917	193.441
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	0
Gewinnrücklagen	610	610	610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.640.288	3.358.389	3.037.470	281.898
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	477.668	281.898	320.919	195.769
	4.143.615	3.665.948	3.384.049	477.668
B Rückstellungen	1.286.265	1.413.521	894.260	-127.256
C Verbindlichkeiten	204.146	361.116	326.608	-156.970
Summe Passiva	5.634.026	5.440.585	4.604.917	193.441

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	5.497.402	5.402.581	5.081.137	94.820
2	Sonstige betriebliche Erträge	718.692	216.535	387.558	502.156
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	730.578	695.921	683.798	34.657
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	205.453	227.785	190.999	-22.332
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	525.125	468.136	492.800	56.990
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	3.871.465	3.516.001	3.316.630	355.463
	a) Löhne und Gehälter	3.188.575	2.904.894	2.728.882	283.681
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	682.890	611.107	587.748	71.783
5	Abschreibungen	11.018	23.438	20.451	-12.420
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.133.985	1.110.676	1.138.187	23.310
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.326	15.835	16.113	2.491
	davon aus verbundenen Unternehmen	18.137	15.800	15.892	2.337
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.909	3.468	1.076	441
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	483.464	285.448	324.665	198.016
10	Sonstige Steuern	5.797	3.550	3.746	2.247
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	477.668	281.898	320.919	195.769

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	73,55	67,38	6,16
Eigenkapitalrentabilität	11,53	7,69	3,84
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	35,97	48,41	-12,44
Umsatzrentabilität	8,69	5,22	3,47

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	133,75	130,25	132,25	durchschnittliche Mitarbeitem- denzahl

Organe und deren Zusammensetzung

Die Geschäftsführung der KKHM GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nehmen Herr Schütze und Herr Milde die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen zusammen wahr. Dabei haben sie die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKHM GmbH benannt):

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Vertreter der KKHM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. Landrat Markus Ramers
2. Karsten Stickeler (Vorsitzender)
3. Karl Vermöhlen

Geschäftsführung:

Martin Milde
Thorsten Schütze

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhalten die Geschäftsführer von der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Herr Thorsten Schütze ist im Oktober 2023 als Geschäftsführer des KKHM Konzerns zurückgetreten. Zukünftig wird Herr Martin Milde als alleiniger Geschäftsführer des Konzerns fungieren.

3.4.1.7 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Basisdaten

Anschrift: Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln
Internet: <http://www.rvk.de/>
Gründungsjahr: 1976

Zweck der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

In der Aufsichtsratssitzung der RVK am 6. Dezember 2022 wurde die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK GmbH beschlossen. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages beinhaltet die Aufnahme eines „change of control“. Diese Ergänzung soll im Fall eines „change of control“ für eine Absicherung der übrigen Gesellschafter sorgen. Es wird sichergestellt, dass die RVK dauerhaft eine von Kommunen bzw. Tochtergesellschaften von Kommunen gehaltene Gesellschaft bleibt. Durch die Änderung des Gesellschaftsvertrages kann auch bei einem Kontrollwechsel eines Gesellschafters eine Einziehung der Geschäftsanteile erfolgen, soweit andernfalls mehr als 50% der Stimmrechte nicht-kommunal kontrolliert werden würden. Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 6. April 2022 (V 235/2022) der Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK zugestimmt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	447.400	12,50
Stadt Köln	447.400	12,50
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWB)	447.400	12,50
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises-SSB-GmbH	89.480	2,50
Stadtwerke Hürth AÖR	89.480	2,50
Stadtverkehr Euskirchen GmbH (SVE)	89.480	2,50
Stadtwerke Brühl GmbH	89.480	2,50
Stadtwerke Wesseling GmbH	89.480	2,50
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400	12,50
Rhein-Erft-Kreis (REK)	447.400	12,50
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400	12,50
Oberbergischer Kreis	89.480	2,50
Eigene Anteile	357.920	10,00
Summe	3.579.200	100,00

Die RVK ist zu 100% am Stammkapital der **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, beteiligt. Sie ist Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Negative Ergebnisse der Gesellschaft sind durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die Finanzierung von Verkehrsleistungen, die auf der Grundlage einer Direktvergabe erbracht werden, richtet sich ausschließlich nach Maßgabe des entsprechenden öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Die Gesellschafter der RVK haben in der Gesellschafterversammlung vom 23. Juni 2021 beschlossen, zum Ausgleich der den Gesellschaftern für das Geschäftsjahr 2020 zugewiesenen negativen Ergebnisanteile von 1.302.254,59 € aus der Kapitalrücklage zu entnehmen.

Der Kreis Euskirchen hält die Beteiligung der RVK im BgA Verkehrsunternehmen. Im Jahr 2022 hat der BgA Verkehrsunternehmen vom Kreis Euskirchen Verlustübernahmen von insgesamt 12.054.888,00 € an den RVK geleistet.

Die RVK hat zum Stichtag 31. Dezember 2021 eine Unternehmensbewertung von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner und Stolz durchführen lassen. Laut dem Gutachten beträgt der Wiederbeschaffungszeitwert (Wert sämtlicher Anteile an der RVK) 29.792 T€. Dieses setzt sich aus einem handelsrechtlichen Eigenkapital zum Bewertungsstichtag von 10.667 T€ und stillen Reserven von 19.125 T€ zusammen. Auf den Kreis Euskirchen entfällt ein Wert der RVK-Anteile von 3.941 T€. Die Bewertung wurde dem Aufsichtsrat der RVK in der Sitzung am 6. Dezember 2022 vorgestellt.

Entwicklung der Bilanzen

Regionalverkehr Köln GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.058.657	1.251.402	1.332.491	807.255
Sachanlagen	78.443.194	75.851.701	60.981.545	2.591.493
Finanzanlagen	227.000	227.000	227.000	0
	80.728.851	77.330.103	62.541.036	3.398.748
B Umlaufvermögen				
Vorräte	405.144	409.616	122.019	-4.471
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.906.345	12.718.288	7.243.483	1.188.057
Liquide Mittel	7.480.153	2.001.091	3.536.023	5.479.062
	21.791.642	15.128.995	10.901.525	6.662.647
C Rechnungsabgrenzungsposten	650.453	851.317	562.621	-200.864
Summe Aktiva	103.170.946	93.310.414	74.005.182	9.860.532
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	0
Kapitalrücklage	5.782.753	5.554.753	4.858.862	228.000
Gewinnrücklagen	710.470	710.470	710.470	0
Bilanzgewinn	3.241.478	822.978	998.030	2.418.499
	12.955.982	10.309.482	9.788.643	2.646.499
B Sonderposten	20.803.756	14.299.718	9.352.910	6.504.038
C Rückstellungen	6.728.702	6.691.499	7.365.117	37.203
D Verbindlichkeiten	62.437.785	61.728.815	47.174.428	708.970
E Rechnungsabgrenzungsposten	244.722	280.901	324.084	-36.179
Summe Passiva	103.170.946	93.310.414	74.005.182	9.860.532

Im Jahr 2022 bestanden keine Bürgschaftsverpflichtungen.

Konzern Regionalverkehr Köln - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.061.322	1.254.232	1.332.491	807.090
Sachanlagen	78.443.194	75.851.701	60.981.545	2.591.493
Finanzanlagen	0	0	0	0
	80.504.516	77.105.933	62.314.036	3.398.583
B Umlaufvermögen				
Vorräte	405.144	409.616	122.019	-4.471
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.906.345	12.718.288	7.243.668	1.188.057
Liquide Mittel	7.714.220	2.097.931	3.692.362	5.616.289
	22.025.709	15.225.834	11.058.049	6.799.875
C Rechnungsabgrenzungsposten	650.453	851.317	562.621	-200.864
Summe Aktiva	103.180.678	93.183.084	73.934.705	9.997.594
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	0
Kapitalrücklage	5.779.882	5.551.882	4.855.991	228.000
Gewinnrücklagen	710.944	710.944	710.944	0
Bilanzgewinn	3.258.570	840.070	1.015.122	2.418.499
	12.970.676	10.324.177	9.803.337	2.646.499
B Sonderposten	20.803.756	14.299.718	9.352.910	6.504.038
C Rückstellungen	6.739.002	6.698.899	7.374.917	40.103
D Verbindlichkeiten	62.422.522	61.579.390	47.079.457	843.133
E Rechnungsabgrenzungsposten	244.722	280.901	324.084	-36.179
Summe Passiva	103.180.678	93.183.084	73.934.705	9.997.594

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Regionalverkehr Köln GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	50.306.292	44.383.922	44.259.610	5.922.370
2	Sonstige betriebliche Erträge	49.096.785	41.068.803	33.327.057	8.027.982
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	34.893.210	27.292.909	23.407.908	7.600.301
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.557.534	5.628.572	4.418.409	2.928.962
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.335.676	21.664.337	18.989.499	4.671.339
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	43.509.690	40.811.021	38.729.746	2.698.669
	a) Löhne und Gehälter	35.894.197	33.657.772	32.019.496	2.236.425
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.615.493	7.153.249	6.710.250	462.244
5	Abschreibungen	10.013.030	8.096.617	5.872.851	1.916.413
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.385.684	10.153.077	9.920.755	232.607
7	Erträge aus Gewinnabführung	1.262	0	0	1.262
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	132.813	100.259	-132.813
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.856	14.000	0	-3.144
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	329.340	431.312	469.736	-101.972
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
11	Ergebnis nach Steuern	284.241	-1.451.023	-914.588	1.735.264
12	Sonstige Steuern	28.686	26.284	27.721	2.403
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	255.555	-1.477.307	-942.309	1.732.861
14	Verlustvortrag/Gewinnvortrag	822.978	998.030	-529.294	-175.052
15	Entnahme aus Kapitalrücklage	2.162.945	1.302.255	2.469.633	860.690
16	Bilanzgewinn	3.241.478	822.978	998.030	2.418.499

Konzern Regionalverkehr Köln - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	50.306.292	44.383.922	44.259.610	5.922.370
2	Sonstige betriebliche Erträge	49.098.533	41.069.258	33.341.491	8.029.275
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	34.893.210	27.292.909	23.407.908	7.600.301
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.557.534	5.628.572	4.418.409	2.928.962
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.335.676	21.664.337	18.989.499	4.671.339
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	43.509.690	40.811.236	38.813.459	2.698.454
	a) Löhne und Gehälter	35.894.197	33.657.772	32.090.299	2.236.425
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.615.493	7.153.465	6.723.160	462.029
5	Abschreibungen	10.013.195	8.096.617	5.872.851	1.916.578
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.385.838	10.285.962	9.951.564	99.876
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.856	14.000	0	-3.144
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	329.340	431.312	469.776	-101.972
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	284.409	-1.450.855	-914.457	
10	Sonstige Steuern	28.854	26.452	27.852	2.403
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	255.555	-1.477.307	-942.309	1.732.861

Kennzahlen der Regionalverkehr Köln GmbH

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	12,56	11,05	1,51
Eigenkapitalrentabilität	1,97	-14,33	16,30
Anlagendeckungsgrad	57,68	61,95	-4,27
Verschuldungsgrad 2	533,86	663,66	-129,81
Umsatzrentabilität	0,51	-3,33	3,84

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020
RVK GmbH	938	491	449
RVK Konzern	938	874	832

Geschäftsentwicklung

Zusammengefasster Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2022

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nachdem die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen in den letzten Jahren dadurch geprägt war, dass die Verkehrsunternehmen und ihre Eigentümer bzw. die Aufgabenträger, den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen folgend Vorbereitungen für EU-rechtskonforme Beauftragungen getroffen haben, befinden sich die Strukturen des Nahverkehrsmarktes in einem stetigen Veränderungsprozess. Grundlage der unternehmerischen Tätigkeit ist nach wie vor die Durchführung von Personenverkehren und hiermit zusammenhängender Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Relevante Märkte befinden sich im Wesentlichen im Bedienungsgebiet des Verkehrsverbund Rhein Sieg (VRS), insoweit dort die unternehmensspezifischen Linien- und Sonderverkehre, Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen oder sonstige ÖPNV-Dienstleistungen erbracht werden. Der Ausbau von neuen Bedienungsformen wie On-demand-Verkehr und zunehmende Quartierserschließungen durch Klein- und Midibusse, die Verknüpfung von Mobilitätsträgern und die Digitalisierung sowohl des Vertriebs, der Kundeninformation und der Steuerung der Nahverkehrsangebote sind aktuelle Trends.

In Bezug auf die Beauftragung von kommunalen Unternehmen durch ihre Aufgabenträger bzw. Gesellschafter ist die grundsätzliche Wahlfreiheit der ÖPNV-Aufgabenträger zur Gestaltung der Personenverkehrsdienste durch die Rechtsprechung gestärkt worden. Die Finanzierung des ÖPNV durch öffentliche Dienstleistungsaufträge war Gegenstand zahlreicher gerichtlicher Auseinandersetzungen.

Sicherstellung der Auftragslage

Die Übergangsbetrauung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis hinsichtlich der Fahrleistungen der ursprünglich von der Firma Kraftverkehr Gebrüder Wiedenhoff übernommenen Linien wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr – beginnend ab dem 1. Juli 2021 bis zum 30. Juni 2023 – in Form eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages gemäß Art. 3 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007 im Rahmen einer sog. Inhouse-Vergabe gemäß § 108 GWB (Not-ÖDA) fortgeführt.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistungen sind im Berichtsjahr 2022 im RVK-Konzern gestiegen und umfassen insgesamt 22,90 Mio. Km (Vorjahr 21,20 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren des Unternehmens sind die Linienverkehre nach § 42 PBefG und die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen, da mit diesen Leistungen rd. 92 % des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden, sowie das Betriebsergebnis. Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Geschäftsjahr 2022 ein Zugang zu verzeichnen. Dieser beträgt 1,7 % (+334 T€) auf insgesamt 20.552 T€. Bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt 19,80 % (+3.556 T€) auf insgesamt 21.514 T€. Das Betriebsergebnis ist positiv. Es ergibt sich im Vorjahresvergleich eine Erhöhung um 166,67 % (+1.502 T€) auf insgesamt 601 T€.

Die Veränderung bei den Kilometerleistungen beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG +6,73 % (+1.025 Tkm) auf insgesamt 16.248 Tkm und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen +5,28 % (+244 Tkm) auf insgesamt 4.869 Tkm.

Eine Zunahme hat sich bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 2,74 % (+1 Tkm) gestiegen. Bei den TaxiBus-Leistungen ist ebenfalls ein Zuwachs zu verzeichnen. Dieser beträgt 35,23 % (+387 Tkm). Im Bereich der Verkehre nach der Freistellungsverordnung ist eine Erhöhung um 94,25 % (+74 Tkm) festzustellen. Leistungen im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG wurden im Geschäftsjahr 2022 nicht mehr erbracht.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Aufgabenträgern Gestaltungen des Busfahrleistungsangebots anregen, ggf. ergänzt durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus). Zudem werden zusätzliche Angebote zur Sicherstellung der Mobilität – wie z.B. E-Bike-Angebote und Bike Hotels (Fahrradboxen) – konzipiert bzw. umgesetzt. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Ein Schwerpunkt der konzeptionellen und operativen Vorbereitungen lag in der Sicherstellung emissionsfreier Transportmittel, insbesondere der Brennstoffzellen-Hybridtechnik (Wasserstoffbusse). Die hierzu zwischenzeitlich erfolgten Förderbescheide in erheblicher Höhe wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2022 und werden im Verlauf der nächsten Jahre zum Aufbau einer umfassenden Flotte von Wasserstoffbussen nebst Infrastruktur genutzt.

Der Einsatz emissionsfreier Transportmittel trägt wesentlich zur ständigen Verbesserung bzw. Optimierung der nicht finanziellen Leistungsindikatoren (NOx-Emissionen, Rußpartikel-Emissionen und CO₂ – Emissionen) bei.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich auf Ebene des Mutterunternehmens, in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in einem Umfang von ca. 13.419 T€ getätigt worden.

Das Investitionsvolumen auf Konzernebene beträgt somit ebenfalls 13.419 T€. Die Investitionen wurden überwiegend in den Bereichen Infrastruktur und Fahrzeugbeschaffung (11.287 T€), Fahrbetriebsoptimierung (634 T€) und Fahrgastkommunikation (627 T€) getätigt.

Die finanziellen Mittel im Konzern sind im Vorjahresvergleich um 5.616 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Steigerung 5.479 T€.

Im Vorjahresvergleich ist die Höhe der Bilanzsumme um 9.998 T€ auf 103.181 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 9.861 T€ auf 103.171 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2022 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 15,75 % (Vorjahr 13,09 %). Beim Mutterunternehmen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 15,73 % (Vorjahr 13,05 %).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, Gesellschafterdarlehen, durch Zuschüsse, sowie aus Eigenmitteln und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.

Bei den bis zum Ende des Geschäftsjahres in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen ergibt sich nach Neuzugängen und planmäßigen Tilgungen in Höhe von 8.122 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Darlehensbestand in Höhe von 39.328 T€. Dieser Darlehensbestand betrifft nur das Mutterunternehmen.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung des Mutterunternehmens RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährig laufenden Abschlagszahlungen der Aufgabenträger und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist unverändert eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Berichtsjahr 2022 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	10.646	5.186
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-13.303	-23.069
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	8.136	16.348
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	5.479	-1.535
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.001	3.536
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.480	2.001

Für das Geschäftsjahr 2022 ergibt sich ein positives Betriebsergebnis in Höhe von rd. 603 T€ (Mutterunternehmen 601 T€). Insgesamt war das Geschäftsjahr geprägt von der Ukraine Krise und auch immer noch von den Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Im Vergleich mit den Planwerten für das Geschäftsjahr 2022 ergibt sich beim Betriebsergebnis eine Erhöhung in Höhe von 1.061 T€. Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Planvergleich ein Rückgang um 24,86 % (-6.798 T€) zu verzeichnen, bei den Leistungen für andere Verkehrsunternehmen ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 3,93 % (+814 T€).

Im Finanzergebnis wird für den Konzern und für das Mutterunternehmen jeweils ein negativer Wert in Höhe von -318 T€ ausgewiesen. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen geprägt durch lfd. Zinszahlungen im Rahmen der bestehenden Investitionsdarlehen.

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von 256 T€ (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe).

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Eine Erhöhung in Höhe von insgesamt ca. 5.922 T€ auf 50.306 T€ ergibt sich bei den Umsatzerlösen (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe).

In den einzelnen Verkehrsarten sind Zugänge zu verzeichnen. Diese betragen im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG +1,7 %, beim freigestellten Schülerverkehr +81,2 % und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen +19,8 %.

Eine Minderung um 14 T€ (-2,0 %) – nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen - ist bei den Abgeltungen nach SGB IX festzustellen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11 und des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.707 T€ (+0,91 %).

Die im Zusammenhang mit Corona sowie der vorübergehenden Einführung des 9 €-Tickets bedingten Umsatzrückgänge wurden im Berichtsjahr als Ausgleichszahlungen in Höhe von 5.366 T€ (Vorjahr 1.200 T€) aus dem Covid-19 Rettungsschirm vereinnahmt.

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 12.315 T€ auf 98.802 T€ erhöht. Beim Mutterunternehmen ergibt sich eine Steigerung um 12.448 T€ auf 98.802 T€.

Eine Steigerung ergibt sich auf Konzernebene auch bei den Personalkosten. Diese beträgt insgesamt 2.699 T€. Beim Mutterunternehmen ist eine Zunahme um 2.699 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Steigerung um insgesamt 64 Personen. Dies betrifft ausschließlich das Mutterunternehmen.

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 7.600 T€ gestiegen. Auf der Ebene des Mutterunternehmens ergibt sich ebenfalls eine Steigerung in Höhe von 7.600 T€, welche im Wesentlichen durch entsprechende Zunahmen im Bereich der Wartungs- und Werkstattdienstleistungen, Auftragsunternehmerleistungen und des Kraftstoffeinkaufs begründet ist.

Bei den Abschreibungen ergibt sich aufgrund der Zugänge im Anlagevermögen im Berichtsjahr eine Erhöhung um 1.917 € auf insgesamt 10.013 T€. Dies betrifft ausschließlich das Mutterunternehmen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 100 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 233 T€ gestiegen.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 308 T€ (Vorjahr 401 T€) aufgewendet. Diese betreffen vollumfänglich die Muttergesellschaft.

Zinserträge konnten aufgrund der im Geschäftsjahr 2022 zu zahlenden Negativzinsen nicht erwirtschaftet werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Nach der Kündigung der Kraftverkehr Gebr. Wiedenhoff GmbH & Co. KG (KGW) durch die VRS GmbH zum 30.06.2021 und der zeitraumparallelen Unterzeichnung des Einigungsvertrages der verbliebenen Verkehrsunternehmen konnten alle aus der Verkehrserhebung 2009 noch offenen, die RVK-betreffenden, Abrechnungen gestellt und beglichen werden. Noch offene Beträge der KGW haben für die RVK aufgrund des Vergleichsvertrages keine negative Relevanz. Allerdings hat die KGW ihrerseits die nach der Kündigung erwartete Klagewelle losgetreten.

Um perspektivisch die beiden Abrechnungsgemeinschaften „regulärer Beirat“ und „Gruppe der Vergleichsparteien“ wieder zu vereinen, sind weitere vertragliche Regelungen sowie Regelungen zu Fortschreibung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2018 erforderlich. Ebenso wird an einem neuen Einnahmenaufteilungs-Vertrag sowie an der Vorbereitung einer neuen Verkehrserhebung gearbeitet.

Die finalen Ergebnisse der Verkehrserhebung 2018, insbesondere die neuen Jahresabrechnungen 2018 ff, wurden in 2022 erwartet. Die Auswirkungen waren für die RVK zwar insgesamt positiv, allerdings mit deutlichen Unterschieden bezogen auf die jeweiligen Aufgabenträgergebiete. Dabei spielen vor allem Fahrleistungsausdehnungen insb. im Rhein-Sieg-Kreis, die Ablösung von Direktzuscheidungen aus dem SchülerTicket im Kreis Euskirchen und diverse Linientausche eine Rolle. In Köln werden die Einnahmen rückwirkend ab 2018 direkt der KVB zugeschrieben. Der Ausgleich der von der RVK an die KVB bereits geflossenen Beträge erfolgt bilateral zwischen beiden Unternehmen und ist erstmalig in 2022 für das Abrechnungsjahr 2018 erfolgt. Für das Jahr 2018 liegt die testierte Jahresabrechnung vor und ist im Jahresergebnis 2022 bereits enthalten.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (Risiko- und Chancen-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Risiko- und Chancen-Management-System eingerichtet. Wesentlicher Bestandteil dieses Systems ist ein Risiko- und Chancen-Katalog, der alle wesentlichen Risiken und Chancen der einzelnen Konzernbereiche umfasst und in dem auch entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen enthalten sind.

Zum Ende des Berichtsjahres sind u. a. die nachfolgenden, wesentlichen Risiken Bestandteil des Risiko- und Chancen-Kataloges. Die Darstellung der Risiken erfolgt in der Reihenfolge einer abnehmenden Bedeutung für die Gesellschaft:

- Auskömmlichkeit der Beförderungstarife
- Einkaufspreise der Betriebsstoffe
- Potenzielle Energiemangellage

Die Eintrittswahrscheinlichkeit der o. g. Risiken beträgt mehr als 50 %. Den Risiken stehen u. a. die folgenden Chancen gegenüber:

- Vermarktungsstrategie / Akquisition
- Projektchancen
- Unabhängigkeit von Dritten bei der Wasserstoff-Erzeugung

Zu Entwicklungen und Handlungen im Hinblick auf Chancen und Risiken wird auch auf die entsprechenden Berichterstattungen in anderen Teilen des Lageberichtes verwiesen. Der Aufsichtsrat der RVK wird in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Risiko- und Chancen-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns,

der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Corona Pandemie, 9-Euro-Ticket

Der ÖPNV-Rettungsschirm mit Ausgleich von Fahrgeldverlusten (an die Aufgabenträger zur Weiterreichung an die RVK) führte auch im Geschäftsjahr 2022 dazu, dass Fahrgeldverluste weitgehend ausgeglichen werden konnten.

Ukraine Krise

Die aufgrund der Ukraine Krise sehr stark gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise führen seit Februar 2022 zu erheblichen Mehrausgaben in diesem Bereich.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Für das Jahr 2023 wird lt. beschlossenen Wirtschaftsplan der RVK ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von ca. 1.785 T€ erwartet. Der Planwert für die Linienverkehre gem. § 42 PBefG beträgt 27.022 T€, bei den Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen beträgt die Prognose 22.500 T€.

Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Jahres 2023 kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen des Konzerns für das Jahr 2023 liegen in einer Größenordnung von rd. 22,9 Mio. Wagenkilometer. Diese Größenordnung betrifft die Ebene der Muttergesellschaft. In den Gesamtfahrleistungen sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit 18,1 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit 4,8 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. §§ 289f, 315d HGB

Mit Datum vom 01. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.

Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen“ festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. In Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. In Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.

Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.

In Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates durch die Gesellschafter bestellt werden. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt.“

In Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt, dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.

Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu eine Festlegung getroffen. Mit Festlegung der Geschäftsführung ist nunmehr eine Zielgröße von 25 % für die erste und zweite Führungsebene festgelegt. Diese Vorgabe wird auch weiterhin aufrechterhalten.

Die erste Führungsebene (Abteilungsleitungen) weist aktuell einen hälftigen Frauenanteil auf. Aufgrund von geringfügigen personellen Veränderungen innerhalb der zweiten Führungsebene kann mit 16,66% die Zielgröße derzeit noch nicht erreicht werden.

Köln, 19. Mai 2023

Regionalverkehr Köln GmbH

Dr. Marcel Frank

Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter):

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Achim Blindert, AV

Die im Berichtsjahr gewährten Aufsichtsratsbezüge belaufen sich insgesamt auf 21 T€.

Geschäftsführung: Gesamtbezüge 2022

Dr. Marcel Frank, Köln 217 T€

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsrat in diesem Unternehmen gehören im Jahr 2022 von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,67 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 23 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen. In der Gesellschafterversammlung der RVK GmbH am 14. Dezember 2015 wurde beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt.“

Die RVK GmbH hat einen Gleichstellungsplan für die Jahre 2021 bis 2023 erstellt.

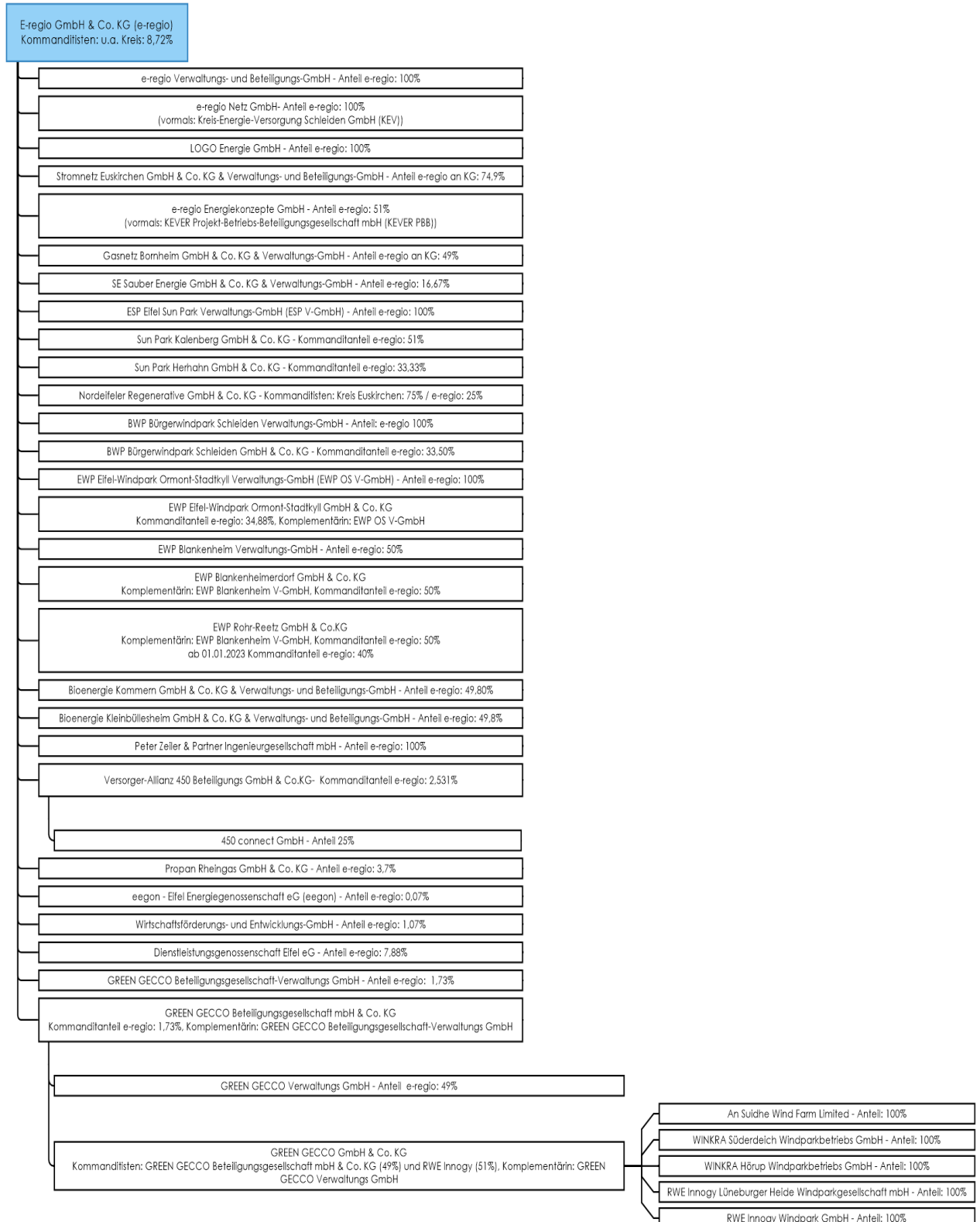
3.4.1.8 Konzern e-regio GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Rheinbacher Weg 10, 53881 Euskirchen

Internet: <http://www.e-regio.de/>

Gründungsjahr: 7. Juni 1949



Zweck der Beteiligung

e-regio GmbH & Co. KG (ab 01. Januar 2019):

Erbringen von Leistungen im Rahmen der Energie- und nicht regulierter Netzdienstleistungen, der Energieerzeugung und der Energieversorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme), die Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Energieerzeugungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung und Verpachtung vorgenannter Anlagen, die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von regulierten Energieverteilungsanlagen einschließlich der Vermietung und Verpachtung dieser Energieverteilungsanlagen in den Sparten Strom und Gas, das Engagement in neue Technologien, die Elektromobilität, das Energiecontracting sowie Dienstleistungen der Telekommunikation (insbesondere Bau, Betrieb und Verpachtung von Breitbandnetzen sowie Bereitstellung von Diensten), die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen sowie die regionale Wasserversorgung und Entwässerung selbst, einschließlich des Erbringens von Dienstleistungen im Rahmen der Ver- und Entsorgung und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Gründung 19. August 2003):

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der e-regio GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

e-regio GmbH & Co. KG

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Komplementärin		
e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH		
Kommanditisten		
Kreis Euskirchen	981.000	8,72
Westenergie AG	981.000	8,72
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	975.375	8,67
SVE Stadtverkehr Euskirchen GmbH	4.156.875	36,95
Rhenag Rheinische Energie AG	3.570.750	31,74
Stadt Rheinbach	351.000	3,12
Stadt Bornheim	234.000	2,08
Summe	11.250.000	100,00

Nachrichtlich:

Im Rahmen der Umsetzung der Rheinlandkooperation hat die Westenergie AG, Essen, ihre Anteile in Höhe von 8,72% mit Wirkung zum 31. März 2023 an die rhenag Rheinische Energie AG, Köln, übertragen. Durch die Übertragung hält die Gesellschafterin rhenag Rheinische Energie AG zum 01. April 2023 40,46% Anteile an der e-regio GmbH & Co.KG.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	50.000	100,00
Summe	50.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Am Gewinn oder Verlust der e-regio nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der e-regio. Der Kreis Euskirchen hält die Beteiligung an der e-regio im BgA Verkehrsunternehmen. Im Jahr 2022 hat das BgA Verkehrsunternehmen für das Jahr 2021 eine Gewinnausschüttung von 1.308.000 € erhalten. In der Gesellschafterversammlung vom 15. Juni 2023 wurde entschieden vom Jahresüberschuss 2022 (23.359.080,64 €) zzgl. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr (148.892,87 €) abzgl. einer Umgliederung in den Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile (50.000,00 €) einen Betrag von 22 Mio. € an die Gesellschafter auszuschütten. Der Restbetrag von 1.457.973,51 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Mit der LogoEnergie GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Der Vertrag datiert vom 13. September 2010 mit Änderungsvertrag vom 20. März 2019. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 19. Oktober 2010. Mit dem Vertrag verpflichtet sich die LogoEnergie GmbH zur Abführung des Jahresergebnisses an die e-regio. Die e-regio verpflichtet sich ihrerseits zum Ausgleich eines während der Vertragslaufzeit entstehenden Jahresfehlbetrages.

Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der e-regio Netz (vormals: KEV-Schleiden). Der Vertrag datiert vom 8. Dezember 2003 und wurde am 20. Januar 2004 in das für die e-regio Netz (vormals: KEV Schleiden) zuständige Handelsregister eingetragen. Mit Datum vom 10. Dezember 2013 wurde der § 2 des Gewinnabführungsvertrages geändert und ein Verweis auf den § 302 AktG vorgenommen.

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern e-regio eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Entwicklung der Bilanzen

Konzern e-regio				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.157.786	4.091.813	4.073.561	65.974
Sachanlagen	152.249.899	144.901.802	140.253.308	7.348.097
Finanzanlagen	21.378.851	17.327.944	17.325.536	4.050.907
	177.786.537	166.321.559	161.652.405	11.464.978
B Umlaufvermögen				
Vorräte	21.373.690	19.461.414	1.603.770	1.912.276
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	103.252.657	121.214.956	78.080.000	-17.962.299
Liquide Mittel	84.878.223	10.010.685	16.251.301	74.867.538
	209.504.570	150.687.055	95.935.071	58.817.515
C Rechnungsabgrenzungsposten	553.514	545.991	511.257	7.523
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	57.061	59.484	0	-2.423
Summe Aktiva	387.901.681	317.614.088	258.098.733	70.287.592
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	11.250.000	11.250.000	11.250.000	0
Kapitalrücklagen	73.175.684	73.101.910	73.028.931	73.774
Gewinnrücklagen	1.785.758	1.636.993	576.488	148.765
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	2.760.224	2.608.816	2.550.840	151.408
Bilanzgewinn	26.207.462	14.161.852	21.735.776	12.045.610
	115.179.128	102.759.572	109.142.035	12.419.556
B Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	50.000	0	0	50.000
C Passiver Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	9.964.094	10.869.921	11.775.748	-905.827
D Sonderposten	12.104.661	12.146.008	10.239.684	-41.347
E Rückstellungen	78.740.103	67.155.205	47.657.959	11.584.898
F Verbindlichkeiten	164.371.353	117.163.515	69.903.470	47.207.839
G Rechnungsabgrenzungsposten	2.728.350	2.680.603	4.428.468	47.746
H Passive latente Steuern	4.763.992	4.839.265	4.951.369	-75.273
Summe Passiva	387.901.681	317.614.088	258.098.733	70.287.592

Bei dem Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile handelt es sich um Anteile der e-regio GmbH & Co.KG an der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH.

e-regio GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.296.859	1.362.271	717.890	934.588
Sachanlagen	93.882.079	90.539.266	85.819.787	3.342.813
Finanzanlagen	49.312.050	49.107.319	45.872.111	204.731
	145.490.988	141.008.856	132.409.788	4.482.132
B Umlaufvermögen				
Vorräte	10.284.835	8.575.899	1.603.770	1.708.936
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	100.917.510	102.031.041	63.416.231	-1.113.530
Liquide Mittel	35.742.681	3.381.678	9.364.113	32.361.003
	146.945.026	113.988.617	74.384.114	32.956.409
C Rechnungsabgrenzungsposten	488.041	495.193	466.810	-7.152
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0	0	0	0
Summe Aktiva	292.924.056	255.492.666	207.260.712	37.431.389
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	11.250.000	11.250.000	11.250.000	0
Kapitalrücklagen	75.170.615	75.170.615	75.170.615	0
Gewinnrücklagen	1.100.000	1.100.000	0	0
Gewinnvortrag	98.893	1.821.288	1.438.797	-1.722.395
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23.359.081	13.327.605	21.482.491	10.031.476
	110.978.589	102.669.508	109.341.903	8.309.081
B Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	50.000	0	0	50.000
C Sonderposten	10.043.383	10.067.213	10.078.049	-23.830
D Rückstellungen	52.807.700	42.838.550	35.128.272	9.969.150
E Verbindlichkeiten	118.532.374	99.405.233	52.244.283	19.127.141
F Rechnungsabgrenzungsposten	512.010	512.162	468.204	-152
Summe Passiva	292.924.056	255.492.666	207.260.712	37.431.389

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	31	435	-31
Liquide Mittel	62.246	60.553	57.384	1.693
	62.246	60.585	57.819	1.661
Summe Aktiva	62.246	60.585	57.819	1.661
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	7.381	5.277	3.172	2.104
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.105	2.104	2.104	1
	59.486	57.381	55.277	2.105
B Rückstellungen	2.196	3.008	2.542	-812
C Verbindlichkeiten	564	196	0	368
Summe Passiva	62.246	60.585	57.819	1.661

Es liegt ein Avalrahmen der Kreissparkasse Euskirchen in Höhe von 2,5 Mio. € vor.

Für ein Darlehen der e-regio GmbH & Co.KG von 1.076 T€ gegenüber Kreditinstituten besteht folgende Sicherheit:

Abtretung aller Miet- und Pachtzinsforderungen für das Stromversorgungsnetz Bad Münstereifel in Höhe von 680 T€.

Zudem besteht eine Verpfändung eines Tagesgeldkontos als Sicherheit für fremde Verbindlichkeiten in Höhe von 100 T€. Es handelt sich hierbei um die Beteiligungsgesellschaft Bioenergie Kommern GmbH & Co.KG.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Konzern e-regio - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	520.345.327	404.284.309	328.666.952	116.061.018
2	Bestandsveränderungen	1.038.524	399.122	-479.217	639.402
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	6.903.946	4.946.143	4.518.358	1.957.803
4	Sonstige betriebliche Erträge	3.513.108	4.966.106	3.027.955	-1.452.998
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	434.091.974	332.406.309	254.804.376	101.685.666
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	322.387.971	223.866.412	153.958.617	98.521.559
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	111.704.003	108.539.896	100.845.759	3.164.106
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	30.364.722	31.126.523	28.889.053	-761.801
	a) Löhne und Gehälter	23.485.204	24.031.658	22.881.928	-546.454
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.879.519	7.094.865	6.007.125	-215.346
7	Abschreibungen	11.490.828	12.822.925	11.237.166	-1.332.097
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.784.987	22.317.571	15.733.086	3.467.417
9	Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	5.250.680	1.893.163	1.739.942	3.357.517
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57.854	40.537	59.150	17.316
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.234.001	1.054.082	864.363	179.918
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.464.274	2.917.947	3.386.163	3.546.327
13	Ergebnis nach Steuern	27.678.652	13.884.023	22.618.933	13.794.629
14	Sonstige Steuern	86.003	75.071	202.042	10.932
15	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	27.592.649	13.808.952	22.416.891	13.783.697
16	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-293.741	-270.625	-492.764	-23.116
17	Konzernverlustvortrag/Konzerngewinnvortrag	-463.710	1.102.497	388.136	-1.566.206
18	Einstellung in Konzerngewinnrücklagen	-627.736	-478.971	-576.488	-148.765
19	Konzerngewinn	26.207.462	14.161.852	21.735.776	12.045.610

e-regio GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	438.887.954	314.890.619	250.651.786	123.997.335
2	Bestandsveränderungen	901.600	-3.900	-69.700	905.500
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	925.017	1.250.581	1.039.739	-325.564
4	Sonstige betriebliche Erträge	1.627.141	2.169.800	1.546.920	-542.658
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	361.738.808	251.594.665	189.220.801	110.144.143
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	303.333.759	198.111.056	140.303.943	105.222.703
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	58.405.049	53.483.609	48.916.858	4.921.439
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	29.034.962	29.714.644	28.688.525	-679.682
	a) Löhne und Gehälter	22.405.721	22.939.477	22.734.654	-533.756
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.629.240	6.775.167	5.953.871	-145.927
7	Abschreibungen	6.965.719	7.766.635	6.640.616	-800.916
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	23.127.799	18.703.427	12.045.578	4.424.372
9	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	7.056.814	4.026.503	6.327.521	3.030.311
	davon aus verbundenen Unternehmen	7.056.814	4.026.503	6.327.521	3.030.311
10	Erträge aus Beteiligungen	1.833.675	1.990.672	2.094.576	-156.997
11	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44.746	33.638	112.074	11.108
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	78.400	
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	629.720	392.088	370.697	237.632
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.352.169	2.800.000	3.169.614	3.552.169
14	Ergebnis nach Steuern	23.427.771	13.386.453	21.567.085	10.041.318
15	Sonstige Steuern	68.690	58.848	84.594	9.842
16	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	23.359.081	13.327.605	21.482.491	10.031.476

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.924	5.304	6.023	-380
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.424	2.804	3.523	-380
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	395	396	396	-1
4	Ergebnis nach Steuern	2.105	2.104	2.104	
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.105	2.104	2.104	1

Kennzahlen

Konzern e-regio - Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	29,69	32,35	-2,66
Eigenkapitalrentabilität	22,75	13,78	8,97
Anlagendeckungsgrad	86,93	79,72	7,22
Verschuldungsgrad 2	160,03	179,37	-19,34
Umsatzrentabilität	4,75	3,20	1,55

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Konzern e-regio	436	429,75	409	
	37,25	37,75	37,75	davon Auszubildende
e-regio GmbH & Co.KG	435	428,75	408	
	37,75	37,75	37,75	davon Auszubildende
e-regio Verw. GmbH	0	0	0	kein eigenes Personal

Geschäftsentwicklung

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Verhältnisse

Die e-regio GmbH & Co. KG (e-regio) mit Sitz in Euskirchen ist das Mutterunternehmen des e-regio Konzerns. Gesellschafter von e-regio sind:

- rhenag Rheinische Energie AG, Köln 40,46 %
- Stadtverkehr Euskirchen GmbH 36,95 %
- Kreis Euskirchen 8,72 %
- Energie Ruhr-Erft GmbH & Co. KG, Kall 8,67 %
- Stadt Rheinbach 3,12 %
- Stadt Bornheim 2,08 %

2. Geschäftsumfang des Unternehmens

e-regio begleitet Menschen, Unternehmen und Kommunen der Region in die Energiewelt von morgen. Der mehrheitlich kommunale Energiedienstleister mit seinen Tochterunternehmen ist ein zentraler Akteur bei der regionalen Transformation des Energiesektors. Dazu baut der e-regio Konzern die erneuerbaren Energien massiv aus, entwickelt Konzepte für klimaneutrale Wärmeversorgung und Mobilität und schafft mit intelligenten Verteilnetzen die Basis für eine CO₂-neutrale Energieversorgung. 2022 haben die Wind- und Solarparks bereits rund 200 Millionen kWh grünen Strom erzeugt. Damit können rechnerisch über 50.000 Haushalte versorgt werden.

Mit dem Produkt Regionalstrom bietet e-regio seinen Kund:innen zu 100 % regional erzeugten Ökostrom aus heimischer Windkraft und Sonnenenergie an. Vom Rhein bis zur Eifel nutzen derzeit rund 75.000 Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Erdgas von e-regio, über 56.000 werden mit Strom und rund 30.000 mit Trinkwasser versorgt. Bundesweit bietet der Energiedienstleister Strom und Gas über die Tochtergesellschaft LogoEnergie GmbH an.

Seit mehr als 80 Jahren leisten die inzwischen über 400 Mitarbeitenden einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den Kommunen. Ziel ist es, auch für kommende Generationen eine lebenswerte Region zu gestalten und weiterzuentwickeln. Bis 2035 wollen wir die Region mit 100 % Ökostrom versorgen und bis 2040 100 % erneuerbare Wärme liefern. Gemeinsam mit starken regionalen Partnern projiziert und betreibt das Unternehmen dazu eigene Wind- und Solarenergieanlagen. Individuelle Beteiligungsmodelle sorgen für Akzeptanz der Projekte und gleichzeitig mehr Klimaschutz, Wohlstand und Wirtschaftskraft. Parallel unterstützt e-regio Menschen, Unternehmen und Kommunen in der Region aktiv dabei, Strom in eigenen Photovoltaikanlagen dezentral zu erzeugen und in einer intelligenten Vernetzung effizient zu nutzen.

Ob Energiemanagement oder Windenergie, intelligente Wärmekonzepte oder Photovoltaik, effiziente Straßenbeleuchtung oder Quartierskonzepte, Carsharing oder Ladeinfrastruktur für E-Mobilität – e-regio nutzt seine Expertise, um innovative Technologien bedarfsgerecht an die Region

anzupassen. Dabei macht der Energiedienstleister es seinen Kunden leicht, indem er neben Konzeption, Planung, Bau und Wartung energieeffizienter Anlagen auch die technische sowie kaufmännische Betriebsführung übernimmt.

Das hochmoderne Stromnetz im e-regio Versorgungsgebiet befindet sich im Eigentum der beiden Tochtergesellschaften e-regio Netz GmbH sowie Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und wurde an den Verteilnetzbetreiber Westnetz GmbH verpachtet. Technisch und kaufmännisch sorgt e-regio für den zuverlässigen Betrieb des Stromnetzes von e-regio Netz. In 18 Kommunen – darunter der gesamte Kreis Euskirchen, der linksrheinische Rhein-Sieg-Kreis und die Gemeinde Vettweiß – ist der Energiedienstleister zudem für die regionalen Gasversorgungsnetze verantwortlich. Zudem ist e-regio als Betriebsführer für den Wasserversorgungsverband Euskirchen-Swisttal sowie für das Wasser- und Abwasserwerk der Gemeinde Alfter tätig.

Zum Konsolidierungskreis gehören folgende Unternehmen:

Beteiligung	Unternehmenszweck	Anteil %
LogoEnergie GmbH, Euskirchen	bundesweiter Strom- und Gasvertrieb	100,00
e-regio Netz GmbH, Kall	Stromnetzgesellschaft	100,00
Peter Zeiler & Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Frechen	Ingenieurbüro	100,00
Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG	Eigentümer der Stromnetze- und -anlagen in der Stadt Euskirchen	74,90
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kall	Entwicklung, Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung	51,00
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich	Solarpark	51,00
e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Euskirchen	Haftung und Geschäftsführung	100,00
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	100,00
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	100,00
EWP Eifelwindpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	100,00

Zudem ist e-regio an folgenden wesentlichen Unternehmen beteiligt, die nach der Equity Methode einbezogen werden:

Beteiligung	Unternehmenszweck	Anteil %
EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG, Kall	Windpark	50,00
EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG, Kall	Windpark	50,00
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	50,00
Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG, Euskirchen	Biogaserzeugung	49,80
Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Euskirchen	Haftung und Geschäftsführung	49,80
Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG, Bornheim	Eigentümer der Gasnetze- und -anlagen in der Stadt Bornheim	49,00
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG, Ormont	Windpark	34,88
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden	Windpark	33,50
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden	Solarpark	33,33
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall	Solarpark	25,00

Wie im Vorjahr wurden die Gesellschaften Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Mechernich, sowie die Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG, Mechernich,

aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht mit einbezogen.

e-regio denkt und handelt nachhaltig, setzt innovative Technologien und neue Energien effizient, umweltschonend und gemeinwohlerträglich ein. Damit sichert das Unternehmen die eigene Zukunftsfähigkeit und erschließt Wachstumspotenziale im Kerngeschäft sowie in neuen Geschäftsfeldern. Es trägt auch entscheidend zur Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität der Region zwischen Rhein und Eifel bei.

B. Wirtschaftsbericht

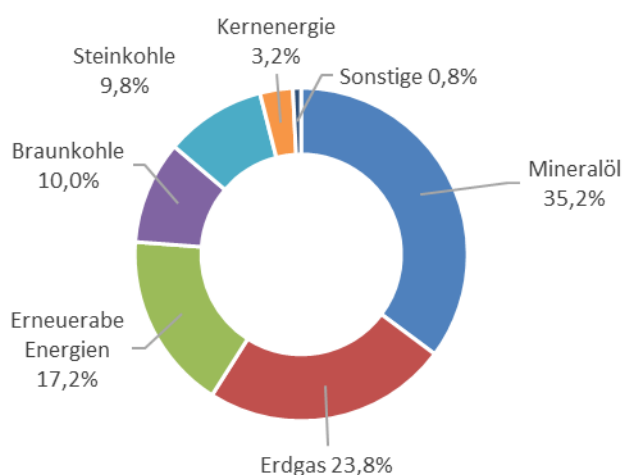
1. Energiewirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland sank im Jahr 2022 nach ersten Schätzungen der AG Energiebilanzen um 4,7 % auf 11.829 Petajoule (PJ). Diese Entwicklung ist durch gegenläufige Einflussfaktoren geprägt. Vom Wirtschaftswachstum gingen im Vergleich zum Jahr 2021 positive Impulse auf den Energieverbrauch aus. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schwächte sich zwar im Verlauf des Jahres ab, insgesamt dürfte das BIP 2022 aber noch um 1,4 % zugenommen haben, wobei aber die energieintensiven Industrien bereits seit dem 2. Quartal 2022 teilweise deutliche Produktionsrückgänge verzeichnen mussten.

Positive Impulse auf den Energieverbrauch gingen darüber hinaus von der Zunahme der Bevölkerung aus, sie wuchs bis zum 30.06.2022 um knapp 1 Mio. Menschen, was einem Plus von etwa 1,1 % entspricht.

Die drastisch gestiegenen Energiepreise bewirkten hingegen spürbare Anreize zu kurzfristigen, verhaltensbedingten Einsparungen. Außerdem lösten sie Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen aus, z.B. in die Modernisierung von Produktions- und Heizungsanlagen oder die Dämmung von Gebäuden. Dies wird sich mittel- bis langfristig auf den Energieverbrauch auswirken. Der Verbrauchsrückgang dürfte außerdem in einigen Wirtschaftszweigen durch preisinduzierte Produktionskürzungen beschleunigt worden sein.

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2022



Verbrauchssenkend wirkten schließlich die milderen Außentemperaturen. Die Zahl der Gradtage lag 2022 um etwa 12 % unter dem Niveau des Vorjahres. Unter Ausschaltung des Witterungseinflusses wäre der Primärenergieverbrauch 2022 um 3,9 % gesunken.

2. Witterungsverlauf

Die Jahresmitteltemperatur in Deutschland lag im Jahr 2022 mit 10,5 Grad Celsius (°C) um 1,4°C über dem Vorjahr. Damit wurde der Temperaturrekord des Jahres 2018 vermutlich eingestellt.

Seit 1881 ist es in Deutschland inzwischen 1,7°C wärmer geworden. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 1,6°C. Einen neuen Rekord gab es bei der Sonnenscheindauer. Im Jahr 2022 schien die Sonne im bundesweiten Mittel rund 2.025 Stunden und damit 375 Stunden oder 23 % mehr als im Jahr 2021. Im Jahresverlauf fielen im Deutschlandmittel rund 670 Liter Regen pro Quadratmeter. Das war ein Minus von etwa 17 % verglichen mit dem Vorjahr (805 Liter pro Quadratmeter).

Im Jahr 2022 waren alle Monate im Vergleich zum Mittel der Referenzperiode 1961 bis 1990 zu warm. Der August war im vieljährigen Vergleich der zweitwärmste und der Oktober 2022 (mit dem Oktober 2001) sogar der wärmste entsprechende Monat. Die Jahresmitteltemperatur lag damit um 2,3°C über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. Mehrere intensive Hitzewellen im Juni und Juli führten zu hohen Temperaturen, z.B. am 20. Juli wurden in Hamburg-Neuwiedenthal 40,1°C gemessen.

Im Jahr 2022 schien die Sonne im bundesweiten Mittel rund 2.025 Stunden und lag damit etwa 30 % über dem Referenzwert der Periode 1961 bis 1990 (1.544 Stunden). Das sommerliche Niederschlagsloch, das ein Minus von gut 40 % im Vergleich zur Referenzperiode erreichte, führte zu der geringsten Bodenfeuchte unter Gras seit 1961. Flankiert wurde diese Trockenphase allerdings von den deutlich zu nassen Monaten Februar und September. Mit einem Niederschlagsdefizit von etwa 15 % im Vergleich zur Referenzperiode 1961 bis 1990 (789 Liter pro Quadratmeter) waren die vergangenen zwölf Monate hierzulande sehr trocken.

3. Erdgaswirtschaft

Die Entwicklungen in der Gaswirtschaft waren 2022 gekennzeichnet durch die Folgen des Krieges in der Ukraine, die sich vor allem in den stark steigenden Preisen und rückläufigen Verbräuchen zeigten. Nach ersten Daten nahm der Erdgasverbrauch 2022 in Deutschland um knapp 15 % auf 866 Mrd. kWh ab. Damit wurde ein Niveau wie zuletzt im Jahr 2015 erreicht. Neben den gestiegenen Preisen war für diesen Rückgang vor allem die mildere Witterung im Vergleich zum Vorjahr verantwortlich. Temperaturbereinigt sank der Erdgasverbrauch um rund 10 %.

Der Anteil des in Deutschland geförderten Erdgases bezogen auf den Verbrauch im Inland beträgt voraussichtlich 5,4 %. Importe decken 94,6 % des Inlandsbedarfs. Die inländische Förderung von Erdgas liegt mit etwa 47 Mrd. kWh voraussichtlich 6 % unter dem Vorjahreswert.

Kundengruppen	2022	2021	Veränderung	
	Mrd. kWh	Mrd. kWh	Mrd. kWh	%
Industrie	317,0	370,0	- 53	- 14,3
Stromversorgung	104,0	121,2	- 17	- 14,2
Fernwärme/-kälteversorgung	58,0	67,1	- 9	- 13,6
Haushalte	263,0	310,0	- 47	- 15,2
Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	110,0	129,0	- 19	- 14,7
Verkehr	2,5	2,0	+ 1	+ 25,0
Erdgasabsatz insgesamt	854,5	999,3	- 145	- 14,5
Eigenverbrauch /stat. Differenzen	11,7	17,0	- 5	- 31,2
Erdgasverbrauch	866,2	1.016,3	- 150	- 14,8

Die Nachfrage der Industrie, die im Jahr 2021 nach dem Pandemie-Jahr 2020 wieder angezogen hatte, sank 2022 um rund 14 % auf 317 Mrd. kWh und damit auf den niedrigsten Wert seit der Finanzmarktkrise 2009. Hierin zeigt sich zum einen die konjunkturelle Abschwächung in den energieintensiven Industrien und zum anderen der preisbedingte Nachfragerückgang. Die bereits seit Herbst 2021 stark gestiegenen Erdgaspreise veranlassten die Industrie zu weiteren Effizienzmaßnahmen. Außerdem wurden Produktionsprozesse soweit möglich von Erdgas auf andere Energieträger (i. d. R. Heizöl) umgestellt.

Der Erdgasverbrauch der Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen wird zu gut 90 % für Raumwärmezwecke eingesetzt. Die höheren Temperaturen ließen den Verbrauch somit sinken. Auch hier sind verhaltensbedingte und investive Einspareffekte sichtbar. Insgesamt sank der Erdgasverbrauch in diesem Sektor um rund 15 %.

Auch bei den privaten Haushalten (einschließlich der sie mit Raumwärme und Warmwasser versorgenden Wohnungsgesellschaften) zeichnet sich aufgrund der wärmeren Witterung im Jahr 2022 ein Verbrauchsrückgang von rund 15 % ab. Dieser Effekt wurde verstärkt durch die stark gestiegenen Erdgaspreise und die öffentliche Diskussion über notwendige Einsparungen beim Erdgasverbrauch. Eine Analyse des BDEW hat gezeigt, dass die privaten Haushalte und kleineren Gewerbebetriebe (SLP-Kunden) im Vergleich mit ähnlich kalten Tagen der vergangenen Heizperioden im Herbst 2022 weniger Erdgas verbrauchten und damit eine Verhaltensänderung erkennbar ist.

2022 wurden nach ersten Schätzungen für 352.600 neue Wohnungen bzw. Wohneinheiten in neuen und in Bestandsgebäuden Baugenehmigungen beantragt (ohne Wohnungen in Wohnheimen). Laut erteilter Baugenehmigungen für den Zeitraum Januar bis September sind erstmals mehr als die Hälfte der Wohnungen mit einer elektrischen Wärmepumpe ausgestattet worden. An zweiter Stelle folgen mit einem Anteil von knapp 23 % Wohnungsneubauten, die ans Fernwärmenetz angeschlossen werden sollen. Erdgas- oder Biomethanheizungen haben einen Anteil von nur noch gut 18 %.

Die deutschen Strom- und Gasversorger zählen zu den größten Investoren in Deutschland. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre wurden rund drei Viertel der Gesamtinvestitionen in der deutschen Gaswirtschaft für den Ausbau und die Instandsetzung des Rohrnetzes getätigt. Der restliche Anteil wurde für Aufschlussbohrungen, Gasaufbereitung, Gasspeicherung und Sonstiges verwendet.

Die Anzahl der Gasverteilnetzbetreiber ist um 1,7 % auf 715 gestiegen. Die Zahl der Vertriebsgesellschaften im Endkundengeschäft lag mit 1.038 Unternehmen unter dem Vorjahr (1.051 Unternehmen).

4. Stromwirtschaft

Die Stromwirtschaft war 2022 geprägt durch die sich insgesamt abschwächende Konjunktur und eine mildere Witterung, vor allem aber durch die Folgen des Ukrainekrieges, die sich in drastisch steigenden Energiepreisen an den Großhandelsmärkten und bei den Letztverbrauchenden zeigten. Der Stromverbrauch (Bruttoinlandsstromverbrauch) nahm um 3,1 % auf 546,5 Mrd. kWh ab. Dementsprechend verzeichnete auch die Stromerzeugung (Bruttostromerzeugung) ein deutliches Minus von 1,9 %. Der Stromexport-Überschuss Deutschlands stieg um 6,7 Mrd. kWh auf 27,5 Mrd. kWh.

Kundengruppen	2022	2021	Veränderung	
	Mrd. kWh	Mrd. kWh	Mrd. kWh	%
Industrie	214,5	226,0	-11,5	- 5,1
Haushalte	128,5	131,5	-3,0	- 2,3
Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	135,0	137,1	-2,1	- 1,5
Verkehr	12,8	12,2	0,6	+ 4,9
Stromabsatz insgesamt	490,8	506,8	-16,0	- 3,2
Differenz Speicher	2,0	1,9	0,1	+ 5,3
Netzverluste/stat. Differenzen	26,2	26,5	-0,3	- 1,1
Stromverbrauch	519,0	535,2	-16,2	- 3,0

So sank auch der Letztverbrauch von Strom im Jahr 2022 um 3,2 % auf 490,8 Mrd. kWh. Diese Entwicklung zeigte sich in nahezu allen Verbrauchssektoren, lediglich im Sektor Verkehr konnte

ein Plus von etwa 5 % verbucht werden. In diesem Rückgang spiegeln sich neben den konjunkturellen Effekten vor allem die Reaktionen angesichts der hohen Strom- und Energiepreise, die zu sparsamerem Verbrauchsverhalten und zum Teil zu Produktionseinschränkungen führten.

Der Stromverbrauch der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) betrug im Berichtsjahr nachersten Zahlen insgesamt 215 Mrd. kWh und sank damit um 5 %. Im Jahr 2021 war der Verbrauch der Industrie wegen der Aufholeffekte zum Pandemie-Jahr 2020 noch um 4,0 % gestiegen. Der Stromverbrauch der privaten Haushalte nahm um voraussichtlich 2,3 % ab (2021: + 2,7 %). Der Stromverbrauch bei Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sank um 1,5 %. Ein Verbrauchszuwachs ergab sich mit einem Plus von 5,0 % im Verkehrsbereich für den Fahrstrom von Schienenbahnen sowie für die Elektromobilität.

Die Anlageinvestitionen der Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland bewegen sich derzeit auf hohem Niveau. Im Jahr 2022 wurde mit rd. 16,6 Mrd. Euro eine Rekord-Investitionssumme erreicht. Während die Investitionen in die Netze einen hohen Stand erreichten, sind die Investitionen in Erzeugungsanlagen seit dem Jahr 2014 rückläufig.

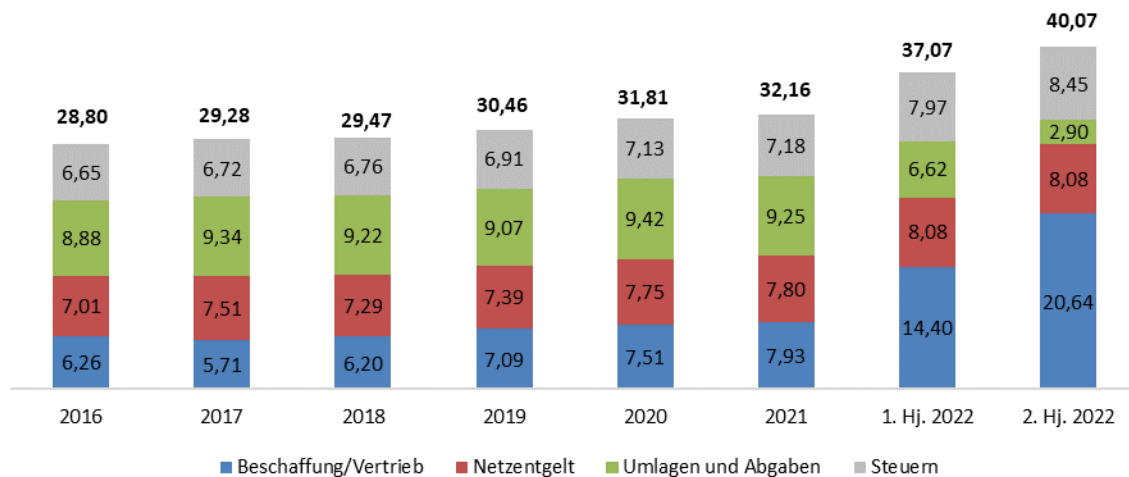
Die Anzahl der Unternehmen, die als Stromverteilnetzbetreiber tätig sind, ist mit 899 Unternehmen leicht gestiegen (i. V. 896). Dagegen ist die Anzahl der Vertriebsgesellschaften im Letztverbrauchendengeschäft um 0,4 % auf 1.359 Unternehmen gesunken.

Entwicklung der Energiepreise

Der durchschnittliche Gaspreis für Haushalte ist im Jahr 2022 stark angestiegen. Erdgasheizende in einem Einfamilienhaus (EFH) bezahlten zum Ende des Jahres 2022 trotz der auf 7 % abgesenkten Umsatzsteuer durchschnittlich 20,04 ct/kWh und damit fast das Dreifache des Vorjahrespreises (EFH bei 20.000 kWh Jahresverbrauch). Haushalte in Mehrfamilienhäusern (MFH) entrichteten im 4. Quartal 2022 durchschnittlich 19,81 ct/kWh (MFH bei 80.000 kWh Jahresverbrauch bzw. 13.333 kWh Jahresverbrauch pro Wohnung). Hauptgrund dafür sind die deutlich gestiegenen Gaspreise im Großhandel infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine. So haben sich die Gaspreise im Terminmarkt im Jahresmittel 2022 nahezu vervierfacht und im Kurzfristhandel fast verdreifacht.

Der Strompreis für Haushalte ist im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr deutlich um knapp 25 % auf durchschnittlich 40,07 ct/kWh angestiegen. Grund für den Anstieg sind die sehr stark gestiegenen Strompreise im Großhandel. Im Jahresmittel 2022 lagen die Terminmarktpreise drei bis viermal höher als im Vorjahr, im Spotmarkt für die kurzfristige Beschaffung mehr als doppelt so hoch. Dieser Anstieg wirkte sich nach und nach auf die Endkundenpreise aus. Zwar hat die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 für eine spürbare Entlastung gesorgt, konnte aber die gestiegenen Kosten für die Beschaffung nicht kompensieren. Steuern, Abgaben und Umlagen haben damit nur noch einen Anteil von 28 % am Strompreis, wohingegen der Anteil der Kosten für Beschaffung und Vertrieb auf 52 % angestiegen ist. Die Netzentgelte haben einen Anteil von 20 %.

durchschnittlicher Strompreis für Haushalte



Für das Jahr 2023 steigen die Steuern, Abgaben und Umlagen leicht an, aber vor allem die 2022 deutlich gestiegenen Terminmarktpreise werden die Stromtarife im Jahr 2023 vorerst weiter verteuern. Die Strompreisbremse, die den Arbeitspreis für 80 % des prognostizierten Jahresverbrauchs auf 40 ct/kWh deckelt, wird allerdings für eine spürbare Entlastung der Stromrechnung für Haushalte im kommenden Jahr sorgen.

C. Geschäftsentwicklung 2022

Das Geschäftsjahr 2022 war geprägt von den enormen Herausforderungen der Energiemarktkrise. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine und den möglichen Folgen für die Gaslieferungen nach Deutschland und Europa war eine drohende Gasmangellage in den Mittelpunkt der Krisenüberlegungen gerückt. Der bereits im Vorjahr einsetzende Anstieg der Rohstoffpreise an den Termin- und Spotmärkten hat sich 2022 auf Grund der Ereignisse mit enormen Preisspitzen und hoher Volatilität fortgesetzt. Nach der Corona-Pandemie in den beiden Vorjahren und der Unwetterkatastrophe 2021 hat sich der e-regio Konzern damit auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin im Krisenmodus bewegt.

Insbesondere im Commodity-Vertrieb haben die Entwicklungen an den Energiemärkten das Geschehen dominiert. e-regio hat frühzeitig reagiert und bestehende Risikopositionen geschlossen. Die staatlichen Eingriffe in den Energiemarkt sowie der günstige Witterungsverlauf für das Gasgeschäft haben sich positiv auf die Geschäftsentwicklung ausgewirkt. Nach der deutlichen Belastung der Strommargen im Vorjahr konnte im Geschäftsjahr 2022 eine Stabilisierung erreicht werden. In den Kalkulationen berücksichtigte Risiken sind im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang eingetreten.

Beim Tochterunternehmen LOGOnergie wurden Akquiseaktivitäten aufgrund der unsicheren Beschaffungsmarktlage fast vollständig ausgesetzt. Insgesamt führten die Maßnahmen zu einem deutlichen Rückgang der Kundenanzahl gegenüber dem Vorjahr.

Die wichtigsten Entwicklungen des e-regio Konzerns im Überblick:

- Der Gasabsatz ist auf Grund der Witterungsentwicklung sowie durch Einspareffekte bei Verbrauchenden gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Deckungsbeitrag zeigt sich bei deutlich gestiegenen Beschaffungspreisen gegenüber dem Vorjahr wieder auf erhöhtem Niveau. Die Preise für die Grundversorgung und für Sonderverträge mussten auf Grund der Kostensteigerungen angepasst werden. In der Stromsparte konnte trotz niedrigerer Kundenanzahl der Absatz im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.
- Das Gasnetzgeschäft stand im Geschäftsjahr 2022 ebenfalls unter den Vorzeichen der Energiemarktkrise. Die Vorbereitungen auf eine mögliche Gasmangellage und deren Abwicklung im Verteilnetz hatte höchste Priorität. In Folge der Krise sind die Hausanschlussanfragen

deutlich zurückgegangen. Die Abwicklung von Schäden und Versicherungsleistungen aus der Flutkatastrophe vom 14. Juli 2021 hat sich auch 2022 noch fortgesetzt.

- Im Dienstleistungs- bzw. Non-Commodity Geschäft konnten die Umsatzerlöse wie bereits im Vorjahr vor allem in den Bereichen Photovoltaik, Anlagen-, Kabel- und Leitungsbau sowie bei Planungsleistungen deutlich gesteigert werden. Die Nachfrage für nachhaltige Energielösungen ist im Zuge der Energiemarktkrise nochmals deutlich angestiegen.
- Im Bereich Biogas wurden im Geschäftsjahr 2022 erstmals Erlöse aus der Vermarktung von Treibhausgas-Quoten (THG-Quoten) durch das Inverkehrbringen von kraftstofffähigem Biogas erzielt.
- Im Bereich der Betriebsführungsergebnisse ergab sich insbesondere eine positive Entwicklung der regenerativen Gesellschaften. Auch bei den Stromnetzgesellschaften e-regio Netz und Stromnetzgesellschaft Euskirchen standen analog zum Gasnetzbetrieb noch Maßnahmen zur Abwicklung der Schäden und Versicherungsleistungen aus der Flutkatastrophe an.

1. Gasvertrieb

Der Erdgasabsatz lag im Geschäftsjahr 2022 bei 3.525 Mio. kWh. Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich der Absatz damit um 1.230 Mio. kWh bzw. 25,9 %. Im stark witterungsabhängigen Bereich Haushalte und Mehrfamilienhäuser ist der Absatz um rd. 28,4 % gesunken. Die Temperaturen im Jahr 2022 lagen auf das Gesamtjahr gesehen über denen des Vorjahres. Bis auf die Monate Juni, September und Dezember waren alle übrigen Monate deutlich wärmer und haben somit den Absatz beeinflusst. Die mittlere Gradtagszahl, die als Messgröße für den temperaturabhängigen Gasverbrauch dient, betrug 2.893,6 Gradtage und liegt damit um 13,2 % unter der des Vorjahres (3.334,6 Gradtage).

Ein deutlicher Absatzrückgang war im Industriebereich zu verzeichnen. Hier führte die konjunkturelle Abschwächung und der Verlust eines Großkunden zu einer deutlichen Reduzierung der Absatzmenge von 1.043 Mio. kWh oder 68,2 %.

Gasverkauf nach Kundengruppen

	2022	2021	Veränderung	
	MWh	MWh	MWh	%
Haushalt	1.059.749	1.516.532	- 456.783	- 30,1
Mehrfamilienhäuser	211.634	258.882	- 47.248	- 18,3
Handel und Gewerbe	367.567	425.914	- 58.347	- 13,7
öffentliche Einrichtungen	1.041.530	991.117	+ 50.413	+ 5,1
Industrie	486.646	1.530.031	- 1.043.385	- 68,2
Tankstellen	26.703	15.892	+ 10.811	+ 68,0
Energiedienstleister	330.829	16.728	+ 314.101	+ 1.877,7
Erdgasverkauf insgesamt	3.524.658	4.755.096	- 1.230.438	- 25,9

Die Anzahl der Kund:innen hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr von rd. 72.700 auf rd. 68.300 reduziert.

2. Stromvertrieb

Der Stromabsatz lag mit 687 Mio. kWh um 41 Mio. kWh oder 6,3 % über dem Vorjahr. Während im Segment Haushalte und Mehrfamilienhäuser die Absatzmenge um 13,5 % rückläufig war, ist im Segment Handel und Gewerbe ein Anstieg von 35 Mio. kWh oder 12,0 % zu verzeichnen.

Stromverkauf nach Kundengruppen

	2022	2021	Veränderung	
	MWh	MWh	MWh	%
Haushalt	248.170	286.984	- 38.814	- 13,5
Mehrfamilienhäuser	112	195	- 83	- 42,6
Handel- und Gewerbe	321.792	287.228	+ 34.564	+ 12,0
öffentliche Einrichtungen	82.216	56.127	+ 26.089	+ 46,5
Industrie	30.311	9.027	+ 21.284	+ 235,8
Energiedienstleister	3.914	6.080	- 2.166	- 35,6
Stromverkauf insgesamt	686.515	645.641	+ 40.874	+ 6,3

Die Anzahl der Kund:innen lag am 31. Dezember 2022 mit rd. 87.000 Kund:innen um rd. 3.100 unter dem Vorjahr.

3. Gasnetzbetrieb

Mit der Gemeinde Alfter wurde am 12. Dezember 2022 die Verlängerung des Konzessionsvertrages bis zum 28. Februar 2033 vereinbart. Damit wird e-regio bis mindestens 2033 das Gasnetz in der Gemeinde weiter betreiben, das Anfang der 1970er Jahre auf- und ausgebaut wurde. Mit der Stadt Mechernich befindet sich e-regio im Verfahren der Neuvergabe des Gas-Konzessionsvertrages. In der Gemeinde Wachtberg wurde im Sommer 2021 durch den Gemeinderat die Gaskonzession der enewa GmbH zugesprochen. Die Verhandlungsgespräche zur Netzabgabe an den Neukonzessionär wurden im Jahr 2022 aufgenommen.

Die Auswirkungen der Unwetterkatastrophe vom 14. Juli 2021, die das e-regio Versorgungsgebiet sehr heftig traf, waren auch noch im Jahr 2022 Gegenstand von einigen Erneuerungen bei den Gasanlagen und im Leitungsbereich. Ansonsten standen Netzausbauten sowie Investitionen in die Netzverdichtung im Vordergrund.

Im Jahresverlauf konnten rund 900 neue Hausanschlüsse mit einer Länge von 14,0 km an das Versorgungsnetz angeschlossen werden. Zudem wurden im Jahr 2022 insgesamt 8,5 km neue Gashauptleitungen verlegt. Damit betreibt e-regio zum Jahresende 2022 ein Leitungsnetz einschließlich der Hausanschlussleitungen mit einer Gesamtlänge von 2.665 km. Die Anschlussdichte liegt jetzt bei 27,0 Hausanschlüssen je km Rohrnetz und konnte damit gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Dieses Leitungsnetz wird über 19 Übernahmestationen gespeist, die im Verbund mit 73 Ortsregelanlagen stehen.

4. Stromnetzbetrieb

Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der e-regio Netz GmbH gab es im Geschäftsjahr 2022 keine Veränderungen.

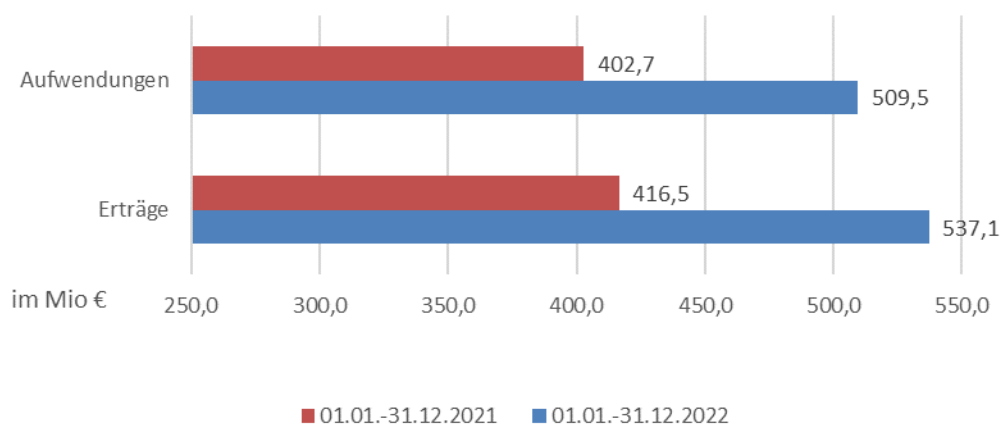
Aufgrund der Unwetterkatastrophe vom 14. Juli 2021 kam es auch im Geschäftsjahr 2022 zu weiteren notwendigen Instandhaltungs- und Austauscharbeiten. Der durch die Flutkatastrophe erheblich getroffene Standort in Kall ist zurzeit provisorisch instandgesetzt, aber noch nicht vollumfänglich nutzbar.

Im Jahresverlauf 2022 konnten 315 (i. V. 256) neue Hausanschlüsse an das Versorgungsnetz angeschlossen werden. Die e-regio Netz GmbH betreibt zum 31.12.2022 ein Mittelspannungsnetz mit einer Länge von 630 km (i. V. 628 km) sowie ein Niederspannungsnetz mit einer Länge von 1.326 km (i. V. 1.315 km).

Das Netz im Stadtgebiet Euskirchen wird durch die Stromnetz Euskirchen betrieben und besteht aus Mittel- und Niederspannungsnetzen. Über drei Umspannwerke im Raum Euskirchen wird das Mittelspannungsnetz vom vorgelagerten Netzbetreiber versorgt. Die Leitungslängen in der Mittelspannung betragen zum 31.12.2022 insgesamt 226,4 km und im Niederspannungsnetz 695,5 km. Im Jahresverlauf 2022 konnten 225 (i. V. 211) neue Hausanschlüsse an das Versorgungsnetz

angeschlossen werden. Insgesamt sind im Netz 876 Niederspannungs-Freileitungs-Versorgungsanschlüsse, 15.397 Niederspannungs-Kabel-Versorgungsanschlüsse und 26.483 Stromzähler installiert.

5. Ertragslage



Im Jahr 2022 lagen die Umsatzerlöse mit 552 Mio. Euro um rund 109 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus folgenden Entwicklungen:

- Die Verkaufserlöse beim Erdgas erhöhten sich preisbedingt um 23 Mio. Euro auf 232 Mio. Euro. Ebenfalls aufgrund des gestiegenen Preisniveaus und einer höheren Absatzmenge (+ 376 Mio. kWh) stiegen die Erlöse im Bereich Erdgas-Handelsgeschäfte an andere Versorgungsunternehmen um 34 Mio. Euro auf 41 Mio. Euro.
- Der Bereich Biogas wurde durch das Inverkehrbringen von kraftstofffähigem Biogas und daraus resultierend der Vermarktung von Treibhausgas-Quoten (THG-Quote) ausgebaut. Dies führte zu einem Anstieg der Erlöse um 4 Mio. Euro auf 6 Mio. Euro.
- Im Segment Stromversorgung führten die gestiegene Verkaufsmenge und preisliche Anpassungen zu einem Anstieg der Verkaufserlöse um 14 Mio. Euro auf 151 Mio. Euro. Eine deutliche Steigerung ist ebenfalls bei den Strom-Handelsmengen an andere Versorgungsunternehmen zu verzeichnen. Auch hier führten die deutliche Absatzsteigerung von 14 Mio. kWh und das gestiegene Preisniveau zu einem Umsatzzuwachs von 4 Mio. Euro.
- Die Erlöse aus Direktvermarktung erhöhten sich durch neue Anlagen, einer höheren Vermarktungsmenge und einem deutlich höheren Preisniveau um 22 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro.
- Die Erlöse aus den Dienstleistungen für die betriebsgeführten Unternehmen verbesserten sich um 2 Mio. Euro auf 14 Mio. Euro. Ein deutlicher Anstieg der in Rechnung gestellten Baumaßnahmen für die betriebsgeführten Wasser- und Abwasserwerke waren die Gründe. Neu hinzugekommen ist die Betriebsführung für das Wasserwerk der Gemeinde Wachtberg.
- Die Kosten für die Umstellung von L-Gas auf H-Gas werden an den vorgelagerten Netzbetreiber weitergegeben. Im Geschäftsjahr fielen 9 Mio. Euro für Umstellungen an (i. V. 5 Mio. Euro).

Absatzbedingt reduzierte sich die Erdgassteuer um 7 Mio. Euro auf 20 Mio. Euro. Die Stromsteuer blieb mit 12 Mio. auf Vorjahresniveau.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden zahlreiche Maßnahmen, wie z. B. Installation von Photovoltaikanlagen, Baumaßnahmen im Anlagenbau oder im Stromnetzbereich nicht fertiggestellt und konnten daher nicht an die Kunden weiterberechnet werden. Daher erhöhte sich der Bestand an unfertigen Leistungen um 0,6 Mio. Euro.

Aufgrund der höheren Investitionssumme bei der e-regio Netz im Vergleich zum Vorjahr stiegen die aktivierten Eigenleistungen um 2 Mio. Euro auf 7 Mio. Euro.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert der Rückgang um 1 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro im Wesentlichen aus geringeren Versicherungserstattungen aufgrund der Unwetterkatastrophe. Zudem war im Vorjahr eine Erstattung der Grunderwerbsteuer für das Jahr 2019 enthalten.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 102 Mio. Euro auf 434 Mio. Euro. Wesentliche Entwicklungen waren:

- Die Erdgasbezugskosten einschließlich der CO₂-Abgabe und den Handelsmengen erhöhten sich trotz der geringeren Bezugsmenge preisbedingt um 59 Mio. Euro auf 190 Mio. Euro. Die beschafften Erdgasmengen wurden von 14 Lieferanten bezogen. Der Preis für die CO₂-Zertifikate wurde von 25,00 Euro je Tonne auf 30,00 Euro je Tonne im Geschäftsjahr 2022 angehoben.
- Im Segment der Stromversorgung war ein Anstieg der Strombezugskosten einschließlich der EEG-Umlage und den Handelsmengen aufgrund der höheren Beschaffungspreise und der höheren Bezugsmenge um 14 Mio. Euro auf 59 Mio. Euro zu verzeichnen. Die EEG-Umlage wurde zum 1. Januar 2022 von 6,50 Cent/kWh auf 3,723 Cent/kWh abgesenkt und zum 1. Juli 2022 gänzlich abgeschafft.
- Die Biogasbezugskosten erhöhten sich mengen- und preisbedingt um 2 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro.
- Die Aufwendungen für den Bereich der Strom-Direktvermarktung sind entsprechend der Entwicklung bei den Umsatzerlösen um 22 Mio. Euro auf 39 Mio. Euro gestiegen.
- Bei den Netznutzungskosten Strom ist ein Anstieg durch die höhere Menge als auch durch höhere Netznutzungspreise von 3 Mio. Euro auf 53 Mio. Euro zu verzeichnen. Rückläufig dagegen entwickelten sich die Netznutzungskosten Gas um 5 Mio. Euro auf 23 Mio. Euro.
- Aufgrund des gestiegenen Bauvolumens bei den betriebsgeführten Wasser- und Abwasserwerken erhöhten sich die Aufwendungen (vgl. Umsatzerlöse).

Der durchschnittliche Personalbestand beträgt 436,00 Mitarbeitende (i. V. 429,75 Mitarbeitende). Durch niedrigere Rückstellungszuführungen im Personalbereich hat sich der Personalaufwand um 1 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro reduziert.

Ein Rückgang der Aufwendungen ist bei den Abschreibungen zu verzeichnen. Durch die Flutkatastrophe im Vorjahr mussten zahlreiche Zähler und Regler erneuert werden, die als geringwertige Wirtschaftsgüter nur über ein Jahr abgeschrieben werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3 Mio. Euro auf 26 Mio. Euro. Wesentlicher Grund für den Anstieg sind die Aufwendungen für die Marktraumumstellung von L-Gas auf H-Gas (+ 4 Mio. Euro), denen allerdings auch entsprechende Erlöse gegenüberstehen (siehe Umsatzerlöse). Kostenreduzierungen waren bei den Provisionszahlungen an Internet-Portale zu verzeichnen und die Verluste aus Anlagenabgängen reduzierten sich um 1 Mio. Euro aufgrund der Flutkatastrophe im Vorjahr.

Die Beteiligungserträge lagen mit 3 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahresniveau (2,0 Mio. Euro). Der Anstieg resultiert aus den zu erwartenden Gewinnausschüttungen der Wind- und Sunparks.

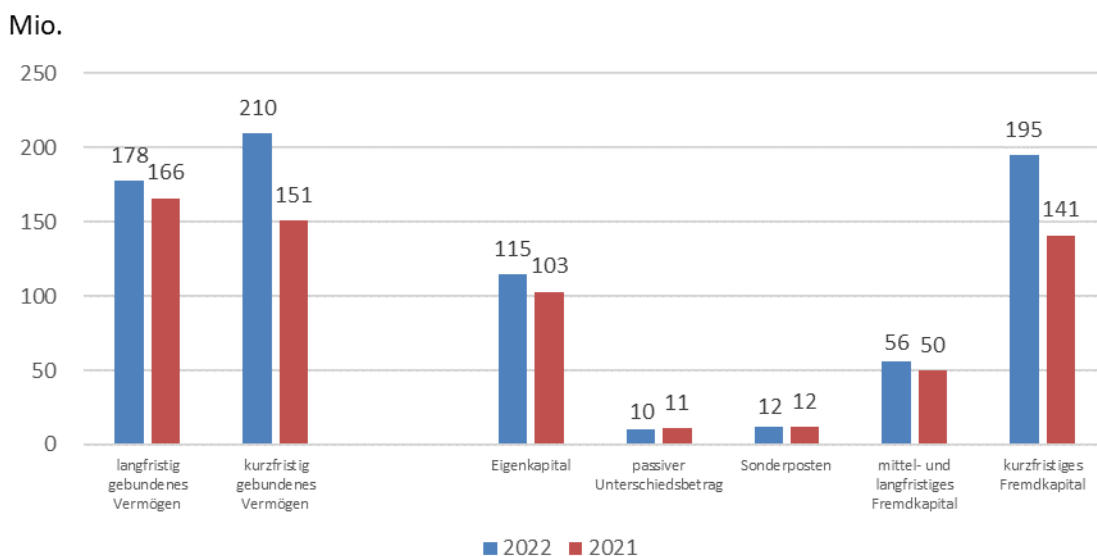
Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich um 0,2 Mio. Euro auf 1,2 Mio. Euro aufgrund der im Jahr 2022 getätigten Darlehensaufnahmen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen aufgrund des verbesserten Ergebnisses mit 6 Mio. Euro um 3 Mio. Euro über dem Vorjahr.

Nach Abzug der Ertragsteuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 26 Mio. Euro (i. V. 14 Mio. Euro).

6. Vermögenslage

Das Bilanzvolumen ist zum 31.12.2022 gegenüber dem Vorjahr um 70,3 Mio. Euro auf 387,9 Mio. Euro gestiegen.



Die Investitionen in das Anlagevermögen übersteigen die planmäßigen Abschreibungen und Abgänge des Anlagevermögens, so dass sich der Bestand um 12 Mio. Euro auf 178 Mio. Euro erhöht. Damit hat das Anlagevermögen einen Anteil von 45,8 % (i. V. 52,4 %) an der Bilanzsumme. Das kurzfristig gebundene Vermögen erhöhte sich im Wesentlichen durch die Positionen „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ sowie „Forderungen gegen Gesellschafter“ um 59 Mio. Euro auf 210 Mio. Euro.

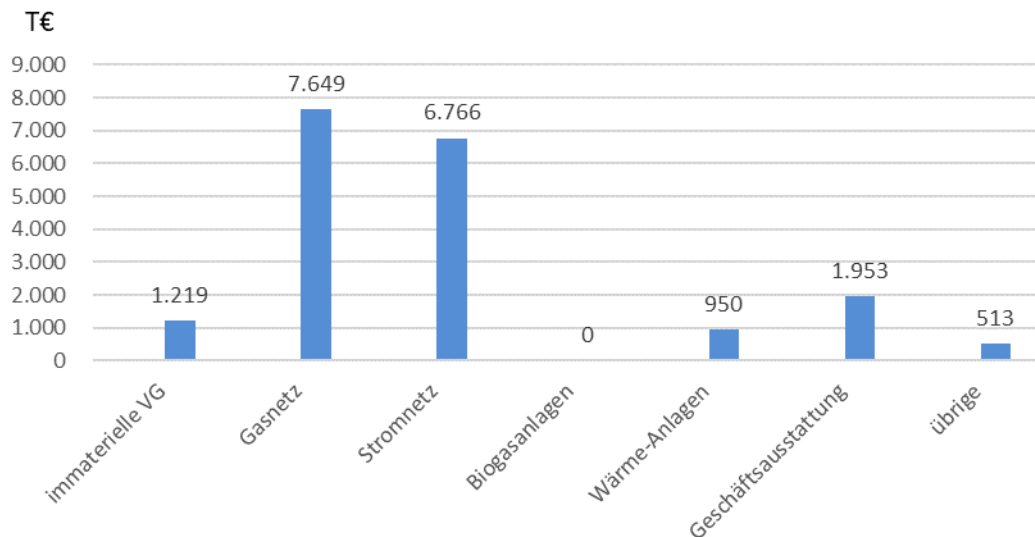
Auf der Passivseite verbesserte sich das Eigenkapital durch das höhere Jahresergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 12 Mio. Euro auf 115 Mio. Euro. Aufgrund der überproportional gestiegenen Bilanzsumme ist die Eigenkapitalquote von 32,4 % auf 29,7 % gesunken. Das lang- und mittelfristige Fremdkapital hat einen Anteil von 56 Mio. Euro oder 14,3 % (i. V. 50 Mio. Euro oder 15,9 %). Maßgeblich für den Anstieg sind die Darlehensaufnahmen im Jahr 2022. Auf das kurzfristige Fremdkapital entfallen 195 Mio. Euro oder 50,3 % (i. V. 141 Mio. Euro oder 44,5 %). Hier führten zum Bilanzstichtag die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, sonstige kurzfristige Rückstellungen sowie sonstige Verbindlichkeiten durch Guthabenbeträge der Kunden zu diesem Anstieg.

7. Finanzlage

Die Investitionen in das Anlagevermögen des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von 25 Mio. Euro wurden zu 46,0 % über Abschreibungen finanziert. Das Anlagevermögen ist zu 68,2 % (i. V. 65,4 %) durch Eigenkapital und die Hälfte des Sonderpostens gedeckt. Die Liquidität 2. Grades verbesserte sich von 143,7 % auf 146,4 %. Die Liquidität zum Bilanzstichtag stieg um 75 Mio. Euro.

8. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 betragen die Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen insgesamt 19 Mio. Euro.



Die Investitionen umfassen im Geschäftsjahr 2022 insbesondere das Leitungsnetz einschließlich der Hausanschlussleitungen, Wärmeprojekt, Software sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Strom-Verteilnetz wird immer mehr zum Rückgrat der dezentralen Energiewende. Die e-regio Netz treibt den Um- und Ausbau ihres Stromnetzes mit hohen Investitionen weiter konsequent voran und gewährleistet so die Umsetzung der Energiewende in und für die Region.

9. Konzernergebnis

Der Konzern-Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr liegt bei 28 Mio. Euro und damit um 14 Mio. Euro über dem Vorjahr. Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf die höheren Gas- und Stromverkaufserlöse zurückzuführen.

Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisanteils für außenstehende Gesellschafter, dem Konzerngewinnvortrag sowie die Einstellung in die Konzerngewinnrücklagen verbleibt ein Konzern-Bilanzgewinn von 26 Mio. Euro (i. V. 14 Mio. Euro).

D. Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Der e-regio Konzern erfüllt im Kreis Euskirchen, im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis, in der Gemeinde Vettweiß sowie der Stadt Heimbach im Kreis Düren einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Gas- und Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

E. Leistungsindikatoren

1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des e-regio Konzerns erfolgt über unterschiedliche finanziellen Leistungsindikatoren. Dazu gehören insbesondere die Erlöse aus Erdgas- und Stromverkauf, aus Betriebsführungen und den übrigen Geschäftsfeldern, wie z.B. Wärmecontracting, Straßenbeleuchtung oder Windenergie-service. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Wesentlichen preisbedingt beim Gasverkauf um 23 Mio. Euro auf 232 Mio. Euro und im Stromverkauf mengen- und preisbedingt um 14 Euro auf 151 Mio. Euro. Die Umsatzrentabilität verbesserte sich von 4,1 % im Vorjahr auf 6,2 % im Geschäftsjahr. Die Gesamtleistung erhöhte sich von 410 Mio. Euro auf 528 Mio. Euro. Damit hat die Betriebsleistung im Verhältnis zum Jahresüberschuss einen Anteil von 5,2 % (i. V. 3,5 %). Die Materialintensität stieg von 81,2 % im Jahr 2021 auf 81,6 % im Berichtsjahr.

Das Controlling von e-regio stellt der Geschäftsführung in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüberhinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

2. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren betrachten wir insbesondere die Kundenzufriedenheit, welche wir u.a. im Rahmen von Kundenbefragungen messen. Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängen wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter:innen an unser Unternehmen binden können, haben wir im Jahr 2022 Personalentwicklungsmaßnahmen und die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen forciert. Das im Vorjahr ins Leben gerufene Projektteam für das Themenfeld „Employer Branding“ hat im Geschäftsjahr 2022 einige Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität umsetzen können.

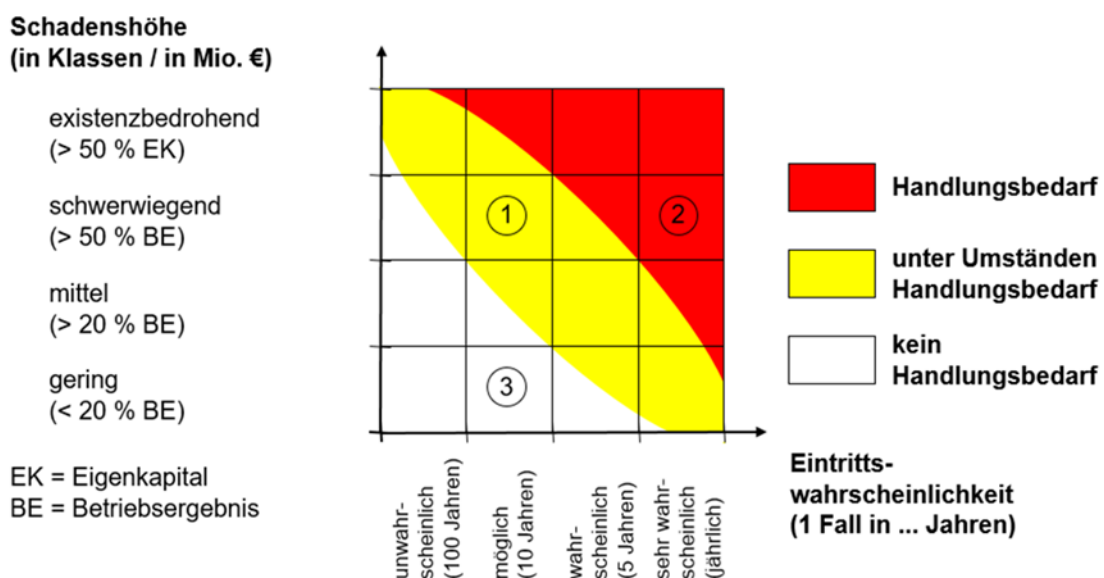
Die Energieversorgung ist momentan durch wandelnde Bedingungen geprägt. Damit diese Veränderungen gelingen, bildet e-regio Mitarbeiter:innen zu „Transformations-Coaches“ aus. Diese Veränderungsexperten stehen den Kollegen:innen als Ansprechpersonen zur Seite und tragen so zum Gelingen von Organisations-Veränderungen, Projekten und Prozessen bei.

Im letzten Quartal des Geschäftsjahres 2022 wurde mit der Planung und Neugestaltung von Arbeitsflächen begonnen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Seit Februar 2023 können die Mitarbeitenden den sog. „FREIRAUM“ nutzen, um neue Denk- und Arbeitsweisen im Team umzusetzen.

F. Chancen und Risikobericht

1. Risikomanagement

Das Risikomanagement vom e-regio Konzern ist in die unternehmerischen Entscheidungen und Geschäftsprozesse integriert. Es ist darauf ausgerichtet, Risiken möglichst früh zu erkennen bzw. zu vermeiden. Im April des Jahres 2023 wurde eine Neubewertung der Risiken in Form einer systematischen Risikoinventur bei e-regio und den Tochterunternehmen LOGOEnergie und e-regio Netz vorgenommen. Hierbei wurden die Risiken identifiziert, bewertet und dokumentiert sowie geeignete Maßnahmen zur Vorsorge getroffen



Bereits in den Vorjahren wurde als Ergebnis der Prüfung nach § 53 HGrG festgestellt, dass e-regio, LOGOEnergie und e-regio Netz in geeigneter Weise entsprechende Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungssystems getroffen haben. Das Überwachungssystem ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaften gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu bewerten.

Nach Überprüfung der gegenwärtigen Risikosituation ist festzuhalten, dass im Berichtszeitraum keine den Fortbestand des Konzerns gefährdenden Risiken zu verzeichnen sind. Darüber hinaus liegen aus heutiger Sicht auch für die nahe Zukunft keine den Fortbestand des Konzerns gefährdenden Risiken, für deren Deckung keine ausreichende Vorsorge getroffen wurde, vor.

2. Ertragsorientierte Risiken

Wesentliche ertragsorientierte Risiken resultieren insbesondere aus der weiteren Entwicklung an den Energiemärkten. Das zurückliegende Jahr war an den europäischen Beschaffungsmärkten durch historische Preisspitzen geprägt. Insbesondere die reduzierten Gaslieferungen aus Russland und unterdurchschnittlich gefüllte Speicher haben im Jahresverlauf zu einem enormen Preisanstieg am Gasmarkt geführt. Auch die CO₂- sowie Strompreise erreichten historische Höchststände. Trotz dieser Entwicklung hat sich das Ergebnis von e-regio gegenüber dem Vorjahr wieder erholt. Die Kostensteigerungen wurden über Preisadjustierungen an die Kunden weitergegeben und Risikopositionen rechtzeitig geschlossen. Im Jahresverlauf kam es auf Grund von Einsparungen zum Rückverkauf von Gasmengen, die das Ergebnis stabilisiert haben.

Der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine sorgt weiterhin für hohe Unsicherheit und beeinträchtigt die wirtschaftliche Entwicklung. e-regio analysiert und bewertet mögliche Auswirkungen fortlaufend anhand verschiedener Szenarien. Insbesondere nur bedingt bzw. nicht einschätzbare Mengenveränderungen aufgrund der Witterungsentwicklung oder einer Veränderung des Kundenverhaltens können in Verbindung mit hoher Preisvolatilität zu erheblichen Risiken führen. Neben der Intensivierung des energiewirtschaftlichen Risikomanagements hat der e-regio Konzern die bilanzielle Risikovorsorge über entsprechende Rückstellungen erhöht.

Ein hohes Risiko resultiert weiterhin aus vermehrten, krisenbedingten Zahlungs- bzw. Forderungsausfällen. Im Segment der Privatkunden weist der Anstieg der Mahnungen inzwischen auf Zahlungsschwierigkeiten in Folge der gestiegenen Energiekosten hin. Im Bereich der Geschäfts- bzw. Individualkunden sehen wir zwischenzeitlich ein reduziertes Insolvenzrisiko. Der Gesetzgeber hat zum Ende des Geschäftsjahres auf die Risikolage reagiert und die Gesetze zu den „Preisbremsen“ verabschiedet und in Kraft gesetzt.

Dennoch ist zu befürchten, dass die trotz staatlicher Unterstützung höheren Energiekosten nicht mehr von allen Unternehmen getragen werden können. Um den Risiken entgegenzutreten, liegt im Finanzbereich auch weiterhin ein besonderer Fokus auf dem Forderungsmanagement und der Liquiditätsüberwachung. Es erfolgen regelmäßige Berichte an die Geschäftsführung.

Ein weiteres Risiko sehen wir in der anhaltend hohen Inflation, die auch unsere Vorleistungen (z.B. Baumaterialien) deutlich verteuert, ohne dass wir diese Mehrkosten vollständig weitergeben können. Hinzu kommen Probleme in der Verfügbarkeit von Material und Anlagen (z.B. Trafostationen, Teile der Straßenbeleuchtung), die sich weiter verschärft haben. Wesentliche Projekte zum Umbau der Energiewirtschaft können sich hierdurch verzögern und verursachen eine hohe Unzufriedenheit auf Kundenseite. e-regio begegnet diesen Risiken mit erhöhter Lagerhaltung für wesentliche Produkte sowie einer Intensivierung der Planungs- bzw. der Einkaufsprozesse.

Die Gasverteilnetze könnten aufgrund der politischen Rahmenbedingungen an Bedeutung verlieren, da gegebenenfalls nur noch ein Teil der Leitungen für Wasserstoff oder Wärme benötigt wird. Hinzu kommt, dass die Bundesnetzagentur die Abschreibungsdauer nur bis zum Jahre 2045 festgelegt hat. Aufgrund der Langlebigkeit der Netze werden bis 2045 nicht alle Netze abgeschrieben sein. Zudem besteht die Gefahr zusätzlicher Kosten durch Rückbauverpflichtungen. Die derzeitige Netzentgeltssystematik wird außerdem dazu führen, dass die bestehenden Netzkosten durch immer weniger Kund:innen getragen werden müssen. e-regio ist derzeit dabei, die zukünftige Nutzung der Netze zu planen. Da die Diskussion über die Gasnetze erst in 2022 begonnen wurde und heute noch nicht absehbar ist, wie die Gasnetze in Zukunft genutzt werden können, wurde in 2022 keine Abwertung der Gasnetze vorgenommen.

Der Fachkräftemangel stellt aus Sicht von e-regio sowie der gesamten Branche ein wesentliches Risiko für Umsetzung der Energiewende dar. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen arbeiten wir

kontinuierlich daran, e-regio als Unternehmen und Arbeitgeber noch attraktiver zu machen. Das aktuelle Feedback aus dem Unternehmen sowie externe Bewertungen zeigen, dass unsere Aktivitäten positiv wahrgenommen werden.

3. Chancenbericht

Die Transformation hin zu einer „Energiewelt von morgen“ hat in den letzten Monaten insbesondere auf Grund der Energiemarktkrise nochmals deutlich Fahrt aufgenommen. Aus der beschleunigten Energiewende ergeben sich für den e-regio Konzern eine Vielzahl von Chancen. In den wesentlichen Themenfeldern der Energie- und Wärmewende strebt der e-regio Konzern eine Schlüsselrolle in der Region an. Als etablierter Energieversorger und -dienstleister ergeben sich vor dem Hintergrund des Dreiklangs Regionalität, Nachhaltigkeit und Technologie vor Ort sehr gute Wachstumsmöglichkeiten.

Die Ausrichtung des Geschäfts des e-regio Konzerns orientiert sich dabei an vier wesentlichen strategischen Fokusbereichen: Ausbau der Erneuerbaren Energien, regionalen Wärmewende, Mobilitätswende sowie Netze der Zukunft. Den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region werden wir in den nächsten Jahren massiv vorantreiben. Die Energiemarktkrise hat den Handlungsdruck nochmals deutlich erhöht. Vor diesem Hintergrund streben wir an, die Energiewende in der Region weiterhin aktiv voranzutreiben und entsprechende Wertschöpfung für das Unternehmen, die Gesellschafter und die Bürger in der Region zu realisieren. Das Leistungsspektrum des e-regio Konzerns reicht dabei vom Bau und Betrieb sowie der Wartung von Anlagen bis hin zur Direktvermarktung der erzeugten Energiemengen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit betrifft die Transformation des Wärmesektors. Wir verfolgen auf Basis unserer Roadmap das Ziel, die Wärmeerzeugung in der Region bis 2040 vollständig zu dekarbonisieren. Daher beschäftigen wir uns derzeit auch sehr intensiv mit Lösungen für den Gebäudebestand sowie mit Konzepten für klimaneutrale Neubauquartiere, die wir mit Kooperationspartnern entwickeln und umsetzen. Zukünftig wollen wir verstärkt regenerative Wärmenetze errichten und hierzu alternative Energiequellen, wie z.B. Erdwärme nutzen. Im Rahmen der Wärmeplanung überprüfen wir auch die zukünftige Verwendung unserer heutigen Gasnetze für „grüne Gase“ sowie den Ausbau des Stromnetzes für die teilweise Elektrifizierung des Wärmesektors.

Im Bereich der Privat- und Gewerbekunden sehen wir wachsende Chancen, ausgehend von unserer Kundenbasis im heutigen Kerngeschäft mit Strom und Gas, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Unser Angebot umfasst heute bereits Lösungen für Eigenerzeugung, intelligente Steuerung sowie Elektromobilität. Wir streben einen weiteren Ausbau des Geschäfts an und werden unsere Kundenlösungen hierzu ausbauen.

Auch das Geschäft mit Individualkunden steht weiterhin im Fokus. Der Bedarf an nachhaltigen Energie-, Wärme- und Mobilitätslösungen hat auch in diesem Segment deutlich zugenommen. Ziel ist es, den regionalen Unternehmen neben der Belieferung mit Strom und Erdgas individuelle Lösungen für eine zukünftig nachhaltige Energieversorgung anzubieten. Die Bandbreite der Dienstleistungen wird hierzu kontinuierlich weiter ausgebaut.

Neben den Wachstumsthemen setzen wir auch weiterhin eine ganze Reihe von Optimierungsmaßnahmen fort, mit denen wir Effizienz- und Qualitätspotenziale im Unternehmen systematisch heben wollen. Ein wesentlicher Fokus liegt hierbei auf der „digitalen Transformation“ unserer Geschäftsbereiche. Die Digitalisierung von Abläufen und Prozessen sehen wir als wesentlichen Erfolgsfaktor der Zukunft an.

4. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2022 war ganz wesentlich durch die Energiemarktkrise und die damit einhergehenden Risiken geprägt. Der e-regio Konzern hat die Strategie zur Geschäftsentwicklung jedoch trotz dieser großen Herausforderungen in den zurückliegenden Monaten kontinuierlich vorangetrieben, um die Chancen der Energie- und Wärmewende konsequent zu nutzen. Das Kon-

zernergebnis hat sich im Jahr 2022 aufgrund eines günstigen Witterungsverlaufs für das Gasgeschäft sowie des Wachstums in neuen Geschäftsfeldern gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Bei weiterer Stabilisierung der Energiemärkte gehen wir von einer sich fortsetzend guten Geschäfts- und Ergebnisentwicklung aus.

G. Prognosebericht

1. Ausblick

Die Temperaturen im Januar und Juni lagen über denen des Vorjahres, alle anderen Monate zeigten einen leicht kühleren Witterungsverlauf im Vergleich zum Vorjahresmonat. Diese Witterung in Verbindung mit der Kunden- und Konjunktorentwicklung führte zu einem Gasabsatz in den ersten acht Monaten von 960 Mio. kWh, was einem Rückgang von 104 Mio. kWh oder 9,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht.

Bis zum August 2023 hat sich die Anzahl der Stromkunden um rd. 3.600 Kunden reduziert, im Gasbereich blieb der Kundenbestand nahezu unverändert. Für das Geschäftsjahr 2023 wird auf Basis der aktuellen Kundenentwicklung und einem normalen Temperaturverlauf in den Monaten September bis Dezember im Gasbereich eine Absatzmenge von rd. 3.520 Mio. kWh und Umsatzerlöse von rd. 356 Mio. € erwartet. In der Sparte Strom wird eine Verkaufsmenge von rd. 730 Mio. kWh geplant, die zu Umsatzerlösen von rd. 232 Mio. Euro führen.

Die Strom- und Gasbezugskosten werden entsprechend dem Bezugsportfolio kalkuliert. Die EEG-Umlage ist zum 1. Juli 2022 gänzlich weggefallen. Der Preis für CO₂-Zertifikate bleibt mit 30 Euro je Tonne unverändert zum Jahr 2022. Bei den Netzentgelten ist sowohl im Strom- als auch im Gasbereich durch ansteigende vorgelagerte Netzkosten von leicht steigenden Kosten auszugehen.

Die Entwicklung im Bereich der Gas-Hausanschlüsse zeigt bis Ende August rd. 188 neu abgeschlossene Hausanschlussverträge. Für das gesamte Jahr 2023 wird mit einem Zugang von rd. 280 Hausanschlüssen gerechnet.

Für das Jahr 2023 ist ein Investitionsvolumen in die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen von insgesamt 24 Mio. Euro geplant. Den Schwerpunkt der Investitionen setzt e-regio zukünftig auf den Ausbau alternativer Wärmekonzepte. Hierfür wurden im Jahr 2023 insgesamt 4,7 Mio. Euro berücksichtigt. Hinzu kommt der Ausbau von Photovoltaikdachanlagen mit 1,7 Mio. Euro. Für das Gasnetz sind aufgrund der veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen nur noch 2,5 Mio. Euro eingeplant. In das Stromnetz sollen 7,3 Mio. Euro investiert werden. Die Anzahl der neuen Strom-Hausanschlüsse wird auf konstantem Niveau wie in den Vorjahren erwartet.

2. Wettbewerb und zukünftige Marktentwicklung

Die Wettbewerbssituation an den Commodity-Märkten hat sich im Zuge der Energiemarktkrise seit 2021 deutlich verändert. Auf den extremen Preisanstieg bei Strom und Gas seit dem 2. Halbjahr 2021 folgte im Jahresverlauf 2022 ein Preisverfall auf Grund der milden Witterung, gut gefüllter Gasspeicher und des Einsparverhaltens bei Privatkunden und in der Industrie. Zwischenzeitlich hat sich der Wettbewerb im Zuge des Preisverfalls erholt, mehr und mehr Energieversorger sind auf den Preisvergleichsportalen wieder verfügbar.

Die Energiemarktkrise hat die Dynamik der Energie-, Mobilitäts- und Klimawende deutlich erhöht. Insbesondere die aktuellen Gesetzesinitiativen zur Transformation des Wärmesektors haben die öffentliche Diskussion deutlich befeuert. Neben das Ziel der Dekarbonisierung sind die Argumente Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit sowie Bezahlbarkeit getreten. Der bisher über einen langen Zeitraum geplante Umbau des Energiesektors wird hierdurch stark beschleunigt. Der e-regio Konzern verfügt bereits über entsprechende Kundenlösungen in den Bereichen Energie- und Wärme, Infrastruktur, Mobilität und Energieeffizienz und wird diese Segmente weiter kon-

sequent ausbauen. Es ist davon auszugehen, dass der Wettbewerb weiter an Intensität zunehmen wird und neue Anbieter mit innovativen Produkten und Lösungen in den Markt eintreten werden.

Der e-regio Konzern strebt zukünftig in diesem komplexen und dynamischen Umfeld eine Differenzierung im Wettbewerb als kompetenter Lösungspartner an. Mit starkem regionalem Bezug werden wir unseren Kunden zukünftig innovative Lösungen für die Energiewelt von morgen anbieten und zukunftsfähige Technologien zur Erzeugung, Speicherung und Steuerung von Energie für den Nutzer einfach zugänglich machen. Dabei orientieren wir uns konsequent am Prinzip der Nachhaltigkeit und setzen uns für die Energiewende, auch bei unseren Kunden, ein. Dabei wollen wir uns durch überdurchschnittliche Servicequalität und die besondere Nähe zu unseren Kunden in der Region deutlich vom Wettbewerb absetzen. Die Verbindung von Nachhaltigkeit, Technologie und Regionalität soll für den Kunden einzigartig sein.

3. Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres und Ergebnisprognose

Auch bis September 2023 hält der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen das Nachbarland Ukraine noch an und ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzung ist derzeit nicht absehbar. Die Gasversorgung zeigt sich aktuell stabil und das Preisniveau hat sich an den Gas- und Strommärkten wieder reduziert. Es ist jedoch weiterhin mit einer erhöhten Preisvolatilität sowie unsicheren Mengenprognosen zu rechnen. Im Wettbewerb zeigt sich derzeit auf Grund der unterschiedlichen Einkaufsstrategien eine große Preisspreizung, die zu Risiken für die Versorger führt.

In der Ergebnisprognose sind die nach wie vor bestehenden Risiken nur sehr eingeschränkt abschätzbar. Die weitere Entwicklung des Konflikts sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage können weiterhin Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis haben.

Derzeit erwarten wir für die Jahre 2023 und 2024 eine positive Ergebnisentwicklung, die im Wesentlichen aus der weiteren Stabilisierung des Commodity-Geschäfts sowie aus dem Wachstum neuer Geschäftsfelder resultiert. Neben dieser positiven Geschäftsentwicklung berücksichtigt die Prognose wesentliche Sondereffekte (Versicherungsleistungen sowie Buchgewinne aus Asset- und Anteilsverkäufen) und liegt für 2023 bei 27,4 Mio. Euro und für das Jahr 2024 bei 30,7 Mio. Euro.

Im Rahmen der Umsetzung der Rheinlandkooperation hat die Westenergie AG, Essen, ihre Anteile zum 31. März 2023 in Höhe von 8,72 % mit Wirkung zum 1. Januar 2021 an die rhenag Rheinische Energie AG, Köln, übertragen.

Weitere Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Euskirchen, den 20. Oktober 2023

e-regio GmbH & Co. KG

vertreten durch

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Markus Böhm

Geschäftsführer

Stefan Dott

Geschäftsführer -

Organe und deren Zusammensetzung der Organe

e-regio GmbH & Co. KG

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

- | Ordentliche Mitglieder | Stellvertretende Mitglieder |
|---|--|
| 1. Markus Ramers (stv. Stimmführer), LR | Ingo Hessenius, GBL I (bis 14. Dezember 2022,
ab 08/2023 GBL III) |
| | Achim Blindert, AV (ab 15. Dezember 2022) |
| 2. Dominik Schmitz (Stimmführer), CDU | Leo Wolter, CDU |

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat (11 Mitglieder, davon 1 Vertreter des Kreises Euskirchen):

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Herrn Johannes Esser, CDU

Die Aufsichtsratsbezüge im Geschäftsjahr betragen 46 T€.

Geschäftsführung:

Lt. Gesellschaftsvertrag der e-regio GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin (e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH) zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Bezüglich der Angabe der Geschäftsführungsvergütung wird von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafterversammlung:

Wird durch die e-regio GmbH & Co. KG besetzt.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Markus Böhm

Dipl.-Kfm. Stefan Dott

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsrat der e-regio GmbH & Co.KG gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 45,45 %).

Der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 8,33 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die e-regio GmbH & Co.KG nicht erstellt da die Gesellschaft nicht in den Geltungsbereich fällt.

Nachrichtlich:

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 2.150.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 452/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln.

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.650.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 451/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln.

Am 30. September 2020 wurde die Versorger-Allianz 450 GmbH & Co.KG gegründet. Die e-regio GmbH & Co.KG hat sich im 19. Januar 2022 mit einer Kommanditeinlage von 75.000 € an der Gesellschaft beteiligt. Dies entspricht einem Stimmanteil von 2,531%. Komplementärin ist die Versorger Allianz 450 Verwaltungsgesellschaft mbH. Die Versorger-Allianz 450 GmbH & Co.KG wiederum ist seit dem 3. August 2021 in Höhe von 25% am Stammkapital (1 Mio. €) der Gesellschaft 450 connect GmbH beteiligen. Der Kreis Euskirchen ist an der e-regio GmbH & Co.KG unmittelbar in Höhe von 8,72% beteiligt. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 130/2021 am 30. Juni 2021. Die Bezirksregierung Köln hat laut Schreiben vom 11. August 2021 keine Einwände.

Beteiligungen der e-regio GmbH & Co. KG (e-regio)

Die e-regio und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Tochterunternehmen. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Bei den mittelbaren Beteiligungen der e-regio wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben und nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Von einer ausführlichen Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungs-GmbH
- Dienstleistungsgenossenschaft Eifel eG, Schleiden (untergeordnete Bedeutung)
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düşorner Heide)
 - RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG
- Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG
- Gasnetz Bornheim Verwaltungs-GmbH
- Propan Rheingas GmbH & Co. KG
- Propan Rheingas GmbH
- SE Sauber Energie GmbH & Co. KG
- SE Sauber Energie Verwaltungs-GmbH
- Peter Zeiler & Partner Ingenieurgesellschaft mbH
- Versorger-Allianz 450 GmbH & Co.KG
 - 450 connect GmbH

3.4.1.8.1 e-regio Netz GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall
Internet: www.e-regio-netz.de
Gründungsjahr: 30. November 1933

Die Umfirmierung von Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH in e-regio Netz GmbH erfolgte mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 14. Dezember 2020 und Eintragung in das Handelsregister am 11. Mai 2021.

Zweck der Beteiligung

Versorgung mit Energie sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	3.100.000	100,00
Summe	3.100.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

e-regio Netz GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	211.230	276.889	321.968	-65.659
Sachanlagen	32.326.324	28.355.383	27.944.952	3.970.941
Finanzanlagen	0	0	0	0
	32.537.554	28.632.272	28.266.920	3.905.282
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.537.674	5.443.322	4.412.895	-1.905.649
Liquide Mittel	9.458.098	471.800	341.188	8.986.297
	12.995.771	5.915.122	4.754.083	7.080.649
C Rechnungsabgrenzungsposten	39.003	37.504	44.447	1.499
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0	0	0	0
Summe Aktiva	45.572.328	34.584.898	33.065.450	10.987.430
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.100.000	3.100.000	3.100.000	0
Kapitalrücklage	16.797.955	16.797.955	13.397.955	0
Gewinnrücklagen	4.599.791	4.599.791	4.599.791	0
	24.497.746	24.497.746	21.097.746	0
B Sonderposten	2.061.278	2.078.795	161.635	-17.517
C Rückstellungen	8.389.650	7.734.184	7.116.342	655.466
D Verbindlichkeiten	10.623.654	274.174	2.717.522	10.349.481
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1.972.204	0
Summe Passiva	45.572.328	34.584.898	33.065.450	10.987.430

Die Erhöhung des Eigenkapitals auf 24.498 T€ resultiert aus der Einzahlung von 3.400 T€ der alleinigen Gesellschafterin e-regio GmbH & Co.KG in die Kapitalrücklage. Die Erhöhung der Kapitalrücklage erfolgte mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29. November 2021.

Bürgschaften

Es bestehen folgende Haftungsverhältnisse aus Bürgschaftsverpflichtungen:

Darlehen der e-regio vom 28. Januar 2015, Stand zum 31. Dezember 2022: 1.075,6 T€

e-regio Netz GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	22.287.293	20.825.557	20.131.195	1.461.737
2	Sonstige betriebliche Erträge	543.106	1.430.170	464.338	-887.064
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	8.580.685	6.465.482	5.100.133	2.115.203
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	100.781	46.360	64.582	54.421
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.479.904	6.419.122	5.035.551	2.060.782
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	237.630	293.495	200.528	-55.866
	a) Löhne und Gehälter	186.853	208.878	147.275	-22.025
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	50.776	84.617	53.253	-33.841
5	Abschreibungen	2.013.568	2.531.310	2.338.297	-517.742
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.516.516	11.266.731	10.394.568	-1.750.214
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.290	6.899	25.303	391
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	367.073	436.298	271.879	-69.225
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
11	Ergebnis nach Steuern	2.122.218	1.269.311	2.315.432	852.907
12	Sonstige Steuern	17.174	15.473	117.448	1.701
13	Gewinnabführung	2.105.044	1.253.838	2.197.984	+ 851.206
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-0

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	53,76	70,83	-17,08
Eigenkapitalrentabilität	8,59	5,12	3,47
Anlagendeckungsgrad	75,29	85,56	-10,27
Verschuldungsgrad 2	77,61	32,69	44,92
Umsatzrentabilität	9,45	6,02	3,42

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterung
Anzahl	1	1	1	

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der e-regio Netz GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Diplom-Volkswirt Alessandro Lanfranconi
Diplom-Ingenieur Markus Mertgens

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2022 keine Vergütung erhalten.

Nachrichtlich:

Die Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co. KG hat mit Wirkung zum 30. April 2023 Herrn Markus Mertgens als Geschäftsführer der e-regio Netz GmbH abberufen. Als neuer Geschäftsführer wurde Herr Dr. Pascal Köhn ab dem 01. Mai 2023 bestellt.

3.4.1.8.2 LOGO Energie GmbH

Basisdaten

Anschrift: Münsterstrasse 9, 53881 Euskirchen
Internet: www.logoenergie.de
Gründungsjahr: 12. Mai 2010

Zweck der Beteiligung

Beschaffung und Verkauf von Energie für Endverbraucher, insbesondere Erdgas, Flüssiggas, Strom und erneuerbare Energien sowie Lieferung von Wärme an Endkunden.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

LOGOEnergie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Vorräte	9.983.416	9.918.018	0	65.398
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.378.480	32.665.361	23.849.979	-6.286.880
Liquide Mittel	35.143.153	1.488.141	4.235.997	33.655.013
	71.505.050	44.071.520	28.085.976	27.433.530
Summe Aktiva	71.505.050	44.071.520	28.085.976	27.433.530
Passiva	€	€		€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
	25.000	25.000	25.000	0
B Rückstellungen	16.654.600	15.804.000	5.098.300	850.600
C Verbindlichkeiten	54.825.450	28.242.520	22.962.676	26.582.930
Summe Passiva	71.505.050	44.071.520	28.085.976	27.433.530

LOGOEnergie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	168.160.242	137.429.903	120.947.881	30.730.340
2	Sonstige betriebliche Erträge	286.862	339.969	47.698	-53.107
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	160.163.585	131.493.236	112.548.939	28.670.349
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	115.088.451	83.522.248	68.233.661	31.566.203
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	45.075.134	47.970.987	44.315.278	-2.895.853
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.336.908	3.503.675	4.317.235	-166.766
5	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.996	0	143	4.996
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	296	11	-296
7	Ergebnis nach Steuern	4.951.606	2.772.665	4.129.537	2.178.942
8	Sonstige Steuern	-164	0	0	-164
9	Gewinnabführung	4.951.770	2.772.665	4.129.537	+ 2.179.106
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0,03	0,06	-0,02
Eigenkapitalrentabilität	./.	./.	./.
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	2,70	1,79	0,91

Personalbestand

Die LOGO hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der LOGOEnergie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Alessandro Lanfranconi
Diplom-Wirtschaftsingenieur Christian Krebs

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit in 2022 keine Vergütung erhalten.

3.4.1.8.3 Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Münsterstrasse 9, 53881 Euskirchen
Internet: www.e-regio.de
Gründungsjahr: 30 Juni 2015

Zweck der Beteiligung

STROMNETZ EUSKIRCHEN GMBH & CO. KG:
Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in Euskirchen.

STROMNETZ EUSKIRCHEN VERWALTUNGS-GMBH:
Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

STROMNETZ EUSKIRCHEN GMBH & CO. KG

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	2.839.626,57	74,90
Westenergie AG	951.597,16	25,10
Summe	3.791.223,73	100,00

STROMNETZ EUSKIRCHEN VERWALTUNGS-GMBH

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG	25.000,00	100,00
Summe	25.000,00	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8..

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				0
Sachanlagen	10.007.852	9.160.742	8.806.240	847.110
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	10.032.852	9.185.742	8.831.240	847.110
B Umlaufvermögen				
Vorräte				0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	620.501	505.665	528.329	114.836
Liquide Mittel	79.573	51.180	77.819	28.393
	700.074	556.845	606.148	143.230
Summe Aktiva	10.732.927	9.742.587	9.437.388	990.340
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	3.791.224	3.791.224	3.791.224	0
Gewinnrücklage	627.736	478.971	576.488	148.765
	4.418.960	4.270.195	4.367.712	148.765
B Rückstellungen	8.970	9.359	58.095	-389
C Verbindlichkeiten	4.088.657	3.294.592	3.023.521	794.065
D Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	2.216.340	2.168.441	1.988.060	47.899
Summe Passiva	10.732.927	9.742.587	9.437.388	990.340

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Vorräte				0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.236	4.592	3.521	-356
Liquide Mittel	40.430	37.171	36.754	3.259
	44.666	41.763	40.276	2.903
Summe Aktiva	44.666	41.763	40.276	2.903
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	13.560	11.456	9.352	2.104
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.104	0
	40.665	38.560	36.456	2.104
B Rückstellungen	2.726	2.630	2.541	96
C Verbindlichkeiten	1.275	573	1.278	702
Summe Passiva	44.666	41.763	40.276	2.903

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.489.928	3.193.011	3.141.594	296.917
2	Sonstige betriebliche Erträge	69	1.210	2.500	-1.141
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.779.623	1.595.495	1.583.903	184.129
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.779.623	1.595.495	1.583.903	184.129
4	Abschreibungen	900.029	927.452	763.060	-27.423
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	92.127	103.723	55.161	-11.596
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.841	17.792	90.272	3.049
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	69.639	70.788	75.212	-1.149
9	Ergebnis nach Steuern	627.736	478.971	576.488	148.765
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	627.736	478.971	576.488	148.765

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	6.059	6.359	5.536	-300
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.559	3.859	3.036	-300
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	396	396	396	-0
4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.104	0

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	41,17	43,83	-2,66
Eigenkapitalrentabilität	14,21	11,22	2,99
Anlagendeckungsgrad	44,04	46,49	-2,44
Verschuldungsgrad 2	92,73	77,37	15,36
Umsatzrentabilität	17,99	15,00	2,99

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

STROMNETZ EUSKIRCHEN GMBH & CO. KG

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Lt. Gesellschaftsvertrag der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

STROMNETZ EUSKIRCHEN VERWALTUNGS-GMBH

Geschäftsführung:

Thomas Lehmann

Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhält von der Gesellschaft keine Bezüge.

3.4.1.8.4 e-regio Energiekonzepte GmbH

(vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH)

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall
Internet: www.e-regio-energiekonzepte.de
Gründungsjahr: 16. September 2011

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung am 17. Mai 2023 erfolgte die Umfirmierung der Gesellschaft in e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend in § 1 Ziffer 1 angepasst. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 12. Juni 2023.

Zweck der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und/oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, Planung, Bau und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienzthemen. Dazu gehört insbesondere die Erbringung von mehrstufigen Energieberatungsleistungen zur Ermittlung von Einsparpotentialen (Basis-/Schwachstellenanalyse, energietechnische Empfehlungen, Installation von Energiemanagementsystemen) und deren Realisierung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.750	51,00
PE Becker GmbH	12.250	49,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH) - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	456	501	546	-45
Finanzanlagen	0	0	0	0
	456	501	546	-45
B Umlaufvermögen				
Vorräte	0	0	0	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	883.859	349.913	4.046.310	533.946
Liquide Mittel	2.640.506	3.124.751	987.883	-484.246
	3.524.365	3.474.664	5.034.193	49.700
Summe Aktiva	3.524.821	3.475.165	5.034.739	49.655
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Kapitalrücklage	400.000	400.000	400.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.356.603	2.094.783	1.523.122	261.821
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.087	261.821	571.661	-247.733
	2.795.691	2.781.603	2.519.783	14.087
B Rückstellungen	62.815	64.303	148.503	-1.488
C Verbindlichkeiten	666.315	629.259	2.366.453	37.056
Summe Passiva	3.524.821	3.475.165	5.034.739	49.655

e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH) - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	971.079	1.694.639	3.260.716	-723.560
2	Bestandsveränderungen	0	0	-409.517	
3	Sonstige betriebliche Erträge	12.600	12.600	12.600	
4	Materialaufwand, davon:	372.776	902.853	1.596.696	-530.077
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	372.776	902.853	1.596.696	-530.077
5	Abschreibungen	45	45	45	
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	542.758	408.418	402.907	134.340
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31.000	0	0	31.000
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.013	134.103	292.490	-111.090
10	Ergebnis nach Steuern	14.087	261.821	571.661	-247.733
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14.087	261.821	571.661	-247.733

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	79,31	80,04	-0,73
Eigenkapitalrentabilität	0,50	9,41	-8,91
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	26,08	24,93	1,15
Umsatzrentabilität	1,45	15,45	-14,00

Personalbestand

Die e-regio Energiekonzepte GmbH hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH). In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

3.4.1.8.5 ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstrasse 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 18. Juni 2019

Zweck der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an, im Bereich erneuerbare Energien tätigen, Projektgesellschaften, zunächst an der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Der Kreistag hat am 12. Dezember 2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung nach Maßgabe des Entwurfs des Gesellschaftsvertrags der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH zugestimmt.

Der Kreistag hat der Beteiligung der KEV Energie GmbH an der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 25.000 € (100 %), dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG sowie dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (im Jahr 2023 Umfirmierung in e-regio Energiekonzepte GmbH) als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus den v. g. Gesellschaften zugestimmt (V 476/2018). Die Eintragungen ins Handelsregister erfolgten am 18. Juni 2019.

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.253	4.896	25.565	358
Liquide Mittel	46.884	45.920	28.259	964
	52.137	50.816	53.823	1.322
Summe Aktiva	52.137	50.816	53.823	1.322
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	17.373	10.551	3.851	6.822
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.883	6.822	6.701	61
	49.257	42.373	35.551	6.883
B Rückstellungen	2.042	2.000	3.260	42
C Verbindlichkeiten	839	6.442	15.012	-5.603
Summe Passiva	52.137	50.816	53.823	1.322

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	24.958	24.298	22.078	660
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.757	16.218	14.117	539
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.318	1.258	1.260	60
4	Ergebnis nach Steuern	6.883	6.822	6.701	61
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.883	6.822	6.701	61

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	94,47	83,39	11,09
Eigenkapitalrentabilität	13,97	16,10	-2,13
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	5,85	19,92	-14,07
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Die Gesellschaft hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der ESP Sun Park Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

3.4.1.8.6 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Bergstr. 1, 53894 Mechernich

Gründungsjahr: 16. September 2011

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Der Kreistag hat am 12. Dezember 2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (im Jahr 2023 Umfirmierung in e-regio Energiekonzepte GmbH) als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung mit der ene zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	158.100	51,00
Stadt Mechernich	151.900	49,00
Summe	310.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.465.758	3.869.292	4.272.826	-403.534
	3.465.758	3.869.292	4.272.826	-403.534
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.896	38.888	16.141	-20.992
Liquide Mittel	1.282.437	954.113	1.095.246	328.324
	1.300.333	993.001	1.111.386	307.332
Summe Aktiva	4.766.091	4.862.293	5.384.212	-96.202
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	310.000	310.000	310.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	305.064	73.292	175.067	231.772
	615.064	383.292	485.067	231.772
B Rückstellungen	171.830	85.005	97.533	86.825
C Verbindlichkeiten	3.979.197	4.393.996	4.801.612	-414.799
Summe Passiva	4.766.091	4.862.293	5.384.212	-96.202

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.144.975	865.520	950.301	279.455
2	Sonstige betriebliche Erträge	796	0	1.424	796
3	Materialaufwand, davon:	54.223	70.175	32.296	-15.951
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.090	15.364	6.336	-10.274
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.134	54.811	25.960	-5.677
4	Abschreibungen	403.534	403.534	403.534	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	136.834	106.873	101.894	29.961
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	822	0	30	822
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	173.533	192.688	209.904	-19.155
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	73.407	18.959	29.060	54.448
9	Ergebnis nach Steuern	305.063	73.292	175.067	231.771
10	Sonstige Steuern	-2	0	0	-2
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	305.064	73.292	175.067	231.772

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	12,91	7,88	5,02
Eigenkapitalrentabilität	49,60	19,12	30,48
Anlagendeckungsgrad	119,69	112,50	7,19
Verschuldungsgrad 2	674,89	1.168,56	-493,67
Umsatzrentabilität	26,64	8,47	18,18

Personalbestand

Die SPK hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

3.4.1.8.7 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Blankenheimer Strasse 2, 53937 Schleiden

Gründungsjahr: 30. August 2013

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Der Kreistag hat am 12. Dezember 2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (im Jahr 2023 Umfirmierung in e-regio Energiekonzepte GmbH) als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	120.000	33,33
eegon Eifel Energiegenossenschaft eG	120.000	33,33
Stadt Schleiden	120.000	33,33
Summe	360.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.939.594	2.121.431	2.303.268	-181.837
	1.939.594	2.121.431	2.303.268	-181.837
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.380	14.707	9.561	-7.327
Liquide Mittel	753.594	587.708	636.527	165.886
	760.973	602.415	646.088	158.559
Summe Aktiva	2.700.567	2.723.846	2.949.356	-23.278
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	360.000	360.000	360.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	179.215	78.604	136.945	100.612
	539.215	438.604	496.945	100.612
B Rückstellungen	86.600	43.527	49.703	43.073
C Verbindlichkeiten	2.074.752	2.241.715	2.402.709	-166.963
Summe Passiva	2.700.567	2.723.846	2.949.356	-23.278

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	601.480	452.972	505.399	148.508
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	775	4.000	-775
3	Materialaufwand, davon:	44.166	36.897	20.513	7.269
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.593	21.450	8.720	-10.856
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	33.573	15.448	11.793	18.125
4	Abschreibungen	181.837	181.837	181.837	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	93.382	73.985	69.731	19.397
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.934	67.884	73.079	-5.950
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	40.948	14.540	27.295	26.408
8	Ergebnis nach Steuern	179.213	78.604	136.945	100.609
10	Sonstige Steuern	-2	0	0	-2
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	179.215	78.604	136.945	100.612

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	19,97	16,10	3,86
Eigenkapitalrentabilität	33,24	17,92	15,31
Anlagendeckungsgrad	125,77	118,18	7,59
Verschuldungsgrad 2	400,83	521,03	-120,19
Umsatzrentabilität	29,80	17,35	12,44

Personalbestand

Die SPH hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

3.4.1.8.8 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstrasse 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 15. August 2012

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse. Die Gesellschaft betreibt aktuell eine Freiflächenanlage und zwei Dachanlagen auf dem Gebiet des Abfallwirtschaftszentrums des Kreises Euskirchen.

Nachrichtlich:

In Planung ist eine Erweiterung der Freiflächenanlagen auf dem Gebiet des Abfallwirtschaftszentrums des Kreises Euskirchen im Jahr 2023.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Der Kreistag hat am 12. Dezember 2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
Komplementärin		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
Kommanditisten		
Kreis Euskirchen	150.000	75,00
e-regio GmbH & Co. KG	50.000	25,00
Summe	200.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Im Jahr 2022 hat der Kreis Euskirchen von der Energie Nordeifel GmbH & Co.KG eine Gewinnausschüttung für das Jahr 2021 von 31.659,64 € erhalten.

Entwicklung der Bilanzen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	965.712	1.064.285	1.162.858	-98.573
	965.712	1.064.285	1.162.858	-98.573
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.913	2.412	6.448	2.501
Liquide Mittel	213.488	128.214	139.917	85.275
	218.401	130.626	146.364	87.775
Summe Aktiva	1.184.113	1.194.911	1.309.222	-10.798
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	0
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	101.797	42.319	71.360	59.478
	301.797	242.319	271.360	59.478
B Rückstellungen	49.150	34.500	31.100	14.650
C Verbindlichkeiten	833.167	918.092	1.006.762	-84.925
Summe Passiva	1.184.113	1.194.911	1.309.222	-10.798

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	317.477	247.706	271.936	69.771
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	9.522	16.139	9.018	-6.618
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.051	2.337	3.087	714
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.470	13.802	5.930	-7.332
4	Abschreibungen	98.573	98.573	98.573	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	60.498	54.227	48.627	6.271
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24.226	27.019	29.636	-2.794
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22.862	9.428	14.722	13.434
9	Ergebnis nach Steuern	101.797	42.319	71.360	59.478
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	101.797	42.319	71.360	59.478

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	25,49	20,28	5,21
Eigenkapitalrentabilität	33,73	17,46	16,27
Anlagendeckungsgrad	108,37	100,62	7,75
Verschuldungsgrad 2	292,35	393,12	-100,76
Umsatzrentabilität	32,06	17,08	14,98

Personalbestand

Die NER KG hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2022

A. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

1. Rechtliche Verhältnisse

Die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER) wurde am 15. August 2012 mit Sitz in Kall gegründet. Gesellschafter der NER sind mit 75 % der Kreis Euskirchen und mit 25 % die e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen.

2. Ziele und Strategie des Unternehmens

Gegenstand der NER ist die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen, sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse. Die Gesellschaft betreibt aktuell eine Freiflächenanlage und zwei Dachanlagen auf dem Gebiet des Abfallwirtschaftszentrums des Kreises Euskirchen.

Die NER hat keine angestellten Mitarbeiter. Die vertraglich vereinbarte Betriebsführung der Gesellschaft erfolgt durch die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH. In Ermangelung eigener Mitarbeiter bedient diese sich dazu der e-regio GmbH & Co. KG als Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfin.

B. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland sank im Jahr 2022 nach ersten Schätzungen der AG Energiebilanzen um 4,7 % auf 11.829 Petajoule (PJ). Diese Entwicklung ist durch gegenläufige Einflussfaktoren geprägt. Vom Wirtschaftswachstum gingen im Vergleich zum Jahr 2021 positive Impulse auf den Energieverbrauch aus. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schwächte sich zwar im Verlauf des Jahres ab, insgesamt dürfte das BIP 2022 aber noch um 1,4 % zugenommen haben, wobei aber die energieintensiven Industrien bereits seit dem 2. Quartal 2022 teilweise deutliche Produktionsrückgänge verzeichnen mussten.

Positive Impulse auf den Energieverbrauch gingen darüber hinaus von der Zunahme der Bevölkerung aus, sie wuchs bis zum 30.06.2022 um knapp 1 Mio. Menschen, was einem Plus von etwa 1,1 % entspricht.

Die drastisch gestiegenen Energiepreise bewirkten hingegen spürbare Anreize zu kurzfristigen, verhaltensbedingten Einsparungen. Außerdem lösten sie Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen aus, z.B. in die Modernisierung von Produktions- und Heizungsanlagen oder die Dämmung von Gebäuden. Dies wird sich mittel- bis langfristig auf den Energieverbrauch auswirken. Der Verbrauchsrückgang dürfte außerdem in einigen Wirtschaftszweigen durch preisinduzierte Produktionskürzungen beschleunigt worden sein.

Verbrauchssenkend wirkten sich schließlich die milderen Außentemperaturen. Die Zahl der Gradtage lag 2022 um etwa 12 % unter dem Niveau des Vorjahres. Unter Ausschaltung des Witterungseinflusses wäre der Primärenergieverbrauch 2022 um 3,9 % gesunken.

Energieträger	2022 Anteil	2021 Anteil
Mineralöl	35,2%	31,8%
Erdgas	23,8%	26,7%
erneuerbare Energien	17,2%	16,1%
Braunkohle	10,0%	9,3%
Steinkohle	9,8%	8,6%
Kernenergie	3,2%	6,2%
Sonstige	0,8%	1,3%
	100,0%	100,0%

2. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war von extremen Preisen und einem starken Wachstum bei den erneuerbaren Energien geprägt. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung lag bei 49,6 %. Einzig die Photovoltaik erreichte die von der Bundesregierung vorgegebenen Ausbauziele und konnte ihren Beitrag zur Stromerzeugung um 19 % steigern.

Die deutsche Photovoltaikanlagen erzeugten 2022 etwa 58 TWh, wovon ca. 53 TWh ins öffentliche Netz eingespeist und 5 TWh selbst verbraucht wurden. Der Zubau von EEG-Anlagen mit 6,1 Gigawatt erhöhte die installierte Leistung auf ca. 66 Gigawatt (Stand November). Dies war der höchste Photovoltaik-Zubau seit 2013. Dank des Zubaus und des sonnigen Wetters stieg die Solarstromerzeugung um 19 % gegenüber dem Jahr 2021. Von April bis August und im Oktober war die monatliche Stromerzeugung von Photovoltaik-Anlagen höher als die von Steinkohlekraftwerken und von März bis September höher als die von Gaskraftwerken.

In Summe produzierten die erneuerbaren Energiequellen (Solar, Wind, Wasser und Biomasse) im Jahr 2022 ca. 244 TWh Strom und damit etwa 7,4 % mehr als im Vorjahr (227 TWh). Ihr Anteil an der öffentlichen Nettostromerzeugung stieg auf 49,6 % (2021: 45,6 %).

3. Witterungsverlauf

Die Jahresmitteltemperatur in Deutschland lag im Jahr 2022 mit 10,5 Grad Celsius (°C) um 1,4 Grad über dem Vorjahr. Damit wurde der Temperaturrekord des Jahres 2018 vermutlich eingestellt, eine abschließende Auswertung aller Stationsdaten liegen noch nicht vor. Seit 1881 ist es in Deutschland inzwischen 1,7 Grad °C wärmer geworden. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 1,6 Grad °C. Einen neuen Rekord gab es bei der Sonnenscheindauer. Im Jahr 2022 schien die Sonne im bundesweiten Mittel rund 2.025 Stunden und schien damit 375 Stunden oder 23 % mehr als im Jahr 2021. Im Jahresverlauf fielen im Deutschlandmittel rund 670 Liter pro Quadratmeter. Das war ein Minus von etwa 17 % verglichen mit dem Vorjahr (805 Liter pro Quadratmeter).

Im Jahr 2022 waren alle Monate im Vergleich zum Mittel der Referenzperiode 1961 bis 1990 zu warm. Der August war im vieljährigen Vergleich der zweitwärmste und der Oktober mit 2001 sogar der Wärmste entsprechende Monat. Die Jahresmitteltemperatur liegt damit um 2,3 Grad °C über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. Mehrere intensive Hitzewellen im Juni und Juli führten zu hohen Temperaturen, z.B. am 20. Juli wurden in Hamburg-Neuwiedenthal 40,1 Grad °C gemessen.

Im Jahr 2022 schien die Sonne im bundesweiten Mittel rund 2.025 Stunden und lag damit etwa 30 % über dem Referenzwert der Periode 1961 bis 1990 (1.544 Stunden). Das sommerliche Niederschlagsloch, das ein Minus von gut 40 % im Vergleich zur Referenzperiode erreichte, führte zu der geringsten Bodenfeuchte unter Gras seit 1961. Flankiert wurde diese Trockenphase allerdings von den deutlich zu nassen Monaten Februar und September. Mit einem Niederschlagsdefizit von etwa 15 % im Vergleich zur Referenzperiode 1961 bis 1990 (789 Liter pro Quadratmeter) waren die vergangenen zwölf Monate hierzulande sehr trocken.

C. GESCHÄFTSVERLAUF 2022

Die Lage des Unternehmens ist geprägt von der Ökostromförderung in Deutschland, die den lokalen Netzbetreiber zu einer Abnahme des von der Gesellschaft produzierten Ökostroms (Photovoltaik) verpflichtet. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 1.351.315 kWh (i. V. 1.198.657 kWh) Strom in das Netz des lokalen Netzbetreibers eingespeist. Aufgrund dieses Anstiegs erhöhen sich die Umsatzerlöse um 69,8 T€ von 247,7 T€ auf 317,5 T€.

Der Materialaufwand, der sich im Wesentlichen aus der Unterhaltung für den Solarpark, für Dienstleistungskosten für die Direktvermarktung, dem Energiebezug sowie Kosten der Messeinrichtung zusammensetzt, verringert sich um 6,6 T€ auf 9,5 T€. Der Rückgang resultiert aus niedrigeren Kosten für Reparaturarbeiten an den Wechselrichtern. Die Abschreibungen lagen mit 98,6 T€ auf Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich leicht um 6,3 T€ auf 60,5 T€ aufgrund der Zuführung zur Rückstellung für Rückbauverpflichtung. Die Zinsaufwendungen entwickelten sich aufgrund der planmäßigen Tilgungen rückläufig. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag erhöhten sich um 13,4 T€ aufgrund des höheren Jahresergebnisses.

2. Vermögenslage

Das Bilanzvolumen zum 31. Dezember 2022 liegt bei 1.184,1 T€ (i. V. 1.194,9 T€). Davon entfallen 965,7 T€ oder 81,6 % (i. V. 1.064,3 T€ oder 89,0 %) auf das Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen hat einen Anteil von 218,4 T€ oder 18,4 % (i. V. 130,6 T€ oder 11,0 %).

Auf der Passivseite beträgt das Eigenkapital 301,8 T€ (i. V. 242,3 T€). Damit hat das Eigenkapital einen Anteil von 25,5 % (i. V. 20,2 %) an der Bilanzsumme. Die lang- und mittelfristigen Fremdmittel haben einen Anteil von 772,8 T€ oder 65,3 % (i. V. 848,4 T€ oder 71,1 %). Auf die kurzfristigen Fremdmittel entfallen 109,5 T€ oder 9,2 % (i. V. 104,2 T€ oder 8,7 %).

3. Finanzlage

Positionen	2022 T€	2021 T€	Veränderung T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	209	139	70
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-124	-151	27
Zahlungswirksame Veränderung des			
Finanzmittelfonds	85	-12	97
Finanzmittelfond am Anfang der Periode	128	140	-12
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	213	128	85

Die Gesellschaft ist jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

4. Unternehmensergebnis

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2022 liegt bei 101,8 T€ und damit um 59,5 T€ über dem Vorjahr. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in voller Höhe an die Gesellschafter im Verhältnis der Kommanditanteile auszuschütten.

Die Gesellschaft hatte für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis von 43,3 T€ geplant. Das tatsächliche Ergebnis liegt um 58,5 T€ über dem Planansatz. Wesentlich höhere Einspeisemengen gegenüber Plan und hohe realisierte Marktwerte, insbesondere in den Monaten Juli bis September, waren maßgeblich für das verbesserte Ergebnis.

D. BERICHTERSTATTUNG GEM. § 108 ABS. 3 NR. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Die Gesellschaft, deren Gesellschaftszweck auf die Erzeugung von Ökostrom mittels einer Photovoltaikanlage ausgerichtet ist, erbringt hiermit eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge auf dem Gebiet der Energieversorgung. Der öffentliche Zweck ist damit erfüllt

E. RISIKO- UND CHANCENBERICHT

1. Branchenspezifische Risiken

Projekte im Sektor der erneuerbaren Energien sind von den erzielbaren Preisen des erzeugten Stroms abhängig. In Deutschland werden die Einspeisevergütungen sowie deren Degressionen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) festgelegt.

Durch diese Einspeisevergütungen oder die erzielbaren Preise am Markt werden die Wirtschaftlichkeit und Projekteffizienz maßgeblich bestimmt. Neben den Risiken der Finanzmärkte ist die Verbindlichkeit dieser Gesetze und Verordnungen das größte Risiko des Unternehmens. Zum Januar 2017 trat in Deutschland eine grundlegende Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) in Kraft. Die Vergütung des erneuerbaren Stroms wird neuerdings nicht wie zuvor staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen ermittelt.

Da die Photovoltaikanlage der NER im Jahr 2012 vergütungstechnisch in Betrieb gegangen ist, gilt nach EEG für 20 Jahre zuzüglich Anlaufjahr eine staatlich garantierte Einspeisevergütung von 22,07 Cent/kWh. In den Jahren 2018 und 2020 wurde der Sun Park um zwei Dachanlagen mit jeweils 99,96 kWp erweitert. Im Jahr 2017 erfolgte für die Freiflächenanlage aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Wechsel der Veräußerungsform des erzeugten EEG-Stroms von der festen Einspeisevergütung zur Direktvermarktung nach dem Marktprämienmodell, wodurch höhere Umsätze pro kWh erzielt wurden.

Am 15.12.2022 hat der Bundestag und am 16.12.2022 der Bundesrat das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse (StromPBG), das auch Regelungen zur Erlösabschöpfung enthält, beschlossen. Die Erlösabschöpfung soll zum Teil die Differenz zwischen hohen Energieeinkaufspreisen und gedeckelten Verkaufspreisen bei den Energieversorgern ausgleichen. Die Stromerzeuger berechnen ihre zu viel entstandenen Erlöse („Übererlöse“) quartalsweise und führen den Betrag an den Anschlussnetzbetreiber ab. Die Regelung tritt rückwirkend zum 1. Dezember 2022 in Kraft und soll vorerst bis zum 30. Juni 2023 gelten. Die NER hat für den Monat Dezember 2022 keine abzuführenden „Übererlöse“ erzielt.

2. Ertragsorientierte Risiken

Weitere Risiken (mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit) wie z.B. Vandalismus, technische Defekte, Schäden durch Umwelteinflüsse und dadurch bedingte Ertragsausfälle sind durch entsprechende Versicherungen incl. Zahlung von Ausfallentgelten bis zu einem halben Jahr abgesichert. Die Geschäftsführung sieht aufgrund des Krieges in der Ukraine und der Corona-Pandemie keine negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis.

3. Gesamtaussage

Aufgrund der eingesetzten, qualitativ hochwertigen Komponenten, der gesetzlich festgelegten und zugesicherten Einspeisevergütung sowie einer qualitativ hochwertigen technischen Betriebsführung sind Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, derzeit nicht erkennbar.

4. Chancenbericht

Als Chance sieht die Gesellschaft die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den erzeugten Strom außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können

F. PROGNOSEBERICHT

1. Ausblick Geschäftsverlauf 2023 und 2024

Die Photovoltaikanlage Freifläche hat eine Leistung von 971 kWp und die beiden Dachflächen haben eine Leistung von zusammen 199,9 kWp. Nach dem EEG gilt für 20 Jahre eine staatlich garantierte Einspeisevergütung. Die Erlöse sind daher ausschließlich von der Sonneneinstrahlung abhängig. Die geplante Stromeinspeisung von beiden Photovoltaikanlagen wurde für 2023 mit 1,148 Mio. kWh und für 2024 mit 1,145 Mio. kWh geplant.

Für die Jahre 2023 und 2024 sind keine größeren Investitionen geplant.

2. Ergebnisprognose

Die Gesellschaft erwartet für 2023 einen Jahresüberschuss von 44 T€ und für das Jahr 2024 von 45 T€. Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Auch erkennen wir keine Risiken aus dem Ukraine-Konflikt, der durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 ausgelöst worden ist. Die Gesellschaft ist aufgrund ihres Geschäftsfeldes keinen volatilen Energiehandelsaktivitäten ausgesetzt.

Kall, den 11. Mai 2023

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
vertreten durch

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

Markus Mertgens
Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Manfred Steffen, CDU	Rudi Mießeler, CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2022 keine Vergütung erhalten.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist. Zudem werden alle im Rahmen der Geschäftsführung anfallenden Aufwendungen erstattet.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung der NER KG gehören von den insgesamt 2 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde nicht erstellt da die NER KG keine Mitarbeitenden beschäftigt.

3.4.1.8.9 Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

Basisdaten

Anschrift: Wingert 52, 53894 Mechernich
Gründungsjahr: 4. April 2011

Zweck der Beteiligung

BIOENERGIE KOMMERN GMBH & CO. KG:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Biogas in einer Biogasanlage sowie der Betrieb eines Blockheizkraftwerks (BHKW) oder ähnlicher Anlagen zur Erzeugung elektrischer und thermischer Energie in Mechernich-Kommern. Weiterhin betreibt das Unternehmen ein Nahwärmenetz zur Versorgung von Endverbrauchern mit Wärme.

BIOENERGIE KOMMERN VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Beteiligung an Bioenergie-Unternehmen, insbesondere die Beteiligung an der Bioenergie Kommern GmbH & Co KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementär-GmbH) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaft.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

BIOENERGIE KOMMERN GMBH & CO. KG:
Komplementärin: (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin:</u>		
Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH		
<u>Kommanditisten:</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	149.400	49,8
1 privater Kommanditist	150.600	50,2
Summe	300.000	100,0

BIOENERGIE KOMMERN VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.450	49,8
1 privater Gesellschafter	12.550	50,2
Summe	25.000	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Der Jahresabschluss 2022 der beiden Gesellschaften befindet sich noch in der Bearbeitung. Aus diesem Grund sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Jahre 2019 bis 2021 abgebildet.

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2021	2020	2019	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	294	331	368	-37
Sachanlagen	1.297.515	1.379.194	911.416	-81.679
	1.297.809	1.379.525	911.784	-81.716
B Umlaufvermögen				
Vorräte	183.209	127.426	138.484	55.782
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	149.421	76.440	75.264	72.981
Liquide Mittel	0	7.833	0	-7.833
	332.629	211.699	213.748	120.930
C Rechnungsabgrenzungsposten	29.192	32.111	0	-2.919
Summe Aktiva	1.659.630	1.623.335	1.125.531	36.295
Passiva				
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	300.000	300.000	300.000	0
Rücklagen	-26.191	-51.627	14.523	25.436
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-32.540	25.436	-66.150	-57.975
	241.269	273.809	248.373	-32.540
B Sonderposten	4.850	5.335	5.820	-485
C Rückstellungen	9.360	12.500	9.400	-3.140
D Verbindlichkeiten	1.404.151	1.331.692	861.938	72.459
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Passiva	1.659.630	1.623.335	1.125.531	36.295

Bioenergie Kommern Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2021	2020	2019	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.075	2.403	2.587	672
Liquide Mittel	25.073	25.493	27.315	-420
	28.148	27.896	29.902	252
Summe Aktiva	28.148	27.896	29.902	252
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.051	0	2.111	1.050
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.053	1.050	1.053	3
	27.104	26.051	28.164	1.053
B Rückstellungen	945	1.395	895	-450
C Verbindlichkeiten	99	450	843	-351
Summe Passiva	28.148	27.896	29.902	252

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2021	2020	2019	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	572.720	501.686	442.693	71.035
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.561	16.726	1.853	-14.165
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	380.582	314.570	341.101	66.012
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	224.794	205.132	174.354	19.663
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	155.788	109.439	166.748	46.349
4	Abschreibungen	173.553	117.549	111.371	56.004
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	26.592	25.874	27.721	719
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.093	34.983	30.502	-7.890
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Ergebnis nach Steuern	-32.540	25.436	-66.150	-57.975
8	Sonstige Steuern	0	0	0	
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-32.540	25.436	-66.150	-57.975

Bioenergie Kommern Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2021	2020	2019	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	2.360	2.191	2.020	169
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.104	941	770	14.122
3	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	2	0	14.122
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	197	198	197	-0
5	Ergebnis nach Steuern	1.053	1.050	1.053	2
6	Sonstige Steuern	0	0	0	-0
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.053	1.050	1.053	3

Kennzahlen

Der Jahresabschluss 2022 der beiden Gesellschaften befindet sich noch in der Bearbeitung. Aus diesem Grund sind die Kennzahlen der Jahre 2020 und 2021 abgebildet.

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	14,54	16,87	-2,33
Eigenkapitalrentabilität	-13,49	9,29	-22,78
Anlagendeckungsgrad	91,64	100,03	-8,39
Verschuldungsgrad 2	585,87	490,92	94,94
Umsatzrentabilität	-5,68	5,07	-10,75

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und der Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

BIOENERGIE KOMMERN GMBH & CO. KG:

Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

BIOENERGIE KOMMERN VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Dr. Heinrich Beyenburg-Weidenfeld

Markus Böhm (ab 28. Oktober 2020)

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

3.4.1.8.10 Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

Basisdaten

Anschrift: Münsterstrasse 9, 53881 Euskirchen
Gründungsjahr: 13. Juli 2011

Zweck der Beteiligung

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM GMBH & CO. KG:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Biogas in einer Biogasanlage sowie der Betrieb von Blockheizkraftwerken (BHKW) oder ähnlicher Anlagen zur Erzeugung elektrischer und thermischer Energie in Euskirchen-Kleinbüllesheim.

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Beteiligung an Bioenergie-Unternehmen, insbesondere die Beteiligung an der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementär-GmbH) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaft.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM GMBH & CO. KG:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	261.948	49,8
2 private Kommanditisten	264.052	50,2
Summe	526.000	100,0

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.450	49,8
2 private Gesellschafter	12.550	50,2
Summe	25.000	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.251	2.490	2.729	-239
Sachanlagen	921.964	1.039.623	1.114.650	-117.659
	924.215	1.042.113	1.117.379	-117.898
B Umlaufvermögen				
Vorräte	532.940	413.366	231.198	119.574
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	293.201	197.401	75.740	95.800
Liquide Mittel	149.296	200.433	396.860	-51.137
	975.438	811.200	703.797	164.238
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Aktiva	1.899.653	1.853.313	1.821.176	46.340
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	526.000	526.000	526.000	0
Gewinnrücklagen	105.748	105.748	0	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	105.748	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	473.545	130.963	35.208	342.582
	1.105.293	762.711	666.956	342.582
B Sonderposten	2.250	2.500	2.750	-250
C Rückstellungen	115.128	15.300	5.100	99.828
D Verbindlichkeiten	676.982	1.072.802	1.146.370	-395.820
Summe Passiva	1.899.653	1.853.313	1.821.176	46.340

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.364	962	962	402
Liquide Mittel	28.945	27.804	27.804	1.142
	30.309	28.765	28.765	1.544
Summe Aktiva	30.309	28.765	28.765	1.544
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.107	1.055	1.055	1.053
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.034	1.053	1.053	-19
	28.142	27.107	27.107	1.034
B Rückstellungen	1.394	1.194	1.194	200
C Verbindlichkeiten	773	464	464	309
Summe Passiva	30.309	28.765	28.765	1.544

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.350.941	891.486	889.305	459.455
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.754	2.793	3.136	-1.039
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	518.528	429.683	500.484	88.845
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	279.876	277.695	317.174	2.181
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	238.652	151.988	183.311	86.664
4	Abschreibungen	144.502	191.481	190.708	-46.979
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	120.415	85.901	96.636	34.514
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.036	25.653	46.435	-20.616
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	90.034	29.964	22.335	60.070
9	Ergebnis nach Steuern	474.180	131.598	35.843	342.582
10	Sonstige Steuern	635	635	635	1
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	473.545	130.963	35.208	342.582

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	2.396	2.053	2.355	343
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.146	803	1.105	343
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	197	197	195	
4	Ergebnis nach Steuern	1.053	1.053	1.055	
5	Sonstige Steuern	19	0	0	19
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.034	1.053	1.055	-19

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	58,18	41,15	17,03
Eigenkapitalrentabilität	42,84	17,17	25,67
Anlagendeckungsgrad	156,71	117,08	39,63
Verschuldungsgrad 2	71,67	142,66	-71,00
Umsatzrentabilität	35,05	14,69	20,36

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und der Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM GMBH & CO. KG:

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Christian Servatius

Dipl.-Ing. Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält eine Haftungsvergütung in Höhe von 1.250 €.

3.4.1.8.11 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Blankenheimer Str. 2, 53937 Schleiden
Gründungsjahr: 20. Dezember 2013

Zweck der Beteiligung

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN GMBH & CO. KG:

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN VERWALTUNGS-GMBH:

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an der BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN GMBH & CO. KG:

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Mit Beschluss des Kreistages vom 04. Dezember 2013 (D 12/2013) wurde bereits die Ermächtigung zur sukzessiven Veräußerung der Kommanditanteile der KEV Energie GmbH an der "Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG" an neu hinzukommende Kommanditisten mit Ausnahme eines bei der KEV Energie GmbH verbleibenden Sockelbetrages von 500 T€ erteilt.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2019 erfolgte die Veräußerung weiterer Anteile durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Schleiden und die eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG.

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	1.882.700	33,5
Becker PBB GmbH	1.770.300	31,5
Eegon Eifel Energiegenossenschaft eG	1.405.000	25,0
Stadt Schleiden	562.000	10,0
Summe	5.620.000	100,0

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN VERWALTUNGS-GMBH:

Gemäß Kauf- und Abtretungsvertrag vom 11. Juni 2019 ist der 100 %ige Geschäftsanteil der KEVER Projekt- Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH rückwirkend mit Wirkung zum 01. Januar 2019 auf die KEV Energie GmbH übergegangen. Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die KEV Energie GmbH rückwirkend nach Verschmelzung auf die ene zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Der Kreistag hat am 12. Dezember 2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt. Der Kreistag hat der Veräußerung der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an die KEV Energie GmbH sowie dem Erwerb der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEV Energie GmbH von der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH jeweils zum Nennwert von 25.000 € zugestimmt (V 476/2018) zugestimmt. Die Eintragungen ins Handelsregister erfolgten am 18. Juni 2019.

Gesellschafter Stand ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	15.092.436	17.229.057	19.383.396	-2.136.621
	15.092.436	17.229.057	19.383.396	-2.136.621
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	750.435	1.143.582	901.031	-393.147
Liquide Mittel	8.385.650	5.247.871	5.146.371	3.137.780
	9.136.085	6.391.452	6.047.402	2.744.633
Summe Aktiva	24.228.521	23.620.509	25.430.798	608.012
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	5.620.000	5.620.000	5.620.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.443.624	816.011	1.036.171	1.627.613
	8.063.624	6.436.011	6.656.171	1.627.613
B Rückstellungen	880.014	303.040	262.972	576.974
C Verbindlichkeiten	15.284.883	16.881.459	18.511.655	-1.596.575
Summe Passiva	24.228.521	23.620.509	25.430.798	608.012

Zum Bilanzstichtag besteht eine Rückfallbürgschaft für die Windkraftanlagen in Höhe von 640 T€ gegenüber der Stadt Schleiden.

BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.868	4.724	21.582	144
Liquide Mittel	39.115	36.854	30.037	2.261
	43.983	41.578	51.618	2.405
Summe Aktiva	43.983	41.578	51.618	2.405
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	11.245	9.502	7.842	1.743
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.831	1.743	1.659	88
	38.075	36.245	34.502	1.831
B Rückstellungen	2.344	2.327	2.311	17
C Verbindlichkeiten	3.563	3.006	14.806	557
Summe Passiva	43.983	41.578	51.618	2.405

BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	7.246.200	5.070.424	5.519.171	2.175.776
2	Sonstige betriebliche Erträge	567	33.805	93.120	-33.238
3	Materialaufwand, davon:	734.725	700.720	766.220	34.005
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.999	14.309	8.768	-1.309
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	721.726	686.411	757.452	35.314
4	Abschreibungen	2.154.429	2.154.339	2.154.339	90
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	841.882	675.644	797.327	166.238
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	640	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	515.892	569.251	622.549	-53.359
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	556.217	188.263	236.325	367.954
9	Ergebnis nach Steuern	2.443.622	816.011	1.036.171	1.627.611
10	Sonstige Steuern	-2	0	0	-2
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.443.624	816.011	1.036.171	1.627.613

BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	19.045	18.820	18.576	225
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.870	16.750	16.606	14.122
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	344	327	311	17
4	Ergebnis nach Steuern	1.831	1.743	1.659	88
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.831	1.743	1.659	88

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	33,28	27,25	6,03
Eigenkapitalrentabilität	30,30	12,68	17,63
Anlagendeckungsgrad	151,17	122,98	28,19
Verschuldungsgrad 2	200,47	267,01	-66,54
Umsatzrentabilität	33,72	16,09	17,63

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und der BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

BWP – BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN GMBH & CO. KG:

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

BWP – BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN VERWALTUNGS-GMBH:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für seine Tätigkeit in 2022 keine Vergütung erhalten.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH bestehenden Eigenkapitals.

3.4.1.8.12 EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 20. August 2019

Zweck der Beteiligung

Übernahme der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG und der EWP Rohr/Reetz GmbH & Co. KG und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.500	50,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	12.500	50,0
Summe	25.000	100,0

Der Kreistag hat am 10. Juli 2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der persönlich haftenden Gesellschafterin der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG und der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG, der „EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH“, mit einem Stammkapital von bis zu 12.500 €, was einer prozentualen Beteiligung von 50% entspricht, zugestimmt (V 548/2019).

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die ene rückwirkend zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Die Beteiligung an der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister zum 27. November 2019.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.346	5.233	32.534	1.113
Liquide Mittel	37.458	35.503	26.968	1.954
	43.804	40.736	59.502	3.067
Summe Aktiva	43.804	40.736	59.502	3.067
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	10.172	5.963	1.754	4.209
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.272	4.209	4.209	64
	39.444	35.172	30.963	4.272
B Rückstellungen	2.015	2.000	3.120	15
C Verbindlichkeiten	2.344	3.564	25.419	-1.220
Summe Passiva	43.804	40.736	59.502	3.067

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	27.491	27.281	25.349	210
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.416	22.281	20.349	135
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	803	791	791	12
4	Ergebnis nach Steuern	4.272	4.209	4.209	63
5	Sonstige Steuern	0	0	0	0
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.272	4.209	4.209	64

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Die Gesellschaft hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl-Ing. Ralf Theis

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing Markus Mertgens

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeiten in 2022 keine Vergütung erhalten.

3.4.1.8.13 EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 27. August 2019

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung am Standort Blankenheimerdorf (Gemeinde Blankenheim, Kreis Euskirchen) einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	157.500	50,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	157.500	50,0
Summe	315.000	100,0

Der Kreistag hat am 10. Juli 2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der „EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 400.000 € (bis zu 50%) zugestimmt (V 548/2019).

Aufgrund der am 09. Juli 2019 geschlossenen Verschmelzungsverträge zwischen der ene und der e-regio ist die ene rückwirkend zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG übergegangen.

Die Beteiligung an der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister zum 04. Dezember 2019.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	144	154	160	-10
Sachanlagen	5.037.371	5.230.055	1.402.283	-192.684
	5.037.515	5.230.209	1.402.443	-192.694
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	122.573	216.052	13.421	-93.479
Liquide Mittel	2.285.518	801.346	166.321	1.484.173
	2.408.092	1.017.398	179.742	1.390.694
Summe Aktiva	7.445.607	6.247.607	1.582.185	1.198.000
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	315.000	315.000	315.000	0
Verlustvortragkonten der Kommanditisten	0	0	-34.250	0
Bilanzgewinn	955.212	223.953	0	731.259
	1.270.212	538.953	280.750	731.259
B Rückstellungen	166.031	20.115	1.500	145.916
C Verbindlichkeiten	5.892.264	5.642.239	1.299.935	250.025
D Rechnungsabgrenzungsposten	117.100	46.300	0	70.800
Summe Passiva	7.445.607	6.247.607	1.582.185	1.198.000

EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1.	Umsatzerlöse	1.791.024	629.580	0	1.161.444
2.	Sonstige betriebliche Erträge	40.383	0	0	40.383
3.	Materialaufwand, <u>davon:</u>	25.904	9.925	0	15.979
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.801	3.717	0	2.084
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.103	6.208	0	13.895
4.	Abschreibungen	349.424	197.900	0	151.524
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	246.485	83.073	25.015	163.412
6.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	72.782	34.178	4.478	38.603
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	181.600	46.300	0	135.300
8.	Sonstige Steuern	1			1
9.	Jahresfehlbetrag	955.212	258.203	-29.493	697.009
10.	Ausgleich (im Vorjahr Belastungen) von Verlustvortragkonten der Kommanditisten	0	-34.250	29.493	34.250
11.	Bilanzgewinn/-verlust	955.212	223.953	0	731.259

Da die Windkraftanlagen im Windpark Blankenheimerdorf erstmals im Kalenderjahr 2022 über ein ganzes Jahr in Betrieb waren, sind die Zahlen des Berichtsjahres mit denen des Vorjahres nur eingeschränkt vergleichbar.

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	17,06	8,63	8,43
Eigenkapitalrentabilität	75,20	47,91	27,29
Anlagendeckungsgrad	129,26	117,09	12,17
Verschuldungsgrad 2	476,95	1.050,62	-573,67
Umsatzrentabilität	53,33	41,01	41,01

Personalbestand

Die Gesellschaft hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheimdorf GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens und Herr Dipl.-Ing. Ralf Theis

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2022 keine Vergütung erhalten.

Die Komplementärin erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 €, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist. Die Vergütung wird mit 1,5 % ab dem 2. vollen Geschäftsjahr jährlich indexiert.

3.4.1.8.14 EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 27. August 2019

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung in der Windenergiekonzentrationszone Rohr-Reetz (Gemeinde Blankenheim, Kreis Euskirchen) einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Ziel ist die Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bis 31. Dezember 2022	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	312.500	50,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	312.500	50,0
Summe	625.000	100,0

Der Kreistag hat am 10. Juli 2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € (bis zu 50%) zugestimmt. Die prozentuale Beteiligung kann sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt von weiteren Kommanditisten zur „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ reduzieren.

Ebenfalls von der Zustimmung erfasst ist eine etwaige spätere Veräußerung von Kommanditanteilen der ene an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ an neu hinzukommende Kommanditisten bis auf eine bei der ene verbleibende Sockelkommanditeinlage in Höhe von 360 T€ (V 548/2019).

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.317	2.192	528	2.125
Sachanlagen	19.377.466	13.156.277	3.259.138	6.221.189
	19.381.783	13.158.469	3.259.666	6.223.314
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	985.733	340.174	520.532	645.559
Liquide Mittel	5.818.663	285.256	562.078	5.533.406
	6.804.396	625.430	1.082.610	6.178.966
Summe Aktiva	26.186.179	13.783.899	4.342.276	12.402.280
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteil der Kommanditisten	625.000	625.000	625.000	0
Verlustvortragskonten der Kommanditisten	0	0	-25.492	0
Bilanzgewinn	2.772.463	394.283	0	
	3.397.463	1.019.283	599.508	2.378.180
B Rückstellungen	411.637	26.808	1.500	384.829
C Verbindlichkeiten	22.082.579	12.673.958	3.741.268	9.408.621
D Rechnungsabgrenzungsposten	294.500	63.850	0	230.650
Summe Passiva	26.186.179	13.783.899	4.342.276	12.402.280

EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.995.990	991.436	0	4.004.553
2	Sonstige betriebliche Erträge	310.289	0	0	310.289
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	110.109	11.240	0	98.869
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	14.564	3.408	0	11.156
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	95.545	7.832	0	87.714
4	Abschreibungen	1.025.651	266.476	0	759.175
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	673.099	170.266	20.913	502.833
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	192.307	45.528	0	146.778
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	532.650	78.150	0	454.500
8	Ergebnis nach Steuern	2.772.462	419.775	-20.913	2.352.687
9	Sonstige Steuern	-1	0	0	-1
10	Jahresfehlbetrag	2.772.463	419.775	-20.913	2.352.688
11	Ausgleich (im Vorjahr Belastungen) von Verlustvortragskonten der Kommanditisten	0	-25.492	20.913	25.492
12	Bilanzgewinn/-verlust	2.772.463	394.283	0	2.378.180

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	12,97	7,39	5,58
Eigenkapitalrentabilität	81,60	41,18	40,42
Anlagendeckungsgrad	116,84	101,21	15,63
Verschuldungsgrad 2	662,09	1.246,05	-583,96
Umsatzrentabilität	55,49	42,34	13,15

Personalbestand

Die EWP Rohr-Reetz KG hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheim GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens und Herr Dipl.-Ing. Ralf Theis

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2022 keine Vergütung erhalten.

Die Komplementärin erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 €, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist. Die Vergütung wird mit 1,5 % ab dem 2. vollen Geschäftsjahr jährlich indexiert.

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Aufsichtsrats der e-regio GmbH & Co.KG am 07. Dezember 2022 haben die Gesellschafter der Veräußerung von Kommanditanteilen der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG in Höhe von nominal je 31.250 € an die Gemeinde Blankenheim sowie an die eegon – Eifel Energie Genossenschaft zugestimmt. Der Übergang der jeweiligen 10%igen Anteile erfolgt zum 01. Januar 2023. Nach der Anteilsveräußerung verteilt sich das Kommanditkapital der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG wie folgt:

e-regio GmbH & Co.KG	40%	250.000 €
CATH Windenergie GmbH & Co.KG	40%	250.000 €
Gemeinde Blankenheim	10%	62.500 €
eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG	10%	62.500 €

Der Kreis Euskirchen ist mittelbar über die e-regio GmbH & Co.KG an der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG beteiligt. Mit Beschluss V 548/2019 vom 10. Juli 2019 hat der Kreistag des Kreises Euskirchen der Veräußerung von Kommanditanteilen der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG zugestimmt.

3.4.1.9 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstraße 13, 53925 Kall
Gründungsjahr ere KG: 2. Januar 2015
Gründungsjahr ere V-GmbH: 18. Dezember 2014

Zweck der Beteiligung

ENERGIE RUR-ERFT GMBH & CO.KG (ERE KG):

Halten einer Beteiligung an der im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn unter HRA 5884 eingetragenen e-regio GmbH & Co.KG mit Sitz in Euskirchen.

ENERGIE RUR-ERFT VERWALTUNGS-GMH (ERE V-GMBH):

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

ENERGIE RUR-ERFT GMBH & CO. KG (ERE KG)

Gesellschafter bis 31.12.2021	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin:</u>		
Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten:</u>		
Kreis Euskirchen	25	0,10
Innogy SE	25	0,10
Gemeinde Blankenheim	4.250	17,00
Gemeinde Hellenthal	4.250	17,00
Gemeinde Kall	4.250	17,00
Stadt Schleiden	4.950	19,80
Stadt Mechernich	250	1,00
Stadt Bad Münstereifel	5.500	22,00
Stadt Heimbach	1.500	6,00
Summe	25.000	100,00

ENERGIE RUR-ERFT VERWALTUNGS-GMBH (ERE V-GMBH)

Gesellschafter bis 31.12.2021	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	25	0,10
Innogy SE	25	0,10
Gemeinde Blankenheim	4.250	17,00
Gemeinde Hellenthal	4.250	17,00
Gemeinde Kall	4.250	17,00
Stadt Schleiden	4.950	19,80
Stadt Mechernich	250	1,00
Stadt Bad Münstereifel	5.500	22,00
Stadt Heimbach	1.500	6,00
Summe	25.000	100,00

Der Kreistag hat am 10. Oktober 2018 (V 450/2018) beschlossen, § 4 des Konsortialvertrages vom 18. Dezember 2014 zu ergänzen. Die nach dem 30. Juni 2017 nicht veräußerten Anteile sollen demnach vollständig durch die Gründungskommanditisten und -gesellschafter an die Stadt Mechernich veräußert werden. Der Veräußerung der Kommandit- und Geschäftsanteilen an die Stadt Mechernich wurde in gleicher Sitzung zugestimmt.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2022 hat der Kreis Euskirchen seine Anteile an der Energie Rur-Erft GmbH & Co.KG (0,1%) und an der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (0,1%) an die Stadt Mechernich veräußert. Die Anteile der innogy SE an der Energie Rur-Erft GmbH & Co.KG und an der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH sind ebenfalls mit Wirkung zum 01. Januar 2022 an die Stadt Mechernich veräußert worden. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 16. September 2022 (HRA 3413).

3.4.1.10 Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Basisdaten

Anschrift: Pauwelsstraße 17
52074 Aachen
Internet: <http://www.agit.de/>
Gründungsjahr: 1983

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Der Kreistag hat am 16. April 2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31. Oktober 2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand 31. Dezember 2022	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	138.934	4,27
Industrie- und Handelskammer Aachen	421.242	12,95
Handwerkskammer Aachen	138.934	4,27
Stadt Aachen	971.450	29,86
StädteRegion Aachen	552.378	16,98
Kreis Düren	277.867	8,54
Sparkasse Aachen	467.815	14,38
Sparkasse Düren	67.296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36.000	1,11
Fachhochschule Aachen	3.075	0,10
Eigene Anteile	178.009	5,47
Summe	3.253.000	100,00

Die Beteiligungen der AGIT sind im Beteiligungsportfolio des Kreis Euskirchen unter Punkt 3 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet.

Die Gesellschafterversammlung vom 7. Oktober 2020 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 3 (Stammkapital), § 5 (Organe), § 8 (Aufsichtsrat), § 15 (Wirtschaftsprüfung und Jahresabschluss), § 19 (Abfindung) sowie § 21 (Landesgleichstellungsgesetz) beschlossen. Durch die Änderung § 19 (Abfindung) ist die Gesellschaft nun berechtigt eigene Anteile zu erwerben. Gekaufte Geschäftsanteile werden in der Bilanz der Gesellschaft als eigene Anteile vom Stammkapital abgesetzt aufgezeigt.

In der Sitzung des Kreistages vom 14. Dezember 2022 stimmte der Kreis Euskirchen der Beteiligung der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologie mbH (AGIT) an der Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück GmbH (FAM) (bisher: Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH) zu (Vorlage D 40/2022). Unter dem Vorbehalt, dass alle beteiligten Körperschaften korrespondierende Beschlüsse fassen und die Bezirksregierung Köln der Beteiligung zustimmt, wird die AGIT einen Stammkapitalanteil von 2.850 € (5%) an der FAM erwerben. Die Zustimmung der Bezirksregierung Köln erfolgte mit Schreiben vom 19. Dezember 2022. Das Stammlapital der FAM beträgt 57.000 € und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG (SEW),	17.100 €
StädteRegion Aachen,	17.100 €
Stadt Aachen,	11.400 €
Fluggemeinschaft Aachen e.V. (FGA),	2.850 €
RWTH Aachen University,	2.850 €
Fachhochschule Aachen,	2.850 €
AGIT mbH,	2.850 €

Der Kreis Euskirchen ist an der FAM zu 0,21% (durchgerechnete Beteiligungsquote) mittelbar beteiligt.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft wurde in 2013 die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentramsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentramsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt. Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschusschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09. Oktober 2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29 November 2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01. Januar 2013 zunächst bis zum 30. Juni 2019.

Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat im Herbst/Winter 2016 eine teilweise vom Gesellschaftsvertrag abweichende Finanzierungsart im Rahmen der Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2017 beschlossen. Der Kreistag hat am 14. Dezember 2016 diesem Vorgehen zugestimmt (V 273/2016).

Im Jahr 2022 hat der Kreis Euskirchen Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 30.847,56 € an die AGIT GmbH geleistet.

Entwicklung der Bilanzen

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	14	14	0
Sachanlagen	11.961.493	12.193.489	12.522.761	-231.996
Finanzanlagen	32.289	32.289	32.289	0
	11.993.797	12.225.793	12.555.064	-231.996
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	267.678	192.130	342.280	75.548
Liquide Mittel	12.581.619	13.331.094	14.103.980	-749.475
	12.849.298	13.523.224	14.446.260	-673.927
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Summe Aktiva	24.843.094	25.749.017	27.001.324	-905.923
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000	0
eigene Anteile	-178.009	-178.009	-178.009	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
Bilanzgewinn	19.134.993	19.837.731	20.607.707	-702.738
	22.209.984	22.912.722	23.682.698	-702.738
B Sonderposten	19	19	19	0
C Rückstellungen	82.600	289.781	479.854	-207.181
D Verbindlichkeiten	297.602	165.889	292.867	131.713
E Rechnungsabgrenzungsposten	8.130	11.595	58.297	-3.465
F Passive latente Steuern	2.244.759	2.369.012	2.487.590	-124.253
Summe Passiva	24.843.094	25.749.017	27.001.324	-905.923

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.996.987	1.814.025	1.416.977	182.962
2	Sonstige betriebliche Erträge	547.500	577.563	910.308	-30.062
3	Materialaufwand, <u>davon</u> :	988.864	730.315	622.718	258.549
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	988.864	730.315	622.718	258.549
4	Personalaufwand, <u>davon</u> :	1.619.419	1.554.241	1.676.062	65.178
	a) Löhne und Gehälter	1.266.441	1.214.742	1.331.756	51.699
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	352.978	339.499	344.306	13.478
5	Abschreibungen	371.934	372.853	342.853	-919
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	354.822	583.676	504.664	-228.854
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.167	0	0	1.167
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	60.915	
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-123.945	-118.334	352.673	-5.611
10	Ergebnis nach Steuern	-665.439	-731.163	-1.232.601	65.724
11	Sonstige Steuern	37.299	38.814	35.144	-1.514
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-702.738	-769.977	-1.267.745	67.238

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,40	88,98	0,42
Eigenkapitalrentabilität	-3,16	-3,36	0,20
Anlagendeckungsgrad	185,18	187,91	-2,73
Verschuldungsgrad 2	1,71	1,99	-0,28
Umsatzrentabilität	-35,19	-42,45	7,26

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	19	18	18	Ø Arbeitnehmer ohne Geschäftsführer

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

I. Grundlagen des Unternehmens

Als regionale und technologieorientierte Wirtschaftsförderung unterstützt die AGIT mbH (im folgenden AGIT) seit nunmehr 40 Jahren Unternehmen unentgeltlich bei Gründung, Wachstum sowie Innovation, mit wertvollen Netzwerkkontakten, Standortinformationen und bei Ansiedlung durch Investitionsberatung. Dabei ist die zukünftige Sicherung der TechnologieRegion Aachen, als florierenden Wirtschaftsstandort mit diversifizierter, innovativer und wachsender Unternehmenslandschaft, Grundlage und konkreter Auftrag der AGIT. Wesentliche Ziele der verschiedenen Aktivitäten sind in diesem Kontext u.a. die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes

zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen und dabei erste Ansprechpartnerin für Unternehmen, Beschäftigte, Investor:innen, Gründungsinteressierte sowie Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbände, Kammern und euregionale Partner:innen zu sein. Das Team der AGIT ist für und innerhalb der Stadt und StädteRegion Aachen, den Kreisen Düren und Euskirchen tätig, betreibt derzeit ein Technologie-/Innovationszentrum auf dem RWTH Aachen Campus und führt Wirtschaftsförderungsprojekte und -aufträge in der gesamten Region Aachen sowie in der Euregio Maas-Rhein durch.

Entlang dieses Aufgabenprofils ist die Organisation in zwei wesentliche Geschäftsbereiche unterteilt:

- Der Bereich „Technologiezentrummanagement“ verantwortet derzeit das Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH Aachen in Melaten und vernetzt u.a. die Mieter:innen mit dem Ökosystem der Hochschulen. Zusätzlich ist der Bereich für den geplanten Neubau auf dem Campus der RWTH verantwortlich.
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst u.a. die Beratung von Existenzgründer:innen und Unternehmen (Start- & Scale-up), die Ansiedlungswerbung für die Region sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten bzw. Wirtschaftsförderungsaufträgen für Hochschulen und Kommunen in der TechnologieRegion Aachen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Weniger Wachstum, mehr Inflation, wiederkehrende Zinserhöhungen und heterogene Phänomene derzeitiger Polykrisen: Von der unfassbaren menschlichen Tragödie in der Ukraine abgesehen, spüren wir die Auswirkungen des Kriegs auch in unserem Land. Ein steigendes Preisniveau, insbesondere durch hohe Energiekosten trifft auch die hiesigen Unternehmen. Ein sich verschärfender Fachkräftemangel begegnet einer alternden Gesellschaft, die immer noch nachwirkende Covid-19 Pandemie hat u.a. zu unterbrochenen Liefer- und Wertschöpfungsketten geführt, eine überbordende Bürokratie führt zu diversen Verzögerungen, die Abhängigkeit von Drittstaaten bzw. vom Export gefährden zusätzlich das deutsche Geschäftsmodell und haben das Potenzial, den notwendigen Strukturwandel und der damit verbundenen Defossilisierung unserer Wirtschaft, zu einer echten Strukturkrise zu machen. Die in den letzten Monaten erfolgten Zinserhöhungen am Kapitalmarkt, wirken sich ebenfalls nachhaltig auf die heimische Wirtschaft und die Investitionsbereitschaft aus. So soll die Nachfrage nach Unternehmenskrediten im Jahr 2023 voraussichtlich sinken, während im Jahr 2022 noch ein Wachstum von 7,3 % verzeichnet werden konnte. Zwischenzeitlich sind auch die Banken selbst von sich ändernden Rahmenbedingungen betroffen, wenngleich die Wirtschaftsweisen entschieden darauf hinweisen, dass es zu keiner neuen Finanzkrise kommen wird. Anders als in der globalen Finanzkrise, so die Experten weiter, basieren die Schwierigkeiten einzelner Banken derzeit nicht auf weitgehend wertlosen Finanzprodukten. Weiter ansteigende Zinsen könnten jedoch viele Eigner von Gewerbeimmobilien in Schwierigkeiten bringen. Können diese Investor:innen ihre Kredite nicht bedienen, haben die Banken ein weiteres Problem.

So sahen und sehen sich alle Marktteilnehmenden mit großen Unsicherheiten konfrontiert. Dennoch sind die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt stabiler als erwartet. Das Inflationstempo verliert an Dynamik, wird aber aus Sicht der Expert:innen voraussichtlich bis Mitte des Jahrzehnts eine der großen volkswirtschaftlichen Herausforderungen bleiben. So ist die Inflationsrate im März 2023 von 8,7 % im Vormonat, auf 7,4 % gesunken. Das lag vor allem an niedrigeren Benzin- und Heizölpreisen. Allerdings spielt hier auch der Basiseffekt eine Rolle: Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine in 2022 stiegen die Energiepreise massiv und nun werden sie erstmals mit den erhöhten Preisen verglichen. Die Kerninflation, bei der die stark schwankenden Energie- und Nahrungsmittelpreise herausgerechnet sind, ist dagegen im vergangenen Monat weiter gestiegen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird also zentral von der Teuerung der kommenden Monate bzw. Jahre abhängen.

Kürzlich hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Konjunkturprognose für das Wirtschaftsjahr 2023 / 2024 bestätigt. Das Beratergremium der Bundesregierung erwartet folglich, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr in etwa auf der Höhe des Vorjahres verharren (-0,1%) wird. Während die Wirtschaft in den verbrauchernahen Branchen unter der hohen Inflation leidet und schrumpft, wird die Industriekonjunktur voraussichtlich das Wachstum stützen. Im kommenden Jahr 2024 dürfte die Wirtschaft dann laut Sachverständigenrat kräftiger zulegen, um 1,7 Prozent. Die große Spanne in den verschiedenen Vorhersagen der diversen Wirtschaftsinstitute (ifo, OECD, KfW, IW etc.) macht jedoch deutlich, wie schwierig der Blick in die Zukunft zurzeit ist. Noch nie mussten die Prognosen so häufig angepasst werden wie zuletzt. Dieses hohe Maß an Unsicherheit wird uns auch über das Jahr 2023 begleiten und Prognoserisiken sind deutlich größer als üblich.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass sich die Weltwirtschaft deutlich verdunkelt hat und die Kombination aus diversen Krisen bzw. sog. Stapelkrisen, sich verschärfende globale (Handels-) Konflikte bzw. geopolitischer Unsicherheiten und deren unklarer Verlauf bzw. Ausgang, verstärkend auf eine sich abzeichnende langfristige negative Entwicklung des Weltwirtschaftsklimas hindeuten.

II.2 Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Hintergrund zum Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 ist das dritte Jahr der (finanziellen) Übergangsjahre (2020 – 2025) zur Neupositionierung der AGIT. Die Gesellschafterzuschüsse, welche zur Grundfinanzierung des Bereichs Wirtschaftsförderung dienen, wurden mit Wirkung des Jahres 2019 halbiert. Für das Wirtschaftsjahr 2022 ergibt sich damit eine Grundfinanzierung durch allgemeine Gesellschafterzuschüsse i. H. v. ca. 14,6 % (Gesamtaufwand inkl. AfA vs. Zuschüsse – ohne AfA 16,4 %). Der Verkauf des TZA im Jahr 2019 bedeutet für die AGIT darüber hinaus eine Reduzierung der vermietbaren Fläche um ca. 75 %, während die Mieteinnahmen aus dem Bereich Technologiezentrummanagement (allein durch das TZA) in den Jahren vor dem Verkauf regelmäßig Überschüsse (2016 - 2018: insg. 879 TEUR) generiert hatten.

An dieser Stelle ist ebenfalls zu erwähnen, dass die AGIT ohne langfristige Verbindlichkeiten bzw. Fremdkapital gegenüber aktuellen und ehemaligen Gesellschafter:innen bzw. Kreditinstituten agiert sowie seit 2020 keine Verlustausgleiche zum Betrieb des Technologiezentrummanagement (Geschäftsbereich I) mehr erhält. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren diverse „Altvorgänge“ bereinigt, so dass die Gesellschaft auf einer soliden Basis aufbauen kann. Die o.g. Reduzierungen (Mietfläche und Gesellschafterzuschüsse) wirken sich jedoch spürbar auf die vergangenen, auf das aktuelle und auch auf die kommenden Gesamtergebnisse der AGIT aus und müssen mit Ablauf der Übergangsjahre final mit den Gesellschafter:innen geklärt werden.

Wirtschaftsjahr 2022 – Allgemein

Das Jahr 2022 war finanziell insbesondere davon geprägt, dass es seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu zahlreichen und teils unerwarteten Folgewirkungen kam, welche sich zusätzlich an die noch nicht abgeschlossene Covid-19 Krise anschließen und u.a. zu drastisch gestiegenen Energiepreisen, Lieferengpässen sowie einem wachsenden Preisniveau führten. Diese Polykrisen erforderten neue Herangehensweisen, welche auch unterjährig immer angepasst werden mussten, denn der Einfluss der einzelnen Risiken auf die AGIT und die hiesige Wirtschaft (Mieter:innen & Beratungskund:innen) unterlagen einem ständigen Wandel. Reaktionsgeschwindigkeit, Anpassungsfähigkeit und Kostendisziplin sind per se wichtig, aber im Wirtschaftsjahr 2022 waren diese Eigenschaften entscheidende Faktoren.

Die EZB bekämpfte in 2022 und auch anhaltend in 2023 die Inflation mit verschiedenen Zinsschritten und hatte zuletzt im März 2023 eine weitere Erhöhung des Leitzinses vorgenommen, welcher nunmehr bei 3,5 % liegt. Diese Entscheidungen hatten für die AGIT gleichzeitig zur Folge, dass das sog. Verwahrentgelt nur noch bis zum 26.07.2022 zu entrichten war (37 TEUR für 2022). Ende 2022 wurde der Großteil der vorhandenen Liquidität auf ein Tagesgeldkonto der Sparkasse

Aachen transferiert, welches seit diesem Zeitpunkt Zinserträge generiert. Da die Einlagezinsen jedoch langsamer steigen als die Inflation, sind diese bei realer statt nominaler Betrachtung weiterhin negativ und die vorgehaltene Liquidität ist auf Dauer ein Verlustgeschäft.

Gewinn- und Verlustrechnung 2022 - Allgemein

Der Jahresfehlbetrag in der GuV-Rechnung zum 31.12.2022 liegt bei 703 TEUR. Das v. g. Defizit kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Bilanzgewinn (Stand Jahresabschluss zum 31.12.2021: 19.838 TEUR) gedeckt werden.

Erneut kam es zu Minderausgaben i. H. v. 140 TEUR bei den Personalkosten, welche durch Langzeiterkrankungen und eine Stellenvakanz zu erklären sind und somit Sondereffekte darstellen. Mit Ablauf des Wirtschaftsjahres konnte eine Einigung mit den langzeiterkrankten Kolleg:innen gefunden werden, so dass für die Jahre 2023 ff. eine angepasste Situation erfolgt und Stellenvakanzen teilweise bereinigt werden. Die im Jahr 2022 vakante Stelle der Assistenz, konnte zum Jahreswechsel 2022 / 2023 besetzt werden ist seit dem 01.01.2023 aktiv.

Konsequente Kostendisziplin und Verschiebungen im Projektgeschäft haben für den Bereich der Sachkosten zu Minderausgaben i. H. v. 212 TEUR, im Vergleich zum genehmigten Wirtschaftsplan, geführt. Anders als im Vorjahr sind die sonstige betriebliche Aufwendungen i. H. v. 355 TEUR um 229 TEUR im Vergleich zum Jahr 2021 gesunken, während der Materialaufwand i.H.v. 989 TEUR um 259 TEUR im selben Vergleichszeitraum gestiegen ist. Kumuliert sind die beiden Aufwandspositionen um 30 TEUR im Vergleichszeitraum 2021 – 2022 gestiegen.

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden wie geplant Gewerbesteuerückstellungen i. H. v. 167 TEUR aufgelöst, sonstige Rückstellungen liegen zum Endsaldo bei 83 TEUR, wovon mit 32 TEUR, der Großteil der Rückstellungen Urlaubsrückstellungen der Mitarbeitenden betrifft.

Das o.g. Defizit in der GuV-Rechnung wird daher insgesamt 374 TEUR geringer ausfallen als im Wirtschaftsplan 2022 vorgesehen bzw. kalkuliert (genehmigter Wirtschaftsplan 2022: - 1.077 TEUR / Prognose III. Q. 2022 lag bei - 927 TEUR) und kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Gewinnvortrags (19.838 TEUR) gedeckt werden. Das o.g. GuV-Ergebnis 2022 beinhaltet jedoch ebenfalls nicht ausgabewirksame Aufwendungen in Form von Abschreibungen i.H.v. 372 TEUR und nicht einnahmewirksame Erlöse aus der Auflösung latenter Steuern i.H.v. 124 TEUR. Das Jahr 2022 wird demnach mit einer Verringerung der liquiden Mittel (auf 12.582 TEUR), erneut erhöhten Umsatzerlösen, einer anhaltend guten Lage im Bereich des Projekt- bzw. Auftragsgeschäfts und einer guten Vermietungsquote im ZBMT abschließen.

Dies vorweggeschickt, wird im Folgenden auf die wesentlichen budgetrelevanten Sachverhalte der Geschäftsbereiche eingegangen, die konkret inhaltlichen Aktivitäten können dem offiziellen AGIT-Jahresrückblick 2022 entnommen werden, welcher auf der AGIT-Homepage abrufbar ist (<https://www.agit.de/agit/aktuelles/details/agit-jahresrueckblick-2020>).

Geschäftsbereich I: Technologiezentrummanagement

Die Mieteinnahmen im ZBMT waren im Geschäftsjahr auf einem hohen Niveau, wenngleich anders als im Vorjahr Mietausfälle i. H. v. ca. 25 TEUR als Forderungsverlust zu verzeichnen sind. Darüber hinaus waren auch in 2022 weiterhin Maßnahmen aus dem Verkauf des TZA notwendig (Verpflichtungen im Kaufvertrag), welche jedoch final zum Abschluss gebracht werden konnten und zukünftige Wirtschaftsjahre nicht mehr belasten werden. Trotz dieser Vorzeichen konnte der Bereich TZ Management das Jahr 2022 ohne Verluste abschließen.

Das Gebäude war im Jahr 2022 Standort für insgesamt 13 Unternehmen bzw. Start-ups mit verschiedenen Mietzinsen. Aufgrund aktueller allgemeiner Krisen (Krieg, Ressourcenverknappung, Lieferengpässe etc.) sowie individueller Herausforderungen, war u.a. ein langjähriges Mieterunternehmen in Schieflage geraten. Das Unternehmen war aufgrund eines Insolvenzeröffnungsverfahrens nicht mehr in der Lage, den vereinbarten Mietzins zu zahlen. Um dem Mieter die Möglichkeit zu gewähren, einen geeigneten Investor zu finden, der das Unternehmen fortführt und somit den Betrieb und die Arbeitsplätze des Mieters sichert, hat die AGIT dem Mieter eine Reduktion des vereinbarten Mietpreises (netto kalt) um einmalig 50 % für eine Laufzeit von vier Monaten

gewährt. Da nach Ablauf der Frist keine Mietzahlungen eingingen und kein Investor gefunden wurde, hatte die Geschäftsführung dem Unternehmen fristlos kündigen müssen. Ein Nachmieter war bereits 2022 gefunden, jedoch konnte ein Einzug nicht unmittelbar erfolgen, da zunächst die Räumung der Flächen durchgeführt werden musste, das gekündigte Mieterunternehmen hatte ausnahmslos alle Anlagen und Einrichtungsgegenstände in der Mieteinheit zurückgelassen. Hierdurch ergaben sich Mietausfall- sowie zusätzlich Räumungskosten für die AGIT.

Des Weiteren kam es zu verschiedenen Aus- bzw. Einzügen im ZBMT. Insgesamt haben sich im Jahr 2022 drei Unternehmen entschlossen, Anschlussmietverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten zu unterzeichnen. Die Nachfrage nach Büro-, vor allem aber Laborflächen, ist unverändert hoch. Dies gilt gleichermaßen für neue, wie auch bereits ansässige Unternehmen.

Im Jahr 2022 wurden verschiedene Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen notwendig, insbesondere um einen reibungslosen Betrieb der Labore zu gewährleisten. Neben turnusmäßigen kleineren Wartungen der Heizungsanlage, Druckluft usw. stand im Jahr 2022 die Prüfung der ortsfesten elektrischen Anlagen an (alle sechs Jahre). Die Prüfung hat einige wesentliche Mängel hervorgebracht, so dass u.a. zahlreiche Brandschotts erneuert werden mussten.

Der mit der AGIT abgeschlossene Öko-Stromvertrag endet fristgerecht zum 31.12.2022, so dass dieser zur Preissicherung für das Jahr 2023 erneuert werden musste. Aus diesem Grund wurde im Sommer 2022 ein neuer Vertrag für den Zeitraum ab 01.01.2023, unter den zu diesem Zeitpunkt gebotenen Besonderheiten, ausgehandelt. Die Energiepreise sind im Jahr 2022 exponentiell angestiegen und werden wohl langfristig teurer als vor dem 24.02.2022 bleiben, dennoch ist beabsichtigt, die Energiekosten langfristig senken zu können, so dass der o.g. Vertrag nur für ein Jahr abgeschlossen wurde. Darüber hinaus kam es auch in anderen Bereichen zu höheren Kosten bspw. durch zahlreiche Tarifierhöhungen (Gebäudereinigung, Glasreinigung, Hausmeisterdienst) bzw. die bestehende Abhängigkeit der Fernwärmepreise vom Gaspreis. Um die Kosten und den Verbrauch möglichst abzusenken, wurden bereits für die zweite Jahreshälfte 2022 Einsparmaßnahmen eingeleitet, welche bis dato andauern.

An der Realisierung des geplanten Neubaus der AGIT wurde auch in 2022 mit Hochdruck gearbeitet, so dass die geleisteten Anzahlungen für Anlagen im Bau auf 168 TEUR angewachsen sein. Die Flächen werden aber aufgrund diverser nicht durch die AGIT beeinflussbare Entwicklungen, frühestens 2025 zur Vermietung zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Strukturwandels wurde bereits Ende 2021 ein Projektantrag, zur Realisierung eines Neubausvorhabens unter dem Titel „Aviation Innovation Center“ (AIC) in Merzbrück, gestellt, welcher in 2022 intensiv weiterentwickelt wurde. Das AIC soll als Kickstarter und Beschleuniger zentrale Funktionen am Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück sowie in der gesamten Region übernehmen. Nicht nur, aber auch aus diesem Grund war es folgerichtig, eine Beteiligung an der ab 01.01.2023 umfirmierten Forschungsflughafen Merzbrück GmbH in 2022 zu forcieren.

Ausblick

Für das Jahr 2023 stehen erneut diverse Ein- und Auszüge im ZBMT an, so schließt ein AGIT-Ankermieter weltweit seine Medizinsparte. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vermietungssituation des ZBMT, da das Mieterunternehmen derzeit mit ca. 31 % Flächenanteil und der höchsten Miete (Campusmiete) ertragswesentlich für die AGIT ist. An Nachnutzungslösungen wurde bereits im Jahr 2022 intensiv gearbeitet, so ist u.a. beabsichtigt, die verbleibenden TZA Kolleg:innen der AGIT ins ZBMT umziehen zu lassen und neue Mieter:innen kurzfristig zu gewinnen.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

Der Bereich Wirtschaftsförderung musste vor allem auf verspätete Projektstarts (z.B. „reACT“) und Aufträge (z.B. „Geschäftsstelle BioÖkonomie“) reagieren und unterjährig neu kalkulieren. Trotz dieser und weiterer Herausforderungen konnten die überproportional hohen Erwartungen an den Bereich Wirtschaftsförderung mit Erlösen für Projekte und Aufträge i.H.v. 752 TEUR erneut verbessert werden (2021: 648 TEUR – 2020: 207 TEUR). Insbesondere das Projekt „Grüne Talachse“, welches gemeinsam mit der Kupferstadt Stolberg, der IHK Aachen und StädteRegion Aachen

sowie insgesamt 13 Unternehmen aus der Stolberger Talachse durchgeführt wurde (125 TEUR), konnte sich hier besonders auszeichnen. Gleichzeitig hat dieses Projekt ebenso zu höheren Aufwänden geführt, jedoch muss das Projekt in der aktuellen Energiekrise als vorausschauend betrachtet und als Blaupause für die Region genutzt werden. Der Bereich „Ansiedlungswerbung“ musste im Jahr 2022 erneut auf Delegationsreisen verzichten und konnte insbesondere in diesem Bereich Minderausgaben für das Wirtschaftsjahr 2022 verzeichnen. Weitere Kosteneinsparungen, u.a. durch die Verschiebung von Projekten und Aufträgen, haben neben der herrschenden Kostendisziplin zusätzlich zu Sachkosteneinsparungen i.H.v. 137 TEUR im Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung (im Vergleich zum genehmigten Wirtschaftsplan) geführt.

Laufende Aktivitäten

Durch die Unterstützungsleistungen der AGIT, in Form von Beratung und Coaching werden Unternehmen und Start-ups von der Ideenphase bis hin zur Realisierung eng begleitet. Dabei werden unterschiedliche Beratungsschwerpunkte adressiert: Von der Marktfähigkeit neuer Ideen und Produkte, über Forschungs- und Entwicklungskooperationen, Prototypenentwicklung bis hin zum gewerblichen Schutz von neuen Ideen (Patent, Gebrauchsmuster, Marke bzw. Design). Insgesamt wurden 142 Start-ups bzw. Scale-ups und technologieorientierte Unternehmen im Jahr 2022 intensiv beraten und betreut. Zusätzlich zu den individuellen Beratungen bietet die AGIT technologieorientierten Gründer:innen und innovationsbasierten Wachstumsunternehmen Fachveranstaltungen, wie z. B. den „Förder- und Finanzierungstag“, „Fachveranstaltung zu Forschungszulage“, den „Innovationstag“ und den „Innovationsabend“ an.

Sowohl große Unternehmen, als auch Start-ups und Spin-offs profitierten zusätzlich vom Standortmanagement und der individuellen Betreuung der AGIT. Regional bereits ansässige Unternehmen werden zumeist bei der Suche nach Flächenvergrößerungen unterstützt, während bei nationalen und internationalen Unternehmensanfragen neben der Standortsuche besonders die Vorstellung der Region Aachen, der exzellenten Forschungslandschaft - in Zusammenarbeit mit diversen Partner:innen - im Vordergrund stehen. So konnten im Jahr 2022 insgesamt 111 Unternehmen aus der Region Aachen, aus Deutschland und dem Ausland bei der Standortsuche oder Verlagerung begleitet, beraten und unterstützt werden.

Als Schnittstelle zwischen regionaler Wirtschaft und Wissenschaft befördert die AGIT darüber hinaus gezielt neue Kooperationen. Seit nunmehr drei Jahren führt die Gesellschaft zu diesem Zweck proaktive Unternehmensbesuche in der Region Aachen durch. Als Wegbereiter wurden im Jahr 2022 so 96 Unternehmensbesuche bei hiesiger Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt. Darüber hinaus werden seit 2020 das Wissenschaftsnetzwerk und die Rolle der AGIT im Ökosystem Campus stetig erweitert und gestärkt. Die Initiierung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als Service für Unternehmen und Institutionen ist von besonderer Bedeutung zur Stärkung der Innovationsfähigkeit.

Neben den klassischen Gewerbeflächen-Informationssystemen, wie gisTRA® und The Locator, bietet die AGIT seit dem Jahr 2022 auch ein Gewerbeflächen-Dashboard auf ihrer Webseite an. Mit optisch ansprechend aufbereiteten relevanten Kennzahlen und individuellen Filtermöglichkeiten bietet das Dashboard politischen Entscheider:innen, Wirtschaftsförderer:innen und Planner:innen einen Überblick über das Geschehen auf dem Gewerbeflächenmarkt. Das Dashboard stellt somit eine wertvolle Ergänzung zu den ausführlichen Analysen im „Standort im Fokus“ dar. Über das Competence Center im Kreis Düren pflegt die AGIT weiterhin eine enge räumliche Nähe zu den relevanten Akteur:innen aus Wirtschaft sowie Wissenschaft und unterstützt eine Integration der ansässigen Unternehmen im Kreisgebiet, insbesondere im Sinne des Technologietransfers. Gleichzeitig wird so das AGIT-Service-Portfolio bei den kommunalen Akteur:innen im Kreis Düren stärker verankert.

Mit dem Competence Center Kreis Euskirchen bietet die AGIT den Unternehmen aus dem Kreis Euskirchen ein konstant umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot vor Ort an. Das

Büro des Competence Center, in direkter Anbindung an die Stabsstelle für Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen, ermöglicht eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der AGIT und dem Kreis Euskirchen.

Besondere Aktivitäten

Von besonderer Bedeutung ist ebenfalls das Einstein-Teleskop (ET), um das sich unsere Region am Drei-Länder-Eck mit guten Erfolgsaussichten bewirbt. Mit dem Ziel, bereits vor der eigentlichen Standortentscheidung (Anfang 2025) einen direkten Nutzen für die (eu)regionale Wirtschaft zu stiften, startete die AGIT im Frühjahr 2021 gemeinsam mit sechs Voll- und sechs assoziierten Partner:innen aus der erweiterten Euregio Maas-Rhein das Projekt ET2SMEs (ET to Small and Medium-sized Enterprises). Das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 2.230 TEUR - allein 558 TEUR entfallen auf die AGIT als Leadpartnerin – eröffnet KMUs zahlreiche konkrete Mehrwerte und der AGIT eine Ko-Finanzierung ihrer Personalkosten.

Im Jahr 2022 konnte im Rahmen des Technologietransfers und -beratung das BMBF-Projekt reACT (Resorbierbare Lösungen aus der Aachener Technologieregion) mit einem AGIT-Gesamtvolumen von rund 230 TEUR akquiriert werden, welches im September 2022 offiziell startete. Das Projekt zielt darauf ab, den Standort Aachen als Medizintechnikstandort mit exzellenter Forschung und Entwicklung zu stärken. Dabei wird die AGIT als eine von insgesamt 22 Projektpartner:innen, insbesondere neue Geschäftsmodelle und neue Businessplanleitfäden für die Ausgründungen der Medizintechnikunternehmen erarbeiten.

Die mit dem Strukturwandel und der Energiewende einhergehenden Zukunftsaufgaben stellen insbesondere in den energieintensiven Industrien Chancen und Herausforderungen zugleich dar. Auch die Stadt Stolberg befindet sich - verschärft durch die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 – zwischen diesen beiden Welten. In 2022 wurde daher das Projekt „Grüne Talachse“ von den Akteur:innen Kupferstadt Stolberg, StädteRegion Aachen, IHK Aachen und AGIT auf den Weg gebracht: Die umlaut energy mit dem NOWUM-Energy und dem Solar-Institut Jülich analysierten im engen Austausch mit Stolberger Unternehmen die Potenziale und Synergien einer auf erneuerbaren Quellen basierenden, nachhaltigen Energieversorgung und -speicherung. Die AGIT war neben der inhaltlichen Begleitung für die Projektabwicklung verantwortlich.

Im Oktober 2022 wurde der MineReWIR e. V. als gemeinnütziger Verein für und von Unternehmen im Rheinischen Revier, die dem Strukturwandel direkt ausgesetzt sind, gegründet, die AGIT ist Gründungsmitglied. Der Verein geht aus dem Bündnis „MineReWIR“ als BMBF-gefördertes Projekt hervor, welches bereits damals u.a auch von der AGIT unterstützt wurde. Dem nun gegründeten Verein geht es darum, die vielfältigen vorhandenen Kompetenzen der Unternehmen insbesondere auch durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und (mittelständischen) Unternehmen so weiterzuentwickeln, dass die Unternehmen in der Region eine Zukunftsperspektive haben.

Nach einigen Verschiebungen, u.a. auf Grund der Covid-19 Beschränkungen, konnte das Projekt „Digitale Werkstatt“ final im Sommer 2022 abgeschlossen werden, so dass ab diesem Zeitpunkt ebenfalls keine Mittel mehr im Budget wirksam wurden.

Start der Gemeinwohlbilanzierung

In der zweiten Jahreshälfte 2022 ist die AGIT, nach einigen Monaten der Vorgespräche, in den Prozess zur Bilanzierung der Gesellschaft als gemeinwohlorientiertes Unternehmen eingestiegen. Die Gemeinwohlökonomie, die das Ziel verfolgt, ein ethisches Wirtschaftsmodell zu etablieren, bietet mit der Gemeinwohl-Bilanz ein Instrument, das die Chance bietet, den Zielkonflikt zwischen der betriebswirtschaftlich geforderten stetigen Gewinnmaximierung des Einzelnen und den Zielen des Gemeinwohls aufzulösen, indem zusätzlich ethische Kennzahlen bei der Erfolgsmessung herangezogen werden.

Unter der Leitung zertifizierter Gemeinwohl-Berater wurden bereits in 2022 in verschiedenen Workshops erarbeitet, wie die AGIT hinsichtlich verschiedener Werte-Kategorien (Menschenwürde,

Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Partizipation) aufgestellt ist. Die Workshops bedürfen jeweils einer intensiven Vorarbeit, bei der Berichtsvorlagen ausgefüllt und Kennzahlen gesammelt werden müssen. Die Bearbeitung findet gemeinsam mit den Mitarbeitenden statt, die sich zur Bearbeitung auf die verschiedenen Kategorien aufteilen. Der Prozess wird in einem Gemeinwohl-Bericht münden, der einer offiziellen Auditierung unterzogen und voraussichtlich im 2. Quartal 2023 vorliegen wird.

II.3) Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2022 wird mit einer Verringerung des Anlagevermögens und einer Verringerung der liquiden Mittel sowie erneut erhöhten Umsatzerlösen i. H. v. 1.997 TEUR (2021: 1.814 TEUR – 2020: 1.417 TEUR) und einem im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2021 verbesserten Rohergebnis (1.450 TEUR) abschließen.

a) Ertragslage

Insgesamt wird das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 703 TEUR ausweisen, welcher durch Verrechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr gedeckt werden kann. Das voraussichtliche Defizit liegt rd. 374 TEUR unter dem für 2022 erwarteten Jahresergebnis (- 1.077 TEUR), welches in der gemeinsamen Sitzung des AGIT Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung am 10.12.2021 genehmigt wurde.

Folgende wesentliche Hinweise sind an dieser Stelle anzuführen:

Die Umsatzerlöse konnten im Vergleich zum Jahr 2021 um 10,1 % auf 1.997 TEUR gesteigert werden, während die Zuschüsse der Gesellschafter konstant bei 487,5 TEUR liegen. Ein erneut verbessertes Projekt- und Auftragsgeschäft (752 TEUR) und eine gute Vermietungsquote im ZBMT tragen die erzielten Umsatzerlösen insbesondere. Weitere Steigerungen in den Umsatzerlösen sind in Zukunft schwer realisierbar, da insbesondere die Skalierbarkeit der AGIT Dienstleistungen, außerhalb des Flächenangebots, unmittelbar mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen ankert.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2022
	IE
Jahresfehlbetrag	-703
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	372
Abnahme der Rückstellungen	-207
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-70
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-5
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	10
Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	-17
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-56
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-609</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-140
Investitionstätigkeit	<u>-140</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>

Liquide Mittel am Anfang der Periode
Zahlungswirksame Veränderungen
Liquide Mittel am Ende der Periode

13.331
-749
12.582

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 906 TEUR vermindert.

Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus der Abnahme der flüssigen Mittel in Höhe von 749 TEUR sowie 372 TEUR für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen. Lang- bis mittelfristig gebundenes Vermögen i. H. v. 11.994 TEUR bilden 48,3 % des AGIT-Gesamtvermögens. Kurzfristig gebunden (< 1 Jahr) sind 12.849 TEUR, wovon wiederum 12.582 TEUR bzw. 97,9 % den Kassenbestand bei Kreditinstituten widerspiegelt. Das Gesamtvermögen der AGIT liegt zum Ende des Wirtschaftsjahres 2022 bei 24.843 TEUR.

Langfristiges gebundenes Fremdkapital existiert im Wirtschaftsjahr 2022 nicht, der Anteil des kurzfristig gebundenen Fremdkapitals hat einen Anteil von 1,6 % darüber hinaus machen passive latente Steuern 9,0 % aus, während die Eigenkapitalquote im Wirtschaftsjahr 2022 bei einem hohen Wert von 88,4 % liegt.

II.4) Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	11.993	12.225
Gesamtvermögen	24.843	25.749
Anlageintensität in %	48,3	47,5

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	22.210	22.913
Gesamtkapital	24.843	25.749
Eigenkapitalanteil in %	89,4	88,99

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	380	456
Eigenkapital	22.210	25.749
Verschuldungsgrad in %	1,53	1,77

III. Prognosebericht

Nach der mittelfristigen Finanzplanung erwartet die Gesellschaft folgende Entwicklung:

Finanzplanung 2023 – 2027 in TEUR
- operatives Betriebsergebnis -

Lfd.- Nr.	Position	Plan-Wirtschaftsjahre				
		2023	2024	2025	2026	2027
1	Gesamterlöse					
		2.178 TEUR	2.323 TEUR	3.677 TEUR	4.898 TEUR	5.178 TEUR
2	Personalkosten					
		2.070 TEUR	2.374 TEUR	2.620 TEUR	2.705 TEUR	2.777 TEUR
3	Sachkosten					
		1.229 TEUR	1.206 TEUR	1.713 TEUR	2.454 TEUR	2.458 TEUR
4	operatives Ergebnis					
		- 1.121 TEUR	- 1.257 TEUR	- 657 TEUR	- 261 TEUR	- 84 TEUR

**Afa und Auflösung latenter Steuern sind nicht berücksichtigt*

Aufgrund der Ausrichtung der Gesellschaft, welche auf die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft fokussiert ist, verfolgt die AGIT in der Mehrperiodenbetrachtung nicht das Ziel der Gewinnmaximierung, sondern das Ziel, mindestens eine ausgeglichene Ertragslage bei gleichzeitig maximaler Wirtschaftsförderung zu erreichen. Die Skalierbarkeit der AGIT-Dienstleistungen, insbesondere im Kontext des Bereichs „Wirtschaftsförderung“, hängen unmittelbar mit der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zusammen, so dass Erlöse und inhaltliche Wirkungen nur durch eine angemessene Ressourcenbereitstellung zu realisieren sind. Das klassische Beratungsgeschäft wirkt daher im Kontext der Personalkosten intensiver, insbesondere im Vergleich zu klassischen Technologie- und Gründerzentren (TGZs). TGZs haben in der Regel das Zentrumsmanagement im Fokus des Handelns, während dies bei der AGIT als flankierendes und unterstützendes Instrument zur eigentlichen Kernaufgabe dient. Dies vorweggeschickt, zeichnet sich die mittelfristige Finanzplanung insbesondere durch folgende Kernelemente aus:

Geschäftsbereich I „Technologiezentrisches Management“

Die skizzierte mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt u.a. die Fertigstellung des Campus Neubaus zum Jahresende 2025, bestehend aus 70 % Gründungsmieten (1 Staffel) und 30 % Campusmieten sowie der Errichtung eines Co-Working-Space im Erdgeschoss. Das ZBMT ist im Jahr 2024 & ff. ebenfalls voll ausgelastet, das Gebäude verfügt über 30 % Gründungs- und 70 % Campusmieter:innen.

Das geplante Aviation-Innovation-Center in Merzbrück erreicht voraussichtlich Anfang des Jahres 2026 einen Mietermix von 25 % Gründungsmieter:innen, 45 % Gewerbemieter:innen und 30 % „Eco2Air Mieter:innen“ bzw. ARR-Mieter:innen, bei einer 50 %igen Auslastung. Für Ende des Jahres 2026 wird mit 75 % Auslastung kalkuliert und zu Mitte des Jahres 2027 wird mit einer Vollauslastung gerechnet.

Diese (Re-)Investitionen auf dem Campus bzw. eine geförderte Investition im AEROPARK Aachen-Merzbrück bedeuten für die Gesellschaft, neben hohen Investitionen und einer voraus-

sichtlichen (Investitions-)Kreditaufnahme im Jahr 2024, dass der überwiegende Teil des Vermögens in den o.g. Immobilien der Gesellschaft gebunden sein wird und dem Sachanlagevermögen (hohe Anlagenintensität) ebenfalls hohe Abschreibungen gegenüberstehen, welche das GuV Ergebnis entsprechend beeinflussen werden. Bedeutende Überschüsse, die eine rückläufige Entwicklung des Vermögens durch die Abschreibungen auf das Gebäude ausgleichen könnten, werden von der Gesellschaft voraussichtlich nicht erwirtschaftet. Die AGIT führt jedoch sog. wirtschaftsfördernde Maßnahmen durch, deren Nutzen nicht in monetären Gewinnen, sondern in einer Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft besteht. Dabei ist auch die Ausrichtung des eigenen Flächenangebots insbesondere im Kontext der Bedarfe der Zielgruppe zu bewerten. Start-ups bzw. Gründer:innen und junge technologieorientierte Unternehmen sollen für die ersten Schritte der Unternehmensentwicklung mit einer entsprechend vergünstigten Miete ausgestattet werden. Diese Tatsache verringert jedoch gleichzeitig das kalkulatorische Erlöspotenzial der AGIT. Dieser Zielkonflikt ist nicht neu, muss jedoch regelmäßig und transparent kommuniziert werden, damit die Gemeinwohlausrichtung bzw. der Beitrag zur Wirtschaftsförderung der Gesellschaft für die gesamte Region an dieser Stelle deutlich wahrgenommen wird.

Geschäftsbereich II „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung zeichnet sich im Gegensatz zum Technologiezentrensmanagement regelmäßig durch eine sehr hohe Dienstleistungsquote aus, welche grundsätzlich mit einem hohen Personalkostenanteil einhergeht. Start-up-, Wachstums-, Patent- und Verwertungsberatung, um nur einige Dienstleistungen zu benennen, sind im Rahmen des Gesellschaftszwecks bzw. der Gemeinwohlausrichtung bis dato ohne Fakturierung geblieben.

Erlössteigerungen sind daher eher in klassischen Wirtschaftsförderungsbereichen zu erzielen, u.a. durch geförderte Projekte zur Querfinanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten bzw. durch konkrete weitere (Gesellschafter-) Aufträge, welche jedoch u.U. zusätzliche Personalressourcen erfordern können.

Zusätzliche Aufträge zur Stärkung der AGIT in finanzieller und inhaltlicher Sicht sollten folglich für Aufträge aus dem Gesellschafterkreis bzw. der angehörigen Kommunen erzeugt werden (z.B. „Vermarktungskriterien“ für nachhaltige Gewerbegebiete, Studien, Workshops etc.). Hierzu wurden neue und erweiterte Wirtschaftsförderungsangebote (Dienstleistungen und Produkte) entwickelt, welche mit einem geringen zusätzlichen Aufwand auch grundsätzlich aus dem Bestand der AGIT geleistet werden können.

Strukturelle Aufgaben

Darüber hinaus sollte angestrebt werden, die durch die AGIT in 2020 erworbenen Gesellschaftsanteile des Kreises Heinsberg und der Kreissparkasse Heinsberg (4,27 % & 1,20 %), in neue Gesellschaftsbeteiligungen umzusetzen, welche laufende finanzielle Zuwendungen zum Betriebskostenbudget oder personelle Unterstützung zu den Arbeitsbereichen der Gesellschaft leisten. Die vorherige mittelfristige Finanzplanung sah dies für das Wirtschaftsjahr 2023 vor und berücksichtigte entsprechend einen Zuwachs der Gesellschafterzuschüsse um diesen Anteil ab 2023. Dies wurde ebenfalls mit aktueller mittelfristiger Finanzplanung auf das Jahr 2024 verschoben, da sich die Gesellschaft im Jahr 2022 weiterhin mit massiven Anforderungen im Kontext des Neubaus, einer sehr dünnen Personaldecke und Krisenmanagement als Folge der aktuellen Lage, konfrontiert sah.

Im Tenor zeigt die mittelfristige Finanzprognose deutlich, dass der langfristige Fortbestand der Gesellschaft weiterhin von drei wesentlichen Elementen abhängig ist:

- 1) der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität bzw. Zuschüssen, welche vor allem durch die (zuschussgebenden) Gesellschafter:innen erfolgen sollte
- 2) durch die Akquise zusätzlicher Aufträge und geförderter Projekte, welche auf die Strategie der AGIT einzahlen sowie einen finanziellen Deckungsbeitrag erreichen können und
- 3) Mieteinnahmen aus dem Technologiezentrensmanagement, welche trotz des Zielkonflikts der Mietpreise, aus dem ZBMT und dem Neubau erfolgen müssen.

Nur im Dreiklang dieser Mittelzuflüsse kann die AGIT langfristig ihren Gesellschaftszweck erfüllen und erfolgreich in und für die TechnologieRegion agieren.

Für die Punkte „Aufträge & Projekte“ (Nr. 2) und „Mieteinnahmen TZM“ (Nr. 3) sieht sich die AGIT auf einem guten Weg. So konnte z.B. der Betrieb des ZBMT aus langjährigen Verlusten (2009 bis 2019) in die Gewinnzone geführt werden. Darüber hinaus wird der geplante Neubau ebenfalls zu Mieteinnahmen und einer voraussichtlichen Kostendeckung (nach ersten kfm. vorsichtigen Schätzungen) führen. Die in den letzten Jahren eingeworbenen Aufträge und Projekte haben darüber hinaus zu anhaltenden hohen Erlösen geführt, welche neben ihrem Beitrag zur Kostendeckung, insbesondere einen inhaltlichen Mehrwert und Schwerpunkt im Kerngeschäft der AGIT finden.

Folgerichtig ist für die mittelfristige Finanzplanung geboten, die Zuschüsse der aktuellen und zukünftigen Gesellschafter:innen zu adressieren. Sollten z.B. die Zuschüsse der Gesellschafter:innen ab dem Jahr 2025, also mit Vollendung der Übergangsjahre, wieder auf das Niveau des Jahres 2018 angepasst werden, so reduziert sich das entsprechende Defizit der AGIT deutlich – diese Annahme ist Teil der vorab dargestellten Prognose. So hat der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung in ihrer gemeinsamen Sitzung am 09.12.2022 die Geschäftsführung beauftragt, Szenarien für eine auskömmliche Zuschusshöhe ab dem Jahr 2024 zu entwickeln.

IV. Chancen- und Risikobericht

VI.1) Risiken

Gerade vor dem Hintergrund der in 2022 eingetretenen Mietausfälle und des angekündigten Auszugs eines Ankermieters für das Jahr 2023, kann trotz aller Bemühungen nicht vollends ausgeschlossen werden, dass es angesichts der sich rasch verändernden wirtschaftlichen Umstände, erneut zu negativen Korrekturen im Bereich der Mieterlöse kommen kann. Die Gesellschaft verfügt derzeit über ausreichend Liquidität, so dass die AGIT bei potenziellen Mietausfällen ihren Verpflichtungen bei Fälligkeit weiterhin nachkommen kann.

Im Rahmen des Campus-Neubaus werden Boden- und Baugrundrisiken, womit insbesondere Altlasten, Denkmalfunde, mangelnde Tragfähigkeit und ungünstige hydrogeologische Verhältnisse gemeint sind, aufgrund der Erfahrungen mit dem ZBMT an gleicher Stelle größtenteils ausgeschlossen. Finanzierungsrisiken sind auf Grundlage der vorhandenen und eingeplanten Mittel für den Neubau ebenfalls als kalkulierbar einzustufen. Baukostensteigerungen wurden bis dato seitens der Geschäftsführung berücksichtigt (letzte Kalkulation aus 03/22) und fließen in die konkrete Planung ein. Zeitlich ist durch die Bildung einer 6 b EStG Rücklage (Verkaufserlös TZA) ebenfalls ein potenzielles Risiko erkennbar. § 6b Abs. 3 Satz 2 EStG sieht eine Frist von vier Wirtschaftsjahren vor, in der die Rücklage reinvestiert bzw. übertragen werden muss. Diese verlängert sich nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EStG bei neu hergestellten Gebäuden auf sechs Jahre, wenn mit deren Herstellung vor dem Schluss des vierten auf die Bildung der Rücklage folgenden Wirtschaftsjahres, begonnen worden ist. Mit dem Verkauf des TZA im Dezember 2019 muss die Gesellschaft spätestens im Dezember 2023 mit den Neubauvorhaben begonnen haben bzw. spätestens im Dezember 2025 den Neubau errichtet haben. Die derzeitigen Planungen zum Neubau auf dem RWTH Aachen Campus gehen von einer Fertigstellung im Laufe des Jahres 2025 aus, während der Baubeginn für 2023 vorgesehen ist. Ein latentes Risiko besteht somit derzeit im Kontext des Neubaus, insbesondere bzgl. unkalkulierbarer zeitlicher Verzögerungen. Wenngleich erste Übertragungen (6 b Rücklage) für den Ankauf des ZBMT im Februar 2020 vorgenommen wurden.

Insgesamt stellen steigende Kosten, z. B. Energiekosten, Infrastrukturkosten oder allgemeine betriebliche Aufwendungen derzeit alle wirtschaftlichen Akteur:innen vor massive Herausforderungen, deren konkrete Auswirkungen noch nicht final einschätzbar sind bzw. viel Ungewissheit und somit Unsicherheit im allgemeinen wirtschaftlichen Handeln bedeutet.

Außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des ZBMT sind derzeit nicht erkennbar, können aber bei einer Immobilie (Alter > 10 Jahre) nicht ausgeschlossen werden.

VI.2) Chancen

Insgesamt sind mehr Chancen als Risiken für die Gesellschaft vorhanden. Die positive Wahrnehmung der AGIT führt aktuell und perspektivisch zu neuen Aufträgen und Projekten. So wurden u. a. für und mit der RWTH Aachen die notwendigen Rahmenbedingungen erarbeitet, die die AGIT als Teil des Campus Ökosystems integrieren wird. Darüber hinaus wurde mit der RWTH Innovation GmbH an einem Kooperationsvertrag gearbeitet, mit welchem die v. g. Partner eine horizontale und vertikale Vernetzung ihrer Aktivitäten anstreben. Ähnliche Bestrebungen werden derzeit durch die FH Aachen und AGIT vorangetrieben, so dass auch hier ein stärkerer Zusammenschluss erwartet wird. Durch den Schulterchluss mit der RWTH Campus GmbH, der RWTH Innovation GmbH und der FH Aachen wird ein einzigartiges Wirkungsfeld erzeugt, welches zusätzliche Hebelmechanismen und eine neue Dynamik in der Regionalentwicklung erzeugen kann.

Ferner wird der anstehende Strukturwandel im Rheinischen Revier zusätzliche Aufgaben und Möglichkeiten für die AGIT eröffnen. Pars pro toto hierfür steht die Entwicklung des Standortes Merzbrück sowie die Chance über ein gefördertes Strukturwandel-Projekt das sog. Aviation- Innovationcenter zu entwickeln. Insbesondere die Investitionen in weitere Immobilien bieten der AGIT ab dem Jahr 2025 / 2026 weitere Ertragsmöglichkeiten, die die Wirtschaftlichkeit stärken könnten.

Über die Funktionseinheiten im Kreis Düren und Euskirchen ist die Wahrnehmung der AGIT bei den dortigen Gesellschaftern gestiegen, zusätzliche Aufträge und Projekte sind sehr realistisch und eröffnen weitere Entwicklungschancen für die AGIT im gesamten Tätigkeitsgebiet.

VI.3) Zusammenfassung

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsunternehmen, der Förderung von Innovations- und Technologietransfer sowie der Ansiedlungswerbung in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und spannenden Aufgaben. Der langfristige Fortbestand der Gesellschaft ist jedoch von der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität u. a. durch die Gesellschafter:innen, zusätzlicher Aufträge, geförderter Projekte bzw. einer grundsätzlichen Stärkung der AGIT abhängig. Die o. g. Immobilienentwicklungen sind darüber hinaus von elementarer Bedeutung, stärken die inhaltliche und finanzielle Position der AGIT, genießen Priorität hinsichtlich des aktuellen Ressourceneinsatz und werden auf der anderen Seite mittelfristig durch hohe Abschreibungssummen das GuV Ergebnis beeinflussen.

Aachen im April 2023

Sven Pennings
Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme, 8 Mitglieder

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Der Kreistag hat in der konstituierenden Sitzung am 04. November 2020 für die Dauer der Wahlperiode nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
George Tulbure, CDU	Günter Weber, CDU
Manfred Manheller, CDU (ab 06.04.2022)	

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Aufsichtsrat:

Insgesamt 16 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
George Tulbure, CDU (bis 05.04.2022)	Günter Weber, CDU
Manfred Manheller, CDU (ab 06.04.2022)	

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Um-
setzung in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat beschlossen:*

Bisheriges stellvertretendes Mitglied: Günter Weber, CDU

Neues stellvertretendes Mitglied: Leo Wolter, CDU

Geschäftsführung

Geschäftsführung	Bezüge 2022
Sven Pennings	160 T€

Mit dem planmäßigen Ausscheiden von Herrn Dr. Lothar Mahnke aus der Geschäftsführung zum 31. Januar 2021 wird die Gesellschaft wieder von einem Geschäftsführer alleine geführt.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung der AGIT GmbH gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 12,5 %).

Dem Aufsichtsrat der AGIT GmbH gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 12,5 %).

Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages in 2020 (Beschluss Gesellschafterversammlung vom 7. Oktober 2020) ergibt sich die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes in § 21. Dies führt dazu, dass bei wesentlichen Gremien die Besetzung mit einem Mindestfrauenanteil von 40 % zu erfolgen hat.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Laut Information der AGIT GmbH wurde ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG bisher nicht erstellt.

3.4.1.11 Vogelsang IP gGmbH

Basisdaten

Anschrift: Vogelsang 70
53937 Schleiden
Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>
Gründungsjahr: 17. Oktober 2008

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständnis, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Landschaftsverband Rheinland	70.000	70,000
Kreis Euskirchen	17.142	17,142
StädteRegion Aachen	4.286	4,286
Kreis Düren	2.857	2,857
Kreis Heinsberg	1.429	1,429
Stadt Schleiden	2.857	2,857
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429	1,429
Gesamtsumme	100.000	100,000

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05. Juli 2016 haben die Gesellschafter ihren politischen Gremien zur Sicherstellung der Finanzierung der GmbH ab 2017 eine zunächst bis Ende 2019 befristete Anhebung des jährlichen maximalen Zuschussbetrags der Gesellschafter auf 850 TEUR vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde in 2016 durch die politischen Gremien aller Gesellschafter angenommen. Der Kreistag fasste hierzu am 05. Oktober 2016 (V 235/2016) einen entsprechenden Beschluss. In der Sitzung am 18. Oktober 2017 hat der Kreistag der Anhebung des

maximalen Betriebskostenzuschusses an die Vogelsang IP gGmbH von maximal 850.000 € jährlich auf maximal 1.400.000 € jährlich zugestimmt. Der maximale Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen wurde damit auf 240.000 € festgesetzt (V 358/2017).

Der Kreis Euskirchen hat im Jahr 2022 Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 241.108,27 € an die Vogelsang IP gGmbH gezahlt.

Entwicklung der Bilanzen

Vogelsang ip gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	38.693	42.174	25.413	-3.481
Sachanlagen	38.003.385	39.853.594	41.665.458	-1.850.208
	38.042.078	39.895.768	41.690.871	-1.853.689
B Umlaufvermögen				
Vorräte	143.490	121.733	150.580	21.756
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	217.798	327.213	534.211	-109.416
Liquide Mittel	2.563.361	1.633.366	2.062.824	929.996
	2.924.649	2.082.312	2.747.614	842.337
C Rechnungsabgrenzungsposten	51.573	52.057	49.519	-484
Summe Aktiva	41.018.300	42.030.137	44.488.004	-1.011.836
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Kapitalrücklage	86.579	86.579	86.579	0
Bilanzverlust	141.149	-80.342	-80.342	221.491
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	327.728	106.237	106.237	221.491
B Ausgleichsposten Gebäude	1.618.487	0	0	1.618.487
C Sonderposten	26.200.305	27.583.190	28.961.917	-1.382.885
D Rückstellungen	128.121	196.050	133.794	-67.929
E Verbindlichkeiten	12.743.172	14.064.277	15.220.956	-1.321.105
F Rechnungsabgrenzungsposten	488	80.383	65.100	-79.896
Summe Passiva	41.018.300	42.030.137	44.488.004	-1.011.836

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es bestehen drei Ausfallbürgschaften bei denen der Kreis Euskirchen der Bürgschaftsgeber ist.

1. Ausfallbürgschaft: Gesamtsumme Bürgschaft 675.675 €, Anteil Kreis Euskirchen 245.700 € (36,36%), Kreditinstitut NRW Bank, Kreditsumme 859.950 €; Anteil LVR 429.975 € (50%)
2. Ausfallbürgschaft: Gesamtsumme Bürgschaft 5 Mio. €, Anteil Kreis Euskirchen 1.818.182 € (36,36%), Kreditinstitut KSK Euskirchen, Kreditsumme 5 Mio. €
3. Ausfallbürgschaft: Gesamtsumme Bürgschaft 5 Mio. €, Anteil Kreis Euskirchen 1.818.182 € (36,36%), Kreditinstitut KSK Euskirchen, Kreditsumme 5 Mio. €

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Vogelsang ip gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.515.455	1.973.630	2.331.641	541.825
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	5.810	11.293	48.030	-5.484
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0	1.428.193	1.441.780	-1.428.193
4	Sonstige betriebliche Erträge	3.100.124	1.838.839	1.756.470	1.261.285
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	709.882	517.974	215.471	191.908
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	548.534	433.999	146.003	114.534
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	161.348	83.974	69.468	77.374
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.676.836	1.747.422	1.908.834	-70.586
	a) Löhne und Gehälter	1.374.739	1.431.492	1.582.734	-56.753
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	302.097	315.930	326.100	-13.833
7	Abschreibungen	2.054.387	2.013.805	2.050.257	40.582
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	709.803	712.209	1.123.659	-2.406
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	2.350	1
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	249.686	259.773	261.167	-10.087
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.808	0	2.434	-1.808
12	Sonstige Steuern	1.113	772	12.212	341
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	221.491	0	6.237	221.491
14	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	80.342	80.342	86.579	
15	Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	-12.474	
16	Bilanzverlust	141.149	80.342	80.342	60.807

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	68,62	65,88	2,74
Eigenkapitalrentabilität	0,79	0,00	0,79
Anlagendeckungsgrad	104,37	99,74	4,64
Verschuldungsgrad 2	45,73	51,50	-5,77
Umsatzrentabilität	8,81	0,00	8,81

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	48,25	49	52	

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im Folgenden Gesellschaft oder GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,
- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz,
- i) regionaler Identität sowie
- j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2022 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2022 waren die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte gemäß Festlegung im Gesellschaftsvertrag ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland, den stellvertretenden Vorsitz ein Vertreter des Kreises Euskirchen.

Die Gesellschaft weist ein Stammkapital von 100.000 € auf, deren Anteile von den Gesellschaftern quotal eingebracht sind. Bei einzelnen wichtigen Beschlüssen besteht ein Mehrheitserfordernis von 85%. Die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter ist satzungsgemäß auf maximal 1,4 Mio. € p.a. beschränkt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem 07.04.2020 ist Thomas Kreyes alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft.

Gemäß notarieller Beurkundung vom 08.02.2022 besitzt Frank Jansen Einzelprokura und ist Leiter der Angestellten nach § 5 Abs. 3 BetrVG.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die VIP den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
- den Betrieb des zentralen Besucherparkplatzes,
- den Betrieb des Geländemanagements.

Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die GmbH

- die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel und der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Räumlichkeiten der Gastronomie.

Mit Wald und Holz NRW besteht weiterhin ein Geschäftsbesorgungsvertrag zum gemeinsamen Besucherzentrum und Informationssystem.

Im Jahr 2022 waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:

	2022	2021	2019	2022 zu	
				2021	2019
1. Besucher Gelände ca.	221.940	185.100	281.500	20%	-21%
2. Besucher Ausstellung NS-Dokumentation	21.169	12.218	38.873	73%	-46%
3. Anzahl Bildungsformate Gesamt	1.994	794	2.041	151%	-2%
Teilnehmende Gesamt	29.150	12.198	35.470	139%	-16%
Anzahl Offene Führung (inkl. Specials)	534	419	664	27%	-20%
Teilnehmende Offene Führung	9.377	5.616	10.148	67%	-8%
Anzahl Gebuchte Führung	578	227	920	155%	-37%
Teilnehmende Gebuchte Führung	9.394	3.313	15.538	184%	-40%
Anzahl Jugendbildungsformate	501	142	445	253%	13%
Teilnehmende Jugendbildung	8.412	3.194	9.559	163%	-12%
Anzahl sonstige vertiefende Angebote (Workshops)	20	6	12	233%	67%
Teilnehmende sonstige vertiefende Angebote	267	75	225	256%	19%
4. Anzahl offene Turmaufstiege	361	263	394	37%	-8%
Teilnehmer Turmaufstiege	1.700	1.035	2.432	64%	-30%

Das Jahr 2019 ist als letztes betriebliches „Normaljahr“ – vor Corona und dem Hochwasser in der Nordeifel - nachrichtlich mitaufgeführt.

Die Besucherzahlen des Standorts Vogelsang IP im Nationalpark Eifel haben sich im Jahr 2022 wieder erhöht, lagen jedoch weiter deutlich hinter 2019.

Die Nachfrage-Werte sind im Vergleich zum Jahr 2021 teilweise wieder deutlich gestiegen, haben jedoch noch nicht bei allen Formaten die Werte aus dem Jahr 2019 erreicht. Erfreulich ist die Steigerung bei den Jugendbildungsprogrammen. Bei den (gebuchten) Führungen und den Eintritten zur NS-Dokumentation ergibt sich leider ein rückläufiger Trend gegenüber dem Jahr 2019.

Nach den Erfahrungen scheinen die Beeinträchtigungen durch die Corona-Pandemie und die Hochwasser-Katastrophe im Jahre 2021 weitestgehend überwunden zu sein. Das allgemeine Konsumklima ist angesichts der Unsicherheiten wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der gestiegenen Lebenshaltungskosten weiterhin getrübt, was sich negativ auf die allgemeinen Besucherzahlen und die damit in Verbindung stehenden Werte ausgewirkt hat.

Weitere Ausführungen s. Ziffer 2.4 Ertragslage.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Das aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter finanzierte Forum Vogelsang IP wurde im Jahre 2016 eröffnet. Hierzu bestehen noch einzelne Restmaßnahmen. Dies betrifft insbesondere die Sanierung des Daches des Besucherzentrums, die im Jahre 2022 gestartet wurde.

Die VIP hat alle weiteren geplanten größeren Investitionen wegen der angespannten Finanzlage in Abstimmung mit den Gesellschaftern zurückgestellt und nach öffentlichen Förderungen gesucht.

Zur mittelfristig erforderlichen Restaurierung der sogenannten „Bastion“ und der anliegenden Stützmauer mit einem Volumen von rd. 870 T€ wurden Fördermittel beantragt; eine Förderung mit Beginn der Maßnahme im Jahre 2023 ist avisiert. Zur mittelfristig zwingend erforderlichen Sanierung von Teilen des Kulturkinos wurden bislang keine Fördermittel bewilligt. Die Beschaffung eines Dienstfahrzeuges wurde mit Fördermitteln durchgeführt.

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2022 bildete die Weiterentwicklung des Konzepts zu Van Dooren – Neue Mitte. Der im Jahr 2021 gefasste Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Kauf der Immobilie und der Grundstücke im zentralen Bereich wurde im Juli 2022 vollzogen. Weiterhin wurde ein qualifiziertes Planungsbüro mit der Entwicklung von Nutzungsentwürfen zur Suche nach potenziellen Mietern beauftragt. Im April 2023 wird hierzu ein Studieren-den-Workshop stattfinden. Die Geschäftsführung hofft auf die Unterstützung seitens der Landesregierung hinsichtlich Fördermöglichkeiten und zu möglichen Mietern, z.B. der Nationalparkverwaltung.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Unter Einbeziehung der vorab geleisteten Gesellschafterverlustausgleichszahlungen von 1.383.316,01 € ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 221.490,74 €. Das Geschäftsergebnis des Jahres 2022 liegt vor dem Gesellschafterverlustausgleich bei einem Minus von 1.161.825,26 € und damit deutlich unter dem Planwert von Minus 1.383.316,00 € und dem maximalen Verlustrahmen lt. Gesellschaftsvertrag von 1.400.000 €.

Die Aufwendungen, Erträge und das Ergebnis stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar (in T€, gerundet):

	2022	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
1. Umsatzerlöse, davon	2.515	1.974	542	27,5%
Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	1.036	907	129	14,2%
Erträge aus Förderprojekten	338	265	73	27,7%
Erlöse NS-Ausstellung und Bildungsprogramme	407	222	185	83,9%
Erlöse Geschäftsbesorgungsvertrag NPZ	219	183	36	19,4%
Erlöse Parkplatz	152	106	46	43,7%
Erlöse Tagungen und Veranstaltungen	114	60	54	89,8%
Erlöse Shop	107	59	48	80,6%
Erlöse Geländemanagement	47	48	1	-1,9%
Erlöse NPZ Tickets und Programme	78	46	32	70,2%
Korrektur NPZ-Abrechnungen Vorjahr	-	25	- 25	
Erlöse Turmaufstiege	9	5	4	72,3%
Sonstige Erlöse	6	46	- 40	-87,6%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	6	11	- 5	-48,6%
3. Sonstige betriebliche Erträge, davon	3.100	3.267	- 167	-5,1%
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.423	1.428	- 5	-0,4%
Finanzierungszuschüsse Gesellschafter	1.383	1.399	- 15	-1,1%
Periodenfremde Erträge	101	10	91	928,9%
Erträge aus der Herabsetzung EWB	28	-	28	
Erträge aus Anlagenabgängen	17	-	17	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	18	25	- 10	-37,9%
Erhaltene Spenden	6	0	6	3850,1%
Versicherungsentschädigungen	1	15	- 14	-94,0%
Erträge aus Corona-Hilfen	-	267	- 267	-100,0%
Ersstattungen Aufwandsausgleichsgesetz (AAG)	-	7	- 7	-100,0%
Verrechnete sonstige Sachbezüge	-	7	- 7	-100,0%
Sonstige betriebliche Erträge	126	109	17	15,1%
4. Materialaufwand, davon	710	518	192	37,0%
Betriebskosten Nationalpark-Zentrum Eifel	194	192	2	1,3%
Wareneingang Shop, Tagungen, Veranstaltg.	135	55	80	148,3%
Betriebskosten Gastronomie	83	60	22	36,9%
NPZ Tickets und Programme	78	46	32	68,7%
Materialaufwand Förderprojekte	52	32	20	61,1%
Bestandsveränderungen Vorratsvermögen	- 24	29	- 53	-184,2%
Materialaufwand Nationalpark-Zentrum Eifel	18	9	9	104,3%
Materialaufwand Werbemittel	7	-	7	
Materialaufwand Geländemanagement	7	12	- 5	-43,0%
Referententätigkeit	110	53	57	108,4%
Fremdleistungen Förderprojekte	48	29	19	64,2%
Fremdleistungen Veranstaltungsmanagement	4	2	2	74,3%
5. Personalaufwand	1.677	1.747	- 71	-4,0%
6. Abschreibungen	2.054	2.014	41	2,0%
7. Sonstige betr. Aufwendungen, davon:	710	712	- 2	-0,3%
Raumkosten (Reinigung, Strom, Gas, Wasser)	185	203	- 18	-8,6%
Instandhaltungskosten	96	108	- 12	-11,0%
Rechts-/Beratungs-/Buchführungs-/Abschluss- und Prüfungskosten	74	102	- 28	-27,2%
Versicherungen und Beiträge	66	66	0	-0,1%
Einzelwertberichtigung auf Forderungen	57	24	33	135,5%
Geländemanagement	13	17	- 5	-28,8%
Sonstige	219	192	27	13,9%
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-	0	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	250	260	- 10	-3,9%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 2	-	2	
11. Ergebnis nach Steuern	223	1	222	
12. Sonstige Steuern	1	1	0	
13. Jahresüberschuss	221	-	221	

Zu den Erlösen wird auf Ziffer 2.4 Ertragslage verwiesen. Auf der Aufwandsseite haben die von der Geschäftsführung eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen Erfolg gezeigt. Bei den Energiekosten ist zu berücksichtigen, dass der Strom- und Gaspreis bis Ende 2022 durch bestehende Verträge auf dem alten Niveau geblieben ist.

2.1.4 ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde auch im Jahr 2022 vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Nach der Pandemie und dem Hochwasser ist es gelungen, die Funktion von Vogelsang IP im Nationalpark

Eifel als kultur- und bildungstouristische Destination zu erhalten, ebenso als außerschulischer Lernort. Zudem hat die VIP zahlreiche Kooperationen z.B. mit Schulen und anderen Bildungsträgern abgeschlossen, um die Aktivitäten in der Jugendbildung und in öffentlichen Ausstellungs-, Bildungs- und Veranstaltungsangeboten weiter auszubauen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2022 stellt sich im Vergleich zum 31.12.2021 wie folgt dar (Angaben in T€):

	2022	2021	Veränderung	
			T€	%
AKTIVA				
A. Anlagevermögen	38.042	39.896	- 1.854	- 4,6%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39	42	- 3	- 8,3%
II. Sachanlagen	38.003	39.854	- 1.850	- 4,6%
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	36.876	38.422	- 1.547	- 4,0%
2. Technische Anlagen und Maschinen	43	48	- 6	- 11,5%
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.075	1.375	- 300	- 21,8%
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10	8	2	23,6%
B. Umlaufvermögen	2.925	2.082	842	40,5%
I. Vorräte	143	122	22	17,9%
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23	15	8	52,9%
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	120	107	14	12,9%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	218	327	- 109	- 33,4%
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	174	192	- 19	- 9,8%
2. Forderungen gegen Gesellschafter	16	32	- 16	- 50,9%
3. sonstige Vermögensgegenstände	28	103	- 74	- 72,3%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	2.563	1.633	930	56,9%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	52	52	- 0	
Summe Aktiva	41.018	42.030	- 1.012	- 2,4%
PASSIVA	2022	2021		
A. Eigenkapital	328	106	221	208,5%
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	-	
II. Kapitalrücklage	87	87	-	
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	141	-80	221	275,7%
B. Ausgleichsposten Gebäude	1.618	0	1.618	
C. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	26.200	27.583	- 1.383	- 5,0%
D. Rückstellungen	128	196	- 68	- 34,6%
1. Steuerrückstellungen	0	0	0	100,0%
2. Sonstige Rückstellungen	128	196	- 68	- 34,5%
E. Verbindlichkeiten	12.743	14.064	- 1.321	- 9,4%
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.983	8.319	- 336	- 4,0%
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5	0	5	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	169	320	- 151	- 47,1%
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.867	5.033	- 1.166	- 23,2%
5. Sonstige Verbindlichkeiten	719	392	327	83,3%
- davon aus Steuern	415	60	355	591,7%
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	1	13	- 12	- 92,3%
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	80	- 80	- 99,4%
Summe Passiva	41.018	42.030	- 1.012	- 2,4%

Als besonderer Posten ist eine im Jahr 2022 erhaltene Abstandszahlung der Bundesimmobilienanstalt für die öffentliche Entwicklung der ehemaligen Kaserne Van Dooren, die als NS-Projekt „Haus des Wissens“ teilweise unter Denkmalschutz steht, zu sehen. Dieser wurde auf der Passivseite als Ausgleichsposten ausgewiesen. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten ist unter anderem die sich hieraus voraussichtlich ergebende Umsatzsteuer in Höhe von 310 T€ enthalten.

Die Eigenkapitalquote hat sich verbessert.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der VIP war im Berichtsjahr 2022 aufgrund

- der seitens der Gesellschafter im Voraus zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,

- eines seitens des LVR bereitgestellten Liquiditätsdarlehens im Rahmen des Cash-Poolings von bis zu 1 Mio. € und
 - eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich und zu Investitionen
- jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der VIP geordnet. Die Liquidität zum Bilanzstichtag beträgt 2.563 T€ (Vorjahr: 1.633 T€).

2.4 ERTRAGSLAGE

Die Erträge sind in der Übersicht zu Ziffer 2.1.3 Geschäftsergebnis dargestellt.

Die Umsätze haben im Jahr 2022 in vielen Bereichen noch nicht das Niveau des Jahres 2019 erreicht, allerdings bei den Bildungsprogrammen im Bereich der vertiefenden Angebote und der Jugendbildung übertroffen, ebenso bei den Förderprojekten im Bildungsbereich.

Schwierig erscheint bei den Erlösen weiterhin das Niveau der Ausstellungseintritte der Dauerausstellung „Bestimmung Herrenmensch“, die noch deutlich hinter dem Niveau des Jahres 2019 und auch des Jahres 2020 rangieren. Bei den Parkeinnahmen konnte nach der Umstellung auf einen Tagesstarif im August 2022 wieder ein deutlicher Einnahmenanstieg verzeichnet werden, der aber auf Jahresbasis immer noch unter den Erlösen des Jahres 2019 liegt.

Im Gegensatz zu den Jahren 2020 und 2021 wurden keine Hilfen für Corona oder Flut in Anspruch genommen.

3. PROGNOSEBERICHT

Bei der im Oktober 2022 aufgestellten Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 wurde angesichts der zu erwartenden Steigerung der Energiekosten ein Ergebnis von -1.399 T€ vor Verlustausgleich durch die Gesellschafter in der Erwartung staatlicher Hilfen für die Energiekosten geplant.

Die aktuellen Aussichten für das Geschäftsjahr 2023 haben sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung verbessert, sind in Teilen noch unsicher.

Das Gäste- und Gruppenaufkommen am Standort Vogelsang IP in den Monaten Januar bis März 2023 hat sich wieder leicht erholt. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen bzw. konjunkturellen Entwicklung auf das Freizeit- und Reiseverhalten bleiben für die wichtige Frühjahrs- und Sommersaison offen. Zielsetzung ist es, den Trend „Urlaub im eigenen Land“ aus dem Corona-Jahr mit dem Fokus auf kultur-, natur- und bildungstouristische Angebote zu nutzen. Die ersten drei, generell umsatzschwachen Monate im Jahre 2023 lassen noch keine Rückschlüsse auf den Jahresverlauf zu. Wesentlich erscheint die Positionierung von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als weit überregionale Destination mit einer hohen öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Bedeutung, um die Gästenuutzung weit über die Landesgrenzen auszudehnen.

Als gravierendes Risiko sind zunächst die hohen Energiekosten zu sehen. Der ab dem Jahre 2020 abgeschlossene Stromliefervertrag galt bis Ende 2022, der Vertrag zur Gaslieferung aus dem Jahre 2021 (mit guten Konditionen) besteht noch bis Ende 2024. Beim Strompreis hat ein neuer Vertragsabschluss zu einer eklatanten Preiserhöhung für das Jahr 2023 geführt. Die VIP wird hier voraussichtlich durch die sog. „Strompreisbremse“ und einer erwarteten Hilfe aus dem „Energiefonds Kultur“ entlastet werden, deren genaue Volumina und Bedingungen zurzeit noch nicht feststehen.

Aus Sicht des Unternehmens stellt auch die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht feststehende Steigerung der Personalkosten durch eine mögliche Übernahme der tariflichen Steigerung im Öffentlichen Dienst ein Risiko dar. Die VIP ist nicht tarifgebunden, in der Vergangenheit sind allerdings die Abschlüsse im TVöD übernommen worden. Eine Abkoppelung von der Tarifentwicklung könnte die Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal für die anspruchsvolleren Tätigkeiten in der Region zu gewinnen, weiter verschärfen.

Durch den hohen Bestand an Gebäuden und Liegenschaften inkl. hoher Denkmalschutzanforderungen sieht sich die VIP auch den Lieferschwierigkeiten und dem Fachkräftemangel seiner Zulieferer und Auftragnehmer ausgesetzt, zumal im Immobilien- und Baubereich eine hohe Inflation festzustellen ist, die sich unmittelbar auf die Aufgaben der Sanierung und Erhaltung der VIP auswirkt.

Die Maßnahmen im Investitionsbereich hängen in hohem Maße von Förderungen ab. Hier sind Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen zu beachten.

Wesentliche operative Schwerpunkte im Jahr 2023 sind:

- Pflege der Reputation als Ort für qualitativ hochwertige Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Bildungsangebote mit überregionaler Bedeutung
- Ausbau bzw. Entwicklung eines proaktiven Vertriebssystems in Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern wie dem Nationalpark Eifel
- Verstärkung der Präsenz in den digitalen Medien in Verbindung mit digitaler Angebotsplanung und Buchungsmöglichkeit
- Analyse und Bewertung des Bestands an Immobilien und Liegenschaften und deren zukünftige Konzeption und Finanzierung
- Ausbau der Schul- und Jugendbildungsangebote über die bisherigen Förderungen mit dem Kreis Euskirchen hinaus
- Steigerung der Professionalität und Modernität bei der Abwicklung der Projekte der historisch-politischen bzw. gesellschaftlichen Bildung
- Akquise renommierter Kooperationspartner im Hinblick auf die Schwerpunkte Historie/Bildung sowie Natur- und Artenschutz
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Gastronomie zur Erhöhung der Kunden- und Veranstaltungszahlen
- Etablierung neuer Angebote und Ausbau der (größeren) Veranstaltungen insbesondere im Belgischen Kulturkino
- Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen und des Kostenmanagements in allen relevanten Aufgabenbereichen
- Akquise von Förderungen für Investitionsprojekte unter Einschluss von Landes-, Bundes- und EU-Programmen
- Weiterentwicklung wichtiger Themen wie Mobilität/Parken, Digitalisierung und nachhaltige Energieversorgung

Grundlage hierfür ist der im Jahre 2020 eingeleitete Strategieprozess unter Einbindung der Gesellschafter, der Standortpartner und der Mitarbeitenden der VIP, der auf eine bessere Vernetzung, Arbeitsteilung und öffentliche Wahrnehmung von Vogelsang abzielt. Mehrere Projektansätze, u.a. zur besseren Mobilität zum und am Standort sowie zu einer erhöhten Digitalisierung des Kundenaustauschs und der Bildungsangebote, erfordern bereits in der Konzeptphase öffentliche Förderungen, weil sie kaum aus dem laufenden Geschäftsbetrieb adäquat finanziert werden können. Gleiches gilt für diverse Bau- und Technikinvestitionen wie die erforderlichen Sanierungen der sog. „Bastion“ oder des Belgischen Kulturkinos.

Die VIP wird wie in den Vorjahren die wirtschaftliche Situation regelmäßig betrachten und gegebenenfalls unter Einbindung der Gesellschafter bei potentiellen Risiken geeignete Gegenmaßnahmen einleiten.

Im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung aufgrund der Empfehlung der Geschäftsführung entsteht eine Kapitalrücklage von 212 T€, um eventuelle künftige Defizite auszugleichen.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.10.2020 einen wirtschaftlichen Konsolidierungskurs mit dem Ziel, einerseits den Aufwand, insbesondere Personalaufwand, systematisch zu begrenzen und andererseits die Erlöse vor allem im Bildungsbereich nach den Corona-Einbrüchen allmählich zu erhöhen. Hierfür werden weiterhin Personal- und Sachaufwand kritisch hinterfragt und der Mitteleinsatz stärker an potenzielle Erlösmöglichkeiten gekoppelt. Die Verbesserung unprofessioneller Geschäftsprozesse (z.B. Buchhaltung) ist in großen Teilen abgeschlossen und wird im Jahr 2023 mit der Etablierung eines Risikomanagementsystems und Internes Kontrollsystem (IKS) fortgeführt.

Die Chancen der VIP richten sich vor allem auf die Steigerung der Gäste im Bildungs- und Veranstaltungsbereich auch durch verstärkte digitale Aktivitäten. Darüber hinaus hängt die Entwicklung der VIP entscheidend vom professionellen Ausbau des Standorts Vogelsang IP im Nationalpark Eifel sowie dessen öffentlicher und gesellschaftlicher Wahrnehmung inkl. der politischen Unterstützung durch die Gesellschafter und das Land NRW ab. Nur mit solcher Unterstützung ist das aktuelle Projekt „Van Dooren | Neue Mitte“ zu realisieren. Das Hotelprojekt eines niederländischen Investors ist ein weiterer, wichtiger Faktor für den Standort und die VIP. Die in den letzten Jahren kritische wirtschaftliche Situation erscheint aber auf dem derzeitigen Niveau gesichert. Die Aktivitäten der VIP können sich nun auch auf weitere Zukunftsthemen wie Mobilität, Energie und Digitalisierung konzentrieren.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der VIP wurden im Jahr 2022 keine Finanzinstrumente eingesetzt. Im Jahr 2023 erfolgte eine Anlage in sichere Anlageformen wie Fest- und Tagesgelder.

Schleiden, 31.03.2023

Thomas Kreyes | Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder

Markus Ramers, Landrat
(stellv. Vorsitzender)

Ute Stolz (Stimmführerin), CDU

Wolfgang Heller, (stv. Stimmführer), SPD

Stellvertretende Mitglieder:

Achim Blindert, Allgemeiner Vertreter

Manfred Steffen, CDU

Kamila Gänslers-Thomas, SPD

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Kreises Euskirchen.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Geschäftsführung:

Thomas Kreyes, Diplom-Volkswirt

Herr Thomas Kreyes erhielt für seine Geschäftsführer Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt eine Vergütung von 114 T€.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung der Vogelsang IP gGmbH gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 27,77 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 20 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde nicht erstellt.

3.4.1.12 Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Bahnhofstraße 13
53925 Kall
Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>
Gründungsjahr: 18. Februar 2009

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	13.200	50,00
Gemeinde Hellenthal	1.200	4,55
Gemeinde Kall	1.200	4,55
Gemeinde Weilerswist	1.200	4,55
Stadt Euskirchen	1.200	4,55
Stadt Mechernich	1.200	4,55
Stadt Schleiden	1.200	4,55
Stadt Zülpich	1.200	4,55
Gemeinde Blankenheim	1.200	4,55
Gemeinde Nettersheim	1.200	4,55
Stadt Bad Münstereifel	1.200	4,55
Gemeinde Dahlem	1.200	4,55
Gesamtsumme	26.400	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Bisher betragen die maximalen Einzahlungsverpflichtungen einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter jährlich für den Kreis Euskirchen 310.000 € und für die übrigen Gesellschafter 25.000 €. Die Einzahlungsverpflichtungen wurden durch Änderung des Gesellschaftsvertrages im Jahr 2021 erhöht. Für den Kreis Euskirchen beträgt die maximale Einzahlungsverpflichtung ab Änderung 320.000 € und für die übrigen Gesellschafter 30.000 €. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 23. September 2021 geändert. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 30. Juni 2021 (V 111/2021) der

Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 14. Oktober 2021.

Die vom Kreis Euskirchen an die Nordeifel Tourismus GmbH geleisteten Gesellschafterzuschüsse im Jahr 2022 betragen 284.050 €.

Entwicklung der Bilanzen

Nordeifel Tourismus GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	16.681	15.511	22.337	1.170
Sachanlagen	9.151	12.781	5.572	-3.630
	25.832	28.292	27.909	-2.460
B Umlaufvermögen				
Vorräte	823	5.314	8.531	-4.491
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54.183	56.849	20.022	-2.666
Liquide Mittel	215.391	204.477	255.968	10.913
	270.396	266.640	284.521	3.756
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.171	2.781	2.595	-610
D Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
Summe Aktiva	298.399	297.713	315.025	686
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	26.400	26.400	26.400	0
Kapitalrücklage	746.819	666.222	4.791.481	80.598
Bilanzverlust	-593.112	-533.452	-4.669.809	-59.660
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
	180.107	159.169	148.072	20.938
B Sonderposten	7.210	7.445	0	-235
B Rückstellungen	44.271	70.806	86.877	-26.536
C Verbindlichkeiten	55.676	50.602	40.736	5.074
D Rechnungsabgrenzungsposten	11.135	9.590	39.340	1.545
Summe Passiva	298.399	297.613	315.025	786

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 24. März 2022 wurde die Geschäftsführung dazu ermächtigt, im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2021, einen Betrag in Höhe von 4.669.809,49 € aus der Kapitalrücklage zu entnehmen. In der Gesellschafterversammlung vom 24. März 2022 wurde zudem beschlossen, dass zukünftig, im Rahmen der Aufstellung des jeweiligen Jahresabschlusses, eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe des im Vorjahr erzielten Jahresfehlbetrages und damit die Aufstellung des Jahresabschlusses unter der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses nach § 269 Abs. 1 HGB erfolgen soll.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifel Tourismus GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	349.357	261.818	332.387	87.539
2	Sonstige betriebliche Erträge	78.827	70.715	69.530	8.111
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	92.589	50.801	102.984	41.788
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	92.589	50.801	102.984	41.788
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	486.880	445.577	407.635	41.302
	a) Löhne und Gehälter	394.919	361.012	331.823	33.907
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	91.961	84.566	75.812	7.395
5	Abschreibungen	12.618	14.817	15.030	-2.199
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	428.978	387.391	326.425	41.587
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	0	152	14
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	350	203	-350
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-33.202	8.269	33.202
10	Ergebnis nach Steuern	-592.866	-533.200	-458.476	-59.666
11	Sonstige Steuern	246	252	384	-6
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-593.112	-533.452	-458.860	-59.660

Kennzahlen

Kennzahlen	2021	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	60,36	53,46	6,89
Eigenkapitalrentabilität	./.	./.	./.
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	55,49	76,34	-20,85
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	13	16	14	

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Destinationsmanagement-Organisation (DMO) tätig und fungiert in einem abgestimmten Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm. Gemeinsam mit den benachbarten Organisationen Rureifel-Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. ist die Nordeifel Tourismus GmbH zusätzlich

als Marketingverbund Erlebnisregion Nationalpark Eifel aktiv. Um den Strukturwandelprozess im Rheinischen Revier aus touristischer Sicht zu begleiten und mit zu steuern, ist sie auch Mitglied im dortigen Kompetenznetzwerk Tourismus.

Das nachhaltige Engagement wird nun offiziell mit der Auszeichnung als nachhaltiges Reiseziel zum Ausdruck gebracht.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftsvertrag verankerten Ziele agiert die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC). Als TSC gilt eine touristische Organisation, die für die touristische Entwicklung einer (Teil)-Region federführend verantwortlich ist. Als TSC der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung und Planung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern*, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen / das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Betrieb der Tourismuswerkstatt Eifel, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement. Der Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden für den Betrieb des Nationalpark-Infopunkts in Gemünd ist zum 31.12.2022 beendet worden, da fortan die Gesellschaft für Wirtschaft, Tourismus und Veranstaltungen mbH Schleiden die Einrichtung betreibt.

Als strategische Grundlage für die touristische Arbeit in der Nordeifel wurde im Jahr 2020 das unter Beteiligung der Gesellschafter und wichtiger touristischer Partner in einem Workshop-Prozess entwickelte Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 fertig gestellt und von der Gesellschafterversammlung beschlossen. Das Konzept ist an verschiedenste Partner adressiert, die unterschiedliche Verantwortlichkeiten haben und gemeinsam mit der Geschäftsstelle der Nordeifel Tourismus GmbH in eine arbeitsteilige Umsetzung eingetreten sind.

3. Forschung und Entwicklung

Zur Untersuchung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in der Nordeifel wurde ein vom Kreis Euskirchen beauftragtes Gutachten durch das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (DWIF) erstellt. Bezugsjahr dafür war das Jahr 2021. Mit den nun vorliegenden sechs Gutachten liegen valide Daten vor, die die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus seit dem Jahr 2012 dokumentieren und bis inklusive 2019 eine konstant positive Entwicklung aufzeigen. Für die Jahre 2020 und 2021 ist, bedingt durch die Corona-Pandemie, und die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 ein Einbruch festzustellen. Die Übernachtungszahlen der amtlichen Statistik für das Jahr 2022 belegen, dass an die Entwicklungen aus der Zeit vor Corona wieder angeknüpft werden kann.

Zur dauerhaften Marktforschung wurden Gästebefragungen in Tourist-Informationen und online auf www.nordeifel-tourismus.de fortgeführt. Zudem können Gäste, die Mehrtagesangebote der Nordeifel Tourismus GmbH gebucht haben, per Feedbackbögen ihre Reise bewerten.

Wie in den Vorjahren wurden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch Partner wie Tourismus.NRW e.V., Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH und die Eifel Tourismus GmbH veranlasst, welche der Nordeifel Tourismus GmbH vorliegen und für die tägliche Arbeit genutzt werden.

Unter Federführung der Fachhochschule des Mittelstands und Leitung von Prof. Treidel wurde im Januar 2022 die unter Mitwirkung der Nordeifel Tourismus GmbH durchgeführte Studie „Nachhaltigkeit und Qualität als Zukunftschance für touristische Unternehmen in der Eifel“ veröffentlicht.

Im Rahmen ihrer mehrmonatigen, studienbegleitenden Pflichtpraktika hat eine Studierende der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde ihre Projektarbeit zum Thema „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Reiseverhalten der Gäste der Nordeifel“ verfasst. Ferner haben jeweils eine Studierende der Hochschule Rhein-Waal und der Deutschen Sporthochschule Köln ihre mehrmonatigen Pflichtpraktika in der Geschäftsstelle absolviert. Die Nordeifel Tourismus GmbH hat im Rahmen einer Bachelorarbeit zum Thema „Die Problematik des Fachkräftemangels im HOGA-Gewerbe am Beispiel der Nordeifel“ als Zweitkorrektor gewirkt. Zudem stand die

Geschäftsstelle für zahlreiche Experteninterviews im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten zur Verfügung.

Eine Gruppe von Studierenden des Masterstudiengangs nachhaltiger Tourismus an der Deutschen Sporthochschule hat sich im Rahmen einer Projektarbeit mit einer Inszenierung auf den Rad- und Wanderwegen in der Nordeifel beschäftigt. Die Ergebnisse wurden Anfang Februar 2023 vorgestellt und liefern der Geschäftsstelle wertvolle Anregungen für die Weiterentwicklung der Infrastruktur.

Mit der Deutschen Sporthochschule in Köln, der IUBH Düsseldorf, der Hochschule Rhein-Waal sowie der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde besteht ein reger Austausch und eine intensive Kooperation in Bezug auf Praktika sowie Forschungs- und Projektarbeiten.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach jahrelang ungebremsen Wachstum mit steigenden Gästeankünften und Übernachtungen und einem deutlichen Rückgang infolge der Corona-Pandemie und der Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 erfolgte im Jahr 2022 ein Jahr mit konsolidierender Wirkung, das die Nordeifel mit Zahlen wieder in Richtung der Vor-Corona-Zeit geführt hat.

So ergibt sich für das Reiseland Nordrhein-Westfalen ein deutliches Plus von 83,4 % bei den Gästeankünften und 60,6 % bei den Übernachtungen. Im Vergleich zum Boom-Jahr betragen die Verluste -16,4 % bei den Gästeankünften bzw. -10,7% bei den Übernachtungen.

Für die Nordeifel und damit für den Kreis Euskirchen ist im Vergleich zum Jahr 2021 ein Anstieg bei Ankünften in Höhe von 88,1 % (im Vergleich zu 2019: -15,8 %) und an Übernachtungen in Höhe von 85 % (im Vergleich zu 2019: - 4,1 %) zu verzeichnen. Die Aufenthaltsdauer beträgt 3,2 Tage und die durchschnittliche Bettenauslastung liegt bei 34,4 %. Die Zahlen beziehen sich auf Betriebe mit mindestens 10 Betten. Eine verlässliche Aussage über die Entwicklung von Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, wie in den für die Nordeifel wichtigen Ferienwohnungen und Ferienhäusern, wird mit dem DWIF-Gutachten für das Bezugsjahr 2022 erwartet, das derzeit erstellt wird.

Durch das im Zuge der Corona-Pandemie festzustellende veränderte Reiseverhalten, beflügelt durch den Megatrend eines nachhaltig ausgerichteten Lebensstils hat die Nordeifel als Reiseziel weiterhin an Popularität gewonnen. Die mit den Zerstörungen infolge des Hochwassers verbundenen Einschränkungen und reduzierten Angebote wurden in 2022 durch zahlreiche Wieder- und Neueröffnungen teilweise wieder behoben bzw. belebt. Punktuell sind einzelne größere Übernachtungsbetriebe, Restaurants und Einzelhandelsbetriebe auch zum Jahresbeginn 2023 weiterhin im Wiederaufbau. Mit weiteren Wiedereröffnungen ist schrittweise in den folgenden Monaten zu rechnen. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den damit verbundenen Steigerungen der Lebenshaltungskosten haben mit Blick auf 2022 und die ersten Monate des Jahres 2023 noch keine spürbaren Auswirkungen für die Nordeifel nach sich gezogen.

Folgende Entwicklungen können für die Saison 2022 zusammenfassend bilanziert werden:

- Hohe touristische Nachfrage bei Tagesausflügen
- Reges Veranstaltungsprogramm über das Jahr hinweg mit vereinzelt Besucherrekorden
- Deutlicher Anstieg der Übernachtungszahlen im Vergleich zu 2020 und 2021
- Wiedereröffnung des City Outlets Bad Münstereifel und zahlreicher Einzelhandelsgeschäfte in Euskirchen, u.a. Galeria Kaufhof
- Aktivitäten unter freiem Himmel wie Wandern & Radfahren und Übernachtungen in Ferienhäusern, auf Reisemobilstell-, Camping- und Trekkingplätzen waren stark gefragt
- Große Nachfrage nach geführten SternenWanderungen der Astronomie-Werkstatt „Sterne ohne Grenzen“ und der neu ausgebildeten SternenGuides
- Rückgang des extremen Besucheraufkommens und der HotSpotbildung im Wilden Kermer
- Weniger Verstöße gegen die Gebote des Nationalparks Eifel

- Deutlich zu spürender Arbeits- und Fachkräftemangel in der Hotellerie, Gastronomie und bei weiteren touristischen Dienstleistern
- Kein Badebetrieb bzw. Wassersport im Waldfreibad an der Steinbachtalsperre und am Kronenburger See möglich

Welche Effekte die Corona-Pandemie, das Hochwasser und die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt für den Tourismus in der Nordeifel mittelfristig zu bedeuten hat, ist schwierig zu prognostizieren. Zwangsläufig ist davon auszugehen, dass sich zahlreiche Betriebe mit ihren Geschäftsmodellen auf die veränderten Bedingungen einstellen müssen, z.B. mit reduzierten Öffnungszeiten und Angeboten, der Anwendung digitaler Services, aber auch einer deutlich veränderten Betriebsausrichtung als attraktive Arbeitgeber. Der eingeschlagene Weg, in der Nordeifel auf nachhaltig orientierten Qualitätstourismus zu setzen und in diesem Zuge die öffentliche touristische Infrastruktur aufzuwerten, könnte angesichts der Sorge in Bezug auf die o.g. Herausforderungen mit negativen Auswirkungen für Gäste entlang der customer journey verbunden sein und damit zu Widersprüchen führen.

Positiv stimmt die Verantwortlichen die Bereitschaft und das Engagement wichtiger stakeholder, sich nachhaltig zu engagieren. Zudem ist bei einigen Akteuren eine Investitionsbereitschaft zu erkennen.

Entwicklung der Übernachtungszahlen für das Jahr 2022 im Vergleich zu 2021 in NRW und im Kreis Euskirchen:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	20.326.453	+ 83,4	47.542.645	+60,6	2,2
Kreis Euskirchen	264.086	+ 88,1	855.764	+ 85	3,2

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Februar 2023

Übernachtungsentwicklung im Kreis Euskirchen von 2009 bis 2022:

Jahr	Ankünfte	Veränderung der zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung der Übernachtungen zum Vorjahr in %	durchsch. Aufenthaltsdauer in Tagen	Mittlere Auslastung der angebotenen Betten in %
2009	235.498	-0,6	753.923	-3,5	3,2	32,4
2010	236.466	0,4	737.527	-2,2	3,1	31,9
2011	251.539	6,5	749.179	1,6	3,0	31,9
2012	263.173	4,8	804.307	7,5	3,1	33,9
2013	276.835	5,2	841.199	4,6	3,0	35,3
2014	291.604	5,3	888.285	5,6	3,0	33,4
2015	293.627	0,7	871.982	-1,8	3,0	36,1
2016	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0	35,2
2017	304.454	7,3	864.474	3	2,8	36,9
2018	293.531	-3,6	844.175	-2,3	2,9	36,1
2019	313.606	+6,8	892.784	+5,8	2,8	35,5
2020	188.075	- 40	526.235	- 41,1	2,8	6,3
2021	140.421	-25,3	462.653	-12,1	3,3	21,9
2022	264.086	+ 88,1	855.764	+85	3,2	34,4

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Februar 2023

2. Geschäftsverlauf 2022

Vom Geschäftsverlauf her entsprach das Jahr 2022 wieder einem nahezu normalen Tourismusjahr, in dem eine verlässliche Planung wieder möglich bzw. auch umsetzbar war und Einschränkungen und Krisensituationen nicht den Arbeitsalltag beherrschten.

So konnte in der Geschäftsstelle der Zertifizierungsprozess zum nachhaltigen Reiseziel durchgeführt werden, der zum Ende des Jahres mit der offiziellen Auszeichnung erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Ebenso erfolgte eine Beteiligung am Bundeswettbewerb nachhaltige Destinationen 2022 / 2023, der die Nordeifel ins Finale geführt hat und zu einer zweiten Bewerbung bis Ende Februar 2023 aufgefordert hat. Weiterhin erfolgte eine Mitwirkung an der Fortsetzung verschiedener touristischer Projekte wie „Eifel barrierefrei“ und „Unterm Sternenzelt“ und die Durchführung der eigenen Veranstaltungsformate wie „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Nordeifel Mordeifel“ und „Archäologietour Nordeifel“. Erstmals durchgeführt wurde das Mundartfestival „Mir kalle platt“, das in 2023 eine groß angelegte Reihe inkl. Förderung nach sich ziehen wird. Touristisch bedeutsame Veranstaltungen in der Region wie das Narzissenfest, der historische Jahrmarkt „Anno dazumal“, die Ritterfestspiele auf Burg Satzvey und die Weihnachtsmärkte konnten wie geplant allesamt durchgeführt werden und haben für eine spürbare Belebung des touristischen Angebotes gesorgt.

Im Zuge der insgesamt 21 Außeneinsätze haben sowohl Präsentationen im Quellmarkt als auch innerhalb der Nordeifel stattgefunden. So waren die Mitarbeitenden der Nordeifel Tourismus GmbH unter anderem mit einem Stand beim Narzissenfest, dem Bonner Frühlingmarkt, Country

Homes, dem Familienfest in Bad Münstereifel, dem Flohmarkt Kronenburg, dem Caravan Salon Düsseldorf und dem Nachhaltigkeitsmarkt in Euskirchen vertreten.

Auch die touristischen Buslinien mit u.a. verstärkten Angeboten in den Nationalpark Eifel und einer Wanderbuslinie im Ahrtal konnten planmäßig unterwegs sein.

In der Geschäftsstelle wurden die vorbereitenden Arbeiten und Planungen für touristische Infrastrukturvorhaben vorgenommen bzw. abgeschlossen. Für das Projekt „Tourist-Information der Zukunft in der Nordeifel“ wurde unter intensiver Beteiligung der Nordeifel Tourismus GmbH fristgerecht zum 01. Dezember 2022 vom Kreis Euskirchen ein Antrag zur Gewährung einer Förderung auf Basis des Regionalwirtschaftsförderungsprogramms (RWP) bei der Bezirksregierung Köln eingereicht.

Ferner wurde nach vorheriger Beratung in der 39. Sitzung der Gesellschafterversammlung im Herbst 2022 beschlossen, sich bei weiteren touristischen Infrastrukturvorhaben auf die Themen Wandern, Radfahren und Naturerlebnis zu konzentrieren. Hierzu soll bis Jahresende 2023 eine Projektskizze entwickelt werden, um Fördermittel über RWP für eine Konzeption zum weiteren Ausbau der Rad- und Infrastruktur zu beantragen. Die Ausrichtung der Tourismuswerkstatt als Basis für ein LEADER-Starterprojekt in der neuen Förderperiode 2023-2027 wurde ebenso vorgenommen. Eine Antragsstellung ist in der ersten Jahreshälfte 2023 vorgesehen.

Im Bereich Kommunikation konnten im Jahresverlauf verschiedene social-media-Kampagnen u.a. Familienzeit – Koffer packen und Schön bei uns? durchgeführt werden. Zudem wurde in den sozialen Medien in der 1. Jahreshälfte verstärkt Werbung für die als Deutschlands schönster Wanderwege 2022 nominierte EifelSpur „Toskana der Eifel“ durchgeführt. Die Kampagnen, jeweils mit Budget hinterlegt, haben gute Reichweiten erzielt und dazu beigetragen, dass die Anzahl an Followern der Nordeifel bei Facebook um 1.500 Personen und bei Instagram um 600 Personen im Vergleich zu 2021 gestiegen sind. Die Anzahl relevanter Hashtags von Usern wie Nordeifel, Nordeifel Tourismus, EifelSchleifen, EifelSpuren, Sehnsucht Eifel hat sich ebenfalls deutlich erhöht. Im Rahmen der Umsetzung des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2020-2025 konnte an zahlreichen Maßnahmen in den fünf Handlungsfeldern weitergearbeitet werden bzw. einige davon auch abgeschlossen werden:

Infrastruktur

- Gründung der Angebotsgruppe „SternenGastgeber“
- Aufbau des Netzwerks Partnerbetriebe im Rahmen der Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel mit 27 Betrieben bis Jahresende 2022
- Mitarbeit an der Konzeption neuer ÖPNV-Linien
- Markenaufbau und Vermarktung der EifelSchleifen & EifelSpuren
- Relaunch der Homepages für die Eifel-Höhen-Route und die Erlebnisregion Nationalpark Eifel inkl. Sternenlandschaft Eifel
- Beteiligung am Workshop-Prozess Touristische Infrastrukturprojekte des Kreises Euskirchen mit Perspektive auf eine RWP-Förderung
- Besucherzählungen an Wanderwegen zur Evaluierung von Potenzialen zur Schließung von Versorgungslücken
- Befragungen im Rahmen des Naturpark-Projektes „Natürlich nachhaltig!“

Angebote & Produkte

- Produktentwicklung für die Saison 2022 mit neuen Angeboten in den Produktleitlinien Aktivzeit und Familienzeit
- Online-Buchbarkeit der Tagesarrangements
- Mitarbeit bei der Entwicklung von nachhaltigen Kriterien für Angebote und Produkte im Deutschlandtourismus
- Durchführung des touristischen Netzwerk-Treffens „NeTWorking Nordeifel“ im Juni 2022
- Fortführung der GästeCard in 2022 und 2023, Evaluierung im Herbst 2022
- Bedarfsorientierte Weiter- und Fortbildung für die touristischen Akteure, u.a. Spezifische Seminarreihe „typisch Eifel“ der Tourismuswerkstatt Eifel
- Vorbereitung der Einführung des „Grünen Euro“ zur Saison 2023

Kommunikation & Vertrieb

- Beauftragung eines Kommunikationskonzeptes zum Thema Nachhaltigkeit im Tourismus für die Nordeifel
- Foto- und Videoproduktionen zu den Themen Wandern, Radfahren und Familienzeit
- Produktion von Texten inkl. Übersetzungen
- Veröffentlichung von Fotos und Videos zum natürlichen Nachterlebnis
- Durchführung der Kampagnen „Schön bei uns“ und „Koffer packen“
- Intensive Vermarktung der EifelSpur Toskana der Eifel im Rahmen der Wahl „Deutschlands schönster Wanderweg“
- Ausbau der social-media-Aktivitäten mittels Redaktionsplan
- Intensivierung Online-Marketing durch google-ads und SEO-Optimierung
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit Reisebloggern
- Neustrukturierung Bilddatenbank
- Erfolgreiches Notfallmanagement social media am Wochenende
- Telefonische Erreichbarkeit am Wochenende im Zuge der Hotspot-Problematik
- Optimierung Datenqualität in Deskline 3.0 und Outdooractive
- Planung und Durchführung des Mundartfestivals „Mir kalle platt“ und Vorbereitung der Ausgabe 2023
- Spezifische Angebote der Tourismuswerkstatt Eifel, u.a. social media und story telling
- Mitarbeit an der DB-Kampagne „Mit der Bahn die Wildnis der Eifel entdecken“
- Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit u.a. 5 Pressekonferenzen
- Mitarbeit bei der Planung und Durchführung der internationalen Pressereise der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT)
- Lieferung von Best-of-Produkte an Eifel Tourismus GmbH und Tourismus.NRW

Organisation, Management & Finanzierung

- Zertifizierung der Nordeifel als nachhaltiges Reiseziel
- Bildung eines Nachhaltigkeits-Teams in der Geschäftsstelle
- Verlängerung des Sponsoringvertrags mit der Kreissparkasse Euskirchen
- Gewinnung der e-regio als Sponsor für die Wahl „EifelSchleife / EifelSpur des Jahres“
- Gewinnung der VR-Bank Nordeifel als Sponsor für das Mundartfestival „Mir kalle platt“
- Verkauf von Eintrittskarten über Ticket regional
- Aktive Mitarbeit im Netzwerk „Exzellenzinitiative nachhaltige Reiseziele“
- Fachliche Begleitung bei der Erstellung des Gutachtens „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ für das Bezugsjahr 2021
- Fachliche Unterstützung verschiedener Master- und Bachelorarbeiten
- Vorbereitung der Fortführung der Tourismuswerkstatt Eifel inkl. Qualitätsoffensive in den HOGA-Berufen
- Mitarbeit bei der Vorbereitung des Projektes „TI der Zukunft“
- Mitarbeit in Projektworkshops mit dem Ziel der Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur in der Nordeifel
- Mitarbeit im Innovationsnetzwerk Tourismus im Rheinischen Revier, u.a. mit Vorbereitung eines Nachfolgeprojektes und des touristischen Masterplan-Prozesses
- Ausarbeitung von nachhaltigen Betriebsabläufen für die Geschäftsstelle Kall
- Abwicklung der Tourist-Information Gemünd und Übergabe an die Stadt Schleiden zum Jahresende 2022
- Intensiver Austausch und Zusammenarbeit mit der Eifel Tourismus GmbH und den benachbarten Tourismusorganisationen
- Rezertifizierung der Geschäftsstelle als Qualitätsbetriebe ServiceQualität Deutschland
- Expertenschulung DTV-Lizenznehmer für Ferienwohnungen und Ferienzimmer

Gästeservice

- Betrieb der TI in Gemünd bis Jahresende 2022

- Ausarbeitung der Projektidee „Tourist-Information der Zukunft“ zur Vorbereitung eines Förderantrags
- Produktschulung und touristische Weiterbildung für die Counterkräfte der Tourist-Informationen
- Angebote der Tourismuswerkstatt für Counterkräfte der TIs
- Angebotserstellung Wanderpicknick
- Mitarbeit an Konzept „Nordeifel-Hütten“

Folgende Tätigkeiten der Geschäftsstelle ergänzen die Umsetzungsmaßnahmen des TMKs 2020-2025

- Intensive Vorbereitung der Erarbeitung und Finalisierung der Projektskizze für das Projekt TI der Zukunft in der Nordeifel: Abstimmungstermine, Workshops, Präsentationen in politischen Gremien, Abstimmungen mit der Bezirksregierung Köln
- Fortführung von fünf kulinarischen Tagesarrangements auf den EifelSchleifen und EifelSpuren und einem Wanderpicknick für die Saison 2023
- Durchführung des Jahresprogramms mit geführten Erlebniswanderungen auf den EifelSchleifen & EifelSpuren und Vorbereitung des Programms für 2023
- Vorbereitung der Wahl „Wanderweg des Jahres 2023“
- Teilnahme und Impulsvortrag bei Wegepatenschulung im August 2023 mit 45 Wegepat:innen der EifelSchleifen & EifelSpuren
- Mitarbeit beim Scouting des Radknotenpunktsystems im Hinblick auf die Ausweisung von thematischen Radrouten und der Entwicklung einer Themenmarke Rad für die Nordeifel
- Mitarbeit an der Konzeption des Masterplans Radverkehr im Kreis Euskirchen
- Unterstützung bei der Produktion des Gesellschaftsspiels „KreisPunkt Nordeifel“
- Vorbereitung der Kampagne „Fair op jöck“ für die Saison 2023
- Mitarbeit im Projekt REACT der Eifel Tourismus GmbH zur Produktion von Content: Abstimmungstermine, Koordination von 12 Fotoshootingterminen und persönliche Begleitung der Fotoagenturen, Lieferung von Textbausteinen, Korrekturdurchgänge, Mitarbeit an der Konzeption einer Familienkampagne.
- Organisation und Durchführung des Aktionstags „Eifeler Sonntagsausflugs“ im April 2023 in Vogelsang IP
- Mitarbeit, Koordination, Marketing für die Archäologietour Nordeifel 2022
- Betreuung von drei Praktikantinnen im Rahmen ihres studentischen Pflichtpraktikums, Zweitkorrektur einer Bachelorarbeit, fachliche Unterstützung von 6 Bachelor- und Masterarbeiten durch Interviews
- Projektauftrag „Inszenierung der EifelSchleifen & EifelSpuren“ durch die Deutsche Sporthochschule Köln
- Diverse Betriebsbesuche u.a. Hotel Schlossblick, Hotel Schröder, Hotel Haus Salzberg, Nettersheimer Hof, Schloss Schmidtheim, Krewelshof, Seemöwe, Boutique Hotel Marielle, DJH-Jugendherberge Gemünd / Vogelsang, Eifel Chalets,
- Jahresgespräche mit den Gesellschaftern
- Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Neujahrsempfangs für Tourismus & Gastgewerbe der IHK Aachen in Vogelsang IP
- Abschluss-Veranstaltung des Innovationsnetzwerks Tourismus im Rheinischen Revier
- Gespräche mit der Geschäftsführung des Hauptvereins des Eifelvereins, dem neuen Leiter des LVR-Freilichtmuseums Kommern, der Geschäftsführung von Vogelsang IP, den Touristischen Arbeitsgemeinschaften Rureifel und Monschauer Land, den Naturparks Nordeifel und Rheinland, dem Nationalparkforstamt Eifel, der Schulleitung des Berufskollegs Eifel, dem Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit, der Marketingabteilung der Therme Euskirchen, der Abteilung Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit PAPSTAR, dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege,
- Teilnahme an Videokonferenzen und Arbeitskreissitzungen der Eifel Tourismus GmbH

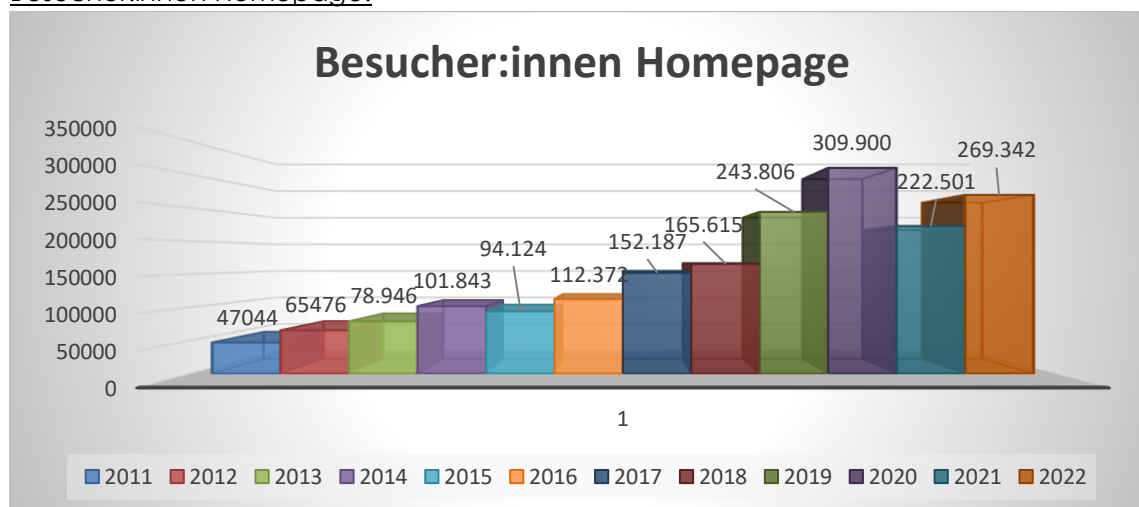
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (2 x im Jahr 2022), Tourismus-Beirat (5 x im Jahr 2022)
- Teilnahme am NRW-Tourismustag in Düsseldorf
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen / Gremien: Angebotsgruppe Eifelsteig, Vorstand Eifelsteig, AG Wasserburgen-Route, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln, AG Tourismus IHK Aachen, LAG-Koordinierungskreise LEADER Eifel und Zülpicher Börde, Innovationsnetzwerk Tourismus Rheinisches Revier, Exzellenzinitiative nachhaltiges Reiseziele
- Mitarbeit in der Strategieguppe zur Erarbeitung der Bewerbungen für die LEADER Regionen Eifel und Zülpicher Börde für die Förderperiode 2023-2027
- Mitarbeit an der Steuerungsgruppe der Global nachhaltigen Kommune Kreis Euskirchen
- fortlaufende Optimierung der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl, Suchmaschinenoptimierung und Google-Adwords-Kampagnen.
- Betrieb und laufende Optimierung von den Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de, www.radundwanderbahnhoefe-nordeifel.de, www.sternenpark-nationalpark-eifel.de, www.erlebnis-region.de, www.nordeifel-mordeifel.de, www.eifelsteig-wanderbus.de und www.eifel-fahrradbus.de.
- Beauftragung Relaunch www.radundwanderbahnhoefe-eifel.de
- Durchführung von zwei Workshops zur SEO-Optimierung von www.nordeifel-tourismus.de
- Kooperation mit Bloggern „Reise Dich frei“
- Durchführung einer Studie von IFT zum Thema: Weiterentwicklung der Tourismuswerkstatt mit Fokus auf die Fachkräfteentwicklung in den HOGA-Betrieben und Berufen
- Zusammenarbeit mit 170 Gastgebern in Deskline 3.0 sowie deren Betreuung
- Fortführung der Buchungsstelle für das Angebot Trekking Eifel
- Eingabe sämtlicher Veranstaltungen im Gesellschafterraum in Deskline 3.0
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästemagazin Nordeifel 2023“, Pocketguide Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“ 2023, Flyerkarte „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2023, Flyer touristische Buslinien, 10 monatliche Veranstaltungskalender, Flyer Familienzeit, Flyer „Zu Gast in der eigenen Heimat“, Pocketguide „Radfahren“, Programmhefte „Nordeifel Mordeifel“ und „Mir kalle platt“, Flyer der Tourismuswerkstatt Eifel
- Mitarbeit in der Redaktion für die Eifel times und den Freizeitführer Erlebnisregion Nationalpark Eifel
- Nachdruck diverser thematischer Broschüren
- Messeauftritt beim Caravan Salon (Nachfolge der Tour Natur in Düsseldorf)
- Durchführung von sechs Beratungstagen für touristische Betriebe mit der Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen
- Durchführung eines Infoaustauschs für HOGA-Betriebe im Hinblick auf die Bereitstellung von Praktikumsplätzen im Rahmen der Berufsfelderkundung mit dem KOBIZ des Kreises Euskirchen und Koordination eines Videodrehs
- Vorbereitung eines Infoaustauschs im Januar 2023 zur Sensibilisierung und Beratung von touristischen Betrieben als Ausbildungsbetrieb im Berufsbild „Kaufleute für Tourismus & Freizeit“
- 15 Klassifizierungen nach den Kriterien des Deutschen Tourismusverbandes e.V. (DTV) in Ferienwohnungen und Ferienzimmern
- Produktschulung aller Counterkräfte der Tourist-Informationen im März 2022 und Exkursion zur touristischen Weiterbildung im September nach Kronenburg

- Koordination und Durchführung des Aktionstages „Zu Gast in der eigenen Heimat“ mit 32 beteiligten Einrichtungen
- Koordination und Durchführung der Krimireihe „Nordeifel Mordeifel“ 2022
- Mitarbeit an der Programmerstellung und Durchführung einer internationalen Pressereise der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) im Frühjahr 2022
- Vorbereitung des Förderantrags für das Mundartfestival „Mir kalle platt“ im Jahr 2023
- Pressekonferenzen: „Saisonstart 2022“, „Nordeifel Mordeifel“, „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Mir kalle platt“, „Start touristische Linien“ und „Auszeichnung nachhaltiges Reiseziel“
- 20 Pressemitteilungen u.a. zu folgenden Themen: Wahl Wanderweg des Jahres, Jahrespressemitteilung 2022, Beratungstage 2022, „Pocketguide Nordeifel Höhepunkte“, „NeTWorking Nordeifel“, Touristische Buslinien, BFE-Workshop für HOGA-Betriebe, Erlebniswanderungen, Wahl Wanderweg des Jahres, Auszeichnung SternenGastgeber, Schlüsselübergabe im Nationalpark-Infopunkt
- Produktion und Herausgabe von insgesamt 12 hauseigenen Newslettern
- Diverse Interviews, u.a. WDR, Kölner Zeitungsgruppe, Radio Euskirchen, Wochenspiegel

Statistische Erhebungen

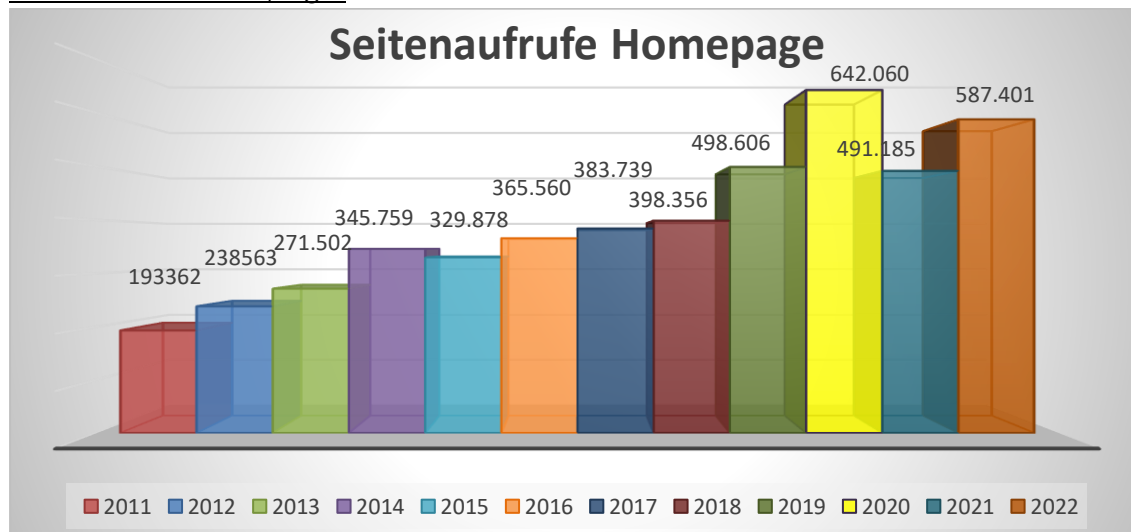
Entwicklung der Zugriffe und Seitenaufrufe auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2022 im Vergleich zu den Jahren 2011-2022

Besucher:innen Homepage:



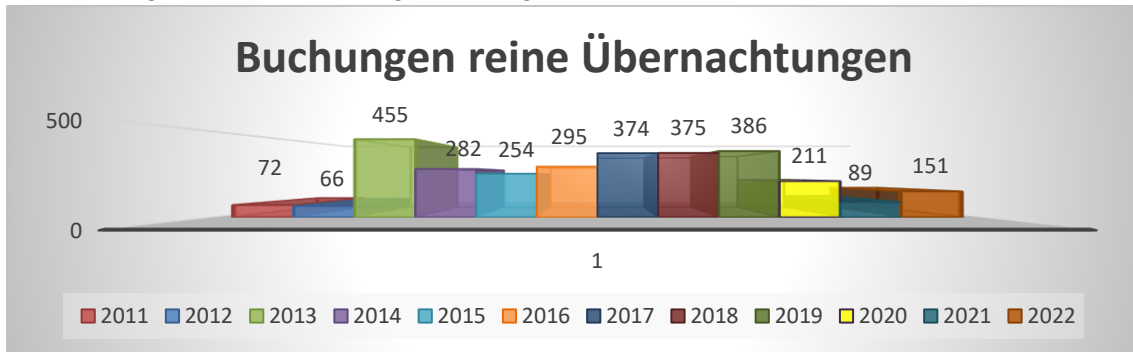
Eigene Erhebungen, Januar 2023

Seitenaufrufe Homepage:



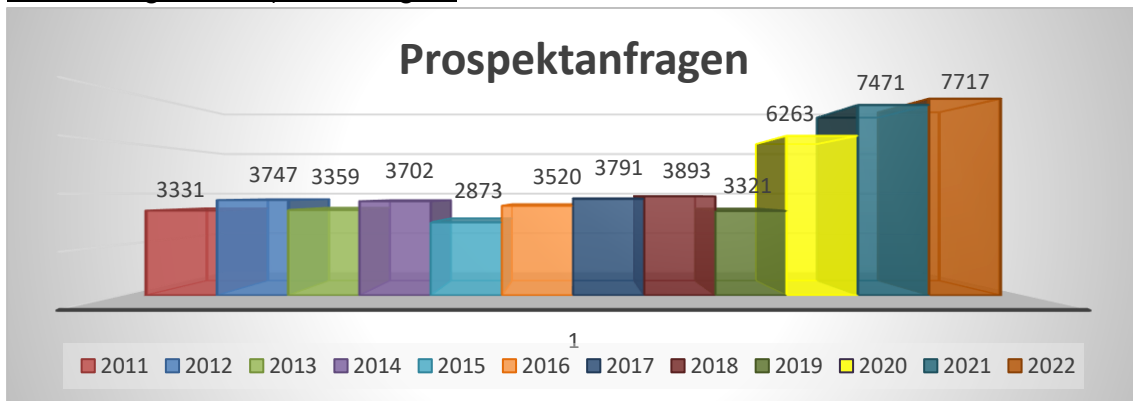
Eigene Erhebungen, Januar 2023

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



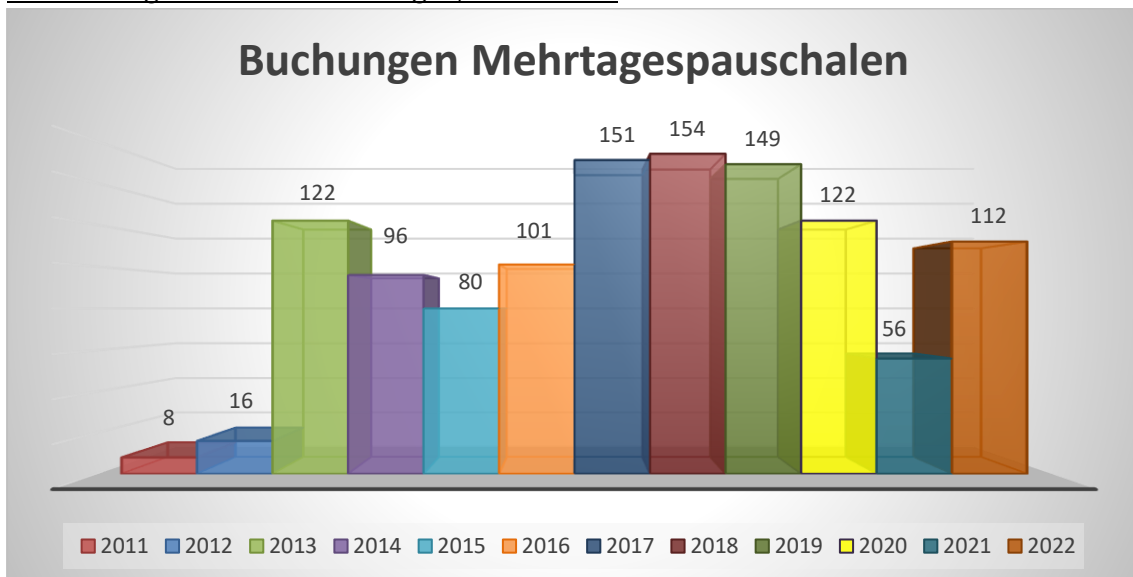
Eigene Erhebungen, Januar 2023

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2023

Entwicklung Umsatz der Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2023

Die Nordeifel Tourismus GmbH im Vergleich zu den umsatzstärksten Stützpunkten der Eifel in 2022:



Quelle: Eifel Tourismus GmbH, Januar 2023

Vergleich Buchungen im Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 (nach Erfassungsdatum) gegen den Zeitraum aus dem Vorjahr:

2022		2021		Unterschied Vorjahr (in %)
ExpertClient		ExpertClient		
Buchungen	72	Buchungen	53	35,85%
Umsatz	22.710,56 €	Umsatz	24.751,80 €	-8,25%
Internet		Internet		
Buchungen	124	Buchungen	129	-3,88%
Umsatz	17.079,73 €	Umsatz	7.030,15 €	142,95%
Gesamt		Gesamt		
Buchungen	196	Buchungen	182	7,69%
Umsatz	39.790,29 €	Umsatz	31.781,95 €	25,20%
	2022		2021	
Zusätzlich Organisationspauschalen		Zusätzlich Organisationspauschalen		
Anzahl	106	Anzahl	45	135,56%
Umsatz	62.659,14 €	Umsatz	30.474,45 €	105,61%
Umsatz Gesamt	102.449,43 €	Umsatz Gesamt	62.256,40 €	64,56%

Eigene Erhebungen, Januar 2023

Besucher:innen des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2018- 2021

Monat	2018	2019	2020*	2021**
Januar	1.409	1.238	1.512	0
Februar	1.407	1.854	1.463	0
März	1.946	1.999	618	331
April	4.203	3.851	0	430
Mai	5.882	3.824	2.119	809
Juni	4.158	4.942	3.128	2.798
Juli	5.404	4.976	5.145	0

August	5.369	5.425	4.873	0
September	4.807	4.051	4.099	0
Oktober	4.492	4.401	2.749	0
November	1.915	1.686	31	0
Dezember	1.589	1.636	0	891
Gesamt	42.581	39.883	25.737	5.259

*teilweise Schließung aufgrund der Corona-Schutzverordnung des Landes NRW

** teilweise Schließung aufgrund der Corona-Schutzverordnung des Landes NRW und Zerstörung durch das Hochwasser am 14./15. Juli

Besucherzählungen konnten im Jahr 2022 nicht mehr durchgeführt werden, da das offizielle Zählgerät bei der Flut zerstört wurde.

Erläuterungen zu den Statistiken:

Die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass großes Interesse besteht, sich mittels analoger und digitaler Medien / Kanäle über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Zugriffszahlen auf www.nordeifel-tourismus.de erhöht. Allerdings gilt es zu bedenken, dass auf der Homepage die sog. E-Privacy-Richtlinie der EU, allgemein bekannt als „Cookie-Richtlinie“ eingerichtet worden ist. Besucher der Homepage müssen demnach über ein Opt-in-Verfahren vor dem weiteren Besuch der Einzelseite zustimmen, dass die Nordeifel Tourismus GmbH die Tracking-Cookies u.a. für Marktforschungszwecke nutzen darf. Zahlreicher Besucher verweigern die Annahme und werden somit nicht erfasst. Durch eine laufende Suchmaschinenoptimierung, permanente Aktualisierungen und Google-Adwords-Kampagnen wird die Homepage www.nordeifel-tourismus.de weiterhin attraktiv gehalten

Weitere Entwicklungen:

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen die Beratungstage für touristische Betriebe an. Hauptanlass für dieses Angebot sind Bestrebungen und Entwicklungen, dass zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer überlegen, ihre bislang privat genutzten Immobilien zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen dieser Planung ergeben sich verschiedenste Fragestellungen und ein großer Beratungsbedarf. Als Handreichung wird neben umfangreichem Begleitmaterial ein Leitfaden mit praktischen Tipps und Hinweisen zur Verfügung gestellt.

Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wurde seit Anfang 2015 erweitert um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger, die sich im Bereich der Vermarktung und Positionierung, aber auch der Qualität und Nachfolge beraten lassen können.

Jahr	Anzahl der Beratungsfälle	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
2016	27	11
2017	38	15
2018	42	18
2019	40	22
2020	32	18
2021	17	1

2022	26	8
Gesamt	346	153

Eigene Erhebungen, Januar 2023

Vertrieb:

Die Anzahl der Vertriebsstellen wird sukzessive erweitert. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, den kooperierenden Übernachtungsbetrieben, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der ASEAG Aachen (Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG), Rurtalbus, Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft (REVG) und Regionalverkehr Köln (RVK), der Sängerkhof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn. Im Bereich der Kundenbindung ist die Entwicklung der Newsletterabonnenten auf über 6.214 im Dezember 2022 erwähnenswert. Auch die Anzahl der Facebook-Fans wächst stetig auf derzeit über 7.245 und 8.273 Follower an.

Zusammenfassung

Die Geschäftsführung kann den Geschäftsverlauf aufgrund eines Tourismusjahres ohne Einschränkungen und Krisensituationen als grundsätzlich positiv bewerten. Trotz eines immer noch reduzierten Bettenangebotes infolge von Betriebsschließungen nach dem Hochwasser und seinen Folgen sind die Übernachtungszahlen wieder auf ein Niveau bekannt aus der Vor-Corona-Zeit gestiegen. Die Geschäftsführung nimmt wahr, dass die verschärfte Situation auf dem Arbeitsmarkt verstärkt negative Auswirkungen auf die Tourismusbranche ausübt. Hier soll über verschiedenste Maßnahmen und durch verschiedene Partner zu einem Entgegenwirken beigetragen werden. Mit der Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel möchte die Nordeifel Tourismus GmbH bewusst auch einen Impuls nach innen setzen, um eine touristische Aufbruchstimmung zu erzeugen. Das erneute Erreichen des Finales beim Bundeswettbewerb nachhaltige Destinationen unterstreicht die Anerkennung und Würdigung des nordeifelweiten Engagements. Bewusst wird mittelfristig die frei zugängliche öffentliche touristische Infrastruktur nun weiter ausgebaut bzw. relauncht, um weiterhin die Qualitätsansprüche der Gäste erfüllen zu können. Private Investitionen müssen zwangsläufig folgen.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Destinationsmanagementorganisation (DMO), so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um das Ausüben einer originären kommunalen Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2022 58,92 % (Vorjahr 62,09 %). Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 614.050 € ein (Vorjahr 544.550 €).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

	Ist 2021	Wirtschaftsplan 2022	Ist 2022
Umsatzerlöse	261.818,26 €	326.150,00 €	349.357,45 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	70.715,43 €	65.100,00 €	78.840,70 €
Betriebsleistung	332.533,69 €	391.250,00 €	428.198,15 €

Im 14. Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus ist die Betriebsleistung im Vergleich zu 2021 um 95.664,46 € gestiegen.

Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen in 2022 349.357,45 € (Vorjahr 261.818,26 €). Im letzten Jahr konnten die Umsätze, die im Jahr 2021 durch Corona und auch die Flut stark eingebrochen waren, wieder gesteigert werden.

Bei den Abrufen zur Projektförderung für die Tourismuswerkstatt Eifel wurden rd. 16 T€ mehr an Zuschüssen abgerufen als im Ansatz des Wirtschaftsplans ausgewiesen – und ca. 20 T€ mehr als im Vorjahr. Viele Kurse der Tourismuswerkstatt konnten im Jahr 2022 wieder stattfinden, zum Teil als kostenfreie Online-Seminare. Im Projekt Tourismuswerkstatt Eifel ist im Vergleich zum Wirtschaftsplan ein Rückgang im Bereich der Seminarerlöse (ca. 5 T€) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte aber eine Steigerung von ca. 4 T€ erzielt werden.

Im Vergleich zum Jahr 2021, welches von Corona-Beschränkungen und der Flut gekennzeichnet war, konnte ein Anstieg an Buchungen von Übernachtungen und Pauschalbuchungen verzeichnet werden. Auch der Umsatz im Verkauf von Shop-Artikeln im NLP-Infopunkt in Gemünd konnte nahezu verdoppelt werden.

Weitere wesentliche Erlöse stammen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe im NLP-Shop, dem Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden sowie der Vermietung des Projektbüros „Wanderwelt der Zukunft“.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	Ist 2021	Wirtschaftsplan 2022	Ist 2022
Materialaufwand	50.800,62 €	105.000,00 €	92.588,65 €
Personalaufwand	445.577,41 €	476.300,00 €	486.879,72 €
Abschreibungen	14.817,43 €	20.000,00 €	12.617,98 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Zinsen	387.740,84 €	388.600,00 €	428.978,12 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-33.202,13 €	15.000,00 €	0,00 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	865.734,17 €	1.004.900,00 €	1.021.064,47 €
Ergebnis nach Steuern	-533.200,48 €	-613.650,00 €	-592.866,32 €
sonstige Steuern	252,00 €	400,00 €	246,00 €
Jahresfehlbetrag	-533.452,48 €	-614.050,00 €	-593.112,32 €

Der Materialaufwand beträgt in 2022 92.588,65 € (Vorjahr 50.800,62 €). Die Einsparungen des Materialaufwands im Vergleich zum Wirtschaftsplan (105.000,00 €) ist im Wesentlichen auf das noch reduzierte Angebot in der Touristinformation in Gemünd zurückzuführen.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden auch im Jahr 2022 verstärkt Ausgaben für Marketing vorgenommen, um die Region nach dem Hochwasser und Corona wieder zu stärken. Im Wirtschaftsplan wurde ein Ansatz von 120 T€ ein geplant, tatsächlich ausgegeben wurden ca. 152 T€. Für die Fortbildung der Mitarbeiter:innen und neuen Minijobber:innen wurden für Schulungen in der Tourismuswerkstatt Eifel, DTV-Nachklassifizierungen und Deskline-Schulungen

im Plan 3 T€ angesetzt, es konnten den Mitarbeiter:innen tatsächlich Schulungen in Höhe von 4 T€ geboten werden.

Im Bereich Referent:innen der Tourismuswerkstatt Eifel liegen die Kosten mit 42 T€ insgesamt 12 T€ über der angesetzten Planung, da viele Kurse in der Tourismuswerkstatt angeboten werden konnten. Darin enthalten sind auch die Kosten der „Evaluierung, Optimierung, Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Tourismuswerkstatt mit Fokus auf die Fachkräfteentwicklung in den HOGA Betrieben und Berufen. Für die vorbereitenden Workshops wurden ca. 15 T€ in Ansatz gebracht.

Für die Externe Buchhaltung sowie Steuerberatungskosten wurde im Wirtschaftsplan ein Ansatz in Höhe von 25 T€ gewählt. Die Ausgaben in diesem Bereich liegen in 2022 bei 34 T€. Das Steuerberatungsbüro dhpG unterstützte die NeT im Klageverfahren durch einige im Rahmen des Gerichtsverfahrens zu erstellende Schriftsätze an das Finanzgericht Köln sowie die Teilnahme an der mündlichen Verhandlung in Köln am 17.02.2022.

Die Personalaufwendungen sind um 11 T€ höher als im Wirtschaftsplan, dies resultiert im Wesentlichen aus den Zulagen von Herrn Schmitter und Frau Schumacher gem. Beschluss Nr. 196/2021 (Gehaltsanpassungen), welche im Wirtschaftsplan noch nicht enthalten waren. Die Abschreibungen liegen um 7 T€ niedriger als im Planbereich. Insgesamt beträgt der Jahresfehlbetrag -593.112,32 € (Wirtschaftsplan -614.050 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahres von 204.477,31 € auf € 215.390,65 erhöht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2022 21.344,56 € (Vorjahr 25.683,04 €).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 215.390,65 € rund 72,18 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 10.349,98 € laufende Abschreibungen in Höhe von 12.617,98 € sowie Anlagenabgänge in Höhe von 192,00 € gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag 25.831,67 € (Vorjahr 28.291,67 €) beträgt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens für die Geschäftstätigkeit als angemessen bezeichnet werden.

d) Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow (aus laufender Geschäftstätigkeit) beträgt im Jahr 2022 -595 T€ (Vorjahr -591 T€).

Die Umsatzrendite (Anteils des Jahresfehlbetrags am Umsatz) beträgt im Geschäftsjahr 2022 --170 % (Vorjahr -204 %). Zum Ausgleich des negativen Cash-Flows erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

Aus nicht finanzieller Sicht weisen eine geringe Fluktuation und langjährige Beschäftigungsverhältnisse auf eine hohe Zufriedenheit und ausgeprägte Identifikation zum Unternehmen hin. Mit Einführung der neuen Dienstvereinbarung zum 01. Januar 2022, die die bisherige Arbeitgeberrichtlinie ersetzt, wird die Betriebszugehörigkeit weiterhin monetär gewürdigt. Die Qualität eingehender Bewerbungen zur Besetzung vakanter Stellen und die regelmäßig belegten Praktikumsplätze sind ein spürbares Indiz für die Beliebtheit und Attraktivität der Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeberin.

Neben diesen Aspekten lassen das von den touristischen Partnern entgegengebrachte Vertrauen, die Wertschätzung und die in Anspruch genommene Fachkompetenz auf eine hohe Reputation schließen. Auch das hohe Medieninteresse ist ein Indiz für die spürbare Wahrnehmung der Arbeit der Nordeifel Tourismus GmbH und die touristische Attraktivität der Nordeifel. Auch bei der angedachten Fusion der beiden Tourismusorganisationen Rureifel und Monschauer Land, dem geplanten nachhaltigen Engagement zahlreicher DMOs in NRW und geplanten Projekten wird die Nordeifel Tourismus GmbH mit ihrem Geschäftsmodell und ihrer guten Vernetzung als Vorbild betrachtet und zur Beratung eingebunden.

Auch bei Gästen liegt die Nordeifel wieder verstärkt in der Gunst, was über die Zahlen der amtlichen Statistik abgebildet wird.

Die Konzentration auf eine nachhaltige touristische Ausrichtung, mit dem sich die Nordeifel auf Bundesebene etabliert hat und unter anderem in der Exzellenzinitiative nachhaltige Reiseziele engagiert, ist nun mit der Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel weiter fortgesetzt worden. Im Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 kommt dem Aspekt Nachhaltigkeit als Querschnittsthema im Bereich der fünf Handlungsfelder eine entscheidende Bedeutung zu. Die Einrichtung eines Nachhaltigkeits-Beirats und eines Nachhaltigkeits-Teams unterstreichen die Bestrebungen der Geschäftsstelle. Beim Bundeswettbewerb nachhaltige Tourismusdestinationen 2022/2023 konnte die Nordeifel Tourismus GmbH das Finale erreichen.

e) Gesamtaussage

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat sich als Destinationsmanagement-Organisation etabliert und mit ihrem Leistungsspektrum dazu beigetragen, den Bekanntheitsgrad der Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktleitlinien Aktivzeit, Familienzeit und Kulturzeit an. Zudem ist sie als wichtiger Partner aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung entscheidender Strukturförderprojekte eingebunden, um die Region touristisch zukunftsfit zu machen. Hier erfolgt eine intensive und gute Zusammenarbeit mit den Funktionalpartnern und touristischen Akteuren in der Region. Mit Blick in die Zukunft stehen große Herausforderungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Fachkräfteentwicklung, zukunftsfähige Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, Mobilität und Strukturwandel im Rheinischen Revier an. Um Lösungen erarbeiten zu können, muss hier arbeitsteilig in guter Netzwerkarbeit vorgegangen werden, und jeder Akteur seine Verantwortung und seine Stärken mit dem notwendigen Engagement einbringen.

Durch neue Förderprogramme wie dem RWP-Programm, aber auch langjährig bekannten Förderzugängen über die EFRE-Tourismusaufrufe sowie LEADER wird die Region mittelfristig in die Lage versetzt sein, verstärkt finanzielle Unterstützung für touristische Vorhaben erfahren zu können.

Das Geschäftsjahr 2022 war nach zwei außergewöhnlichen Jahren nun ein normales Jahr, in dem die Region mit ihren Stärken und ihrem attraktiven Angebot aufwarten konnte. Die Übernachtungszahlen deuten an, dass die Nachfrageseite sich wieder an die Zeit vor den Krisen annähert. Um den verabredeten Kurs bis 2025 weiter fortsetzen zu können, wurden zahlreiche Maßnahmen des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2020-2025 umgesetzt.

Die Themenmarke EifelSchleifen & EifelSpuren bildet nach wie vor die entscheidende Grundlage für die weitere Profilierung als Wanderdestination. Weitere Ausbaustufen im Bereich digitale Services und touristische Infrastruktur werden in den nächsten Jahren folgen. Diese Aufgabe werden das Wanderwegemanagement des Kreises Euskirchen und die Nordeifel Tourismus GmbH gemeinsam mit den Kommunen und dem Eifelverein angehen. Die touristische Aufwertung des Radwegenetzes erfolgt parallel mit einer eigenen Themenmarke.

Im Zuge des Engagements als nachhaltig agierende Tourismusregion wird die Nordeifel neben wenigen anderen Destinationen in Deutschland als Paradebeispiel angesehen. Als Erfolgsfaktor hat sich bewährt, dass das touristische Netzwerk funktioniert und die gute sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Funktionalpartnern garantiert ist.

Nachhaltigkeit ist ein niemals endender Prozess. Umso wichtiger ist es, dass die Nordeifel Tourismus GmbH den eingeschlagenen Kurs fortsetzt und neben dem operativen Geschäft auch weiterhin „hinter den Kulissen“ intensive touristische Strukturförderung betreibt, um die Region und ihre Akteure touristisch attraktiv zu halten bzw. zukunftsfit machen.

III. Prognosebericht

Die Krisen seit Anfang 2020 haben gezeigt, dass mit dem Vertrauen und der Rückendeckung der Gesellschafter die touristische Arbeit professionell und jederzeit flexibel angepasst auf die jeweilige Situation, erfolgen kann. Die Geschäftsführung und Mitarbeitenden sind sich diesen Voraussetzungen bewusst und können so mit den notwendigen Freiräumen und der für touristische Arbeit essenziell wichtigen Kreativität touristisch denken, planen und arbeiten.

Mit dem Bewusstsein und der verlässlichen Basis, die aus einem guten funktionierenden Netzwerk besteht, können die Herausforderungen mit dem notwendigen Optimismus angegangen werden. Die notwendige Motivation dafür speist sich aus der Aufmerksamkeit, die die Region von Gästen aber auch von Bürgern und Bürgerinnen erfährt.

Von der Finanzplanung her ist die Finanzierung der Gesellschaft bis 2027 gesichert. Wie vereinbart, wird sich die Gesellschafterversammlung spätestens im Jahr 2025 mit der weiteren Finanzierung befassen. Eine Unsicherheit besteht infolge der Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes. Wie in der Dienstvereinbarung geregelt, sind die Gehaltsanpassungen der Mitarbeitenden an die Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst angelehnt. Sofern diese das Personalbudget deutlich erhöhen, muss sich die Gesellschafterversammlung bereits früher mit der perspektivischen Finanzplanung befassen, um zu gewährleisten, dass die Finanzierung mittelfristig gesichert ist.

Die jahrelang über der Gesellschaft stehende Bedrohung in Form des Steuerverfahrens ist geklärt und versetzt die Nordeifel Tourismus GmbH in die Lage, ihre Geschäfte als Reisemittler und Reiseveranstalter ohne Einschränkungen weiter fortsetzen zu können.

Um den Entwicklungsprozess der Nordeifel Tourismus GmbH anschaulich nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit hilfreich. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist im eifelweiten Vergleich die größte Teilregion der Eifel, die deshalb im Gegensatz zu anderen Teilregionen eine andere Rolle - mit zusätzlichen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen - wahrnimmt, aber auch zusätzliche Verpflichtungen hat. Zugleich bildet das Zuständigkeitsgebiet eine Gebietskörperschaft ab, so dass sich viele Prozesse einfacher anschieben und umsetzen lassen können.

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat sich sowohl im Land Nordrhein-Westfalen aber auch bei Tourismusorganisationen in namhaften Destinationen einen guten Ruf erarbeitet. Nicht selten werden Maßnahmen und Projekte als Best-practice-Beispiele zitiert und teilweise auch übernommen sowie die Federführung bei regionalen Projekten mit Ausnahme bei touristischen Infrastrukturprojekten bewusst bei der Nordeifel Tourismus GmbH angesiedelt. Gleiches gilt bei der Genese von Projekten Dritter, bei denen die Nordeifel Tourismus GmbH in eine Lenkungs- oder Steuerungsgruppe einbezogen wird.

Die äußerst dynamische Tourismusbranche ist sowohl angebots- als auch nachfrageseitig in einem ständigen Veränderungsmodus. Immer wieder stehen neue Herausforderungen an, gleichzeitig bieten sich zahlreiche Chancen für die touristische Weiterentwicklung der Region, auch vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Trends, wie einem deutlich ausgeprägten, nachhaltigen Lebensstil oder aber der Chance, die sich in Folge eines veränderten Reiseverhaltens ergeben können.

Weitere wichtige Betätigungen und direkte Einflussmöglichkeiten auf die touristische Entwicklung sind gegeben aus den Synergien mit dem Wegemanagement der "Wanderwelt der Zukunft - Eifelschleifen & Eifelspuren" und der dort gleichzeitig angesiedelten touristischen Strukturförderung, dem Fahrradfreundlichen Kreis Euskirchen, der Verantwortung für die Tourismuswerkstatt Eifel, der Mitwirkung bei den Projekten des Naturparks Nordeifel e.V. „Unterm Sternenzelt – Die Eifel bei Nacht“, „Eifel barrierefrei“ und „Nordeifel regional und nachhaltig“, der Mitarbeit beim Radkonzept Eifel, der Mitgestaltung der touristischen Transformation im Rheinischen Revier und der engen Verflechtung mit der Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen sowie dem Geschäftsbereich V (u.a. ÖPNV, Kreisentwicklung, Abfall, Global nachhaltige Kommune, UNB).

Den anstehenden Herausforderungen gilt es mit strategischen Ansätzen im Sinne einer interkommunalen Ausrichtung zu begegnen und dabei die Nordeifel als touristische Teilregion besonders zu stärken. Mit der Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel hat die Nordeifel einen wichtigen Schritt vollzogen, um sich weiter zu profilieren und zu positionieren und die Region in eine gute Ausgangslage gebracht, von den in Aussicht stehenden Fördermöglichkeiten u.a. RWP, EFRE, Rheinisches Revier und LEADER, profitieren zu können. Andere Destinationen in NRW und Tourismus.NRW begeben sich mittlerweile auch auf diesen Weg, so dass die Region diesen Vorsprung

nutzen sollte und vor allem von der Dynamik nicht nachlassen sollte. Das Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 liefert dafür eine fundierte Grundlage, und sollte daher frühzeitig eine Fortschreibung erfahren.

Exemplarisch sind die folgenden Maßnahmen in den fünf Handlungsfeldern vorgesehen:

Infrastruktur

- Fortführung der Tourismuswerkstatt Eifel mit einer Qualitätsoffensive in den HOGA-Berufen und einer verstärkten Berücksichtigung von Aspekten der Nachhaltigkeit und Arbeitgeberattraktivität in den Weiterbildungsangeboten
- Fortsetzung der Mitarbeit in den Projekten „Unterm Sternenzelt“ und „Eifel barrierefrei“
- Mitarbeit bei der Konzeption neuer touristischer ÖPNV-Linien
- Mitarbeit im Projekt „Tourist-Information der Zukunft“ (bei Förderzusage)
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der EifelSchleifen & EifelSpuren
- Vermarktung des Radknotenpunktsystems inkl. Produktentwicklung, konzeptionelle Planung für den infrastrukturellen Ausbau

Angebote & Produkte

- Einführung des „Grünen Euro“ bei Mehrtagesarrangements und im Rahmen einer freiwilligen Abgabe => finanzielle Unterstützung von Projekten des Vereins Bergwaldprojekt e.V. in der Nordeifel
- Förderung der nachhaltigen Partnerbetriebe
- Weitere Professionalisierung der Beratungs- und Buchungsstelle
- Intensivierung der Arbeit in den Angebotsgruppen und Routenteams
- Verhandlungen für die GästeCard ab 2024
- Auf Wunsch Teilnahme an kommunalen touristischen Netzwerktreffen

Kommunikation & Vertrieb

- Erstellung des Kommunikationskonzeptes mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit
- Fortsetzung der Erstellung von Content wie Fotos und Videos zum natürlichen Nachterlebnis
- Produktion von Kurzvideos „Schön bei uns?“
- Durchführung der Wahl „EifelSchleife / EifelSpur des Jahres“
- Durchführung von Kampagnen, u.a. Vorstellung nachhaltige Partnerbetriebe, „Schön bei uns? Und „Nah dran. Weit weg“
- Hervorhebung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Produkten und Angeboten

Organisation, Management & Finanzierung

- Mitarbeit in Projekten und Initiativen
- Verfassen des jährlichen Nachhaltigkeitsberichts und weitere Verpflichtungen im Rahmen des Zertifikats nachhaltiges Reiseziel

Gästeservice

- Schulungen für Counterkräfte
- Mitarbeit im Projekt „TI der Zukunft“ bei Förderung

Bezüglich des Fundaments des touristischen Angebotes, den Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, bestehen nach wie vor berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, vor einer ungeklärten Nachfolgeregelung stehen, aus wirtschaftlichen Gründen in Folge von Corona oder des Hochwassers zurückziehen und / oder sich aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe ergibt. Problematisch sind weiterhin die mitunter großen Investitionsstaus in Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben. Als weitere große Herausforderung hat sich mittlerweile die Situation auf dem Arbeitsmarkt dahingehend verschärft, dass sämtliche touristischen Dienstleister:innen Probleme haben Arbeitskräfte geschweige Fachkräfte zu gewinnen. Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, mit der Ausbildung von Fachkräften in touristischen Berufen und dem frühen Kontakt junger Menschen mit der Tourismusbranche, z.B. im Rahmen der Berufsfelderkundung (BFE), die Herausforderung aus einer Richtung anzugehen. Parallel dazu sind die Betriebe mehr und mehr gefordert, sich als attraktive

Arbeitgeber aufzustellen und zu erweisen. Hier wird die Tourismuswerkstatt Eifel in ihrer zukünftigen Ausrichtung einen Schwerpunkt entwickeln, um insbesondere die Betriebsinhaber zu unterstützen.

Ein weiterer für die Zukunft bedeutender Bereich umfasst die Mobilität, bei deren Entwicklung die Bedürfnisse von Gästen immer auch mitbetrachtet werden sollten. Die Nordeifel Tourismus GmbH engagiert sich hier über die Einbeziehung in die Steuerungsgruppe des Kreises Euskirchen im Zuge der geplanten Entwicklung eines integrierten Mobilitätskonzeptes.

Die genannten Herausforderungen treffen die Region im Großen und Ganzen und die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da diese auf gut funktionierende, marktfähige touristische Akteure in einer nennenswerten Anzahl angewiesen ist, um Qualitätstourismus sicher zu stellen, Produktentwicklung zu betreiben und Vermarktungsaktivitäten zu entfalten. Grund zur Hoffnung geben der Geschäftsstelle bekannte Investitionsvorhaben im Bereich des Übernachtungsgewerbes an mehreren Standorten in der Nordeifel. Auch das bemerkenswerte Engagement einiger Akteure, die teilweise vom Hochwasser getroffen worden sind, und sich im Zuge der nachhaltigen Entwicklung als nachhaltige Partnerbetriebe der Nordeifel Tourismus GmbH beteiligen, gebührt große Anerkennung. Allerdings fehlen nach der Flutkatastrophe immer noch einige Schlüsselbetriebe.

Erfreulicherweise stehen auch im Kreis Euskirchen neben Fördermöglichkeiten für die öffentliche Infrastruktur mittlerweile Fördermöglichkeiten inkl. Investitionskostenzuschüssen für Privatunternehmen zur Verfügung. Eine weitergehende Beratung und Betreuung interessierter Unternehmen erfolgt über die Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 61 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen finanziell eingeschränkt sind.

Die touristische Arbeit konnte im Jahr 2022 wieder unter regulären und vorhersehbaren Umständen erfolgen. Nichtsdestotrotz wird die touristische Landschaft nach wie vor von den Nachwirkungen des Hochwassers im Sommer 2021 geprägt, wenngleich ein Großteil des Angebotes im Laufe des Jahres 2023 wieder am Markt ist. Die bis Mitte 2024 vorgesehene Wiederinbetriebnahme der DB-Linien ist als weiteres positives Zeichen zu werten. Die Sorge vor einer erneuten Krisensituation durch Corona oder andere unvorhergesehene Entwicklungen beeinflussen sowohl die Bürger:innen als auch unsere Gäste. In diesem Zusammenhang muss darauf vertraut werden, dass es der Region gelungen ist, sich situativ immer wieder gut auf die unterschiedlichen Szenarien einzustellen. Im Bereich der Kommunikation, des Gästeservice und der Betreuung der touristischen Akteure obliegt eine große Verantwortung bei der Nordeifel Tourismus GmbH.

Das Betriebsergebnis hat sich analog der touristischen Belegung im Jahr wieder verbessert, da sich die Umsatzerlöse insgesamt wieder erhöht haben.

Die Geschäftsstelle hat im Gegensatz zu den vergangenen drei Jahren eine deutlich bessere Planungssicherheit. Somit konnten für die Saison 2023 frühzeitig Maßnahmen im Bereich der Produktentwicklung und Vermarktung entwickelt werden, die dazu beitragen sollen, die Nordeifel als Reiseziel wieder fest im Markt zu etablieren und im Bereich der Strukturförderung in strategisch bedeutsamen Bereichen mitzuarbeiten.

Durch Beendigung des Steuerverfahrens hat die Nordeifel Tourismus GmbH auch in finanzieller Hinsicht kein Risiko mehr zu befürchten. Die von den Gesellschaftern geleisteten Zahlungen zur Finanzierung der seinerzeit angesetzten Steuerschuld wurden zwischenzeitlich vollständig zurück-erstattet.

In Bezug auf das EU-Beihilferecht ist nach wie vor festzustellen, dass, wenn überhaupt, nur in den Jahren 2015 und 2016 in geringem Umfang Beihilfen für wirtschaftliche Betätigungen, nämlich für Reisevermittlungsdienste und das betriebliche Qualitätsmanagement für kleinere und mittlere Unternehmen des Tourismugewerbes, zugunsten der Nordeifel Tourismus GmbH festzustellen sind.

Alle anderen ausgleichsbedürftigen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH sind hingegen nach der aktuellen Entscheidungspraxis der EU-Kommission eindeutig nicht beihilfenrechtsrelevant, weil die nicht-einnahmeschaffende Wahrnehmung von Aufgaben einer Destinations-Management-Organisation unabhängig von der zivilrechtlichen Rechtsform der Nordeifel Tourismus GmbH nicht das Tatbestandsmerkmal eines wirtschaftlichen Unternehmens erfüllen. Verbotene Beihilfen können jedoch nur an Unternehmen im beihilfenrechtlichen Sinne gewährt werden. Daher war und ist ein Ausgleich der mit diesen Betätigungen verbundenen Aufwendungen auch ohne eine Genehmigung der EU-Kommission bzw. ohne Freistellung vom Beihilfenverbot weiterhin zulässig, soweit der Ausgleich gemäß den Ergebnissen der Trennungsrechnung allein den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH zugutekommt, bzw. solange Ausgleichsleistungen gemäß der Trennungsrechnung für die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Nordeifel Tourismus GmbH unterhalb der Bagatellschwelle von 200.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren bleiben.

Da die Freistellung gemäß der De-minimis-VO von der Nordeifel Tourismus GmbH in Anspruch genommen wird, sind sowohl die Nordeifel Tourismus GmbH als auch der Kreis Euskirchen den Transparenz- und Dokumentationspflichten des Art. 6 der De-minimis-Verordnung nachgekommen.

2. Chancenbericht

Die Corona-Pandemie und das Hochwasser haben die Eifel mit ihrem touristischen Angebot stark getroffen und sowohl bei der Nordeifel Tourismus GmbH, aber vielmehr noch bei zahlreichen touristischen Partnern, zu erheblichen Einbußen geführt. Das Tourismusjahr 2022 hat gezeigt, dass die Nordeifel diese Krisenphasen mit ihren Extremsituationen verhältnismäßig gut überwunden hat. Die touristische Nachfrage ist im abgelaufenen Jahr deutlich angezogen, was sich in steigenden Gästezahlen widerspiegelt.

Zahlreiche Indikatoren wie Buchungsanfragen, Prospektanforderungen, Zugriffszahlen und social-media-Kontakte beweisen, dass die Nordeifel bei Gästen hoch im Kurs steht. Die Übernachtungszahlen für 2022 und das auch diesem Jahr für das Bezugsjahr 2022 vorgesehene DWIF-Gutachten werden zahlenmäßig belegen, dass die Wertschöpfung durch Tourismus im Gegensatz zu den Jahren 2020-2021 wieder deutlich gestiegen ist. Der Trend zu einem bewussten und nachhaltigen Lebensstil, kombiniert mit einer Änderung des Reiseverhaltens während der Corona-Pandemie können dazu beitragen, dass die Nordeifel zusätzliche Aufmerksamkeit gewinnt und als Reiseziel begehrt sein wird. Eine Unsicherheit birgt die mit dem Ukraine-Krieg verbundenen Steigerungen der Lebenshaltungskosten. Inwiefern die Inflation deutliche Auswirkungen auf das Reiseverhalten – damit sind Tagesausflüge, Kurz- und Haupturlaube gemeint – hat, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Auffällig ist die rege Buchungstätigkeit zu Beginn des Jahres 2023. Interessant zu beobachten wird auch sein, ob Buchungsaktivitäten weiterhin eher kurzfristig erfolgen oder wieder mit mehr Vorlaufzeit. In Bezug auf Tagesausflüge könnte sich die Einführung des 49€-Tickets ab Mai 2023 positiv auf die Entwicklung der Saison ausweisen.

Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und der Verantwortungsbereich haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht und zeigen, dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH zwischenzeitlich von einer Tourismus- zu einer Destinationsmanagement-Organisation gewandelt hat. Die Reaktion und ein strategisches Agieren in Krisenzeiten musste erlernt werden und hat die Geschäftsstelle wie andere Unternehmen vor besondere Herausforderungen gestellt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu beiträgt, dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH strategisch und operativ professionell auf ihre Arbeit konzentrieren kann. Die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern und Tourist-Informationen sowie den weiteren Funktionalpartnern funktioniert reibungslos. Diese Stärke gilt es zu nutzen, um auch den anstehenden Herausforderungen mit der richtigen Strategie zu begegnen.

Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren wird es sein, die im Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Chancenfelder sukzessive mit innovativen Projekten und Angeboten zu „bespielen“.

Dabei muss der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Kernthemen weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Im Bereich der nach innen und außen gerichteten Kommunikation soll das neu entstehende Kommunikationskonzept Nachhaltigkeit im Tourismus der Region einen weiteren Qualitätsschub verleihen, um sich als nachhaltiges Reiseziel auf sympathische und authentische Art und Weise zu präsentieren. Die Position der Nordeifel als festes Mitglied der TOP 10 der nachhaltigen Reiseziele in Deutschland gilt es weiter zu festigen und unter anderem mit den im jährlichen Verbesserungsprogramm verankerten Maßnahmen zu stärken. Beim Bundeswettbewerb nachhaltige Tourismusdestinationen 2022/2023 konnte die Nordeifel Tourismus GmbH das Finale erreichen.

Parallel zu den Bemühungen der Nordeifel Tourismus GmbH sind alle Partner gefordert, sich ebenso zu engagieren. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist in einigen Prozessen wie der Arbeits- und Fachkräfteproblematik sowie der Mobilitätsplanung intensiv mit einbezogen. Gesellschafter sollten bei eigenen Prozessen ebenfalls die Potenziale der Nordeifel Tourismus GmbH nutzen und diese zumindest über anstehende Prozesse oder Sachstände von Planungen informiert halten, um im Bereich der Nachhaltigkeit noch deutlichere Akzente setzen zu können, bedarf es aus Sicht der Geschäftsführung perspektivisch einer personellen Erweiterung in der Geschäftsstelle in diesem Bereich.

Einhergehend mit dem nachhaltigen Engagement bleibt die beratende Funktion in Richtung touristische Akteure und bei der Gestaltung der Region als Lebensraum für Bürger:innen und als Destination für Gäste.

Umso wichtiger ist der Beschluss in der 39. Sitzung der Gesellschafterversammlung im Herbst 2022, dass sich die Region neben der geplanten Umsetzung des Projektes „Tourist-Information der Zukunft in der Nordeifel“ nun auf den weiteren Ausbau der touristischen Infrastruktur im Bereich Wandern und Radfahren konzentriert. In diesem Zusammenhang ist eine zweistufige Vorgehensweise vorgesehen. Zunächst einmal gilt es ein Konzept zu entwickeln, auf dessen Grundlage dann schließlich die Umsetzung erfolgen soll. Beide Schritte wären über das RWP-Programm förderfähig. Mit der möglichen Schaffung einer Themenmarke Rad – idealerweise unter dem Titel EifelRadSchleifen – soll der zweite Schwerpunkt in der Produktleitlinie Aktivzeit neben dem Thema Wandern weiter gestärkt werden. Das geplante attraktive Netz an thematischen Radrunden bietet die notwendige Ergänzung zum bislang eher auf streckenbasierten Radwegenetz in der Nordeifel. Die gute Resonanz im Rahmen der Wahl „Wanderweg des Jahres in der Nordeifel 2023“, die nun jährlich durchgeführt wird, beweist, dass die Themenmarke EifelSchleifen & EifelSpuren mittlerweile gut im Markt angekommen und äußerst positiv bewertet wird.

Die sich bietenden Förderprogramme (RWP, EFRE) bringen für die Umsetzung von Vorhaben im infrastrukturellen Bereich eine Erleichterung mit sich. Wichtig in diesem Zusammenhang wird es sein, den in der Region vorhandenen Gemeinschaftsgeist bei touristischen Projekten weiter konsequent anzuwenden, um größere, touristisch wirksame Projekte idealerweise interkommunal aufzusetzen und damit in die Gunst der Förderprogramme kommen zu können.

Im Bereich der Aktivzeit sorgen die beiden Angebote natürliches Nachterlebnis und Trekking auf verschiedenste Art und Weise für spürbare Impulse. Beides eint, dass das aktive Naturerleben auch bei Dunkelheit möglich ist, neue Zielgruppen auf die Nordeifel aufmerksam werden und das Image der gesamten Eifel zusätzlich eine deutliche Belebung erfährt. Zusätzlich bietet das natürliche Nachterlebnis, das mit der Einrichtung der SternenBlicke in 2023 mit professioneller Infrastruktur noch weiter ausgebaut wird, großes Potenzial um auch die Nebensaison touristisch zu beleben.

Touristische Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird die wichtige Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH bleiben. Eine Tourismusorganisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Die Mammutaufgabe Arbeits- und Fachkräfteproblematik wird deshalb von der Nordeifel Tourismus GmbH tatkräftig mit unterstützt, u.a. mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung der Tourismuswerkstatt Eifel.

Als Destinationsmanagement-Organisation kann man bis zu einem Grad nur so erfolgreich arbeiten, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie) sowie weitere

touristische Partner:innen sich qualitativ weiterentwickeln und für eine Zusammenarbeit mit der NeT bereit stehen. Die nachhaltigen Partnerbetriebe nehmen als Aushängeschilder eine bedeutende Rolle dabei ein.

Um auch in Zukunft Qualitätstourismus bieten zu können, müssen Voraussetzungen wie eine deutlichere Investitionsbereitschaft der touristischen Leistungsträger, eine hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter, touristischen Akteure und Sponsoren gegeben sein.

Dazu gehört auch, dass die Gesellschafter fortwährend den Akteuren vor Ort, ggf. über lokale Netzwerktreffen und sich bietenden Kontakten, die Leistungen der Nordeifel Tourismus GmbH und deren Beteiligungsmöglichkeiten näherbringen sollten und selbst verantwortlich zeichnen, das touristische Vor-Ort-Angebot als Basis für eine professionelle weitere Vermarktung der Nordeifel Tourismus GmbH attraktiv zu halten und weiterzuentwickeln. Das Querschnittsthema Nachhaltigkeit muss weiterhin den Kern der zukünftigen Ausrichtung Nordeifel bilden.

Neben dem gesellschaftlichen Treiber Nachhaltigkeit fordert auch die Digitalisierung den Tourismus zu einem fortwährenden agilen und innovativen Handeln auf. Perspektivisch stellt der Relaunch von www.nordeifel-tourismus.de dabei einen wichtigen Schritt dar. Daneben bieten sich in verschiedenen Bereichen wie im internen Geschäftsbetrieb, im Datenmanagement, bei social media, Inszenierungen (augmented oder virtual reality) etc. eine Vielzahl von notwendigen oder freiwillig sich bietenden Möglichkeiten. Um weiterhin zukunftsfähig arbeiten zu können, sollte aus Sicht der Geschäftsführung im Bereich digitale Services ebenfalls über eine personelle Verstärkung und digitale Ausstattung der Mitarbeiter nachgedacht werden.

In der Produktleitlinie Kulturzeit haben sich die Veranstaltungsformate „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Nordeifel Mordeifel“ und Archäologietour Nordeifel mittlerweile fest etabliert. Erweitert wird das Angebotsspektrum vom Mundartfestival „Mir kalle platt“, das in einer kleinen Ausgabe 2022 Premiere gefeiert hat und 2023 in größerem Umfang mit über 10 Einzelveranstaltungen fortgesetzt wird.

Zur Intensivierung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger untereinander fand nach zweijähriger Pause „NeTWorking Nordeifel“, ein regionales Netzwerk-Treffen, wieder statt. Die zukünftige Einbindung der Bürger:innen in touristische Entscheidungsprozess wird über den Zertifizierungsprozess als nachhaltiges Reiseziel mit betrachtet und soll unter anderem über eine Online-Befragung angeboten werden.

Zu den personellen Bedarfen wird die Geschäftsführung in 2024 unter Berücksichtigung einer kritischen Aufgabenbetrachtung einen konzeptionellen Vorschlag unterbreiten.

Mit Interesse verfolgt die Nordeifel Tourismus GmbH die sich anbahnende touristische Fusion der Rureifel und des Monschauer Landes, die andere Art der Kooperation und Vorteile infolge von Entlastungen für die Nordeifel Tourismus GmbH mit sich bringen kann.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse.

Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VI. Bericht über die Zweigniederlassungen

Der Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden zum Betrieb der Tourist-Information ist zum Ende des Jahres 2022 ausgelaufen. Seit dem 01. Januar 2023 betreibt die Gesellschaft für Wirtschaft, Tourismus und Veranstaltungen mbH der Stadt Schleiden die Tourist-Information. Die Arbeitsverträge der in Gemünd tätigen Beschäftigten sind zum 31. Dezember 2022 geendet. Ein Großteil der Beschäftigten wurde von der neuen GmbH übernommen.

Kall, den 30.06.2023

Iris Poth Patrick Schmidder
Geschäftsführerin Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
3. Markus Ramers, Landrat	Ingo Hessenius, GBL I (ab 08/2023 GBL III)
4. Günter Weber (Stimmführer), CDU	Bernd Müller, CDU
5. Wolfgang Heller (stv. Stimmführer), SPD	Michael Höllmann, SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Umbe-
setzung in der Gesellschafterversammlung beschlossen:*

*Bisheriges ordentliches Mitglied: Günter Weber (Stimmführer), CDU
Neues ordentliches Mitglied: Bernd Müller (Stimmführer), CDU*

*Bisheriges stellvertretendes Mitglied: Bernd Müller, CDU
Neues stellvertretendes Mitglied: Manfred Manheller, CDU*

Geschäftsführung:

Frau Iris Poth
Herr Patrick Schmidder

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 89.812,61 €. Hiervon entfiel auf die Geschäftsführerin Frau Poth ein Betrag von 8.289,45 € und auf den Geschäftsführer Herr Schmidder ein Betrag von 89.812,61 €.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Die Frauenquote in der Gesellschafterversammlung beträgt 35,29%.

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 17 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 5 LGG Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) sind nur Betriebseinheiten ab 20 Personen zur Aufstellung eines Gleichstellungsplans verpflichtet.

Die NeT GmbH beschäftigt aktuell 13 Mitarbeitende. Die Frauenquote der NeT GmbH beträgt 83,33 %. Ein Gleichstellungsplan ist derzeit nicht vorhanden und nicht erforderlich.

3.4.1.13 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Am Brainergy Park 21
52428 Jülich
Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>
Gründungsjahr: 7. März 2014

Am 21. Dezember 2020 wurde die Änderung des Gesellschaftsvertrages unterzeichnet, die unter anderem die Umfirmierung als „Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH“ (Eintragung Handelsregister am 23. Juni 2021) beinhaltet.

Im Jahr 2022 wurde der Firmensitz in den Brainergy Park als einem der ersten großflächig sichtbaren Transformationsstandorte verlegt (vorherige Anschrift: Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13, Jülich).

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Mit Eintragung des neuen Gesellschaftsvertrages im Handelsregister am 23. Juni 2021 hat die Gesellschaft 18 Gesellschafter (bisher 15 Gesellschafter). Der Kreis Euskirchen hält weiterhin 8 Anteile von insgesamt 100 Anteilen. Die neuen Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter ab Juni 2021	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	2.000,00	8,00
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00	10,00
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00	10,00
Kreis Heinsberg	2.000,00	8,00
Kreis Düren	2.000,00	8,00
StädteRegion Aachen	2.000,00	8,00
Stadt Mönchengladbach	2.500,00	10,00
Zweckverband Region Aachen	2.000,00	8,00
IHK Aachen	1.500,00	6,00
IHK Köln	1.500,00	6,00
IHK Mittlerer Niederrhein	1.250,00	5,00
HWK Aachen	750,00	3,00
HWK Köln	500,00	2,00
HWK Düsseldorf	750,00	3,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH	250,00	1,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industrie- gewerkschaft Bergbau und Energie mbH	500,00	2,00
Region Köln/Bonn e.V.	250,00	1,00
Standort Niederrhein GmbH	250,00	1,00
Summe	25.000,00	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 21 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche „Allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier“, „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ und „Wahrnehmung von Aufgaben als Regionalpartner des Bundes bei der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier“ auf.

Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich „Allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier“ einen jährlichen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Diese Mittel können als Eigenanteil der Gesellschaft eingebracht werden, um auch Beiträge des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung dieser Aufgabenwahrnehmung durch die Gesellschafter einzuwerben. Die Gesellschafter haften ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt nur bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nicht-förderfähige Ausgaben der GmbH. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht.

Der Eigenanteil für die „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“, einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die GmbH, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestellung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Sollte die Finanzierung der „Wahrnehmung von Aufgaben als Regionalpartner des Bundes bei der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier“ nicht durch eine 100% Finanzierung des Bundes abgesichert sein, ist diese durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan zu beschließen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2022	2021	2020
<u>Kreis</u>				
Gesellschafterzuschuss	150 57104 15	20.000 €	20.000 €	20.000 €
<u>Zweckverband Region Aachen</u>				
Gesellschafterzuschuss		20.000 €	20.000 €	20.000 €

Entwicklung der Bilanzen

ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	10.441	19.843	18.091	-9.402
	10.441	19.843	18.091	-9.402
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	192.261	1.804.103	4.838.058	-1.611.843
Liquide Mittel	922.230	926.650	704.597	-4.420
	1.114.491	2.730.753	5.542.655	-1.616.263
C Rechnungsabgrenzungsposten	12.036	2.153	1.569	9.883
Summe Aktiva	1.136.968	2.752.749	5.562.315	-1.615.781
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	37.581	35.019	62.915	2.561
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.971	2.561	-27.896	3.409
	68.551	62.581	60.019	5.971
B Sonderposten	0	1.428	4.180	-1.428
C Rückstellungen	932.257	776.574	464.162	155.682
D Verbindlichkeiten	106.160	1.882.166	5.003.953	-1.776.006
E Rechnungsabgrenzungsposten	30.000	30.000	30.000	0
Summe Passiva	1.136.968	2.752.749	5.562.315	-1.615.781

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	120.000	120.000	120.000	
2	Sonstige betriebliche Erträge	5.386.695	4.211.390	3.218.075	1.175.305
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.404.750	1.211.358	1.327.686	193.392
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.404.750	1.211.358	1.327.686	193.392
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.752.362	2.576.914	1.475.831	175.448
a)	Löhne und Gehälter	1.911.943	2.128.240	1.221.085	-216.297
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	840.419	448.674	254.747	391.745
5	Abschreibungen	288.082	11.823	6.919	276.259
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.047.355	527.592	560.230	519.763
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	20	-0
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.281	0	0	5.281
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.895	874	-4.861	2.021
10	Ergebnis nach Steuern	5.971	2.828	-27.710	3.142
11	Sonstige Steuern	0	267	186	-267
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.971	2.561	-27.896	3.409

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	6,03	2,27	3,76
Eigenkapitalrentabilität	8,71	4,09	4,62
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	4,98	2,13	2,84

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	47	42	25	

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft

Das Unternehmen hat seinen Geschäftsbetrieb am 1.4.2014 als „IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH“ aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Am 21.12.2020 wurde die erste Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet, welche u.a. die Umfirmierung als „Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH“ (im Handelsregister eingetragen seit Juni 2021) sowie die Erweiterung der Gesellschafter sowie Gremienmitglieder umgesetzt hat. Am 5.10.2021 wurde die zweite Änderung des Gesellschaftsvertrages unterzeichnet (im Handelsregister eingetragen seit Februar 2022), welche die Erweiterung der Gremiumsmitglieder und die Konkretisierung der Haftungskonditionen umfasste. Die Verlegung des Unternehmenssitzes vom Technologiezentrum Jülich an den Standort Brainergy Park Jülich erfolgte im März 2022.

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier im Sinne eines einheitlichen Ansprechpartners, die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zum Land und den Bezirksregierungen sowie durch die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2022 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH wird im Wege öffentlich getragener Förderprojekte und Aufträge finanziert. Mit dem im Jahr 2020 beschlossenen Strukturstärkungsgesetz Kohlerevieren haben Bund und Land u.a. mit der Erstellung und Umsetzung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP) zudem langfristige Aufgaben bei der Zukunftsagentur verankert.

In den Jahren 2019 bis 2022 bestand der Zuwendungsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur „Erstellung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms und zur Begleitung, Koordination, Abwicklung und Kommunikation der Revierknoten im Rheinischen Revier“. Dieser wurde aus Landesmitteln finanziert. Die darüber an externe Partner ausgeliehenen Revierknoten-Mitarbeitenden

wechseln seit dem Beschluss einer mittels breiter Öffentlichkeitsbeteiligung fortentwickelten zweiten Fassung des WSP im Jahr 2021 sukzessive an den Standort Jülich. Dort übernehmen sie Aufgaben zur WSP-Umsetzung im Rahmen der institutionellen Förderung.

Die institutionelle Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde erstmals im Jahr 2020 bewilligt und wird seitdem jährlich fortgeschrieben. Mit dem Auslaufen der WSP-Förderung im August 2022 handelt es sich um die mit Abstand bedeutendste Finanzierungsquelle.

Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur nach wie vor weitere Aufgaben:

- Bereits seit Mitte 2018 besteht ein Kooperationsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“, der im Jahr 2021 erneuert wurde.
- Mit einem Start ab März 2020 konnte die Zukunftsagentur das Projekt „ReBAU-Regionale Ressourcenwende in der Bauwirtschaft“ akquirieren und beantragen. 80% der Ausgaben trugen das Land NRW sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das Projekt konnte plangemäß im Jahr 2022 abgeschlossen werden. In der Folge ist der Aufbau eines Kompetenzzentrums für regionale Ressourceneffizienz in der Bauwirtschaft unter neuer Trägerschaft vorgesehen.
- Die Zukunftsagentur unterstützt einen europaweiten Forschungsverbund als Praxispartner über ein „Consortium Agreement“ im EU-Horizon 2020-Verbundvorhaben „Carbon Intensive Regions in Transition – Unravelling the Challenges of Structural Change“ (CINTRAN) vom 3. Februar 2020.
- Die Zukunftsagentur bringt sich in dem Forschungstransfer-Verbundvorhaben „Dazwischen“ seit 2020 als assoziierter Partner ohne Förderung aktiv mit ein. Verbundpartner sind die TU Dortmund, die RWTH Aachen, infas GmbH, Kreis Euskirchen und die Stadt Düren. Ziel ist die Etablierung eines Online-Rauminformationssystems (RIS) im Rheinischen Revier.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte und Verträge in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im April 2021 wurde das Wirtschafts- und Strukturprogramm in der Fassung 1.1 von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossen und im Juni von der Landesregierung als inhaltliche Handlungsgrundlage für die Arbeit der Gesellschaft sowie die Ausrichtung der Förderstruktur genehmigt. Zur gleichen Zeit schlossen das Land NRW und die Zukunftsagentur als Vertreterin der Region im Strukturwandel den Reviervertrag, der die gemeinsame Zielsetzung des Strukturwandelprozesses festlegt. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2023 infolge der Entscheidung für einen früheren Kohleausstieg im Jahr 2030 erneuert.

Jährlich leisten die Gesellschafter für allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier, insbesondere im Rahmen der institutionellen Förderung, einen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Für die Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung wie z.B. ReBAU können einzelne Gesellschafter selektiv Zuschüsse bereitstellen. Bei den Verträgen war ein Eigenanteil im Jahr 2022 nicht notwendig.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nichtförderfähige Ausgaben der GmbH haften. Im Geschäftsjahr 2022 erhielt die Gesellschaft zudem eine Spende in Höhe von 120.000 € von der RWE Power AG.

Somit sind die durch die Zukunftsagentur durchgeführten Aktivitäten grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Die 2022 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 5,2 Mio. € (4,1 Mio. € im Jahr 2021). Insgesamt ergab sich für das Jahr 2022 ein geringer Überschuss in Höhe von 5.970,65 €, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

2. Prognosebericht

Der Firmensitz wurde im Jahr 2022 in den Brainergy Park als einem der ersten großflächig sichtbaren Transformationsstandorte verlegt. Die im Jahr 2023 abgeschlossene Erweiterung der Aufbauorganisation um eine neue mittlere Führungsebene wird eine Abteilungsstruktur etablieren, die insbesondere den konzeptionellen Anforderungen sowie der Projektinitiierung und -begleitung gerecht wird und den wachsenden Bedarfen im Bereich Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und zentral vorzuhaltenden Dienstleistungen begegnet.

Neue Anforderungen ergeben sich aus einer durch das Wirtschaftsministerium bekannt gegebenen Deckelung der institutionellen Förderung ab dem Jahr 2024. Zwar kann diese möglicherweise durch Selbstbewirtschaftungsmittel erhöht werden, diese stehen jedoch nicht gesichert zur Verfügung. Daher müssen Fixkosten auf das Niveau reduziert werden, mit dem ein Basis-Aufgabenportfolio auch ohne Selbstbewirtschaftungsmittel geleistet werden könnte. Die Reduktion der Fixkosten betrifft insbesondere den über die institutionelle Förderung dauerhaft vorgesehenen Personalstamm, der nicht auf den angedachten Umfang anwachsen kann. Infolgedessen wurde mit der Konsolidierung der Aufgaben mit der Definition von Kernaufgaben begonnen.

Neben den dauerhaft angelegten Kernaufgaben sollten Aufbauteams neue Aktivitäten des regionalen Strukturwandels initiieren. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Initiative eines „Gigawattpakts“ für das Rheinische Revier. Im Erfolgsfall können die Aufgaben im weiteren Verlauf durch eigens gegründete Gesellschaften oder durch Dritte fortgeführt werden.

3. Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Dies betrifft insbesondere die vom Finanzvolumen dominierende institutionelle Förderung, die im Sinne einer aktualisierten Fortschreibung jährlich neu zu beantragen ist. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Summe der nicht anerkannten Ausgaben und der Rückforderungen aus bereits erfolgten Förderungen über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig.

Da das Wachstum der Zukunftsagentur nicht mit einer Erhöhung der Gesellschafterbeiträge und Spenden einhergeht, steigt das Risiko für Rückforderungen von Förderung sowie der Umfang nicht-förderfähiger Ausgaben. Dementsprechend steigt die Bedeutung der Einhaltung aller mit Fördergeldern verbundenen Abläufe und Regelungen des Zuwendungs- und Vergaberechts. Die gestiegenen Rückstellungen bilden dies ab.

Das Risikomanagement zielt zunächst auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen. Das beinhaltet einen stärkeren Detailgrad bei der Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgebenden Stellen im Rahmen der Antragstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch förderschädliche Abläufe u.a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben werden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert.

Der Personalumfang im Bereich Verwaltung wurde seit dem Jahr 2021 verstärkt ausgebaut, um der gewachsenen Arbeitsquantität infolge des starken Wachstums in allen weiteren Bereichen

der Zukunftsagentur gerecht zu werden. Damit einher geht eine Professionalisierung der Ablauforganisation. Mit der Einführung der eigenständigen Abteilung Organisation wurden und werden arbeitsteilige Aufgabengebiete geschaffen, in denen Mitarbeitende eine Expertise z.B. in den Bereichen Controlling, Finanzbuchhaltung, Fördermanagement, Vergabe- und Vertragsmanagement, Personalwesen sowie (IT-)Infrastruktur aufbauen und ausfüllen. Dazu wird auch das Instrumentarium auf den aktuellen Stand gebracht. Anlässlich der Beauftragung eines neuen Steuerberaters im Jahr 2022 beginnt seit dem Jahr 2023 eine Digitalisierungsoffensive, die neben der Automatisierung z.B. in der Zeitwirtschaft und Lohnbuchhaltung mehr Monitoring- und Steuerungsoptionen insbesondere mit der eigenständigen Übernahme der Buchführung bereithält.

Jülich, den 22.08.2023

Body Middeldorf

Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Bernd Kolvenbach (Stimmführer), CDU	Jochen Kupp, CDU
3. Hans-Werner Ignatowitz (stv. Stimmführer), B90/Grüne	Wilfried Gierden, B90/Grüne

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat:

Mit dem neuen Gesellschaftsvertrag (Eintragung im Handelsregister am 23. Juni 2021) wurde der Aufsichtsrat auf 31 Mitglieder erhöht (bisher 27 Mitglieder). Der Kreis Euskirchen ist mit einem Vertreter im Aufsichtsrat durch Herrn Günter Weber (CDU) vertreten (V 678/2020).

In der Sitzung des Kreistages am 20. September 2023 wurde folgende Umbesetzung im Aufsichtsrat beschlossen:

Bisheriges ordentliches Mitglied: Günter Weber

Neues ordentliches Mitglied: Jochen Kupp

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

Geschäftsführung:

Bodo Middeldorf, Bruttogehalt: 168.275,29 €

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 24 (§ 25 neu) des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Dem Aufsichtsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 31 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 19,35%).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Dem Kreis Euskirchen liegt keine Information über das Bestehen eines Gleichstellungsplanes nach § 5 LGG vor.

3.4.2 Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Anstalten des öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2022

3.4.2.1 d-NRW AÖR

Basisdaten

Anschrift: Rheinische Straße 1
44137 Dortmund
Internet: <https://www.d-nrw.de/>
Gründungsjahr: 01. Januar 2017

Zweck der Beteiligung

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. D-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Über dies unterstützt die Anstalt den IT- Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen. Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Mit der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 1. Februar 2022 (GV.NRW S. 122) am 19. Februar 2022 in Kraft getretenen Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Abs. 2 (n.F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich einer Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AÖR (d-NRW VO) vom 28. März 2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25. April 2022 (GV.NRW. 2022 S. 493), ist am 26. April 2022 in Kraft getreten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AÖR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AÖR) vom 25. Oktober 2016.

Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital - €	Anteil -%
Kreis Euskirchen	1.000	0,07
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000	73,10
367 weitere Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	367.000	26,83
Gesamtsumme	1.368.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Anstalt erhebt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Wegen der geringen Bedeutung der Anstalt für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Personalbestand

Die d-NRW AöR hat im Jahr 2022 im Durchschnitt 69 Mitarbeitende beschäftigt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat:

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

Geschäftsführung:

Geschäftsführung: Dr. Roger Lienenkamp

Bezüge 2022: 158.400,19 € (inclusive Energiepauschale und Urlaubsabgeltung)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Verwaltungsrat gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 36,36 %).

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der d-NRW AöR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2021 bis 2025 erstellt.

3.4.2.2 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR)

Basisdaten

Anschrift: Winterstraße 19
50354 Hürth
Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>
Gründungsjahr: 01. Januar 2011

Zweck der Beteiligung

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 bzw. seit 14.12.2019 gemäß Artikel 37 Abs. 1 der Verordnung (EG) 625/2017 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	17.500,00	5,83
Land NRW	90.000,00	30,00
StädteRegion Aachen	17.500,00	5,83
Stadt Aachen	17.500,00	5,83
Stadt Bonn	17.500,00	5,83
Stadt Köln	17.500,00	5,83
Stadt Leverkusen	17.500,00	5,83
Kreis Düren	17.500,00	5,83
Kreis Heinsberg	17.500,00	5,83
Oberbergischer Kreis	17.500,00	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00	5,83
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00	5,83
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00	5,83
Summe	300.000,00	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der CVUA AÖR erfolgt auf der Grundlage der am 05. Januar 2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres. Durch Beschluss des Verwaltungsrates in der Sitzung am 23. Juni 2021 wurde die Finanzsatzung hinsichtlich der Zahlungszeitpunkte der Trägerentgelte geändert. Ab dem 01. Januar 2022 sind die Entgelte monatlich und nicht wie bisher quartalsweise zu entrichten.

Entwicklung der Bilanzen

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	22.594	28.514	37.790	-5.920
Sachanlagen	17.033.837	17.835.332	18.671.265	-801.495
Finanzanlagen	4.200.228	416.054	416.054	3.784.174
	21.256.659	18.279.900	19.125.109	2.976.758
B Umlaufvermögen				
Vorräte	56.479	73.051	71.551	-16.572
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.256.683	12.656.647	10.074.864	-1.399.964
Liquide Mittel	3.389.135	3.734.484	3.539.656	-345.349
	14.702.297	16.464.182	13.686.071	-1.761.885
C Rechnungsabgrenzungsposten	66.061	67.830	404.941	-1.769
Summe Aktiva	36.025.017	34.811.912	33.216.121	1.213.104
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Gewinnrücklagen	3.250.750	2.444.749	2.957.179	806.001
Ergebnisvortrag	0	0	0	0
Bilanzergebnis	91.451	0	-708.818	91.451
	3.642.201	2.744.749	2.548.361	897.452
B Rückstellungen	23.380.887	22.090.443	20.154.380	1.290.444
C Verbindlichkeiten	9.001.928	9.755.116	10.513.380	-753.187
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	221.605	0	-221.605
Summe Passiva	36.025.017	34.811.912	33.216.121	1.213.104

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	11.210.753	10.618.134	9.761.044	592.619
2	Sonstige betriebliche Erträge	531.884	354.065	349.581	177.818
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.848.689	1.755.954	1.676.995	92.735
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	452.454	361.702	316.188	90.752
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.396.235	1.394.252	1.360.808	1.983
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.279.341	5.684.777	5.864.677	594.564
	a) Löhne und Gehälter	4.429.681	4.347.057	4.371.629	82.624
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.849.660	1.337.720	1.493.048	511.939
5	Abschreibungen	1.251.806	1.266.427	1.297.682	-14.620
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.109.400	996.807	1.007.939	112.593
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen				
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	469.743	909.203	864.221	-439.460
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	824.370	1.979.728	1.835.048	-1.155.359
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	898.775	197.711	-707.495	701.064
11	Sonstige Steuern	1.323	1.323	1.324	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	897.452	196.388	-708.818	701.064

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	10,11	7,88	2,23
Eigenkapitalrentabilität	24,64	7,16	17,49
Anlagendeckungsgrad	55,73	63,63	-7,90
Verschuldungsgrad 2	889,10	1.160,24	-271,14
Umsatzrentabilität	8,01	1,85	6,16

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	84	84	87	

Geschäftsentwicklung

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 wurde die Schwerpunktbildung aus dem Jahr 2017 mit in Kraft treten zum 1. Januar 2022 fortgeschrieben. Das CVUA Rheinland ist nunmehr Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze, Getreide, Getreideprodukte, Backvormischungen, Brote, Kleingebäck und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester, Mykotoxine, Nitrosamine in Kosmetika und mikrobiologische Untersuchungen in Kosmetika.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Vorstandsvorsitz:	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

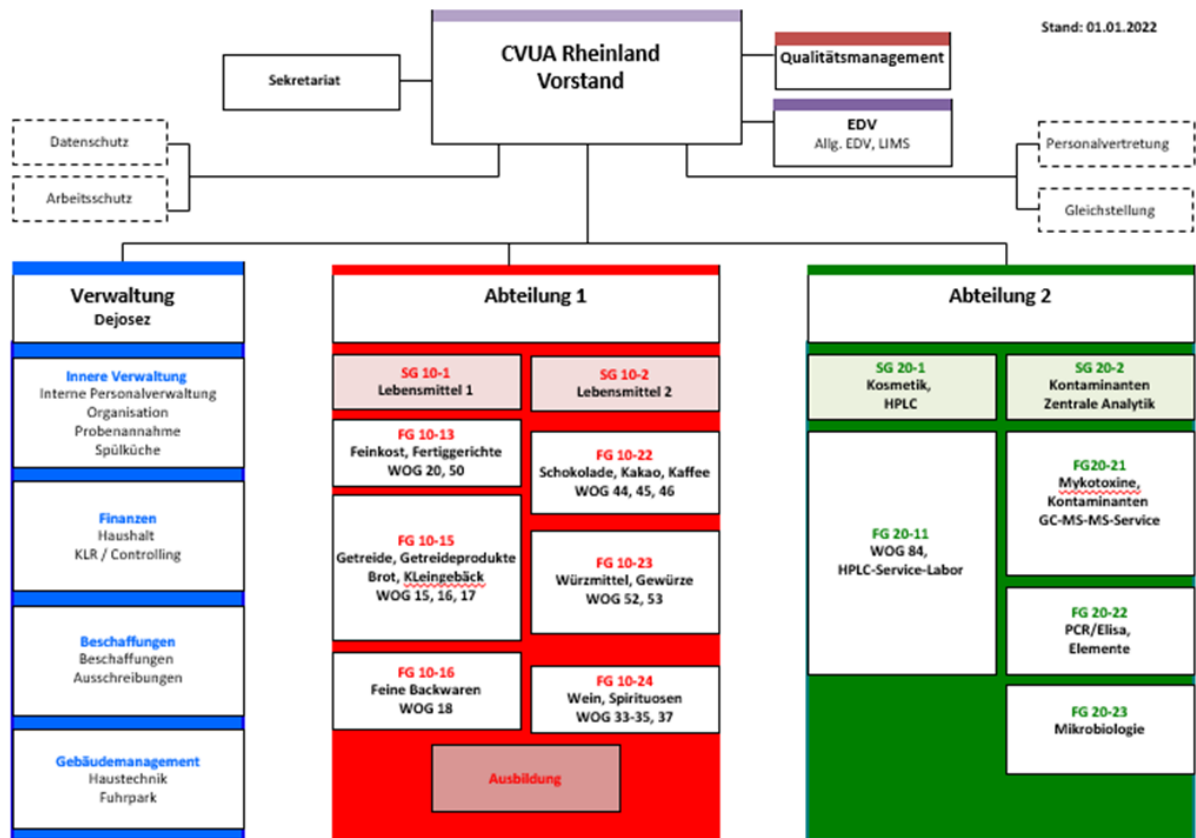
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



(Die Zahlen hinter „WOG“ bezeichnen die Warenobergruppen)

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 5 Mitarbeitende aus. Vier Mitarbeitende durch Verrentung, davon einer in der Freistellung der Altersteilzeit, und eine durch Eigenkündigung. Zwei Stellen wurden durch interne Umsetzung nachbesetzt. Zwei Verrentungen wurden mit Jahresende wirksam, eine Wiederbesetzung erfolgt in 2023, ebenso wie die durch Umsetzung freigewordenen Stellen. Darüber hinaus wechselte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter in Altersteilzeit in die Freistellungsphase. Die Stelle wurde nachbesetzt.

2.2.2 Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Für das Berichtsjahr 2022 wird wieder ein gemeinsamer Jahresbericht der fünf CVUÄ in NRW erstellt. Die-

ser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2022 wurden insgesamt 13.984 (Vorjahr: 8.965) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. Zusätzliche 2.843 (Vorjahr: 1.391) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2022, der vom Verwaltungsrat am 9. Dezember 2021 beschlossen wurde, sah Einnahmen in Höhe von 1.315.540 € und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 10 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 897 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß der vom Verwaltungsrat am 25. Juni 2020 beschlossenen Entgeltordnung 11.186 T€ (Vj.: 10.588 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 329 T€ (Vj.: 311 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 46 T€ (Vj.: 41,5 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.279 T€ (Vj.: 5.865 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen betrug ca. 56 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.383 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 595 T€ gestiegen. Dies ist auf die Zunahme der Zuführungen zu sonstigen Pensions- und Beihilferückstellungen (+654 T€) zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben rund 69 T€ unter dem Planansatz für 2022.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 452 T€ (Vj.: 362 T€) und die Energie und Wasserkosten mit 351 T€ (Vj.: 295 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 159 T€ (Vj.: 152 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 42 T€ (Vj.: 40 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 315 T€ (Vj.: 230 T€), für Versicherungen in Höhe von 29 T€ (Vj.: 28 T€), für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 16 T€ (Vj.: 15 T€) und für den Probentransport 34 T€ (Vj.: 28 T€).

Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 1.252 T€ (Vj.: 1.266 T€).

Statt des im Wirtschaftsplan 2022 ausgewiesenen Verlusts von 10 T€ wurde ein Jahresüberschuss von 897 T€ erzielt. Dies ist auf besseren Ergebnissen in vielen Bereichen, insbesondere aber auf ein besseres Finanzergebnis, der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit (140 T€) und insgesamt weniger Ausgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (139 T€), zurückzuführen. Die Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2021	31.12.2022
Bilanzsumme	34.811.912,46 €	36.025.016,62
Anlagevermögen	18.279.900,46	21.256.658,82
Vorratsvermögen	73.051,00 €	56.478,93
Sonstige Vermögensgegenstände	1.864.913,00 €	0,00
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00
Eigenkapital	2.744.748,76 €	3.642.200,83
Eigenkapitalquote	7,9 %	10,1 %
Rückstellungen	22.090.443,20 €	23.380.887,49
Liquide Mittel	3.734.483,72 €	3.389.134,80
Verbindlichkeiten	9.755.115,70 €	9.001.928,30
davon Bankschulden	9.570.833,18 €	8.887.499,82

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 34.812 T€ auf 36.025 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsansprüche nach § 107b BeamtVG, der Verringerung des Anlagevermögens und der Erhöhung der liquiden Mittel. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen und einer Verringerung der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr wurden 4.230 T€ investiert, davon 3.784 T€ in Finanzanlagen (KVR-Fonds) und 446 T€ in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 23.381 T€ (Vj.: 22.090 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 22.802 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 11.257 T€ (Vj.: 10.792 T€).

3. Prognosebericht

3.1 Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Im Laufe des Jahres 2017 hatte die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Im November 2018 stimmte der Verwaltungsrat des CVUA-RRW dem Beitritt zu. Nach den noch erforderlichen Beschlussfassungen der betroffenen Kommunen, erfolgte der Beitritt der Kooperation zum 1.1.2020. Ca. 4.500 Proben/Jahr aus dieser Kooperation betreffen Warenobergruppen der Schwerpunktbildung, wodurch eine Anpassung der Schwerpunktbildung innerhalb der CVUÄ NRW erforderlich wurde.

Die Umsetzung ist zum 01.01.2022 ohne größere Schwierigkeiten erfolgt und hat sich mittlerweile eingespield.

3.1.2 Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Im August 2022 fand tournusmäßig eine Wiederholungsbegutachtung und Erweiterung der Akkreditierung aufgrund der durch die Schwerpunktbildung 2.0 geänderten Untersuchungsmethoden statt. Die festgestellten, nicht kritischen, Abweichungen konnten fristgerecht behoben werden. Die nächste externe Begehung wird voraussichtlich im Februar 2024 stattfinden.

3.1.3 § 2b Umsatzsteuergesetz

Die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. („Optionserklärung“) wurde bis zum 31.12.2024 verlängert. Es ist derzeit nicht ersichtlich, dass das CVUA Rheinland für seine Leistungen Umsatzsteuer erheben muss. Allerdings ist für einige derzeit steuerfrei erhaltenen Leistungen (z. B. Personalbetreuungsvertrag) zukünftig Umsatzsteuer zu zahlen.

3.1.4 Corona-Pandemie

Die bereits 2020 getroffenen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden auch in 2022 durchgängig beibehalten. Dazu gehörten die Anweisung von Verhaltensregeln, das Anbringen von Spuckschutz an Doppelarbeitsplätzen, die Einführung und vermehrte Nutzung von „mobiles Arbeiten“ und vieles mehr. Ein Ausbruchsgeschehen im Haus gab es bisher nicht. Mittlerweile sind die Schutzmaßnahmen aufgehoben, werden aber auf freiwilliger Basis teilweise von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortgesetzt. Durch die Aufhebung der Schutzmaßnahmen ist kein signifikant höherer Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch eine Corona-Erkrankung zu beobachten.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2023, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 13. Dezember 2022 verabschiedet wurde, weist einen Überschuss von rd. 17 T€ aus. Es wurden Einnahmen in Höhe von 1.357.536 € und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen.

Bereits in der Dezembersitzung 2019 wurde die stufenweise Erhöhung der Entgelte ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2023 beschlossen. Diese wurden wie folgt festgesetzt:

2021: 2,06 €/Einwohner

2022: 2,19 €/Einwohner

2023: 2,23 €/Einwohner

Die sehr hohen Aufwendungen für die Pensions- und Beihilfelasten könnten in den kommenden Jahren zu Jahresfehlbeträgen führen, die das Eigenkapital weiter abschmelzen lassen. Der Verwaltungsrat hat daher der Einberufung des Entgeltbeirats im ersten Halbjahr 2023 beschlossen.

Die Stromlieferleistung wurde für den Zeitraum ab 2022 erneut europaweit ausgeschrieben. Es wurde ein Vertrag mit einer Laufzeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2024 abgeschlossen. Der Preis je kWh hat sich dabei, über die gesamte Laufzeit gesehen, gegenüber den Vorjahren verdoppelt. Dennoch bewegen sich die Stromkosten durch den langfristig abgeschlossenen Vertrag auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau im Vergleich zu den derzeit geltenden Energiepreisen.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Hürth, den 28. April 2023

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand -

gez. Dagmar Pauly-Mundegar gez. Rainer Lankes

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat:

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Ordentliches Mitglied

Birgit Wonneberger-Wrede, GBL IV

Stellvertretendes Mitglied

Dr. Jochen Weins, AbtL 39

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder zu entnehmen.

Vorstand:

Bezüge 2022

Frau Pauly-Mundegar (Vorstandsvorsitzende)

99.896,92 €

Herr Lankes

94.084,05 €

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der CVUA Rheinland AÖR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Dem Verwaltungsrat der AÖR gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 50 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 01. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 erstellt.

3.4.2.3 LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AÖR)

Basisdaten

Anschrift: Kölner Straße 75
53879 Euskirchen
Internet: <https://www.germansite.de>
Gründungsjahr: 2009

Zweck der Beteiligung

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

Ziel der Beteiligung

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	3.000	30,00
Stadt Euskirchen	5.000	50,00
Gemeinde Weilerswist	2.000	20,00
Gesamtsumme	10.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AÖR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AÖR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20. Juli 2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AÖR gegenüber einem Darlehensgeber zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist abgegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AÖR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AÖR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AÖR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AÖR bis zur Höhe von insgesamt 18,4 Mio. € haften werden.

Mit Datum vom 23./28. September 2020 wurde der bestehende Darlehensvertrag über den 30. Juni 2020 hinaus bis zum 30. Juni 2025 verlängert. Gleichzeitig wurde die 1. Neufassung der Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung

von Flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist unterzeichnet (V 625/2020). Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30. Juni 2025) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben (gestundet).

Die Höhe der gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis Euskirchen beträgt am 31. Dezember 2022 689.709,82 €.

Entwicklung der Bilanzen

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	0	0	243	0
	0	0	243	0
B Umlaufvermögen				
Vorräte	14.593.785	14.590.820	14.582.566	2.964
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.766.607	5.626.036	5.497.166	140.571
Liquide Mittel	781.625	906.312	239.919	-124.687
	21.142.016	21.123.168	20.319.651	18.848
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.955	0	0	2.955
Summe Aktiva	21.144.971	21.123.168	20.319.894	21.803
Passiva				
A Eigenkapital				
Stammkapital	10.000	10.000	10.000	0
Bilanzverlust	-10.000	-10.000	-10.000	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	16.821	20.403	20.512	-3.583
C Verbindlichkeiten	21.112.472	21.086.436	20.284.200	26.036
D Rechnungsabgrenzungsposten	15.679	16.329	15.183	-651
Summe Passiva	21.144.971	21.123.168	20.319.894	21.803

Bürgschaften:

Kreditsumme zum 31. Dezember 2022: 20 Mio. €

Landesbürgschaft 60%: 12 Mio. €

Gewährträger:

Stadt Euskirchen 50%: 4 Mio. €

Kreis Euskirchen 30%: 2,4 Mio. €

Gemeinde Weilerswist 20%: 1,6 Mio. €

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	48.318	45.427	59.746	2.890
2	Sonstige betriebliche Erträge	260	7.800	666	-7.540
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	0	0	
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Abschreibungen	0	243	298	-243
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	78.582	81.069	69.375	-2.487
6	Erträge aus Verlustübernahme	140.571	130.722	348.845	9.849
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	0	0	33
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	84.153	76.192	313.138	7.962
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	26.446	26.446	26.446	
10	Sonstige Steuern	26.446	26.446	26.446	
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Die LEP AÖR hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022

1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AÖR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AÖR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen € zugunsten der LEP-AÖR.

Am 23.09.2020 wurde die Verlängerung der Vereinbarung NRW im Rahmen einer 1. Neufassung der Vereinbarung unterzeichnet. Die Ausfallbürgschaft bleibt demnach bestehen, die Ankaufstrategie wurde modifiziert.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AÖR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW in der am 23.09.2020 unterzeichneten Fassung,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Im Jahr 2022 wurden keine weiteren Grundstücke erworben. Zusammen mit den ca. 25 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit ca. 143 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden, davon 80 ha annähernd rechteckig zusammenhängend.

Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

In 2020 wurden darüber hinaus Ökopunkte für im Rahmen der Bauleitplanung notwendige Ausgleichsmaßnahmen erworben.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Primäres Ziel war es, im Zentrum des Gebietes eine vermarktungsfähige Fläche in einer Mindestgröße von 80 ha zu arrondieren. Dieses Ziel wurde bereits in vorangegangenen Wirtschaftsjahren erfüllt.

Geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebietes für Eigentümer, die ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Tausch ihrer Grundstücke gegen Ersatzland erklärt haben, konnten auch im Jahre 2022 nicht erworben werden. Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke in der Region ist weiterhin durch eine deutliche Verknappung des Angebotes und gestiegene Preise gekennzeichnet, die sich mittlerweile deutlich im zweistelligen Bereich pro Quadratmeter befinden.

Vor diesem Hintergrund wurde mit der Neufassung der Vereinbarung NRW die Ankaufstrategie dahingehend geändert, dass nun in einem Teilbereich der Fläche keine aktiven Ankaufsbemühungen unternommen und in zwei weiteren Teilbereichen etwaige Möglichkeiten, Grundstücke zu einem angemessenen Preis zu erwerben, wahrgenommen werden sollen. Weiter sollen Flächen für die Errichtung einer Bahntrasse nordwestlich des LEP-Gebiets angekauft sowie geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebiets für Ausgleichsmaßnahmen des Artenschutzes erworben oder gesichert werden. Zudem sollen bei günstigen Gelegenheiten Flächen außerhalb des LEP-Gebiets erworben werden, die für Tauschgeschäfte verwendet werden können.

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurde NRW.URBAN beauftragt, nochmals den Stand der Verkaufsbereitschaft bei den verbleibenden Eigentümern im Gebiet zu erfragen. Im Ergebnis zeigt sich die grundsätzliche Bereitschaft, Flächen nur gegen entsprechendes Tauschland abzugeben. Dieses war jedoch weder in entsprechender Größe und Güte noch zu einem vertretbaren Kaufpreis zu bekommen.

Bodenordnung

Da inzwischen eine zusammenhängende Fläche von 80 ha gebildet werden kann, soll diese Fläche zur Planreife entwickelt werden.

Vermarktung, Entwicklung und Ansiedlung

Konkrete Ansiedlungsgespräche wurden seitens des Vorstandes im Wirtschaftsjahr 2022 gemeinsam mit NRW.Global Business, dem Ministerium sowie weiteren Akteuren mit einem namhaften Hygiene-Papierhersteller geführt. Eine Ansiedlung konnte jedoch noch nicht realisiert werden. Schwerpunkt der Aktivitäten und Gespräche im Wirtschaftsjahr 2022 waren darüber hinaus die Standortstrategie sowie Fördermöglichkeiten für Entwicklungsmaßnahmen.

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurde ein LHO-Antrag über eine Förderung eines Gutachtens für die nachhaltige Entwicklung der LEP-Fläche für die Ansiedlung innovativer Großunternehmen der Zukunftsbranche Elektromobilität (Qualifizierungsmaßnahmen hinsichtlich der technischen und verkehrlichen Ansiedlungsanforderungen) gestellt. Nach Änderungsforderungen der Bezirksregierung wurde dieser Antrag angepasst und Ende 2022 beschieden.

Im Rahmen einer anschließenden Ausschreibung wurde das Gutachten im Januar 2023 an ein qualifiziertes Fachbüro vergeben. Ergebnisse sollen bis Ende September 2023 vorgelegt werden.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Zur Durchführung der archäologischen Untersuchungen auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist haben das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das seinerzeitige Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBSWV NRW), der Landschaftsverband Rheinland – Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland (LVR-ABR) und die LEP-AÖR am 07./08.10.2012 einen Vertrag geschlossen. In Erfüllung dieses Vertrages wurden seit Vertragsschluss archäologische Untersuchungen entsprechend den vertraglichen Regelungen mit Geld-, Personal- und Sachmitteln der Vertragsparteien durchgeführt. Auf Verlangen des LVR-ABR wurde ein Änderungsvertrag beschlossen. In der Vereinbarung war vorgesehen, dass die letzte verbleibende Fläche innerhalb des 80-ha-Gebietes bodenarchäologisch untersucht wird. Diese wurde im November 2019 vorgenommen.

Bauleitplanung

Aufgrund der in 2015 und 2016 geführten Gespräche mit Projektentwicklern zur vermarktbaren Größenordnung wurde Ende 2016 ein erneuter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine 80 ha große Fläche im Stadtgebiet Euskirchen vom zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Euskirchen gefasst. Die Größe von 80 ha resultiert aus den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in der Fassung 2017. Ansonsten spiegelt der Planentwurf die Konzeptvorstellungen der Projektentwickler wieder.

Der in Auftrag gegebene Artenschutzbericht wurde gemeinsam mit dem Gutachter und der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Er ist nun so aufgebaut, dass er sowohl für ein Bebauungsplanverfahren als auch für ein Planfeststellungsverfahren genutzt werden kann. Inhaltlich wurde vereinbart, dass bei Auswahl ausreichend großer Flächen ein Ausgleichsflächenbedarf von 37 ha besteht. Des Weiteren ist zusätzlich ein verbleibendes Defizit von 228.760 Biotopwertpunkten auszugleichen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) hat in 2020 die wesentlichen Inhalte bestätigt. Die Ökopunkte wurden 2020 erworben.

Parallel zum Ankauf von Ökopunkten für Kompensationsmaßnahmen wurde auch die Sicherung von Ausgleichsflächen für den Artenschutz im vorgesehen Suchraum (600 ha nördlich des LEP-Gebietes) durch die damit beauftragte Stiftung Rheinische Kulturlandschaft weiter forciert. Angesichts des Fortschritts der Arbeiten sind voraussichtlich 2023 konkrete Entscheidungen zu treffen.

Zur Erlangung der Planreife des Bebauungsplans bzw. für ein Planfeststellungsverfahren werden in 2023 noch weitere avifaunistische Untersuchungen erfolgen müssen.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 13.06.2022 und am 14.12.2021.

Durch Umlaufbeschluss des Verwaltungsrates vom 05.09.2023 wurde Herr Wolfgang Honecker (Stadt Euskirchen, Technischer Beigeordneter seit dem 01.08.2022) für die Zeit vom 15.09.2022 bis 25.05.2024 als Mitglied in den Vorstand der LEP-AÖR bestellt.

Der Jahresabschluss 2021 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 14.12.2022 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2021 erteilt. Der Jahresabschluss 2021 war ausgeglichen. Der Verwaltungsrat entschied, den verbleibenden Bilanzverlust aus 2021 auf neue Rechnung vorzutragen.

In seiner Sitzung am 14.12.2022 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenplanes sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen.

Im Jahre 2022 fanden 7 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2022 (21.144.971 €) besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (14.593.784 €) und den Ansprüchen zum Verlustausgleich gegen das Land NRW (3.463.549 €) sowie die Träger der LEP-AÖR (2.299.033 €).

Das Stammkapital in Höhe von 10.000 € (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 17.12.2021 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2022 ergaben sich folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	Wirtschaftsplan in €	GuV in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	550.000	48.317,64	- 501.682,36
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	500.000	0,00	- 500.000,00
b) Erträge aus un bebauten Grdst.	50.000	48.317,64	- 1.682,36
2. sonstige betriebliche Erträge	0	260,00	+260,00
3. Materialaufwand (für unerschlossene Grdst.)	- 500.000	0,00	+ 500.000,00
4. Personalaufwand	- 100.000	0,00	+ 100.000,00
5. Abschreibungen	-200	0,00	+ 200,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	- 91.800	- 78.582,21	+ 13.217,79
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	32,60	+ 32,60
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 165.000	- 84.153,15	+ 80.846,85
9. Ergebnis nach Steuern	- 307.000	-114.125,12	+ 192.874,88
10. sonstige Steuern	- 30.000	-26.445,88	+ 3.554,12
11. Erträge aus Verlustübernahme	337.000	140.571,00	- 196.429,00
12. Jahresüberschuss	0	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000	-10.000,00	+ 0,00

Im Vermögensplan sind folgende wesentliche Abweichungen zu verzeichnen:

Vermögensplan	Wirtschaftsplan in €	Abschluss in €	Differenz
1. Einzahlungen aus Kreditmitteln	7.500.000	144.724,52	- 7.355.275,48
2. Einzahlungen aus Landeszuweisungen	800.000	0,00	- 800.000,00
3. Grunderwerb einschl. NK und Entschädigungen	- 2.000.000	- 2.964,05	+ 1.997.035,95
4. Vorbereitende Maßnahmen	- 6.300.000	0,00	+ 6.300.000,00
5. Zunahme Forderungen gegen das Land NRW	0	- 84.342,60	- 84.342,60
6. Zunahme Forderungen gegen Trägerkommunen	0	- 56.228,40	- 56.228,40
7. Auszahlungen aus Kreditwirtschaft	0	0,00	+ 0,00

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:
Die ursprünglich geplanten und über eine Landeszuweisung teilfinanzierten Entwicklungsmaßnahmen konnten nicht durchgeführt werden (siehe oben). Tauschgeschäfte kamen nicht zustande. Als Folge geringerer Auszahlungen und damit nur geringer Veränderung der Kreditaufnahme vermindern sich insbesondere die Zinslasten.

Erträge

Die 2022 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Mangels Tauschgeschäften entfielen entsprechende Umsatzerlöse.

Materialaufwand

Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke fiel nicht an.

Zinsaufwand und Entgelte

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentlich geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	GuV 2021 in €	GuV 2022 in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	45.427,35	48.317,64	+ 2.890,29
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	0,00	0,00	+ 0,00
b) Erträge aus un bebauten Grdst.	45.427,35	48.317,64	+ 2.890,29
2. sonstige betriebliche Erträge	7.800,00	260,00	- 7.540,00
3. Materialaufwand	0,00	0,00	+ 0,00
4. Personalaufwand	0,00	0,00	+ 0,00
5. Abschreibungen	-243,00	0,00	+ 243,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-81.068,87	-78.582,21	+ 2.486,66
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	32,60	+ 32,60
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-76.191,58	-84.153,15	- 7.961,57
a) Kreditzinsen	-16.004,99	24.048,07	- 8.043,08
b) Bürgschaftsentgelte	-60.105,08	-60.105,08	0,00
c) Abzinsung Rückstellungen	-81,51	0,00	+ 81,51
9. Ergebnis nach Steuern	-104.276,10	-114.125,12	- 9.849,02
10. sonstige Steuern	-26.445,88	-26.445,88	+ 0,00
11. Erträge aus Verlustübernahme	130.721,98	140.571,00	- 9.849,02
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein endfälliger Kredit in Höhe von 12 Millionen € (Auszahlungsbetrag) aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Das landesverbürgte Darlehen wurde bis zum 30.06.2025 prolongiert. Im Juni 2020 wurde eine zweite Tranche des landesverbürgten Darlehens in Höhe von 4.345.196,35 € in Anspruch genommen. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2022 valutierte das landesverbürgte Darlehen mit 20.050.056,28 €.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und erst dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites

gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. €) war am 31.12.2022 mit 1,0 Mio. € in Anspruch genommen.

Mit der Kreditprolongation ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der bisher vereinbarten Projektlaufzeit (30.06.2025) nahezu ausgeschlossen.

Den Verbindlichkeiten stehen liquide Mittel in Höhe von 781.625 € (Vorjahr: 906.312 €) gegenüber. Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AÖR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wie flexibel die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan im Interesse einer baldigen Vermarktung der Fläche gehandhabt werden.

Nach der Verlängerung der Vereinbarung zwischen Land, AÖR und Trägerkommunen wird die Ansiedlung einer landesbedeutsamen Großinvestition im Sinne der Nr. 6.4. des Landesentwicklungsplanes auf dem Gebiet des Bebauungsplanentwurfes Nr. 14 A bis spätestens 2025 angestrebt.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2023 sowie die fortgeschriebene Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 14.12.2022 gebilligt wurden, berücksichtigen ein Szenario, das die fünfjährige Verlängerung der Projektlaufzeit unter Anpassung der Vereinbarung zwischen Land, Trägerkommunen und LEP-AÖR beinhaltet. Diese Anpassung sieht angesichts des bisherigen Grunderwerbs und der Erfahrungen mit den Verkaufsbemühungen die Abkehr vom seinerzeitigen Ziel eines vollständigen Flächenerwerbs vor. Es wurde vielmehr vereinbart, dass die LEP-Fläche in Segmente mit unterschiedlichen Erwerbszielen aufgeteilt wird. Im Wirtschaftsplan werden auf dieser Basis Annahmen über ein Erwerbs- und Veräußerungsszenario getroffen: moderatem Flächenerwerb steht die Annahme einer Veräußerung im Jahre 2025 zum Selbstkostenpreis gegenüber. Beide Grundannahmen wirken sich auf die Darlehenssituation aus. Zudem beinhaltet das Szenario Entwicklungsmaßnahmen einschließlich einer dazu erwarteten Landesförderung. Grundsätzlich besteht das Risiko, dass dieses Szenario nicht eintrifft.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST in den Jahren 2015/16 sowie auch in späteren Jahren bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber als große Hürde angesehen. Ebenso hinderlich ist die Tatsache, dass andere Bundesländer im Falle von Großansiedlungen deutlich bessere Fördermöglichkeiten als Nordrhein-Westfalen vorweisen.

Des Weiteren zeigen die Gespräche mit Investoren, die NRW.Global Business (vorher: NRW.INVEST) führt, dass ein weiteres Risiko besteht, den erforderlichen Kaufpreis zu erzielen. Der Vorstand der LEP-AÖR ist der Auffassung, dass dieses Risiko alleine vom Land getragen werden muss, da die Belegenheitskommunen weder in der Lage sind noch in der Pflicht stehen, aus Landesinteressen bedingte Verluste zu übernehmen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw.

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten und die Rückabwicklung.

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AÖR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AÖR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2022 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von 3.463.549,03 €, welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben.

Seit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert (Summe bis einschließlich 2022: 2.299.032,71 €), da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AÖR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AÖR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 € zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AÖR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AÖR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 %igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AÖR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös.

Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AÖR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

Aufgrund der jüngeren bundesweiten Entwicklung mit Einsetzung der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“), die Vorschläge und Maßnahmen erarbeiten soll, wie den negativen Auswirkungen des Strukturwandels begegnet werden sollte, ergibt sich neben den Chancen, an etwaigen Programmen partizipieren zu können, auch ein höherer Konkurrenzdruck in der eigenen Region. Das Risiko der Nichtveräußerbarkeit steigt hierdurch.

Die Corona-Pandemie sowie der Ukraine-Krieg werden zu vielfältigen Auswirkungen führen, von denen auch die AÖR betroffen sein kann. So ist insbesondere zu befürchten, dass das Investitionsverhalten negativ beeinflusst wird und damit die Aussichten auf eine Ansiedlung eingetrübt werden. Auswirkungen können sich aber auch auf die Grundstückspreise ergeben, wenngleich derzeit nicht greifbar ist, ob weiterer Flächenerwerb erleichtert oder möglicherweise noch weiter erschwert wird.

5. Sonstige Angaben

Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. € gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die Prolongation des am 30.06.2025 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 20 Mio. € einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird, ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden.

Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AÖR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

Euskirchen, den 20.04.2023

Der Vorstand

Martin Reichwaldt
Vorstandsvorsitzender

Wolfgang Honecker
Vorstandsmitglied

Ingo Hessenius
Vorstandsmitglied

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat:

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Günter Weber (Stimmführer), CDU	Erwin Jakobs, CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer), SPD	Georgios Moudouris, SPD

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Vergütungen von insgesamt 760 €.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Um-
setzung im Verwaltungsrat beschlossen:*

Bisheriges ordentliches Mitglied: Günter Weber, CDU

Neues ordentliches Mitglied: Clas Kohlheyer (Stimmführer), CDU

Vorstand:

Martin Reichwaldt (Vorsitzender ab 12. Januar 2022)

Ingo Hessenius

Oliver Knaup (Vorsitzender bis 11. Januar 2022)

Wolfgang Honecker (ab 15. September 2022)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Projektbeirat:

Vertreter des Kreises im Projektbeirat:

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25. Juni 2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AÖR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffenden Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Erwin Jakobs (Stimmführer), CDU	Günter Weber, CDU
3. Janosch Pietrzyk, SPD (bis 03. November 2022) Daniel Rudan, SPD (ab 14. Dezember 2022)	Georgios Moudouris, SPD

Die Mitglieder des Projektbeirates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AÖR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Dem Verwaltungsrat der AÖR gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 27,27 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist bisher nicht erstellt worden da nicht erforderlich.

3.4.3 Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Zweckverbänden zum 31. Dezember 2022

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NRW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

3.4.3.1 Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Basisdaten

Anschrift: Bonnstr. 16-18
50226 Frechen
Internet: <http://www.kdvz.nrw>
Gründungsjahr: 01. Juli 1978

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind der Kreis Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 31 kreisangehörige Städte und Gemeinden aus den beiden Kreisen sowie aus dem Kreis Düren.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen informationstechnischen Belangen. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher Digitalisierungsstrategien,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Beratung und Unterstützung bei der Bereitstellung oder Vermittlung von elektronischen Systemen zur Identifizierung und zum Identitätsnachweis sowie Verfahren zum Identitätsmanagement als verantwortliche Stelle,
5. Unterstützung bei der Problembeseitigung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
6. Bereitstellung, Betrieb und Betreuung von auf die Bedürfnisse seiner Mitglieder zugeschnittener IT-Infrastruktur wie beispielsweise Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
7. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
8. bei Durchführung der Finanzbuchhaltung mit Hilfe automatisierter Datenverarbeitung (DV-Buchführung) der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung gem. § 104 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW.

Nachrichtlich:

Die Verbandsversammlung stimmte in der Sitzung am 16. Juni 2023 der 12. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes kdvz zu. Die Notwendigkeit zur Änderung der Verbandssatzung ergab sich aus folgenden Gründen:

- *Hinweise der Bezirksregierung Köln im Hinblick auf § 17 der Verbandssatzung „Deckung des Finanzbedarfs“*
- *die Novellierung des „Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ (GkG NRW) vom 03. Mai 2015; hier insbesondere die Einstellung einer „Geschäftsleitung“ in der Verbandssatzung zu regeln*

- redaktionelle Änderungen

Die Veröffentlichung erfolgte am 17. Juli 2023 (Nummer 28/2023) im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Die Verbandsmitglieder werden leistungsbezogen an den Kosten beteiligt. Die Abrechnung der Kosten erfolgt produktbezogen. Die Höhe der Kostenabrechnung richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

Der Maßstab zur Schlüsselung der nicht direkt den Verbandsmitgliedern zurechenbaren Kosten (Gemeinkosten) bestimmt sich zu 50% nach dem gemittelten Kostenanteil der letzten drei Jahre sowie zu 50% nach der Einwohnerzahl der Verwaltung (für Kreise 205 der Einwohner).

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.321.419	1.548.338	2.122.044	-226.919
Sachanlagen	5.843.399	5.662.160	4.884.485	181.239
Finanzanlagen	16.043.808	14.523.418	14.412.320	1.520.391
	23.208.626	21.733.915	21.418.850	1.474.710
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.878.194	1.680.283	1.831.998	197.912
Liquide Mittel	698.651	1.763.504	238.808	-1.064.853
	2.576.845	3.443.786	2.070.805	-866.942
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.405.930	1.208.554	904.965	197.377
Summe Aktiva	27.191.401	26.386.256	24.394.620	805.145
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gewinnrücklagen	1.227.043	1.227.043	1.227.043	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	1.227.043	1.227.043	1.227.043	0
B Rückstellungen	21.152.635	20.413.979	19.547.179	738.657
C Verbindlichkeiten	4.811.722	4.745.234	3.620.398	66.488
Summe Passiva	27.191.401	26.386.256	24.394.620	805.145

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	24.090.672	21.766.717	20.128.226	2.323.955
2	Sonstige betriebliche Erträge	49.410	72.169	270.379	-22.759
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	3.362.234	3.036.068	2.942.055	326.167
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.263.120	2.214.864	2.192.420	48.255
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.099.115	821.203	749.635	277.912
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	10.714.103	9.622.727	9.640.062	1.091.375
	a) Löhne und Gehälter	6.998.221	6.411.076	6.022.431	587.144
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.715.882	3.211.651	3.617.631	504.231
5	Abschreibungen	1.564.768	1.652.795	1.513.145	-88.026
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.471.637	7.503.960	6.271.028	967.677
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.957	11.155	6.364	1.802
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38.918	33.742	36.459	5.176
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	492	-291	1.281	783
10	Ergebnis nach Steuern	887	1.040	938	-153
11	Sonstige Steuern	887	1.040	938	-153
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
13	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	0	0	0
14	Bilanzgewinn	0	0	0	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	134,75	126,92	110,17	Durchschnitt

Geschäftsentwicklung

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2022 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung
	2022	2021	
	T €	T €	T €
Umsatzerlöse	24.090,7	21.766,7	2.324,0
darin Kostenweiterbelastungen	-1.254,5	-1.583,5	329,0
bereinigte Umsatzerlöse	22.836,1	20.183,2	2.652,9
Neutrale Erträge	49,4	72,2	-22,8
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-10.714,1	-9.622,7	-1.091,4
Abschreibungen	-1.564,8	-1.652,8	88,0
Übrige Aufwendungen	-11.833,9	-10.540,0	-1.293,8
davon Kostenweiterbelastungen	1.254,5	1.583,5	-329,0
bereinigte übrige Aufwendungen	-10.579,3	-8.956,5	-1.622,8
Finanzergebnis	-26,0	-22,6	-3,4
Ergebnis vor Steuern	1,4	0,7	0,6
Steuern	-1,4	-0,7	-0,6
Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2022 Investitionen in Höhe von 3.983,50 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	494,3	T€
Betriebsgebäude	50,1	T€
Maschinen und technische Anlagen	848,8	T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	153,8	T€
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.436,4	T€
	<u>3.983,5</u>	<u>T€</u>

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2022 über dem freien Cash-Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	0,0	T€
ordentliche Abschreibungen	1.564,8	T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	859,5	T€
Cash Flow	<u>2.424,3</u>	<u>T€</u>

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdVz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2022 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.276,9 T€ erzielt. Hieraus sowie aus dem Finanzbestand per 01.01.2022 wurden die Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	0,0	€
Abschreibungen	1.564,8	€
Zunahme der Rückstellungen	738,8	€
Zunahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-395,3	€
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	340,7	€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u>2.276,9</u>	€

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Investitionen	-1.547,1	€
Zugang Finanzanlagen (Beteiligungen und Pensionsfonds)	-1.520,4	€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-3.067,5</u>	€

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0	€
Darlehensstilgungen	-274,2	€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-274,2</u>	€

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2022	1.763,5	€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.276,9	€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-3.067,5	€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-274,2	€
Finanzmittel zum 31.12.2022	<u>698,7</u>	€

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2022 und zukünftige Entwicklung 2023

	Ergebnis	WI Plan 2022	Abweichung	zukünftige Entwicklung WI Plan 2023
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	24.254.087,39 €	23.168.819,06 €	1.085.268,33 €	24.603.237,51 €
2. Umsatz	24.254.087,39 €	23.168.819,06 €	1.085.268,33 €	24.603.237,51 €
3. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.440,48 €	- €	3.440,48 €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45.969,22 €	88.596,20 €	- 42.626,98 €	560.363,40 €
Gesamtleistung	24.303.497,09 €	23.257.415,26 €	1.046.081,83 €	25.163.600,91 €
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.263.119,59 €	732.811,43 €	1.530.308,16 €	892.069,01 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.099.114,80 €	1.092.896,70 €	6.218,10 €	982.477,66 €
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	6.998.220,55 €	6.963.338,42 €	34.882,13 €	7.892.151,35 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.715.882,12 €	3.949.119,73 €	- 233.237,61 €	3.849.627,61 €
	10.714.102,67 €	10.912.458,15 €	- 198.355,48 €	11.741.778,96 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.564.768,12 €	1.767.320,07 €	- 202.551,95 €	1.491.385,80 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen				
aa) Raumkosten	323.204,34 €	386.212,00 €	- 63.007,66 €	739.897,94 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	69.982,08 €	70.760,00 €	- 777,92 €	68.549,70 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	166.086,53 €	55.290,00 €	110.796,53 €	32.755,00 €
ad) Fahrzeugkosten	24.904,86 €	23.164,00 €	1.740,86 €	23.174,34 €
ae) Werbe- und Reisekosten	24.991,69 €	40.081,00 €	- 15.089,31 €	40.100,00 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	5.497.904,49 €	5.911.810,57 €	- 413.906,08 €	6.835.684,79 €
afb) Datenübermittlung	546.020,41 €	624.824,83 €	- 78.804,42 €	541.013,72 €
afc) Consulting und Beratung	779.726,56 €	741.000,00 €	38.726,56 €	807.159,05 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	560.783,83 €	510.000,00 €	50.783,83 €	510.000,00 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	478.031,99 €	349.260,57 €	128.771,42 €	421.845,77 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	- €	- €	- €	- €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (sonstige Steuern)	887,00 €	- €	887,00 €	- €
	8.472.523,78 €	8.712.402,97 €	- 239.879,19 €	10.020.180,30 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.956,78 €	- €	12.956,78 €	- €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38.917,60 €	39.525,93 €	- 608,33 €	35.709,15 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	163.907,31 €	0,00 €	163.907,31 €	0,00 €
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 491,83 €	- €	- 491,83 €	- €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	163.415,48 €	0,00 €	163.415,48 €	0,00 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2022	- 163.415,48 €			
14.3 Jahresüberschuss	0,00 €			

Für den Wirtschaftsplan 2023 wird eine weitere Geschäftsausweitung im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2022 mit einer Gesamtleistung von 25.164 T€ (Wirtschaftsplan 2022: 23.257 T€) vorausgesehen. Die Leistungserhöhung wird vornehmlich einerseits getrieben durch erhöhtes Geschäftsvolumen in den Anwendungsbereichen Personalabrechnung, Einwohnerwesen und Dokumentenmanagement und andererseits durch eine weitere Zentralisierung beim Hosting von Applikationen. Der Investitionsplan sieht ein Volumen von 4.208 T€ (Wirtschaftsplan 2022: 4.345 T€) vor. Im Stellenplan für das Geschäftsjahr 2023 sind 128 Stellen und damit zwölf zusätzliche Stellen gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2022 (116 Stellen) vorgesehen.

Finanzstruktur

	2022 in T€	2021 in T€	Veränderung
Eigenkapital	1.227,0	1.227,0	0,0
Rückstellungen	21.152,6	20.414,0	738,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.366,8	3.641,0	-274,1
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	1.444,9	1.104,3	340,6
	589,7	675,2	-85,6
Summe	27.191,4	26.386,3	805,1

Vermögensstruktur

	2022 in T€	2021 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	1.321,4	1.548,3	-226,9
Sachanlagen	5.843,4	5.662,2	181,2
Finanzanlagen	16.043,8	14.523,4	1.520,4
Anlagevermögen	23.208,6	21.733,9	1.474,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	1.878,2	1.680,3	197,9
	1.242,2	1.241,2	0,9
Flüssige Mittel	698,7	1.763,5	-1.064,9
Abgrenzungsposten	1.405,9	1.208,6	197,4
Summe	27.191,4	26.386,3	805,1

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

1.1. IT-Fachanwendungen

Das Volumen der Betreuung von Fachanwendungen, die sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen rund um die Verwaltungsdigitalisierung ergeben, hat im vergangenen Jahr wieder deutlich zugenommen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) ist unverändert ein wichtiger Treiber der kommunalen Digitalisierung. Das Jahr 2022 stand im Bereich Digitalisierung im finalen Jahr der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Zu Beginn des Jahres waren bei der Umsetzung des OZG noch erhebliche Lücken zu der Realisierung der ca. 575 Verwaltungsleistungen zu erkennen, die bis Ende des Jahres Bürgerinnen und Bürgern digital zur Verfügung stehen sollten. Der Umsetzungsfortschritt sollte durch den sogenannten ‚OZG-Booster‘ neue Fahrt aufnehmen, blieb aber in der konkreten Umsetzung hinter den Erwartungen zurück. Siehe auch Projekt „Durchgängige elektronische Verwaltungsprozesse“ unter 2.5).

Das Betreuungsvolumen von Fachanwendungen als ein Kerngeschäft der kdVz Rhein-Erft-Rur beträgt in 2022 13.667 T€ (2021: 12.663 T€) und ist damit um ca. 7,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Es setzt sich zudem der Trend der Vorjahre fort, dass die Dienstleistungen der kdVz Rhein-Erft-Rur in deutlich mehr Bereichen auch von Nichtverbandsmitgliedern (2022: 2.010 T€; 2021: 1.612 T€) angefragt und abgenommen werden.

Die im folgenden angeführten Fachanwendungen tragen in 2022 maßgeblich zum Wachstum des erreichten Betreuungsvolumens bei:

Das Dokumentenmanagement (DMS) ist auch in 2022 ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der internen Digitalisierungsbemühungen. Verwaltungen aller Größenklassen stellen dieses Thema

als strategisch wichtig in den Vordergrund und erwarten umfangreiche Unterstützungsleistungen durch die kdVz Rhein-Erft-Rur, die weit über die Einführungsunterstützung und den Support hinausgehen. Auch strategische Beratung rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt. Das Betreuungsvolumen der kdVz Rhein-Erft-Rur ist im Jahr 2022 um 19% (+ 242 T€) gewachsen und auf 1.506 T€ angestiegen. Das von der kdVz angebotene Dokumentenmanagementsystem (DMS) d.3 der Firma d.velop wird aktuell für 25 Verwaltungen fachlich und systemseitig betreut. Zusätzlich nehmen vier (Vorjahr: drei) externe Verwaltungen sowie ein Verbandsmitglied Dienstleistungen von der kdVz ab, wobei das Hosting in der Verwaltung verbleibt. Neben der digitalen Dokumentenführung bietet die kdVz Rhein-Erft-Rur zusätzlich für sechs Verwaltungen archivarisches Dienstleistung für das papiergebundene Verwaltungsarchiv an. Das Jahr 2023 wird hauptsächlich durch flächendeckende DMS-Systemupdates geprägt sein. Weiterhin muss auf allen DMS-relevanten Servern eine sog. „DMS One“-Infrastruktur geschaffen werden, um dann im Folgejahr auch den Wechsel auf eine browserbasierte Benutzeroberfläche durchführen zu können.

Auch im Jahr 2022 trägt die Betreuung des Finanzverfahrens „Infoma newsystem“ mit einem Umsatzvolumen von 4.728 T€ (Steigerung von ca. 7 % gegenüber dem Vorjahr) wesentlich zum Jahresergebnis der kdVz bei. Die positiven Entwicklungen der Vorjahre setzten sich auch in 2022 fort, wobei im abgelaufenen Geschäftsjahr der Fokus weniger auf Expansion in neue Themenfelder gelegen hat, sondern es vielmehr galt, mit der flächendeckenden Einführung des „Modern Client“ die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Positive Entwicklungen können auch für das Produkt IKVS der Axians IKVS GmbH verzeichnet werden. Neben dem stetigen Ausbau des Dienstleistungsspektrums – Beratung, Einführung, Schulung – wurde in 2022 mit dem Abschluss eines KDN-Rahmenvertrages ein weiterer Großkunde, der Zweckverband Südwestfalen-IT, akquiriert. Erste Einführungsprojekte befinden sich bereits in der Umsetzung, Gespräche mit weiteren Rechenzentren in NRW laufen aktuell.

Im Geschäftsjahr 2023 steht mit dem weiteren Ausbau des „AppSpace“ eine weitere Großaufgabe an, welche sich auf alle Bereiche der „Infoma newsystem“-Infrastruktur auswirken und wesentliche Arbeitsprozesse verschieben wird. Stichworte wie „Prozessverschlanung“ und „Digitalisierung“ werden hier eine wesentliche Rolle spielen.

Im Bereich der Personalabrechnung ist in 2022 die Zusammenarbeit mit dem Hostingpartner citeq für die Software „KommunalMaster Personal“ des Anbieters Komm.ONE weiter gefestigt worden. Regelmäßige Erfahrungsaustausche zu fachbezogenen Themen finden statt, um so die Ressourcen rechenzentrumsübergreifend zu bündeln. Trotz zwischenzeitlicher personeller Engpässe konnten allen Verwaltungen Schulungen und Workshops angeboten werden. Das Betreuungsvolumen erreichte 942 T€ (2021: 911 T€).

Die Zeiterfassungslösung MATRIX der Firma dormakaba ist bei 21 Verwaltungen eingeführt und erreicht ein Betreuungsvolumen von 183 T€ (2021: 167 T€). Weitere Aufträge für drei Verbandskommunen liegen bereits vor.

Für die Einführung des Online-Bewerbermanagements der Fa. BITE durch die kdVz Rhein-Erft-Rur haben sich in 2022 zusätzlich 10 Verwaltungen entschieden; damit ist der Kundenkreis auf 44 angewachsen. Das Betreuungsvolumen für das Bewerbermanagement ist um 43 T€ (+19 %) auf 263 T€ gestiegen.

Mit dem Content-Management-System (CMS) / Internetpräsentationen der Fa. SitePark war das Projektvolumen nach einem starken Geschäftsjahr 2021 für das Geschäftsjahr 2022 im Vergleich rückläufig; alle Verbandskommunen arbeiten mit der aktuellen Softwareversion. Das Betreuungsvolumen beträgt in 2022: 373 T€ (2021: 402 T€). Für das Jahr 2023 sind Relaunches weiterer Kunden vorgesehen, die zuvor mit anderen Softwareprodukten gearbeitet haben. Die Spezialisierung der bei der kdVz eingesetzten Software auf den öffentlichen Sektor spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Software nimmt in der Digitalisierungsstrategie der kdVz eine zentrale Position ein.

2.2 Netze

Die Netzversorgung der Verbandsmitglieder ist ein weiteres zentrales Kerngeschäft der kdVz Rhein-Erft-Rur. Im Jahr 2022 wurde das verbandsweite Richtfunknetz ausgebaut und um einen Richtfunkturn in Frechen-Bachem ergänzt. Durch Probleme bei der Verfügbarkeit verschiedener Komponenten und einen Sturmschaden während der Mast-Errichtung in Bachem hat sich die Fertigstellung des Projektes verzögert. Allen angeschlossenen Rathäusern steht mit Fertigstellung eine Bandbreite von 100Mbit/s zur Verfügung.

Das Betreuungsvolumen für Netze ist weitgehend stabil mit 1.869 T€ für das Geschäftsjahr 2022 (2021: 1.915 T€). In Vorbereitung auf eine mögliche Energiemangellage sind in 2022 Szenarien erarbeitet und Maßnahmen eingeleitet worden, um den gemeldeten Kundenanforderungen an die Verfügbarkeit des verbandsweiten WAN gerecht zu werden. Zu diesem Zweck wurden Lösungen erarbeitet und die Beschaffung notwendiger, die Flexibilität fördernde Netzkomponenten initiiert und teilweise bereits umgesetzt.

Die im folgenden aufgezeigten Aktivitäten in Teilbereichen tragen maßgeblich zum Wachstum im Geschäftsjahr 2022 bei:

Das Wide Area Network (WAN) der kdVz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich auch in 2022 als sehr ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt.

Ein in 2021 gestartetes umfangreiches Projekt mit einer großen Mitgliedskommune, in dem die Schulbetriebe nach dem erarbeiteten Konzept über VPN an das Verbandsnetz angeschlossen wurden, ist in 2022 abgeschlossen worden. In diesem Kontext ist die Verwaltung der Netzwerkinfrastruktur in den Schulen von der kdVz Rhein-Erft-Rur übernommen worden und WLAN AccessPoints, die den Betrieb von über 300 Geräten ermöglichen, wurden bereitgestellt.

Auch in 2022 zeigte sich, dass die Internet-Nutzung für alle Kunden auch aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung unverzichtbar ist. Als Ergebnis der Corona-Pandemie und die dadurch bedingte Heimarbeit sowie die zunehmende Nutzung von Videokonferenzen ist die Datenübertragungsrate gestiegen. Die durchschnittliche Nutzungsrate der Internet-Leitung innerhalb von 24 Stunden lag zeitweise bei ca. 200 Mbit/s. Während der Arbeitszeiten lag die Leitungsauslastung im Schnitt bei über 350 Mbit/s (Vorjahr: 300Mbit/s). Der Internetzugang wurde aufgrund der gestiegenen Bedarfe im Primär- und Backupweg erhöht. Die Anzahl der VPN-Verbindungen ist in 2022 abermals angestiegen (+130 VPN-Verbindungen gegenüber dem Vorjahr). Derzeit sind über 600 VPN-Verbindungen eingerichtet.

Das Angebot der W(ireless)-LAN-Nutzung in Rathäusern und anderen Verwaltungsgebäuden steigt weiter an. In 2022 wurden bei weiteren Verbandsmitgliedern WLAN-Komponenten installiert und die vorhandenen verbessert. Zum Ende des vergangenen Jahres nutzten 28 (Vorjahr: 27) Verbandsmitglieder die WLAN-Lösung der kdVz. Es sind im Verbandsgebiet mehr als 1000 AccessPoints im Einsatz. Der „Public Spot“ der kdVz wird an weiteren Standorten angeboten; so sind viele Rathäuser, Außenstellen oder andere kommunale Einrichtungen entsprechend ausgestattet. Aktuell ist der Public Spot an 33 Standorten im Einsatz.

In 2022 sind in Rahmen des Netzwerk-Managements vermehrt Beratungen und Installationen/Neuaufbauten mit zukunftsicheren modernen Systemen durchgeführt worden. An mehreren Standorten sind vorhandene Netzwerkkomponenten modernisiert und existente Verkabelungen optimiert worden. Der Betreuungsbedarf im Netzwerkmanagement beträgt im Geschäftsjahr 2022: 244 T€.

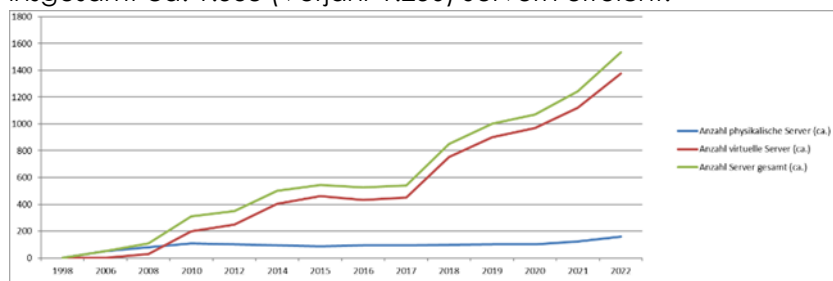
Es wurden weitere Endgeräte in das Mobile Device Management (MDM) zur Verwaltung sowie dem Zugriff auf interne Daten oder Verfahren aufgenommen. Aktuell befindet sich das MDM bei sieben Mitgliedern im produktiven Einsatz; es werden mehr als 350 Geräte (Vorjahr 250 Geräte) verwaltet.

2.3 IT-Services

Die Bereitstellung einer hoch performanten IT-Infrastruktur durch die kdVz Rhein-Erft-Rur stellt zudem ein Kerngeschäft des Zweckverbandes für die Mitgliedskommunen dar. Das stetige Wachstum dieses Bereiches setzt sich aufgrund steigender Komplexität hinsichtlich Hard- und Software, Sicherheit, Verfügbarkeit sowie Personaleinsatz auch in 2022 fort. Das Betreuungsvolumen dieses Bereiches ist in 2022 auf 4.995 T€ gewachsen (2021: 4.027 T€). Die Erlöse mit Nichtverbandsmitgliedern haben sich von 356 T€ für 2021 auf 434 T€ für das Geschäftsjahr 2022 erhöht.

Ein Haupttreiber dieses Trends ist das Interesse der Zweckverbandsmitglieder nach Unterstützung bei der Zentralisierung von IT-Einrichtungen. Durch die zentralisierte Bereitstellung von Hardware- und Softwareressourcen für Arbeitsplätze wird eine wirtschaftliche Lösung geschaffen und die Komplexität von den Mitgliedskommunen in das Rechenzentrum verlagert. Das Betreuungsvolumen in diesem Sektor ist auf 3.246 T€ (2021: 2.598 T€) gewachsen. Im Zuge der Zentralisierung von Arbeitsplatzanwendungen erhalten Endnutzer ihren kompletten Arbeitsplatz (Desktop inkl. Anwendungen) zentral über die kdVz. So sind zum Ende 2022 ca. 3.800 Benutzer aus 17 Kommunen zentral an die kdVz Rhein-Erft-Rur angebunden. Bis Ende 2024 ist schon die Übernahme von ca. 300 zusätzlichen Arbeitsplätzen beauftragt. Auch der Trend der Verwaltungen auf die zentrale Bereitstellung von Standard- sowie Individual-Softwarelösungen zu setzen ist weiterhin zu beobachten. Die Anzahl der kommunalen Fachanwendungen, die zentral als Service („Software as a Service“ – SaaS) bereitgestellt werden, ist wiederum gewachsen. Die Anzahl der Benutzer von zentral bereitgestellten Anwendungen des Zweckverbandes ist um ca. 700 (für 2021 berichtet) auf aktuell ca. 7.200 (Stand Ende 2022) Benutzer gestiegen.

Das notwendige Servervolumen ist in 2022 abermals stark gewachsen und hat eine Anzahl von insgesamt ca. 1.538 (Vorjahr 1.250) Servern erreicht.



Insgesamt hostet die kdVz 6.700 E-Mail-Postfächer von 28 Kommunen zentral im Rechenzentrum. Im Vorjahresvergleich werden 500 weitere Postfächer betreut (ca. +8 %). Für das Jahr 2023 sind weitere Übernahmen im Volumen von ca. 2.600 Postfächern (aktuell: Migration der Kreisverwaltung Euskirchen und der Stadt Elsdorf; in Planung: Migration für den Rhein-Erft-Kreis) angefragt.

Der Einsatz von Medien- und Informationstechnologien in den Schulen ist im Vergleich zum Vorjahr abermals im Umfang gestiegen. Das Volumen der Dienstleistungen des IT-Schulsupports für 14 (2021: 13) Kommunen des Kreises Düren und 3 Kommunen des Kreises Euskirchen ist im Jahr 2022 um 154 T€ (+ 28 %) auf insgesamt 711 T€ gewachsen. Zwei zusätzliche Verbandskommunen haben Unterstützungsbedarf beim Schulsupport für 2023 ff. angemeldet.

Der IT-Service Desk der kdVz Rhein-Erft-Rur sorgt auch in 2022 für eine durchgängige Erreichbarkeit, eine hohe Problemlösungskompetenz und damit verbunden für eine entsprechend hohe Erstlösungsquote sowie nachhaltige Dokumentation gemeldeter Anfragen und Vorfälle. Im Geschäftsjahr 2022 konnten ca. 34.000 (Vorjahr 32.700) geschlossene Tickets gezählt werden, die Erstlösungsquote durch den Service Desk lag bei ca. 33,4% (Vorjahr: 29 %).

Eine zusätzliche Anzahl an serviceorientierten Aufgaben von anderen Fachbereichen konnte übernommen werden, um in den abgebenden Fachbereichen zusätzliche Kapazitäten zur Betreuung des Kerngeschäftes zu schaffen.

Für 2023 werden weitere Aufgaben an den Service Desk übertragen werden, um eine Entlastung anderer Fachbereiche zur Optimierung der Prozesse insgesamt zu erreichen.

2.4 Sonstige Dienste

Auch im Jahr 2022 nehmen die Herausforderungen in den Bereichen Informationssicherheit und Datenschutz einen hohen Stellenwert für den Zweckverband ein. Das Volumen dieser Dienstleistung der kdVz Rhein-Erft-Rur liegt mit 306 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr 314 T€). Die stetige Professionalisierung im Bereich der Cyberkriminalität – insbesondere, wenn es um die Bedrohungen durch Schadsoftware geht – führt zunehmend zu komplexen und zielgerichteten Angriffsszenarien, auch dem öffentlichen Sektor gegenüber. Die Anforderungen an die datenschutzkonforme Informationsverarbeitung nehmen, mitunter bedingt durch veränderte datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen, zu. Mit dem Ziel, steigenden Anforderungen und Bedrohungspotenzialen geeignet begegnen zu können, betreibt der Zweckverband ein nach IT-Grundschutz zertifiziertes Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS). Die Zertifizierung – und damit der Nachweis der Umsetzung umfangreicher und wirkungsvoller Sicherheitsmaßnahmen – wird auch für die kommenden Jahre angestrebt.

Mit dem Ziel, die Zertifizierung nach IT-Grundschutz fortwährend sicherstellen zu können, ist es zudem erforderlich, bestehende operative Maßnahmen der IT-Sicherheit gezielt zu stärken und technisch wie konzeptionell weiterzuentwickeln. So ist für das Jahr 2023 im Kontext des Themas Netzwerksicherheit die Erweiterung zentraler Sicherheitssysteme und die Fortschreibung der damit verbundenen Sicherheitskonzepte zu berücksichtigen. Gestiegenen Anforderungen an zentrale Authentisierungsprozesse soll mit der Implementierung geeigneter Lösungen (Multi-Faktor-Authentisierung – MFA) begegnet werden.

Die kdVz bietet ihren Verbandsmitgliedern, aber auch Verwaltungen außerhalb des Verbandsgebietes, qualifizierte und zertifizierte Unterstützungsleistungen an. Der Betreuungsumfang beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements durch die kdVz konnte im Berichtsjahr mit 25 Verwaltungen konstant beibehalten werden, für 16 Kommunen stellt die kdVz im Jahr 2022 den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Das Betreuungsvolumen des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der kdVz liegt in 2022 bei 99 T€ (2021: 121 T€). Das RPA hat satzungsgemäß in der Prüfung finanzwirksamer Verfahren für Mitgliedskommunen einen Aufgabenschwerpunkt. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz des NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen auch eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird u. a. mit der Zertifizierung durch das kdVz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Insgesamt zehn finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr in 147 Versionsständen geprüft und entsprechend zertifiziert. Im Rahmen der begleitenden Vergabeprüfung hat das RPA im vergangenen Jahr 216 (Vorjahr: 290) Prüfungen mit einem Gesamtauftragswert von ca. 4,0 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) vorgenommen.

2.5 Projekte

Die Projekte für 2022 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt, dabei lag der Schwerpunkt auf der „BSI-Zertifizierung: Rechenzentrumsverlagerung“. Insgesamt liegt das Projektvolumen im Berichtsjahr bei 993 T€ (Vorjahr: 669 T€) und ist damit planmäßig um 324 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

BSI-Zertifizierung: Rechenzentrumsverlagerung

Zur Sicherung der Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wurde die Umsetzung des mehrjährigen Projekts auf Basis einer 2-Standort-Strategie beschlossen und unter Begleitung des BSI-Auditors zum

31.12.2022 planmäßig beendet. In 2022 wurden die Migrationen der beiden Standorte abgeschlossen, sowie der redundante Rechenzentrumsbetrieb funktional umgesetzt. Das Kostenvolumen für 2022 beträgt insgesamt 771 T€. Die insgesamt geplanten Kosten für den neuen, hochverfügbaren RZ-Betrieb mit der finalen Konfiguration des redundanten Rechenzentrumsbetriebs an den zwei Standorten liegen weiterhin im geplanten Rahmen.

BSI- Zertifizierung: Re-Zertifizierung 2022

Zur Aufrechterhaltung und Fortführung der Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ist im Mai 2022 ein Vor-Ort-Audit durch den beauftragten BSI-Auditor erfolgt. Im August wurde das Zertifikat für die drei Folgejahre (bis 2025) erteilt. In den Jahren 2023 und 2024 werden BSI-Überwachungsaudits mit vermindertem Prüfungsumfang durchgeführt werden. Dieses Projekt wurde unterhalb des Rahmens der geplanten Kosten abgeschlossen.

Durchgängig elektronische Verwaltungsprozesse

Als Reaktion auf die allgemeinen Verzögerungen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) auf Bund- und Landesebene hat die kdVz im Jahr 2022 einen neuen Weg eingeschlagen, indem mit den vorhandenen und bewährten Softwareprodukten, bspw. dem Formularserver, eine Standardisierung bei der Bereitstellung von Verwaltungsleistungen innerhalb des Verbandsgebiets angestrebt werden sollte. Das Projekt „Ausweitung durchgängig elektronischer Verwaltungsdienstleistungen (OZG)“ endete mit dem Jahr 2022. Im Jahr 2022 waren die Unterstützung der Mitgliedskommunen durch die kdVz Rhein-Erft-Rur bei der Informationsbereitstellung, das Teilprojekt „Verbandsformulare“, die Teststellung des Governikus Multi Messengers sowie die Teilnahme an KDN-Veranstaltungen Handlungsschwerpunkte. Das Personal- und Sachaufwandsvolumen liegt mit 85 T€ im Rahmen des geplanten Ansatzes.

Eine Fortführung des Projektes unter neuem Namen und geänderter Fokussierung soll im Jahr 2023 zu Mehrwerten bei den Verbandsmitgliedern führen. Im Fokus stehen hierbei neben der Umsetzung von „Einer-für-Alle“-Leistungen (EfA-Leistungen) vor allem auch neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsverwaltungen und der kdVz. Im Laufe des Jahres 2023 soll mit Hilfe einer Wiki-Software eine neue Art der Informationsbereitstellung für die Mitgliedsverwaltungen etabliert werden. Neben der reinen Informationsbeschaffung zu Digitalisierungsthemen der kdVz und der allgemeinen OZG-Umsetzung soll dort auch die Möglichkeit bestehen gemeinschaftlich an Themen und Fragestellungen zu arbeiten. Die Aktivitäten im Rahmen des OZG haben zu einer Sensibilisierung der Mitgliedskommunen für diese Thematik geführt, die auch die zukünftigen Möglichkeiten der Etablierung von Digitalisierungsbeauftragten einschließen.

Zukunft Druckzentrum

Im Rahmen der Verwaltungsdigitalisierung verringert sich das Druckvolumen der kdVz Rhein-Erft-Rur seit Jahren kontinuierlich. Für die Aufrechterhaltung des Eigenbetriebs wäre das Eingehen von zusätzlichen finanziellen und personellen Risiken notwendig gewesen.

In 2022 wurde unter Mitwirkung der kdVz-Gremien beschlossen das Druckzentrum der kdVz ab Sommer 2023 abzugeben. Im Rahmen einer Abfrage im KDN wurde die Dienstleistung vergeben und wird ab Sommer 2023 durch das kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) erbracht. Aktuell werden die abschließenden Vertragsunterlagen vorbereitet. Die Vorbereitung der Umstellung läuft seit Herbst 2022. In 2023 sollen alle Druckleistungen zum krz übergeben werden. Gleichzeitig wird das Personal in dem Bereich komplett abgebaut und die Technik deinstalliert. Die Aktivitäten zur Umsetzung liegen zeitlich im Planansatz.

2. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr beträgt die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 127,08. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.22 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
AT'ler		1		
höherer Dienst		3	2	2
gehobener Dienst	14	55	30	9
mittlerer Dienst	4	3	4	1
einfacher Dienst			1	1

Der demografische Wandel und der daraus resultierende Fachkräftemangel sowie der digitale Transformationsprozess erfordern von der kdVz, sich auch abseits IT-technologischer Innovationen weiterzuentwickeln. So wurde bereits im vorangegangenen Jahr der Prozess ‚Kulturwandel‘ der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) initiiert. Dieser sieht vor, auf Basis der Ergebnisse einer Mitarbeitenden-Umfrage Maßnahmen in den vier Handlungsfeldern Führung, Vielfalt, Gesundheit und Kompetenz zu entwickeln, die geeignet sind, die Arbeitskultur innerhalb des Unternehmens zu fördern. Der kdVz ist es im Berichtsjahr gelungen ein umfangreiches Maßnahmenpaket zu schnüren, für das sie Anfang 2022 mit dem Prädikat „Zukunftsfähige Arbeitskultur“ ausgezeichnet wurde. Im Bereich Gesundheitsmanagement etwa wurde mit der Etablierung eines EAP (Employee Assistance Program) die mentale Gesundheit der Mitarbeitenden ebenso in den Blick genommen wie die körperliche durch eine Kooperationsvereinbarung in Sachen ‚Firmenfitness‘. Mit dem ‚Flurfunk‘ konnte ein neuer Kanal für die unternehmensinterne Kommunikation eröffnet werden, zudem erhalten die Fachbereiche zukünftig die Möglichkeit Teambuildingmaßnahmen durchzuführen. Die Geschäftsleitung hat bereits deutlich gemacht, dass die kdVz auch nach der erfolgreichen INQA-Auditierung an ihrem Weg festhalten wird, die Arbeitskultur mit passenden Instrumenten beständig fortzuentwickeln.

Die Rahmenbedingungen der Dienstvereinbarung über mobiles Arbeiten bei der kdVz Rhein-Erft-Rur schaffen für die Beschäftigten des Zweckverbandes die Möglichkeit berufliche und familiäre Erfordernisse besser in Einklang zu bringen und die Arbeitszufriedenheit durch mehr Selbstverantwortung bei der Gestaltung und Durchführung der Arbeit zu erhöhen; für die kdVz ist die Vereinbarung ein Baustein sich als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, während der es gelungen ist, trotz zeitweisem Lockdown den Standard der Leistungserbringung sowie den allgemeinen Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten, wurde die Dienstvereinbarung im letzten Jahr v. a. in puncto Volumen und Flexibilität der Inanspruchnahme mobiler Arbeit weiterentwickelt. Die neuen Regularien sind bereits formell in Kraft getreten und mit dem Übergang vom pandemischen Zustand zum Regelbetrieb wirksam geworden. Der Trend zur selbstbestimmteren Gestaltung von Arbeit erfordert vom Arbeitgeber wirksame Initiativen, die den sozialen Zusammenhalt im Unternehmen stärken und die Interessen der Beschäftigten und die des Unternehmens in Einklang bringen.

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

RISIKOBERICHT

Das Ziel des Risikomanagements bei der kdVz Rhein-Erft-Rur ist die frühzeitige Erkennung negativer Einflussfaktoren / Identifikation von Risiken, die Analyse und Bewältigung von Risiken, die Implementierung von präventiven Maßnahmen der Risikobegrenzung, die Definition von reaktiven Prozessen, Abläufen und Maßnahmen der unmittelbaren Schadensbegrenzung / -reduzierung und die aufklärende Funktion / Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die rechtliche Grundlage und Verpflichtung ergibt sich aus § 10 Abs. 1 EigVO NRW. In 2008 hat die kdVz Rhein-Erft-Rur die Richtlinie zum Risikomanagement bei der kdVz Rhein-Erft-Rur in Kraft gesetzt, die im März 2019 mit der Einarbeitung des IT-Grundschutzes nach BSI eine Erweiterung erfuhr.

Das Risikomanagementsystem der kdVz Rhein-Erft-Rur unterliegt einer stetigen Weiterentwicklung. Es ist als System soweit etabliert, dass nun mit der alternativen Risikobetrachtung und -bewertung eine weitere Dimension geschaffen werden konnte, um bei den einzelnen Produkten die Risiken zu fokussieren.

Neben der routinemäßigen Überprüfung der Risikobewertung nach Produkten wurde zum Audit 30.11.2020 erstmalig zur Nutzung von Synergieeffekten die Risikoproduktbewertung um die Bewertung der o.g. Produkte aus Sicht des internen Sicherheitsbeauftragten (ISB) und der Datenschutzbeauftragten (DSB) ergänzt. Die Liste wurde entsprechend erweitert und wird zukünftig die Einschätzungen der Informationssicherheit und des Datenschutzes mit beinhalten.

Die aktuelle Risikobewertung zum 30.05.2022 umfasst 161 Einzelrisiken mit einer bewerteten Gesamtrisikosumme von 665.890,00 €. Die Bewertung erfolgt, indem das geschätzte Schadensausmaß mit der geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeit multipliziert wird.

Die Risikobewertung erfolgt in Klassen:

Schadenshöhe	In Klassen	Schadenssumme
Sehr hoher Vermögensschaden	5	> 1,5 Mio
Hoher Vermögensschaden	4	< 1,5 Mio
Mittlerer Vermögensschaden	3	< 750 T
Geringer Vermögensschaden	2	< 250 T
Sehr geringer Vermögensschaden	1	< 50 T
Nicht existent	0	0

Eintrittswahrscheinlichkeit (ETW)	Faktor	in %
Sehr Wahrscheinlich fast sicher, 1 mal pro Woche oder öfter	5	100
Nahe liegend Etwa 1 mal pro Monat	4	10
Gelegentlich etwa 1 mal pro Jahr	3	1
Fern liegend Etwa 1 mal pro Jahr oder seltener	2	0,1
Sehr unwahrscheinlich Alle 10 Jahre oder seltener	1	0,01
Nicht relevant	0	0

Die nachstehenden Risiken ergeben nach deren Bewertung (Schadenshöhe multipliziert mit Eintrittswahrscheinlichkeit) den höchsten prozentualen Anteil am Gesamtrisiko.

In der Risikogruppe Personal wurde das Beihilferisiko mit einer Schadenshöhe Klasse 4 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet. Die Risikosumme beträgt 150.000 € und ist mit 22,53 % das am höchsten bewertete Einzelrisiko am Gesamtrisiko.

In der Risikogruppe Geschäftsprozesse wurde das Vergaberisiko mit einer Schadenshöhe Klasse 3 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet. Hier wurde das Risiko der fehlerhaften Abwicklung von Beschaffungs- und Lieferprozessen betrachtet und bewertet.

Die Risikosumme beträgt 75.000 € und ist mit 11,26 % das am zweithöchsten bewertete Einzelrisiko am Gesamtrisiko.

Das Risiko der fehlerhaften Vertragsgestaltung wurde als generelles Risiko durch fehlerhafte Vertragsgestaltung insbesondere bei nicht offensichtlichen rechtsunsicheren Formulierungen mit einer Schadenshöhe Klasse 3 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet.

Die Risikosumme beträgt ebenfalls 75.000 €.

Das Betriebsrisiko bei der Einführung von Software im Bereich IT-Betrieb wurde betrachtet und mit einer Schadenshöhe Klasse 2 und einer Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet. Die Risikosumme beträgt 25.000 € und ist mit 3,75 % eines der am dritthöchsten bewerteten Einzelrisiken am Gesamtrisiko.

In der Risikogruppe Technik wurden die Produktionsrisiken im Rahmen der Softwareausstattung und hier gezielt das Risiko der Durchführung von Updates betrachtet und unter Einbeziehung der

möglichen Gegenmaßnahmen wie folgt bewertet: Schadenshöhe Klasse 2, Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4. Dies ergibt eine Risikosumme von ebenfalls 25.000 €.

Es wurden Risiken durch langfristige krankheitsbedingte Ausfälle der Schlüsselpersonen betrachtet. Die Bewertung erfolgte dabei in Schadenshöhe Klasse 2, Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4. Dies ergibt eine Risikosumme von ebenfalls 25.000 €.

Die Bewertung des Risikos Personalbeschaffung führte zu einer Bewertung in Schadensklasse 2, Eintrittswahrscheinlichkeit 4.

Die Risikosumme beläuft sich ebenfalls auf 25.000 €.

In der Risikogruppe Finanzen wurde das Risiko steigender Energiekosten einer Bewertung unterzogen. Dies führte zu folgender Bewertung: Schadenshöhe Klasse 2, Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4.

Dies ergibt eine Risikosumme von ebenfalls 25.000 €.

Das Risiko für Kosten, die externen Schwankungen wie z. B. Wartungskosten unterliegen, können letztlich nur durch vertragliche Regelungen abgedeckt werden. Auch hier die Bewertung mit Schadenshöhe Klasse 2 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4. Dies ergibt eine Risikosumme von ebenfalls 25.000 €.

Das bewertete Gesamtrisiko von 665.890,00 € ist durch das ausgewiesene Eigenkapital von 1.227.043,29 € gedeckt.

Chancen und Prognosebericht

Das Umsatzwachstum, das die kdVz Rhein-Erft-Rur bereits in den vorvergangenen Jahren verzeichnen konnte, setzt sich wie prognostiziert auch im Jahr 2022 fort (24,2 Mio. €). Der Trend zur Digitalisierung in den Verwaltungen lässt auch in 2022 nicht nach. Darüber hinaus war und ist die zunehmende Komplexität von IT-Architekturen Treiber für IT-Zentralisierungsszenarien der Verbandsmitglieder hin zur kdVz. Wiederum konnte eine Ausweitung des Kundenklientels für die Produkte und Dienstleistungen des Zweckverbandes jenseits der Verbandsgrenzen von +0,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf nun insgesamt 2,7 Mio. € erreicht werden.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird im Wirtschaftsplan ein Umsatzwachstum auf 24,6 Mio. € (Plan 2022: 22,7 Mio. €) prognostiziert bei einem geplanten Investitionsvolumen von 4,2 Mio. € (Plan 2022: 4,4 Mio. €).

Die strategische Ausrichtung der kdVz, sich mit klarem Fokus auf ihre Verbandsmitglieder als Innovationspartnerin in Digitalisierungsfragen der öffentlichen Hand zu positionieren, dabei offen zu sein für die Leistungserbringung für Dritte – sofern dies dem Verband Nutzen bringt –, hat sich auch im Jahr 2022 in Form gestiegener Nachfrage verbandsintern wie -extern und steigender Umsatzerlöse bewährt. Auf diesem stabilen Fundament soll auch zukünftig der von Verbands- und Geschäftsführung angestrebte moderate, gesunde Wachstumsprozess der kdVz Rhein-Erft-Rur fortgeschrieben werden.

Die Gewinnung und Bindung gut ausgebildeter und motivierter Fachkräfte bleibt kurz-, mittel- und langfristig eine der zentralen Herausforderungen für den Zweckverband im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen der Leistungserbringung in den kommenden Jahren. Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren vom Arbeitgeber- zum Arbeitnehmermarkt entwickelt, in dem es für Unternehmen der öffentlichen Hand, nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen, immer schwieriger wird, sich gegen die Konkurrenz aus der Privatwirtschaft zu behaupten. Auch die in diesem Jahr vergleichsweise üppig ausgefallene Tarifeinigung im öffentlichen Dienst, die u. a. ein Inflationsausgleichsgeld sowie ab März 2024 eine Steigerung der Tabellenentgelte um zunächst 200 Euro und anschließend um 5,5 Prozent bei einem Mindesterhöhungsbetrag auf 340 Euro vorsieht, wird nicht dazu beitragen können, die strukturellen

Geschäftsleitung:

Der Vorstandsvorsteher überträgt die Durchführung der laufenden Geschäfte auf einen Geschäftsleiter. Der Geschäftsleiter und sein Stellvertreter werden vom Verwaltungsrat bestellt und abberufen. Im Berichtsjahr führte Herr Christian Völz die Geschäfte des Zweckverbandes. Der Geschäftsleiter Herr Christian Völz erhielt im Jahr 2022 eine außertarifliche Vergütung von 147.583,69 €.

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes KDZ Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Nachrichtlich

Mit Notartermin am 02. März 2023 ist der Zweckverband kdz an der cogniport GmbH in Höhe von 20% beteiligt. In der Verbandsversammlung am 9. Dezember 2022 wurde der Vorstandsvorsteher beauftragt die Beteiligung umzusetzen.

3.4.3.2 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrs.de/>

Gründungsjahr: 8. Dezember 1986

Mitgliedschafts- und Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Versammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband go.Rheinland, ehemals Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV go. Rheinland).

Der ZV go.Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der go. Rheinland GmbH, ehemals Nahverkehr Rheinland GmbH, mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diese obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NRW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband go.Rheinland (ehemals Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR)) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

Die Versammlung des ZV VRS hat am 25. November 2022 eine Änderung der Zweckverbandssatzung beschlossen. Die Änderung wurde am 09. Januar 2023 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln veröffentlicht. Der Zweckverband VRS unterstützt den Zweckverband go.Rheinland (ehemals Nahverkehr Rheinland) bei der Umsetzung der Aufgaben nach § 5 Abs. 3 S. 3 und 4 ÖPNVG NRW. Er wirkt auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV, insbesondere auf die Bildung eines einheitlichen Gemeinschaftstarifs, auf die Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs, auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im

ÖPNV und einheitliche Beförderungsbedingungen, Produkt- und Qualitätsstandards, Fahrgastinfor- mations- und Betriebssysteme und ein übergreifendes Marketing hin. Er wirkt darüber hinaus auf eine Ausgestaltung angemessener Kundenrechte durch Aufnahme von entsprechenden Regelungen in die Tarifbestimmungen des Gemeinschaftstarifs hin. Als zuständige Behörde nach Artikel 3 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 entscheidet er über die Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste oder bestimmte Gruppen von Fahrgästen. Eine Pflicht zur Festsetzung von Höchsttarifen besteht nicht. Mit Unterstützung der Verbandsmitglieder ermittelt er die unternehmensspezi- fischen Aufwanddeckungsfehlbeträge nach § 16 Abs. 2 Satz 4 der Verbandssatzung und schreibt sie fort.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben. Die Umlage für das Jahr 2022 beträgt 300 T€ wovon 5% (15 T€) auf den Kreis Euskirchen entfällt.

Die Zuschüsse werden durch den Zweckverband erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	516.087	516.087	516.087	0
	516.087	516.087	516.087	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50.052	119.439	0	-69.388
Liquide Mittel	4.372.980	4.146.626	4.196.818	226.355
	4.423.032	4.266.065	4.196.818	156.967
Summe Aktiva	4.939.119	4.782.152	4.712.905	156.967
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	641.599	641.599	641.599	
Ausgleichsrücklage	70.247	70.247	70.247	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	711.845	711.845	711.845	0
B Rückstellungen	4.760	4.760	5.000	0
C Verbindlichkeiten	4.222.514	4.065.547	3.996.060	156.967
Summe Passiva	4.939.119	4.782.152	4.712.905	156.967

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	80.781	306.597	524.290	-225.816
Sachanlagen	413.324	489.938	670.741	-76.614
Finanzanlagen	878.245	1.118.261	1.193.393	-240.016
	1.372.350	1.914.796	2.388.423	-542.446
B Umlaufvermögen				
Vorräte	6.318	6.114	6.310	204
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.794.518	3.870.227	2.148.389	-2.075.709
Sonstige Wertpapiere	0	0	0	
Liquide Mittel	43.900.902	31.020.907	31.289.678	12.879.996
	45.701.739	34.897.248	33.444.377	10.804.490
C Rechnungsabgrenzungsposten	594.883	582.726	541.546	12.156
Summe Aktiva	47.668.971	37.394.770	36.374.346	10.274.201
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	240.000	240.000	240.000	0
	240.000	240.000	240.000	0
B Sonderposten	11.488	259.461	414.029	-247.974
C Rückstellungen	5.571.416	4.538.295	4.328.591	1.033.121
D Verbindlichkeiten	41.842.227	32.353.444	31.388.406	9.488.783
E Rechnungsabgrenzungsposten	3.840	3.570	3.320	270
Summe Passiva	47.668.971	37.394.770	36.374.346	10.274.201

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allg. Umlagen	8.599.806	8.432.166	8.389.264	167.640
2	Transferaufwendungen	8.520.763	8.332.775	8.318.834	187.988
3	Sonstige ordentliche Aufwendungen	65.619	77.408	45.960	-11.789
4	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.424	21.983	24.470	-8.559
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	28.140.749	27.626.122	21.527.810	514.628
2	Sonstige betriebliche Erträge	515.800	456.277	179.158	59.523
3	Materialaufwand	13.803.363	15.380.625	10.669.492	-1.577.263
4	Personalaufwand, davon:	10.134.209	8.409.404	7.593.353	1.724.804
a)	Löhne und Gehälter	7.519.002	6.551.829	6.036.559	967.174
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.615.206	1.857.576	1.556.793	757.631
5	Abschreibungen	573.031	854.112	657.192	-281.081
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.510.542	2.969.492	2.294.392	541.050
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	26.944	27.300	31.776	-356
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2.605	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	51.642	2.546	18.658	49.097
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	225.599	389.615	388.880	-164.016
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	385.107	103.904	119.380	281.202
12	Ergebnis nach Steuern	0	0	0	
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand

VRS GmbH:

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	125	115	107	ohne Geschäftsführer und Auszubildende

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

1. Aufgabe des Zweckverbandes und Geschäftsverlauf

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den kreisfreien Städten Köln, Bonn, Leverkusen und der kreisangehörigen Stadt Monheim am Rhein sowie dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch Bergischen Kreis im Jahr 1986 gegründet. Der Kreis Euskirchen wurde Mitglied des ZV VRS zum 01.01.1996.

Der Zweckverband nimmt Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahr, er ist die zuständige Behörde nach der VO (EU) 1370 im Hinblick auf den Verbundtarif und hat seinen Sitz in Köln. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich seiner 100 %-igen Tochtergesellschaft, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH.

Der ZV VRS ist neben dem ZV AVV einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverband go.Rheinland.

Beschlüsse des Zweckverbandes werden soweit sie nicht in die originäre Zuständigkeit des Verbandsvorstehers fallen von der Verbandsversammlung gefasst. Die Verbandsversammlung wurde im Nachgang zur Kommunalwahl 2020 in seiner Sitzung vom 05.02.2021 für die aktuelle

Legislaturperiode neu konstituiert. Im Geschäftsjahr 2022 wurden vier Verbandsversammlungen abgehalten, zu denen fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Geschäftsentwicklung/-verlauf

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen.

Im Wirtschaftsjahr 2022 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des ZV go.Rheinlands aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 111,0 TEUR zur Deckung seiner Eigenaufwendungen, eine Zuwendung in Höhe von 7.184,4 TEUR zur Förderung des MobilPass-Tickets sowie eine Förderung des AzubiTickets NRW über 1.036,3 TEUR. Die Zuwendungen zur Mobilpass-Ticket sowie zum AzubiTicket NRW müssen bis 30.06.2023 vollständig ausgekehrt werden. Eine neue Zuwendung in Höhe von 1.217,8 TEUR zur Förderung des eTarifs NRW wurde zwar beschieden, im Geschäftsjahr 2022 aber nicht in Anspruch genommen; sie wurde inzwischen mit einem Änderungsbescheid auf 63,5 TEUR verringert und auf das Wirtschaftsjahr 2023 übertragen.

Als alleiniger Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung wie in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300,0 TEUR nach einem in der Verbandssatzung festgelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 17.12.2021 genehmigt.

Die Folgen der amtlichen Maßnahmen zur Corona-Krise treffen den ÖPNV schwer. Die Nachfrage ist in den Lockdown-Phasen drastisch, teilweise bis zu 90 % eingebrochen. In den Phasen der Lockerungen konnte sich die Nachfrage bis auf 85% des 2019er Niveaus erholen.

Die Einnahmeverluste der erlösverantwortlichen Organisationen wurden für 2020, 2021 und 2022 vollständig durch Bundes- und Landesmittel (Rettungsschirm) ausgeglichen.

In den Monaten Juni, Juli und August 2022 wurde als sozialpolitische Ausgleichsmaßnahme zu den massiv gestiegenen Energiekosten temporär ein deutschlandweit gültiges MonatsTicket für 9,-€ (9,-€-Ticket) durch den Bund eingeführt, dessen Mindererlöse über den Corona-Rettungsschirmmechanismus auf Basis des Geschäftsjahres 2019 ausgeglichen wurden.

3. Wirtschaftliche Lage des ZV VRS

Die Bilanzsumme des ZV VRS beträgt zum Stichtag 31.12.2022 4.939,1 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr (4.782,1 TEUR) ist dies eine Erhöhung um 157,0 TEUR.

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am ZV go.Rheinland.

Die liquiden Mittel des ZV VRS betragen zum Stichtag 4.372,9 TEUR. Davon entfallen 31,9 TEUR auf die Mittel aus § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW, 3.592,2 TEUR auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets, sowie mit 36,3 TEUR auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen des AzubiTickets NRW.

4. Risikobericht

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 weist der ZV VRS keine wesentlichen Veränderungen sowohl bei den Zuweisungen als auch den Sachaufwendungen auf.

5. Prognosebericht

Im Herbst 2021 wurde im Rahmen der Corona-Maßnahmen die 3-G-Regel im ÖPNV eingeführt. Damit verbunden war die Verlängerung des Rettungsschirms zum Ausgleich der Einnahmeverluste auch für das Jahr 2023. In diesem Sinne werden die maßnahmenbedingten Einnahmeverluste der erlösverantwortlichen Organisationen auch für das Geschäftsjahr 2023 vollumfänglich auf Basis des fortgeschriebenen Basisjahres 2019 ausgeglichen.

Marktforschungen zeigen allerdings, dass auch nach Beendigung der amtlichen Maßnahmen die Nachfrage nach ÖPNV-Verkehrsleistungen nachhaltig nicht mehr das Niveau von 2019 erreichen wird.

Diese Entwicklung sowie die wirtschaftlichen Gesamtauswirkungen können Auswirkungen auf den Fördermittelabfluss der geförderten Tarifprodukte haben.

Für das 9,-€-Ticket ist ein Nachfolgeprodukt geplant, das voraussichtlich zu Mindererlösen führen wird, dessen Ausgleich durch Bund und Länder erfolgen soll. Dieser Ausgleich wird gem. EU-VO 1370/2007 durch die zuständige Behörde ZV VRS mit den o.g. Mitteln durchgeführt.

Im Dezember 2021 wurde in Nordrhein-Westfalen der übergreifenden eTarif eezy.nrw (eTarif NRW) eingeführt. Die Einführungsaufwände sowie die Durchtarifizierungsverluste werden durch ein langjähriges Förderprogramm des Landes gegenüber den erlösverantwortlichen Organisationen ausgeglichen. Die Abwicklung erfolgt analog der Methodik des Azubitickets NRW über den ZV VRS. Hierzu wurden bis 31.12.2023 63,5 TEUR vom Bundesland bewilligt.

Für den elektronischen Tarif eezy.nrw wird geplant eine Preisobergrenze analog zum 9,-€-Ticket Nachfolgeprodukt einzuführen. Auch hier soll der Mindererlös durch die zuständige Behörde mit Mitteln des Landes ausgeglichen werden.

Trotz der vorgenannten Entwicklungen bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den ZV VRS voraussichtlich weitgehend unverändert.

Im Jahr 2023 erhält der ZV VRS seitens des ZV go.Rheinland Zuwendungen in Höhe von 91,0 TEUR zur Abdeckung seiner Eigenaufwendungen.

Bis zum Wirtschaftsjahr 2022 erhob der ZV VRS bei seinen Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage in Höhe von 300,0 TEUR zur Finanzierung eines Teils der Aufwendungen der Beteiligungsgesellschaft.

Im Wirtschaftsjahr 2023 wurde eine einmalige Anpassung der Umlage auf 450,0 TEUR vorgenommen. Diese Erhöhung war aufgrund des anstehenden Umzuges der VRS GmbH notwendig.

Die Förderung des MobilPass-Tickets wird mindestens bis 31.12.2023 fortgesetzt. Im Wirtschaftsjahr 2023 ist daher wiederum ein Förderbetrag in Höhe von 7.000,0 TEUR angesetzt, sowie eine Förderung des AzubiTickets NRW über 1.054,9 TEUR.

Für 2023 wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis geplant.

Köln, den 15. Mai 2023

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)

Sebastian Schuster

Verbandsvorsteher

Zusammensetzung der Organe

ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Verbandsversammlung:

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung des VRS:

- | Ordentliche Mitglieder | Stellvertretende Mitglieder |
|-----------------------------|-----------------------------|
| 1. Achim Blindert, GBL V | Guido Schmitz, AbtL 66 |
| 2. Bernd Kolvenbach *1, CDU | Hans Schmitz, SPD |

*1 gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

Der Verbandsversammlung des ZV VRS gehören von den insgesamt 38 Mitgliedern 8 Frauen an (Frauenanteil: 21,05 %).

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeiten in der Verbandsversammlung Auslagenersatzpauschalen und Verdienstaufwandsersatzungen.

Verbandsvorsteher:

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt):

Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat:

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Hans Schmitz, SPD	Achim Blindert, AV

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 4,5 T€.

Dem Aufsichtsrat der VRS GmbH gehören von den insgesamt 25 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 12,00 %).

Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen):

Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH:

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (AV) vertreten.

Die Mitglieder des Beirates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 6,7 T€.

Dem Beirat der VRS GmbH gehören von den insgesamt 27 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 18,52 %).

Geschäftsführung:

Geschäftsführung der VRS-GmbH

	Bezüge 2022
Michael Vogel	196,2 T€
Dr. Norbert Reinkober	164,4 T€

ZV go.Rheinland (ehemals Zweckverband Nahverkehr Rheinland)

Verbandsversammlung:

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung des VRS:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, AV	Guido Schmitz, AbtL 66
2. Bernd Kolvenbach*1, CDU	Hans Schmitz, SPD

*1 Vorsitzender der Verbandsversammlung

Die Mitglieder der Verbandsversammlung bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2022 Vergütungen in Höhe von ca. 89,2 T€.

Vergabeausschuss:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
1. Achim Blindert, AV	
2. Hans Schmitz, SPD	Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Vergabeausschuss zu entnehmen.

Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
1. Achim Blindert, AV	
2. Hans Schmitz, SPD	Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge zu entnehmen.

Hauptausschuss:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
1. Bernd Kolvenbach, CDU	Achim Blindert, AV
2.	Hans Schmitz, SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss zu entnehmen.

Strategieausschuss (ab dem Jahr 2022):

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
Bernd Kolvenbach, CDU	Hans Schmitz, SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss zu entnehmen.

Verbandsvorsteher:

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

go.Rheinland GmbH (ehemals Nahverkehr Rheinland GmbH)

Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV go.Rheinland besetzt):

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Bernd Kolvenbach, CDU	Achim Blindert, AV

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2022 Vergütungen in Höhe von 6,0 T€.

Geschäftsführung:

Dr. Norbert Reinkober
Michael Vogel
Heiko Sedlaczek

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer beliefen sich in 2022 auf 90,0 T€.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes VRS Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.3 Zweckverband Kronenburger See

Basisdaten

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <https://kronenburger-see.de>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Gerolstein, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %).

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Gerolstein und Kreis Euskirchen je 1 Sitz):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Bernd Müller, CDU	Rudi Mießeler, CDU

Der Verbandsversammlung des ZV Kronenburger See gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0,00 %).

Verbandsvorsteher:

Jan Lembach, Bürgermeister Gemeinde Dahlem

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Kronenburger See Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

3.4.3.4 Zweckverband Naturpark Rheinland

Basisdaten

Anschrift: Lindenstraße 20
50354 Hürth

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, GBL V	Frank Fritze, AbtL 60
2. Erwin Jakobs, CDU	Hans-Joachim Schäfer, FDP
3. Michael Höllmann, SPD	Georgios Moudouris, SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

Der Verbandsversammlung des ZV Naturpark Rheinland gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 33,33 %).

Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht):

Vertreter des Kreis Euskirchen im Verbandsausschuss:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Erwin Jakobs, CDU	Hans-Joachim Schäfer, FDP

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder des Verbandsausschusses zu entnehmen.

Dem Verbandsausschuss des ZV Naturpark Rheinland gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 50 %).

Planungsausschüsse Nord und Süd (je ein Vertreter/eine Vertreterin pro Verbandsmitglied sowie die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden):

Laut Auskunft des Zweckverbandes sind die Planungsausschüsse zurzeit nicht aktiv.

Verbandsvorsteher:

Vorsteher: Landrat Frank Rock, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: Landrat Markus Ramers

Geschäftsführer: Harald Sauer (verstorben am 20. Oktober 2023)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers und des Geschäftsführers zu entnehmen.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Naturpark Rheinland Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

3.4.3.5 Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Basisdaten

Anschrift: Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim
Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung,
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16. Dezember 2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbetrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	9.571	16.968	22.380	-7.397
Sachanlagen	3.079.365	2.429.262	2.447.928	650.103
Finanzanlagen	1.000	0	0	1.000
	3.089.936	2.446.230	2.470.308	643.706
B Umlaufvermögen				
Vorräte	97.590	92.584	95.995	5.005
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	587.479	637.859	323.237	-50.381
Liquide Mittel	567.995	873.577	384.039	-305.582
	1.253.063	1.604.020	803.271	-350.957
C Rechnungsabgrenzungsposten	46.830	28.744	54.112	18.086
Summe Aktiva	4.389.830	4.078.994	3.327.690	310.835
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	825.225	825.225	825.225	0
Allgemeine Rücklage	2.826.764	2.189.788	2.232.710	636.977
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	350.790	636.977	-42.922	-286.187
	4.002.779	3.651.990	3.015.013	350.790
B Rückstellungen	168.297	180.789	97.197	-12.492
C Verbindlichkeiten	200.816	235.253	206.027	-34.437
D Rechnungsabgrenzungsposten	17.937	10.963	9.454	6.974
Summe Passiva	4.389.830	4.078.994	3.327.690	310.835

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.576.068	4.955.423	5.201.904	-379.355
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	42.229	82.290	8.109	-40.061
3	Sonstige betriebliche Erträge	2.302.975	1.353.265	174.551	949.710
4	Materialaufwand, davon:	447.368	373.050	312.184	74.318
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	447.368	373.050	312.184	74.318
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
5	Personalaufwand, davon:	3.826.186	3.885.670	4.027.488	-59.484
	a) Löhne und Gehälter	2.921.012	2.986.682	3.114.196	-65.670
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	905.173	898.988	913.291	6.186
6	Abschreibungen	417.468	450.468	334.139	-33.000
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.830.418	1.041.156	748.225	789.262
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	588	2.250	2.250	-1.663
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47.201	0	0	47.201
11	Ergebnis nach Steuern	352.045	638.384	-39.721	-286.339
12	Sonstige Steuern	1.255	1.407	3.201	-152
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	350.790	636.977	-42.922	-286.187

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	91,18	89,53	1,65
Eigenkapitalrentabilität	8,76	17,44	-8,68
Anlagendeckungsgrad	129,58	149,29	-19,71
Verschuldungsgrad 2	9,22	11,39	-2,17
Umsatzrentabilität	7,67	12,85	-5,19

Personalbestand

Geschäftsjahr	2022	2021	2020	Erläuterungen
Insgesamt	63 (20)	69 (21)	82 (21)	Ø davon in Klammern gewerbliche Mitarbeitende

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

Gemäß §25 Eigenbetriebsverordnung über die Entwicklung des Berufsbildungszentrums Euskirchen BZE im Wirtschaftsjahr 2022.

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 und hat die Träger- und Maßnahmenzulassung nach der „Akreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandsatzung (Neufassung vom 29.11.2017 in der Fassung der 1. Änderungssatzung, die am 04.01.2021 in Kraft getreten ist) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.

Seit dem 15. Oktober 2022 verfügt das BZE über eine Außenstelle in Kall (Weiherbenden 6, 53925 Kall). In der Außenstelle wird ausschließlich eine von zwei Aktivierungsmaßnahmen „Job aktive“ für das Jobcenter Euskirchen durchgeführt. Die andere Maßnahme findet am Hauptstandort Euskirchen-Euenheim statt.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des § 52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung

- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von schwerbehinderten Menschen
- Maßnahmen zur beruflichen und sprachlichen Integration von Asylbewerbern
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa 20,0% (Vorjahr 18,6%) der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie und Handwerk. Im Bereich Industrie werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) im Bereich Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen bisher noch nicht über entsprechende Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in den o.a. Gewerken recht konstant.

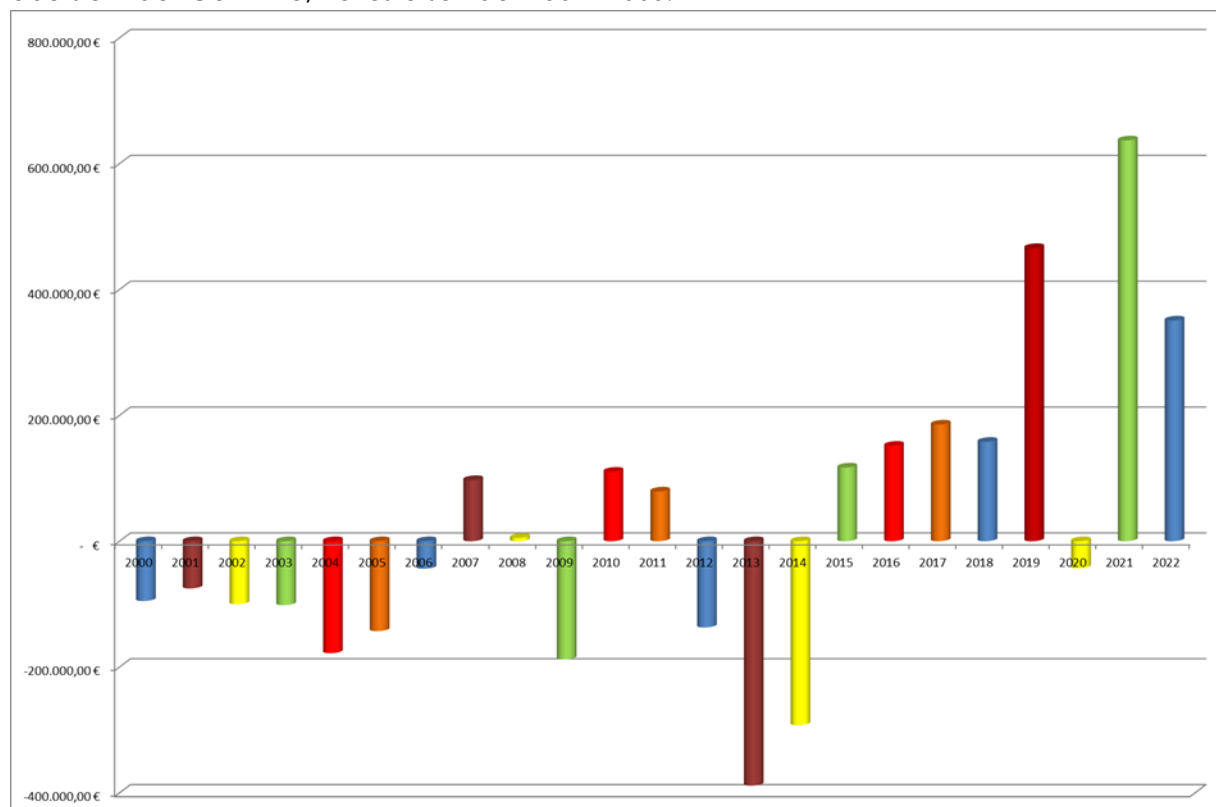
Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter leicht sinken wird. Dies hat zur Folge, dass unsere Erträge in diesen Bereichen mittelfristig entsprechend sinken werden. Wir kompensieren dies durch neu entwickelte Kurse (z.B. Prüfungsvorbereitungen oder Firmenschulungen) und verstärkte Akquise (Schweißen, AU, Umschulung).

b) Geschäftsverlauf

In einem durch die Pandemie und die Flutkatastrophe extrem schwierigen Wirtschaftsjahr konnten wir einen Gewinn in Höhe von 350,8 T€ (Vorjahr Gewinn 637,0 T€) ausweisen.

	2018	2019	2020	2021	2022
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	+157,9	+465,9	-42,9	637,0	350,8

Der prognostizierte Jahresverlust (lt. Wirtschaftsplan 2022 v. 16. November 2021) in Höhe von - 236,1 T€ konnte durch unvorhersehbare und außerordentliche Maßnahmen (Testzentrum, Ausgleich Flutschäden durch Versicherungsansprüche) vermieden werden. Nachstehend eine Übersicht der Gewinne/Verluste seit dem Jahr 2000:



Folgende Maßnahmen waren für die Verbesserung des Jahresergebnisses 2022 verantwortlich:

- Betrieb von zwei Covid19-Testzentren und Durchführung von Mitarbeitertestungen für die Kreisverwaltung Euskirchen
- Bearbeitung der Reiserückkehrer während der Pandemie für die Kreisverwaltung Euskirchen
- Spendenerlöse aufgrund der Flutkatastrophe
- Eigenleistung bei durchgeführten Sanierungsarbeiten nach der Flutkatastrophe
- Erträge aus Versicherungsleistungen

Ohne die durchgeführten Maßnahmen hätten wir im Wirtschaftsjahr keinen Jahresüberschuss erzielen können.

FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität der letzten Jahresabschlüsse stellt sich wie folgt dar:

	2018	2019	2020	2021	2022
Eigenkapitalrentabilität	+ 6,1 %	+ 15,2 %	-1,4%	17,4%	9,6%

c) Ertragslage

Die Umsatzerlöse waren auch im Jahr 2022 auf einem hohen Niveau. Insgesamt wurden Umsätze in Höhe von 4.576,1 T€ (Vorjahr 4.955,4 T€) erzielt.

Umsatzerlöse

Bezeichnung	2018	2019	2020	2021	2022
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	148,2	78,4	214,3	313,2	256,9
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	637,2	737,1	606,7	673,1	868,3
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	311,5	329,4	363,2	319,1	471,8
Fortbildungsmaßnahmen	142,7	312,7	40,7	126,4	137,2
Umschulung	287,0	278,3	479,9	152,1	111,1
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	1347,3	1198,6	1349,5	1502,8	1337,5
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	245,7	227,9	214,6	219,5	220,8
aa) BvB Reha	401,1	371,4	334,2	366,3	313,4
b) Produktionsschule Jobzeit pro	195,5	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Jugend in Arbeit	38,2	0,0	0,0	0,0	0,0
d) BO - Berufsorientierung KAOA - BoP / Potentialanalyse	136,0	159,6	151,5	141,1	245,2
e) Vermittlungsprovisionen	26,7	26,8	22,5	13,8	13,5
f) BOGIVA	0,0	0,0	86,7	98,9	50,0
g) Kurse mit Asylbewerbern	60,0	92,0	0,0	70,8	0,0
h) AsA	0,0	0,0	131,2	139,9	100,3
i) Werkstattjahr	133,0	88,0	72,4	0,0	0,0
j) BerEb	111,1	170,0	264,8	324,4	288,4
k) ESB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
l) IndAC	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
m) KompAS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
n) Ausbildungsprogramm NRW		62,9	71,6	128,1	105,9
Aktivierungsmaßnahmen	884,3	2064,4	1772,9	1035,1	387,8
a) Move EU u. SLE	0,0	722,6	1044,4	430,0	0,0
b) Sprungbrett	364,6	732,2	381,1	373,1	282,0
c) Förderzentrum Jump!	519,7	609,6	347,4	232,0	0,0
d) Job Kompakt / Einzelaktivierung	0,0	0,0	0,0	0,0	62,4
e) Job aktive Euskichen + Kall	0,0	0,0	0,0	0,0	43,4
Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern	0,0	0,0	0,0	0,0	111,7
a) Integrationskurs	0,0	0,0	0,0	0,0	69,1
b) Durchstarten in Beruf und Arbeit	0,0	0,0	0,0	0,0	42,6
Sonstige Erlöse Maßnahmen (FK, Prüfungsvor., Beratungsl.)	0,0	261,3	181,2	50,1	244,7
Sonstiges (Ferienfreizeit/Ausbildungsbörse)	10,6	6,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Nebenerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Photovoltaik)	11,7	16,1	4,3	3,3	3,5
Erlöse 19%/16% Ust. (Schweißen / Führungskräfte/Reiserückkehrer)	45,4	44,6	6,4	143,1	55,9
Einnahmen Kantine	80,7	88,9	55,5	51,3	82,5
Erlöse Corona Testzentrum				469,6	426,2
Mieterträge	140,7	129,9	127,3	116,3	81,0
Umsatzerlöse	4047,3	5545,7	5201,9	4955,5	4576,1
aktivierte Eigenleistungen	16,6	12,5	8,1	82,3	42,2
Sonstige betriebliche Erträge	118,5	151,3	174,6	1353,2	2303,0
Gesamtumsatz	4182,4	5709,5	5384,6	6391,0	6921,3

Die Umsatzerlöse (ohne Eigenleistungen und sonstige betrieblichen Erträge) lagen um insgesamt 379,4 T€ (-7,66 %) unter dem Vorjahresumsatz.

Die Grundvoraussetzungen für das Wirtschaftsjahr 2021 waren schwierig, da uns das Jobcenter kurz vor Jahresbeginn mitgeteilt hat, dass die Optionen für die Aktivierungsmaßnahmen (Move und Jump) aufgrund der finanziellen Ausstattung des Jobcenters nicht gezogen werden konnten. Dies bedeutete für uns einen Minderumsatz in dem Maßnahmenbereich von 735 T€. Hierdurch konnten ca. 25 Mitarbeiterverträge nicht verlängert werden. Zusätzlich waren pandemiebedingte Umsatzschmälerungen im Bereich Umschulungen/Fortbildungen (ca. 240 T€) und den überbetrieblichen Ausbildungen (Lockdown) in Höhe von ca. 70 T€ im Vergleich zum Jahr 2019 die Folge.

Während des Lockdowns haben wir uns dazu entschlossen, zwei Covid19-Testzentren zu eröffnen und für den Kreis Euskirchen die Nachverfolgung der Reiserückkehrer zu übernehmen. Diese beiden Maßnahmen haben für ca. 600 T€ zusätzlichen Umsatz gesorgt und dazu beigetragen, dass wir das Wirtschaftsjahr erfolgreich abschließen konnten.

Der Gesamtumsatz (inkl. aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) stieg um insgesamt 530,3 T€ (+ 8,3 %) und lag deutlich über dem im Wirtschaftsplan prognostizierten Umsatz in Höhe von 4.709,8 T€. Die Eigenleistungen stiegen durch die Flutkatastrophe wegen der anschließend aktivierten Arbeiten. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich um Versicherungsentschädigungen (1.830,6 T€), periodenfremde Erträge (129,8 T€), Erstattungen Quarantäne und Kurzarbeitergeld (25,2 T€), Erstattungen Sozialversicherung für Reha-Teilnehmer der Maßnahme BvB-Reha (55,2 T€), Erlöse Sachanlagenverkäufe (32,1 T€), Eingliederungszuschüsse (31,6 T€), erhaltende Spenden (187,3 T€) und Sonstiges (11,2 T€).

Aufwendungen

Bezeichnung	2020	2021	2022	Abweichung 2021-2022	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	312,2	373,0	447,4	74,4	19,95%
Personalaufwand					
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	3114,2	2986,7	2921,0	-65,7	-2,20%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen AV	913,3	899,0	905,2	6,2	0,69%
Abschreibungen	334,1	450,5	417,5	-33,0	-7,33%
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Raumkosten (Energie, Reinigung, Wasser, Miete)	263,1	233,2	140,6	-92,6	-39,71%
b) Grundstücksaufwendungen	23,4	21,7	23,0	1,3	5,99%
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	46,4	47,3	52,7	5,4	11,42%
d) Reparaturen, Instandhaltungen, Wartung	37,1	43,8	75,3	31,5	71,92%
e) Fahrzeugkosten	46,4	29,5	39,0	9,5	32,20%
f) Werbe- und Reiskosten	22,3	15,0	35,1	20,1	134,00%
g) sonst. Aufwendungen MA	19,9	9,3	15,2	5,9	63,44%
h) fremdes Ausbildungspersonal	43,8	10,8	9,3	-1,5	-13,89%
i) verschiedene betriebliche Kosten	245,8	225,4	313,4	88,0	39,04%
j) Abgänge Sachanlagen u. immat. VG Restbuchwert bei BV	0,0	168,3	12,2	-156,1	-92,75%
k) Aufwand Material/Kleingeräte Hochwasser	0,0	146,0	122,5	-23,5	-16,10%
l) Aufwand Gebäude Hochwasser	0,0	89,4	992,0	902,6	1009,62%
m) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,3	2,3	0,6	-1,7	-73,91%
Aufwendungen	5424,3	5751,2	6522,0	770,8	13,40%
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	47,2	47,2	#DIV/0!
sonstige Steuern	3,2	1,4	1,3	-0,1	-3,13%
Gesamtaufwendungen	5427,5	5752,6	6570,5	817,9	14,22%

Im Bereich des Personalaufwands konnten wir ca. 60 T€ geringere Kosten ausweisen, da viele Arbeitsverträge nicht verlängert werden konnten. Insgesamt stiegen die Kosten aber um ca. 820 T€. Für die Kostensteigerungen waren die höheren Abschreibungen und die Abgänge der Sachanlagen sowie der Materialaufwand Kleingeräte und Aufwand Gebäude bedingt durch die Flutkatastrophe verantwortlich.

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

KAPITALSTRUKTUR

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresüberschuss in Höhe von 636.976,57 T€ wurde der Kapitalrücklage zugeführt, die zum Stichtag mit 2.826,8 T€ ausgewiesen ist.

Unter Berücksichtigung des für 2022 ausgewiesenen Jahresgewinnes ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 4.002,8 T€ (Vorjahr 3.652,0 T€), was einer Eigenkapitalquote von 91,2% (Vorjahr 89,5%) entspricht.

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurzfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresgewinn im Berichts- und Vorjahr ein positiver Cash-Flow.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 68,8 T€ (Vorjahr 143,1 T€) und die sonstigen Verbindlichkeiten mit 49,9 T€ (Vorjahr 73,8 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen überwiegend Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern sowie dem Finanzamt. Insgesamt belaufen sich die Verbindlichkeiten auf 145,6 T€ (Vorjahr 235,3 T€).

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte gedeckt werden, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips erhoben werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 4.389,8 T€ (Vorjahr 4.079,0 T€) aus.

INVESTITIONEN

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 1.097,7 T€ (Vorjahr 631,7 T€) investiert. Die Investitionen umfassen folgende Bereiche:

Lizenzen	25,6 T€
Gebäude	98,3 T€
Geschäfts-, Fabrik- u. andere Bauten im Bau	59,8 T€
Technische Anlagen und Maschinen	419,1 T€
Anzahlungen auf technische Anlagen	50,0 T€
EDV	115,0 T€
Andere Anlagen	2,5 T€
Werkstatteinrichtung	8,1 T€
Geschäftsausstattung	6,2 T€
Büroeinrichtung	3,6 T€
Werkzeuge & Geräte	54,6 T€
Fuhrpark	56,4 T€
Wirtschaftsgüter (Sammelposten)	<u>194,2 T€</u>
	1093,4 T€
Festwerte	3,3 T€
Genossenschaftsanteile	1,0 T€
Summe	1097,7 T€

Von der Gesamtinvestitionssumme i. H. v. 1.097,7 T€ belaufen sich 594,9 T€ auf Gegenstände im Anlagevermögen, welche von der Versicherung im Zuge der Erstattungsleistungen durch die Flutkatastrophe ersetzt wurden. Ebenfalls sind Sachspenden in Höhe von 102,3 T€ 2022 dem BZE zugutegekommen.

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 417,5 € (Vorjahr 450,5 T€) gegenüber. Für die kommenden Jahre sind weitere Investitionen geplant. Ein detaillierter Investitionsplan der kommenden 5 Wirtschaftsjahre ist in den Wirtschaftsplan 2023 integriert. Hinzukommen werden die durch die Flutkatastrophe bedingten Investitionen.

LIQUIDITÄT

Die Liquidität des BZE hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Aufgrund dessen wurde der Kontokorrentkredit bei der Hausbank für das Wirtschaftsjahr 2022 ausgesetzt. Die Kreditlinie des Kontokorrentkredites i. H. v. 300 T€ wurde hingegen im 1. Quartal 2023 wieder eingeräumt.

Der Finanzmittelfonds zum Anfang der Periode betrug 873,6 T€ und zum Ende der Periode 568,0 T€ - dies ist eine erhebliche Verbesserung in Höhe von 489,6 T€ im Laufe des Wirtschaftsjahres. U.a. führten die Versicherungserstattungen zu dieser positiven Entwicklung des Finanzmittelfonds.

Das BZE ist in der Lage, alle Zahlungen fristgerecht zu leisten und bezahlt in der Regel skontiert. Die laufenden Investitionen in Höhe von 1.097,7 T€ haben wir aus den liquiden Mitteln und Versicherungsleistungen bestritten. Fremdkapital wurde nicht in Anspruch genommen.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 3.053,8 T€ (Vorjahr 2.446,3 T€) = 70,3 % der Bilanzsumme (Vorjahr 60,0 %). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert im Jahr 1999 und im Jahr 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.312,4 T€ belaufen sich auf 5.234,5 T€. Im Übrigen sei auf den Anlagespiegel im Anhang verwiesen.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie auch die sonstigen Vermögensgegenstände mit 587,5 T€ (Vorjahr 637,8 T€) zu nennen, z. B. gegenüber der Versicherungsgesellschaft (Ausgleichsansprüche für die Flutschäden), dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit (für durchgeführte Arbeitsmarktprogramme).

3. PROGNOSE, RISIKO- UND CHANCENBERICHT

PROGNOSE

Die Gesamtentwicklung des BZE in den letzten Jahren ist sehr erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen in entsprechenden Wirtschaftsplänen. Das Bankkonto befindet sich dauerhaft im positiven Bereich. Alle Investitionen der letzten 5 Jahre wurden aus Eigenmitteln oder Versicherungsleistungen bestritten.

Das Jahr 2023 wird ein schwieriges Jahr für das Berufsbildungszentrum. Bedingt durch die Flutkatastrophe sind einige unserer Räumlichkeiten nicht mehr nutzbar. Ferner sind die Arbeitsmarktmaßnahmen stark rückläufig. Die erfolgreichen Maßnahmen AsA (assistierte Ausbildung) und auch die BaE (Berufsausbildung in außerbetrieblichen Bildungsstätten kooperativ) laufen aus und werden höchstwahrscheinlich erst 2024 wieder neu ausgeschrieben. Die BvB-Maßnahmen sind neu ausgeschrieben. Zum Berichtszeitpunkt arbeiten wir an den Ausschreibungen und setzen alles daran, die Zuschläge zu erreichen. Im Bereich der Umschulungen machen uns fehlende Bewerber zu schaffen, hier werden wir in den nächsten Monaten verstärkt in die Akquisition gehen und versuchen andere Gewerke zu generieren.

Das Jobcenter Euskirchen – als einer der Hauptauftraggeber unseres Hauses – ist nach wie vor unterfinanziert. Die letzte noch verbliebene Aktivierungsmaßnahme läuft im Oktober 2023 aus. Das Jobcenter signalisiert eine neue Ausschreibung. Hier sind die Teilnehmerzahlen aber nicht zufriedenstellend.

Weiterhin stehen wir in engem Kontakt mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter, um neue Maßnahmen anbieten zu können. In den landesgeförderten Bereichen von KAoA (Kein Abschluss ohne Anschluss) konnten wir viele pandemiebedingt ausgefallene Maßnahmen in den letzten Monaten durchführen und neue Maßnahmen gewinnen. Dies ist ein beträchtlicher Umsatzanteil geworden, der eine Umsatzsteigerung in 2022 von ca. 80 T€ erwarten lässt.

Im Bereich Weiterbildung (insbesondere in der Schweißwerkstatt) starten wir gerade eine Werbeoffensive, um weitere Umsätze zu generieren.

Der am 2. Dezember 2021 durch die Verbandsversammlung genehmigte Wirtschaftsplan 2022 erwartet einen Jahresfehlbetrag für das Wirtschaftsjahr 2022 in Höhe von 236,1 T€. Der Fehlbetrag rührt aus einer Vielzahl an Unwägbarkeiten her, wie der finalen Abwicklung des Versicherungsschadens, aber vor allem durch die Unterfinanzierung seitens des Jobcenters im Maßnahmen-geschäft. Daneben ist mit steigenden Personalkosten zu rechnen, weil ältere Ausbilder durch neue Mitarbeiter in den Bereichen Metall, Heizung und Sanitär ersetzt werden müssen.

RISIKOBERICHT

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung, sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, der aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE versucht schnell und kompetent auf die Marktbedingungen zu reagieren, so dass das Risiko minimiert werden kann.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten auszulasten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potenziellen Kunden notwendig.

Die Abhängigkeit zu den beiden großen Auftraggebern – Jobcenter EU-Aktiv und Agentur für Arbeit - stellt ein recht hohes Risiko dar. Mit diesen beiden Auftraggebern erwirtschaften wir ca. 40% unserer Umsätze. Hierzu muss man anmerken, dass dies im Bildungsbereich normal ist. Dennoch birgt es Risiken für uns. Wir sind davon abhängig, ob Maßnahmen wieder neu ausgeschrieben und/oder diese mit genügend Teilnehmern bestückt werden. Aus diesem Grund sind die relevanten Mitarbeiter für diese Maßnahmen mit Zeitverträgen (Dauer der Maßnahme) eingestellt worden. Hierdurch können wir das Risiko minimieren.

Werden die Auftraggeber unterfinanziert – ergeben sich automatisch weniger Zuweisungen an uns. Dies ist im Rahmen der Verträge möglich. Beim Jobcenter Euskirchen ist dies derzeit der Fall.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich mit Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur hat sich aufgrund der guten Wirtschaftsjahre positiv entwickelt. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 300 T€, der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu 0 % ausgelastet war. Hier erwarten wir allerdings in den nächsten Monaten, dass die Kreditlinien wieder benötigt werden.

Die Schäden der Flutkatastrophe wurden zum Großteil in 2022 an den Gebäudeteilen behoben, die wir weiterhin nutzen wollen. Die Abwicklung mit der Versicherung hat keine großen Probleme ergeben, so dass hier keine weiteren Risiken entstehen.

Als weiteres Risiko sehen wir die zu erwartenden Tarifabschlüsse im TVöD. Hier haben wir eine ca. 6%ige Gehaltssteigerung im Wirtschaftsplan berücksichtigt. Wir können hier heute noch nicht vorhersagen, ob die ausreicht – ggf. sind weitere Sonderzahlungen zu berücksichtigen. Die Personalfuktuation ist für uns ein nicht zu vernachlässigendes Risiko. Andere Behörden und Unternehmen können durchaus höhere Gehälter und Festverträge bieten. Aufgrund unserer Angebotsstruktion durch die Durchführung von zeitlich befristeten Maßnahmen ist uns dies nur schwer möglich. Ferner benötigen wir in den handwerklichen Ausbildungsberufen dringend weiteres Personal in den Bereichen Elektrotechnik, Heizung/Sanitär und KFZ um uns dort zukunftsgerecht aufzustellen.

CHANCENBERICHT

Insbesondere die letzten beiden Jahre zeigen, dass wir uns neu aufstellen müssen. Die Arbeitsmarktmaßnahmen sind stark rückläufig. Haben wir vor 4 Jahren noch knapp 2 Mio. Euro Umsatz mit Aktivierungsmaßnahmen gemacht, sind dies heute noch knapp 300 T Euro. Es gibt aber viele andere Geschäftsfelder die wir bedienen könnten, wenn wir die Räumlichkeiten und Ausstattung dafür hätten. Durch den Investitionsstau der letzten 25 Jahre sind unsere Werkstätten nicht mehr auf dem neuesten Stand. Nur die von der Flut beschädigten Werkstätten konnten durch die Versicherungsleistungen neu aufgebaut werden und zumindest die Arbeitsmittel entsprechen jetzt langsam dem neuesten Stand.

Wir planen nach wie vor unsere Zukunftswerkstatt BZE als kompletten Neubau in Euskirchen. Hier haben wir die Konzepte der lokalen Politik, der Landespolitik, dem Arbeitsministerium, dem Wirtschaftsministerium, unseren Trägern und vielen anderen Institutionen vorgestellt. Wir haben mehrere Alternativen ausgearbeitet, um ggf. am bisherigen Standort zu bleiben und RWP-Fördermittel zu generieren.

Derzeit sind wir in sehr konkreten Verhandlungen und hoffen, dass in den nächsten beiden Monaten ein Fördermittelzugang über die Rahmenrichtlinie des ZRR generiert werden kann. Die entscheidenden Gespräche sind terminiert und wir setzen alles daran unsere Zukunftswerkstatt und damit unsere Zukunft zu bauen.

Nur mit neuen Gebäuden sind wir zukünftig wettbewerbsfähig. Wir haben dann die Chance deutlich mehr in den Bereichen Berufsorientierung und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen. Hier sind exemplarisch Weiterbildungen in den Bereichen Heizung/Sanitär und KFZ genannt, aber auch Umschulungen in diesen Bereichen und im Tischler- und Malergewerk. Der Fachkräftemangel ist im kompletten Kreis Euskirchen angekommen und wir wollen dazu beitragen diesen zu lindern. Dafür brauchen wir moderne Räumlichkeiten die der Arbeitswelt für Qualifizierungen zur Verfügung stehen. Das Investitionsvolumen beziffern wir auf ca. 70 Mio. Euro.

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft. Mit der Zukunftswerkstatt BZE können wir die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.

Euskirchen, den 31. März 2022

Jochen Kupp

- Verbandsvorsteher -

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Iris Poth, Leiterin Stabstelle 80
2. Karsten Stickeler, CDU	Dirk van Meenen, FDP
3. Manfred Manheller, CDU	George Tulbure, CDU
4. Georgios Moudouris, SPD	Janosch Pietrzyk, SPD (bis 03. November 2022) Josef Schleser, SPD (ab 14. Dezember 2022)

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der
Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Manfred Manheller 37,20 €

Karsten Stickeler 24,00 €

Der Verbandsversammlung des ZV BZE gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 1 Frau an
(Frauenanteil: 8,3 %). Bei den Stellvertretern beträgt die Frauenquote 16,6% (12 Stellvertreter wo-
von 2 durch Frauen besetzt sind).

Verbandsvorsteher:

Jochen Kupp

Für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielt der Verbandsvorsteher eine Gesamt-Brutto-Vergütung
in Höhe von 137.358,66 €, die ab 2022 keine variablen Anteile mehr erhält.

Unter den Vorlagen 03/20 und 08/20 wurde in den Verbandsversammlungen am 4. Juni 2020
und 1. Dezember 2020 die Änderung der Verbandssatzung vom 29. November 2017 beschlossen.
Eine Änderung der Verbandssatzung wurde hauptsächlich durchgeführt um einen zusätzlichen
stellvertretenden Verbandsvorsteher/-in berufen zu können. Die Änderungen wurden am 4. Ja-
nuar 2021 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln veröffentlicht.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen
Gremien des Zweckverbandes BZE Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die
Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.6 Zweckverband Region Aachen

Basisdaten

Anschrift: Rotter Bruch 6
52068 Aachen
Internet: <http://www.regionaachen.de/>
Gründung: 03. Dezember 2012

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind unter Punkt 3.4.1.13 zu finden.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der Überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Zukunftsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist

die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30. Juni des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forderungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des Zweckverbandes Region Aachen in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018). Vereinbarungsgemäß wird der Zweckverband die Mehrbelastung der Gebietskörperschaften über einen Zeitraum von 8 Jahren (beginnend ab dem Haushaltsjahr 2018) durch Einsparungen wieder kompensieren.

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Region Aachen				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	2	0
Sachanlagen	29.689	33.039	20.664	-3.350
Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000	0
	31.691	35.041	22.666	-3.350
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	903.007	1.137.100	1.026.897	-234.093
Liquide Mittel	820.580	485.801	499.260	334.779
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.140	0	5.615	7.140
	1.730.727	1.622.901	1.531.771	107.826
Summe Aktiva	1.762.418	1.657.942	1.554.437	104.476
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	97.653	71.983	44.894	25.669
Ausgleichsrücklage	48.826	35.992	22.089	12.835
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	70.511	38.504	40.992	32.007
	216.990	146.479	107.975	70.511
B Rückstellungen	16.500	22.500	22.000	-6.000
C Verbindlichkeiten	1.493.987	1.453.483	1.393.704	40.504
D Rechnungsabgrenzung	34.941	35.480	30.759	-539
Summe Passiva	1.762.418	1.657.942	1.554.437	104.476

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Region Aachen - Ergebnisrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.679.066	3.601.462	3.244.970	77.604
2	Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.223	0	0	4.223
3	Sonstige ordentliche Erträge	479.840	322.567	430.153	157.272
4	Personalaufwand	2.264.788	2.288.666	2.296.931	-23.878
5	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.697	48.119	30.045	-21.423
6	Abschreibungen	102.619	12.105	5.727	90.514
7	Transferaufwendungen	5.952	958	0	4.994
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.686.577	1.530.608	1.296.345	155.969
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.986	5.069	5.083	916
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	70.511	38.504	40.992	32.007

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	8,31	6,51	1,80
Eigenkapitalrentabilität	48,14	35,66	12,48
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Im Jahr 2022 waren insgesamt 30 Mitarbeitende zuzüglich 4 studentischer Hilfskräfte beim Zweckverband beschäftigt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Günter Weber, CDU	Stefan Guhlke, CDU
3. Bernd Kolvenbach, CDU	Manfred Manheller, CDU (bis 05. April 2022) George Tulbure, CDU (ab 06. April 2022)
4. Jochen Kupp, CDU	Birgit Braun-Näger, CDU
5. George Tulbure, CDU (bis 05. April 2022) Manfred Manheller, CDU (ab 06. April 2022)	Bernd Müller, CDU
6. Daniel Lüdke, SPD (bis 27. September 2022) Gerhard Mayer, SPD (ab 28. September 2022)	Gerhard Mayer, SPD (bis 27. September 2022) Daniel Lüdke, SPD (ab 28. September 2022)
7. Janosch Pietrzyk, SPD (bis 03. November 2022) Josef Schleser, SPD (ab 14. Dezember 2022)	Georgios Moudouris, SPD
8. Christine Bär, SPD	Kamila Gänslar-Thomas, SPD
9. Valérie Vivienne Nitsche, B90/Grüne	Wilfried Gierden, B90/Grüne
10. Dirk van Meenen, FDP	Rudolf Huth, FDP
11. Frank Poll, AfD	Bernd Lübke, AfD
12. Franz Troschke, UWV	Andy Bühl, UWV

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 29. März 2023 folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung beschlossen:

Bisheriges ordentliches Mitglied: Dirk van Meenen, FDP

Neues ordentliches Mitglied: Petra Kanzler, FDP

Bisheriges stellvertretendes Mitglied: Bernd Lübke, AfD

Neues stellvertretendes Mitglied: Dr. Lothar Bleeker, AfD

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 20. September 2023 folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung beschlossen:

Bisheriges ordentliches Mitglied: Günter Weber, CDU

Neues ordentliches Mitglied: Leo Wolter, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

Der Verbandsversammlung des ZV Region Aachen gehören von den insgesamt 61 Mitgliedern 22 Frauen an (Frauenanteil: 36,07%).

Präsident des Zweckverbandes:

Kölner Regierungspräsidentin Dr. Thomas Wilk

Zum 31. August 2022 hat Frau Gisela Walsken ihr Amt als Regierungspräsidentin niedergelegt. Neuer Regierungspräsident ist ab dem 01. September 2022 Herr Dr. Thomas Wilk.

Verbandsvorsteher:

Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe des Bezuges des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Geschäftsführerin der Geschäftsstelle:

Prof. Dr. Christiane Vaeßen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Frau Prof. Vaeßen tritt zum 1. August 2023 in den Ruhestand ein. In der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen vom 2. Dezember 2022 wurde Frau Ulla Thönnissen mit Wirkung zum 1. August 2023 als Nachfolgerin der amtierenden Geschäftsführerin bestellt.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Region Aachen Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.7 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Basisdaten

Anschrift: Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Internet: <http://www.zew-entsorgung.de/>
Gründung: 28. Januar 2003

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren und Euskirchen (ab dem 08. November 2022).

Der Kreistag des Kreis Euskirchen hat der Beteiligung in seiner Sitzung am 06. April 2022 (V 236/2022), unter dem Vorbehalt der Prüfung der Kommunalaufsicht und der steuerlichen Prüfung, zugestimmt. In der Verbandsversammlung des ZEW am 14. Juni 2022 haben die Mitglieder den Beitritt des Kreises Euskirchen beschlossen. Der Beitritt erfolgte nach Veröffentlichung im Amtsblatt am 08. November 2022. Am 17. November 2022 erfolgte die öffentliche Bekanntmachung der Neufassung der Verbandssatzung des ZEW auf der Internetseite des Kreises Euskirchen. Am 22. November 2022 wurde die Bekanntmachung in der regionalen Presse veröffentlicht.

Der ZEW ist zu 100% am Stammkapital (25.000 €) der Materis GmbH und zu 93,75% (600.000 €) am Stammkapital (640.000 €) der AWA Entsorgung GmbH beteiligt. Der Kreis Euskirchen hat durch den Beitritt zum ZEW keine Gesellschaftsanteile an der AWA GmbH und der Materis GmbH erworben.

Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt ab dem Beitritt des Kreis Euskirchen 34.000 € (vorher 25.500 €) und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse.

Gemäß Einstandvereinbarung vom 14. November 2022 überträgt der Kreis Euskirchen die dem Kreis obliegenden Entsorgungsaufgaben in Bezug auf die Abfallfraktionen Spermüll (zum 01. Januar 2023) und Restmüll (zum 01. Januar 2025) auf den ZEW. Zusätzlich hat der Kreis Euskirchen dem ZEW die Satzungs- und Gebührenhoheit übertragen.

Der Zweckverband hat bei der Wahrnehmung der ihm übertragenden Aufgaben die Kreislaufwirtschaft (Vermeidung und Verwertung von Abfällen) zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch, Klima und Umwelt bei der Erzeugung, Bewirtschaftung und Entsorgung von Abfällen sicherzustellen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben. Die Kalkulation der Gebühren erfolgt auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerkes aus dem geprüften Jahresabschluss erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenden Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten.

Der ZEW kann von seinen Mitgliedern eine Umlage erheben, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge gemäß § 3 Abs. 2 dieser Satzung, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	49.000	49.000		0
	49.000	49.000	0	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.513.982	12.124.582		-9.610.600
Liquide Mittel	3.038.492	4.558.370		-1.519.878
	5.552.474	16.682.952	0	-11.130.478
C Rechnungsabgrenzungsposten	13.449	13.449		0
Summe Aktiva	5.614.923	16.745.401	0	-11.130.478
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	34.000	25.500		8.500
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	8.560	14.777		-6.217
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.882	-6.217		2.336
	38.678	34.060	0	4.618
B Rückstellungen	2.342.289	2.315.372		26.918
C Verbindlichkeiten	3.233.956	14.395.970		-11.162.014
Summe Passiva	5.614.923	16.745.401	0	-11.130.478

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2022	2021	2020	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	39.992.616	53.304.640		-13.312.023
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.064	4.727		-2.664
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	39.287.291	0	0	39.287.291
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.287.291	52.722.515	0	-13.435.224
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	342.549	328.898	0	13.651
a)	Löhne und Gehälter	284.372	254.444		29.928
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	58.177	74.454		-16.277
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	308.578	206.485		102.093
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.126	9.416	0	-290
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69.269	67.103		2.166
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	-3.882	-6.217	0	2.336
10	Sonstige Steuern	0	0		
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.882	-6.217	0	2.336

Kennzahlen

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0,69	0,20	0,49
Eigenkapitalrentabilität	./.	./.	./.
Anlagendeckungsgrad	78,94	69,51	9,43
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Im Jahr 2022 waren insgesamt 4 Mitarbeitende und eine Aushilfskraft beim Zweckverband beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Zweckverbandes

Die Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Stadt Aachen sowie die Kreise Düren und Euskirchen (Beitritt am 08. November 2022) bilden den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW), der in seiner Rechtsform eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Der ZEW trägt die öffentlich-rechtliche Entsorgungsverantwortung in dem von seinen Mitgliedern ganz oder teilweise übertragenen Aufgabenumfang. Der Umfang der ihm übertragenen Aufgaben bestimmt sich nach den Anlagen 1-4 der Verbandssatzung des ZEW.

Organe des ZEW sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Im Übrigen gibt es die Funktion des Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie die Leitung der Geschäftsstelle (Geschäftsleitung).

Das Verbandsgebiet umfasst die 36 Städte und Gemeinden der dem ZEW angehörigen vier Gebietskörperschaften. In diesem 2.897 km² großen Entsorgungsgebiet in der südwestlichsten Region Nordrhein-Westfalens garantiert der Zweckverband die Entsorgungssicherheit für rund 1,02 Mio. Bürgerinnen und Bürger und steht für leistungsgerechte und stabile Abfallgebühren. Nach Maßgabe seiner Abfallsatzung gewährleistet der ZEW vorrangig Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, zur Vorbereitung einer Wiederverwendung, zum Recycling sowie zur stofflichen und energetischen Verwertung aber auch letztendlich zur umweltgerechten Beseitigung von Abfällen.

Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der ZEW hauptberuflich Bedienstete (Beamte, Angestellte) eingestellt, die die Geschäftsstelle bilden. Des Weiteren kann sich der ZEW ganz oder teilweise Dritter bedienen.

Mit der operativen Erledigung eines großen Teils seiner Entsorgungsaufgaben hat der ZEW seine 100%ige Tochtergesellschaft AWA Entsorgung GmbH (AWA) über einen Rahmenvertrag und zugehörige Einzelverträge beauftragt. Darüber hinaus besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen ZEW und AWA. Die AWA als eine kommunale Entsorgungsgesellschaft mit den Tätigkeitsschwerpunkten Anlagenbetrieb und Anlagenplanung nimmt u.a. den Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen wie z.B. Müllverbrennungsanlage, Biovergärungs- und Kompostierungsanlagen sowie Recyclinghöfen wahr.

Die im Dezember 2018 gegründete 100 %ige Tochtergesellschaft Materis GmbH, übernimmt die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfällen benötigt werden.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben.

Die Kalkulation der Gebühren erfolgt dabei auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerks aus dem geprüften Jahresabschluss, erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenen Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Gem. § 6 Abs. 2 des KAG NRW sind Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraums innerhalb von vier Jahren auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.

In die Gebührenkalkulation des ZEW fließen die von der AWA für deren Leistung berechnete Entgelte ein. Die Preise für diese Leistungen sind gemäß den zugrundeliegenden Verträgen nach der Verordnung PR-Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen zu berechnen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bereits mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurden die Ziele der Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und damit die Ressourcenschonung nochmals in stärkerem Maße in den Fokus genommen. Am 19. Februar 2022 ist das neue Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz NRW (LKrWG NRW) in Kraft getreten. Die Gesetzesnovelle ersetzt das bisherige Landesabfallgesetz und unterstreicht die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Die fünfstufige Abfallhierarchie wurde jetzt auch auf Landesebene festgeschrieben. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sowie den Gesellschaften, an denen sie beteiligt sind, werden verschiedene Pflichten auferlegt, die den Wandel von einer linearen Abfallwirtschaft zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft weiter vorantreiben sollen.

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des novellierten LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) verpflichtet, weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die der thermischen Behandlung zugeführt werden, auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Der ZEW ist bestrebt, über die bisher getrennt gesammelten Wertstofffraktionen wie z.B. Altmetall, Altglas, Altholz, Alttextilien hinaus weitere Fraktionen für eine stoffliche Verwertung an den Wertstoffhöfen getrennt zu erfassen bzw. die Sammelstrukturen in Richtung getrennte Sammlung / schonende Sperrmüllsammlung zu beeinflussen. Die separate Sammlung von Hartkunststoffen für die stoffliche Verwertung wurde im Jahr 2022 erfolgreich und Erträge generierend eingeführt. Darüber hinaus wurden die Gebührenerreize für eine verstärkte Getrenntsammlung von Altholz der Klasse AI-AIII gesetzt.

Die neuen oder veränderten Entsorgungswege bzw. Maßnahmen sind im Abfallwirtschaftskonzept für das Verbandsgebiet darzustellen.

Die neue LKrWG NRW gibt vor, dass bei der Gebührenbemessung wirksame Anreize zur Vermeidung, zur Getrennthaltung, des Recyclings und der sonstigen Verwertung geschaffen werden sollen. Deshalb wird ab 2023 eine Lenkungsgebühr für Bio- und Grünabfälle eingeführt. Die deutliche Senkung der Leistungsgebühren für den Bioabfall um 54,07 €/t auf 36,86 €/t, für kompostierbare Grünabfälle um 32,65€/t auf 27,34 €/t ist geboten, um spürbare Anreize zu schaffen, einerseits die getrennt gesammelte Menge an Bioabfall für die Biovergärung/Kompostierung (und damit auch indirekt die Energiegewinnung) deutlich zu erhöhen. Andererseits soll dadurch der relative hohe Nativ-Organik-Anteil im Restmüll, ca. 36% (Literaturwert), der sich aufgrund seines Feuchtegehaltes merklich negativ auf den Verbrennungsprozess auswirkt, reduziert werden.

Die Senkung der Gebühr für Altholz AI-AIII, soll ebenfalls eine Lenkungswirkung entfalten. Eine CO₂-Reduzierung ist insbesondere bei der stofflichen Verwertung dieses Stoffstroms erheblich und geboten.

Infolge des Jahrhunderthochwassers aus Juli 2021 mussten zusätzlich 30.582 t Sperrmüll aus dem Verbandsgebiet vorbehandelt und in der MVA Weisweiler entsorgt werden. Die thermische Behandlung der zusätzlichen Mengen war im Mai 2022 abgeschlossen.

Mit dem Beitritt des Kreises Euskirchen mit seinen 11 Städten und Gemeinden als viertes Mitglied im November 2022 wurde die Entsorgung des im Kreis Euskirchen anfallenden und zu überlassenen Sperrmülls, ca. 12.000 t/a, ab dem Abfallwirtschaftszentrum Mechernich, auf den ZEW übertragen. Die Aufgabe des Transportes vom Abfallentsorgungszentrum Mechernich zu den Entsorgungsanlagen des ZEW wurde gesondert dem ZEW übertragen. Sie ist als gesondert übertragene Leistung bei der Nachkalkulation separat nachzuweisen. Mit der Erfüllung dieser Transportleistung wurde die AWA GmbH beauftragt.

2. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war zu jeder Zeit gewährleistet. Die im Wirtschaftsplan der MVA geplante Durchsatzmenge von 360.000 t wurde um 9.000 t überschritten, über 51 % davon (188.510 t) lieferten ZEW und AWA.

Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Kompost und vermehrter Störstoffeintrag in den Bioabfall durch mangelhafte Abfalltrennung in den Haushalten haben bei der Behandlung des Bioabfalls zu erheblichem Mehraufwand geführt. Aussortierte Störstoffe vermischt mit erheblichen Anteilen Bioabfall wurden der MVA zur thermischen Behandlung zugeführt.

Im Hinblick auf die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV werden weiterhin im Auftrag des ZEW alle kommunalen Bioabfallanlieferungen kontrolliert und bonitiert. Gemeinsam mit den Sammel-örE sind bis 2025 dringend weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bioabfallqualität voranzutreiben. Deutlich veränderte Lenkungsgebühren für Bio- und Grünabfälle (z.B. Bonussystem statt Malussystem) sollten wirksame Anreize für die Kommunen bzw. die Sammel-örE schaffen, noch vor 2025 ihre Sammelfahrzeuge flächendeckend mit Detektorsystemen zur Erkennung von Verunreinigungen in der Biotonne auszustatten.

Die Gebühreneinnahmen stellen sich für das Jahr 2022 wie folgt dar:

Herkunft	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	10.984.876 €	14.505.787 €	-3.520.911 €
Stadt Aachen	7.651.559 €	10.589.140 €	-2.937.581 €
Kreis Düren	10.373.320 €	12.675.982 €	-2.302.662 €
Summe	29.009.755 €	37.770.909 €	-8.761.154 €

Auch im Verbandsgebiet zeigt sich der bundesweite Trend, dass die Hausmüll- und Sperrmüllmengen im Jahr 2022 deutlich gegenüber 2021 annähernd auf Vorcoronaniveau gesunken sind.

Aufgrund der Folgen der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 ist im Verbandsgebiet eine Schlussfolgerung aufgrund eines Mengenvergleich insbesondere bei den Sperrmüllmengen sehr schwierig. Im Lagebericht 2021 wurde die außergewöhnliche Mengensteigerung im Jahr 2021 gegenüber dem Jahr 2020 auf das Hochwasserereignis zurückgeführt.

	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	96.153 t	102.970 t	-6.817 t
Stadt Aachen	64.860 t	69.180 t	-4.320 t
Kreis Düren	86.694 t	89.020 t	-2.326 t
Summe	247.707 t	261.170 t	-13.463 t

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen/Inanspruchnahmen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem Jahresfehlbetrag von T€ -72 ab.

3. Personalentwicklung

Neben vier hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2022 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2022 insgesamt 3,50 Arbeitnehmer / innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2022 lagen mit insgesamt T€ 39.993 um 25 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 53.305). Die Umsatzminderung erfolgt im Wesentlichen aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen (T€ 10.325; Vj. T€ 11.593), der StädteRegion Aachen (T€ 14.389; Vj. T€ 24.797) und dem Kreis Düren (T€ 12.538; Vj. T€ 13.621).

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführungen unter I.).

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 706; Vj. T€ 582) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis deckt die übrigen Verwaltungskosten.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem negativen Ergebnis in Höhe von T€ -96 ab.

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen.

In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen (T€ 24) sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten. Vor Zuführung/Inanspruchnahme der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger/-innen wies der ZEW damit ein negatives Ergebnis von T€ -72 aus.

b) Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden keine Investitionen getätigt.

Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ -1.528) hatte Abnahme von Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ -1.930).

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung des Finanzmittelfonds um T€ 1.520 auf nunmehr T€ 3.038.

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2022 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern/ -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Der ZEW kann von seinen Mitgliedern eine Umlage erheben, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge gemäß § 3 Abs. 2 dieser Satzung, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.616; Vj. T€ 11.075), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW grundsätzlich überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind. Die Abweichung zum Vorjahr liegt im Wesentlichen an der Forderung gegenüber der Bezirksregierung Köln aufgrund von Erstattungen aus dem Hochwasserfond i.H. von T€ 9.226.

Den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen standen ebenfalls Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit dem Hochwasser in 2021 gegenüber, sodass die Abweichung in 2022 im Vergleich zum Vorjahr darauf zurückzuführen ist (T€ 2.934; Vj. T€ 12.253).

Weiterhin bestehen Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 851; Vj. T€ 930) sowie Forderungen im Verbundbereich (T€ 36; Vj. T€ 103). Die Forderungen im Verbundbereich resultieren aus ausstehenden Forderungen gegenüber der AWA per 31.12.2022 hinsichtlich der Verwertung des Verpackungspapiers, die im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Preisschwankungen geringer ausgefallen sind.

Die Rückstellungen (T€ 2.342; Vj. T€ 2.315) erhöhten sich um insgesamt T€ 27.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 0; Vj. T€ 1.941) war im Wesentlichen eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat. Die Rückzahlung an den Kreis Düren ist im April 2022 erfolgt.

5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar.

Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 92 % auf. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 168 %.

Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung.

Hierbei ist der ZEW bestrebt, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie die Kampagne Blumen ohne Plastik, #wirfürBio – kein Plastik in die Tonne sowie die Erarbeitung eines regionalen Reparaturführers sind hier zu nennen.

III. Prognosebericht

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW ist der Zweckverband verpflichtet, stetig weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Um einerseits vorgegebene Recyclingquoten erfüllen zu können und andererseits der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden, sind nicht unerhebliche Abfallmengen der Verbrennung und damit der MVA Weisweiler zu entziehen.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und die Übertragung der Sperrmüllmengen (ca. 12.000 t/a) zum 01.01.2022 und der Hausmüllmengen (ca. 32.000 t/a) zum 01.01.2025 auf den ZEW entsteht keine Lücke im Verbrennungskontingent von ZEW und AWA. Im Gegenteil, der ZEW kann sich weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/-verwertung dieser Stoffe annehmen. Ziel ist eine verstärkte Förderung der Kreislaufwirtschaft.

Beispielsweise sollen auf den Wertstoffhöfen/Entsorgungszentren im Verbandsgebiet zukünftig weitere Abfallfraktionen (z.B. Rigips, Matratzen) getrennt werden.

Durch die Novellierung der Kreislaufwirtschaftsgesetze ist die Überarbeitung der kommunalen Beratungsstrukturen im Allgemeinen und der Inhalte der Abfallberatung nun dringend geboten. Eine zielgruppengerechte Förderung des Wissens über Abfallvermeidung, Wiederverwendung und richtige Abfalltrennung ist wesentlich für eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Deshalb soll beispielsweise im Bereich der Abfallpädagogik in den Kindergärten und Grundschulen zukünftig die Bewusstseinsbildung hin zu abfallvermeidenden Maßnahmen im Fokus stehen, mit dem Ziel der Veränderung des Konsumverhaltens. Schließlich bedeutet Abfallvermeidung gleichzeitig Klimaschutz. Jede Tonne Restmüll, die nicht entsteht, entlastet das Klima um ca. eine Tonne CO₂.

Die teils umgesetzten, teils geplanten Maßnahmen zur Intensivierung der Getrenntsammlung von Wertstoffen zur stofflichen Verwertung, die schärfere Qualitätsvorgaben der BioAbfV an die eingesammelten Bioabfälle in 2025 sowie das Konzept zur Optimierung der Bio- und Grünabfallverwertung im gesamten Verbandsgebiet und auch der Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW sollten im Abfallwirtschaftskonzept dokumentiert, das AWK fortgeschrieben werden.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Entsorgung von 12.000 t/a Sperrmüll auf den ZEW wurde ab dem Jahr 2023 eine Kontingentschiebung notwendig und auf Basis der Zusammenarbeitsvereinbarung möglich. Das Verbrennungskontingent von ZEW und AWA konnte um 6.000 t/a auf 186.000 t/a erhöht werden. Dadurch musste das der EGN zur Verfügung stehende Kontingent um 6.000 t/a auf nun 174.000 t/a reduziert werden.

Bereits im Jahr 2022 wurden 188.510 t Abfälle durch ZEW/AWA angeliefert. Das vorrangige Anlieferrecht des ZEW in der MVA hat weiter Gültigkeit.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betragen T€ 39.993 (Vj. T€ 53.305). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen (s.a. unter Nr. I) erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 39.287; Vj. T€ 52.723) und den Umsatzerlösen (T€ 39.993; Vj. T€ 33.305).

Der Wirtschaftsplan 2023 weist Entsorgungskosten von T€ 36.557 und Umsatzerlöse von T€ 38.278 aus.

Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA gemäß ihres Wirtschaftsplanes dem ZEW 2023 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat. Diese Kosten machen 95,5 % der im Wirtschaftsplan des ZEW angesetzten Kosten aus.

Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderungen von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Der angelieferte kommunale Bioabfall weist weiterhin zum Teil sehr hohe Störstoffmengen auf. Die Gefahr besteht, dass bei zu hoher Störstoffmenge eine Entfrachtung nicht in ausreichendem Maße durch technische Hilfsmittel in der Kompostierungsanlage erreicht wird. Der hergestellte Kompost darf dann nicht verwertet, sondern muss verbrannt werden.

Der geforderte Kontrollwert von 1% Gesamtkunststoff bei Bioabfällen darf ab 2025 nicht überschritten werden. Die Menge Bioabfall, die aufgrund eines solchen Grenzwertes nicht mehr der

Kompostierung zugeführt werden dürfte, sondern verbrannt werden müsste, würde deutlich steigen und auch der Biogasproduktion entzogen.

Die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes stellt einerseits auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Siedlungsabfälle einen höheren Anteil an organischem Kohlenstoff im Verhältnis zum fossilen Kohlenstoff haben, dies ist bei den Gewerbeabfällen umgekehrt. Hier ist noch die Berücksichtigung bei den Verbrennungsentgelten zu klären, dies kann ggfs. durch eine Hausmüllanalyse erfolgen.

2. Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden.

Mit dem am 29.10.2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union wird das Deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz an die neuen EU-Vorgaben aus dem Jahr 2018 angepasst. Die daraus resultierenden weitergehenden Anforderungen an Getrennterfassung von verwertbaren Stoffen, Wiederverwendung und Wiederverwertung werden als Chance betrachtet, die Abfallwirtschaft ökonomisch und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz werden ökonomische Anreize zur CO₂ Verminderung in den betrieblichen Abläufen geschaffen. Auch diese Entwicklung ist als Chance für den ZEW zu bewerten.

Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der GewAbfV zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger.

Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für Überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwertungsmengen angehalten. Sie sind seit 01.01.2019 verpflichtet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird. Allerdings fehlt aktuell eine konsequente Überwachung durch die unteren Abfallwirtschaftsbehörden.

Durch einen Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Aufgabe, Sperrmüll und Restabfälle zu entsorgen, wird das Kontingent von AWA/ZEW in der MVA vollständig ausgelastet werden. Wertstoffe, die den Abfällen mit dem Ziel der Wiederverwendung oder des Recyclings künftig entzogen werden, führen nicht zu Lücken in der Auslastung der vorhandenen Verbrennungskapazität.

3. Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben.

Eschweiler, den 5. April 2023

Dr. Tim Grüttemeier
Verbandsvorsteher des ZEW

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (insg. 28 Mitglieder, davon 7 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme):

Mit der Vorlage V 319/2022 hat der Kreistag des Kreis Euskirchen in seiner Sitzung am 28. September 2022 beschlossen folgende vertretungsberechtigte Personen in die Verbandsversammlung des ZEW für die Dauer der Wahlperiode zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Leo Wolter, CDU	Bernd Kolvenbach, CDU
3. Manfred Manheller, CDU	Erwin Jakobs, CDU
4. Daniel Rudan, SPD	Daniel Lüdke, SPD
5. Hans Schmitz, SPD	Wolfgang Heller, SPD
6. Peter Schallenber, Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Wilfried Gierden, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
7. Rudolf Huth, FDP	Frederik Schorn, FDP

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Markus Ramers	106 €
Leo Wolter	106 €
Daniel Rudan	106 €
Peter Schallenberg	106 €
Hans Schmitz	106 €
Manfred Manheller	106 €
Daniel Lüdke	106 €

Der Verbandsversammlung des ZEW gehören von den insgesamt 28 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 14,28 %).

Nachrichtlich:

Die Verbandsversammlung des ZEW hat in seiner Sitzung am 12. Juni 2023 Herrn Heiko Thomas, Beigeordneter der Stadt Aachen, mit sofortiger Wirkung zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung des ZEW gewählt (bisher Frau Sibylle Keupen, Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen).

Verbandsvorsteher:

Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier, Städteregion Aachen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe des Bezuges des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Leitung der Geschäftsstelle:

Diplom Verwaltungswirtin Maren Killewald

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsleiterin zu entnehmen.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Entsorgungsregion West Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.8 Erftverband

Basisdaten

Anschrift: Am Erftverband 6

50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sieben Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen
- Erftfischereigenossenschaft Bergheim.

Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau;
2. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
3. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
4. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
5. Regelung des Grundwasserstandes;
6. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand, insbesondere durch den Braunkohlenabbau hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
7. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Sicherung der gegenwärtigen und künftigen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie Förderung von Maßnahmen zur Minderung des Wasserverbrauchs;
8. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
9. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
10. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
11. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben nach Nummern 2 bis 10 erfordern.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2022	2021	2020
Kreis				
Verbandsumlage	130 55201	150.425 €	149.284 €	146.157 €

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen):

Ordentliches Mitglied: Hans Schmitz, SPD
Stellvertretende Mitglieder: Karsten Stickeler, CDU

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Kreistages am 29. März 2023 wurde aufgrund des Ablaufs der Amtszeit folgende Umbesetzung in der Delegiertenversammlung beschlossen (D 42/2023):

*Bisheriges ordentliches Mitglied: Hans Schmitz, SPD
Neues ordentliches Mitglied: Leo Wolter, CDU*

*Bisheriges stellvertretendes Mitglied: Karsten Stickeler, CDU
Neues stellvertretendes Mitglied: Hans Schmitz, SPD*

Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder):

Der Kreis Euskirchen ist durch Herrn Erwin Jakobs als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat vertreten.

Nachrichtlich:

Der Verbandsrat wird im Rahmen eines vereinbarten Rotationsverfahrens besetzt. Hiernach stellen die drei beitragsstärksten Mitglieder Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen und Rhein-Kreis-Neuss das Mitglied im Verbandsrat. In der Sitzung des Kreistages am 29. März 2023 wurde entschieden, dass für die kommende Legislaturperiode (01. Mai 2023 bis 30. April 2028) der Rhein-Erft-Kreis das ordentliche Mitglied und der Rhein-Kreis-Neuss das stellvertretende Mitglied stellt. Der Kreis Euskirchen verzichtet auf einen Wahlvorschlag zugunsten der beiden genannten Kreise (D 42/2023).

Vorstand:

Dr. Bernd Bucher

3.4.3.9 Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Basisdaten

Anschrift: Eisenbahnstraße 5

52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Die Grenzen des Verbandsgebietes ergeben sich aus einer Übersichtskarte, die dem Kartenwerk des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen „Stationierung und Gebietsbezeichnung der Gewässer in Nordrhein-Westfalen“ entspricht. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

1. Kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte, Gemeinden und
2. Kreise und die Städteregion Aachen, soweit sie ganz oder teilweise im Verbandsgebiet liegen;
3. Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung, die Wasser aus oberirdischen Gewässern im Verbandsgebiet entnehmen, und
4. gewerbliche Unternehmen und die jeweiligen Eigentümer von Bergwerken, Grundstücken, Verkehrsanlagen und sonstigen Anlagen, die Unternehmen des Verbandes verursachen, erschweren, zu erwarten haben oder von ihnen Vorteile haben oder zu erwarten haben; soweit ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt der Erbbauberechtigte an die Stelle des Eigentümers; soweit für Verkehrsanlagen eine Baulast besteht, tritt deren Träger an die Stelle des Eigentümers oder des Erbbauberechtigten.

Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten, seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2022	2021	2020
Kreis				
Verbandsumlage	130 55201	402.450 €	391.840 €	393.820 €

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Zusammensetzung der Organe

Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte):

Der Kreis Euskirchen ist nicht in der Verbandsversammlung vertreten.

Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt):

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Verbandsrat vertreten.

Vorstand:

Dipl.-Ing. Joachim Reichert

Ständiger Vertreter des Vorstands: Stefan Ruchay

3.4.3.10 AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Basisdaten

Anschrift: Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich oder elektronisch verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreien Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitgliedes 0,06 Euro.
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind in einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2022	2021	2020
Kreis				
Verbandsumlage	110 53701	11.687 €	11.661 €	11.613 €

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Delegiertenversammlung:

Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 € des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme:

Der Kreis Euskirchen ist nicht in der Delegiertenversammlung vertreten.

Vorstand (bis zu 12 Mitglieder):

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Vorstand vertreten.

Geschäftsführung:

Dr. Roland Arnz

